

**Einwohnerfragestunde in der  
39. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 07. Juni 2023**

**Themenübersicht**

Gemäß Anlage 1 - Richtlinie zur Regelung der Einwohnerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung - der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04. März 2021, prüft der Hauptausschuss in seiner Sitzung am **31. Mai 2023** die eingereichten Fragen.

Die für die Einwohnerfragestunde eingereichten Fragen betreffen folgende Themen:

- Verfahren zur Bearbeitung von Bauvorhaben im Bereich Planungsrecht
- Zukunft Gaststätte „Seekrug“
- Einrichtung Städtische Jobbörse
- Trampelpfad zwischen der Nedlitzer Straße und der Russischen Kolonie Alexandrowka
- Verkehrssituation Hans-Thoma-Straße
- Umbau der Charlottenstraße
- Parkplatzverteilung in der Potsdamer Innenstadt
- Vorschlag zur STADT-OEKOLOGIE und SPARMASSNAHME:  
Energie- und Lohnkosten-Ersparnis

**Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.06.2023**

**Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung**

**TOP:**

6.1 Projektstruktur zur Durchführung der Hauptausschuss  
Machbarkeitsstudie für das Forum an der Zustimmung 9:8:0 zur  
Plantage ursprünglichen Fassung  
**22/SVV/1142**

+ EA der Fraktion CDU vom 12.01.2023

6.2 Beschluss Rahmenplan Golm 2040 Ausschuss für Klima, Umwelt  
**22/SVV/1236** und Mobilität

Zustimmung 4:1:1

Ausschuss für Gesundheit,  
Soziales, Wohnen und  
Inklusion  
Zustimmung

Ausschuss für Bildung und  
Sport  
Zustimmung 5:0:1

Ortsbeirat Golm  
einstimmige Zustimmung mit  
folgender Änderung des  
Beschlusstextes:

1. Der Rahmenplan Golm 2040 bildet **unter den Maßgaben, dass**

**I. im Bereich des Voruntersuchungsgebietes Golm-Nord**

- a) eine Siedlungsentwicklung nur in dem Umfang erfolgt, dass die künftige Siedlungskante einen Abstand von mindestens 150 m zum Waldrand des Windmühlenbergs einhält,
- b) eine abgestufte, landschaftsverträgliche Bauhöhenentwicklung erfolgt,
- c) die Baudichten zoniert werden, und zum Siedlungsrand hin aufzulockern sind,
- d) eine leistungsfähige verkehrliche und soziale Infrastruktur zentraler Baustein der Siedlungsentwicklung ist,
- e) der Verlust wertvoller Agrarflächen vollständig zu kompensieren ist,

**II. die alte Ortsmitte von Golm durch Funktionszuweisungen zu stärken ist,**

**III. innerörtliche Verdichtungspotentiale prioritär zu nutzen sind,**

**IV. die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte im Verkehrsnetz  
signifikant zu verbessern ist,**

die planerische und konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung des Ortsteiles und des Innovationsstandortes Golm. ~~und ist u.a. bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.~~

**Für den Bereich des Voruntersuchungsgebietes Golm-Nord ist insbesondere zur Umsetzung der Maßgaben die Rahmenplanung zu konkretisieren, fortzuentwickeln und mit dem OBR Golm einvernehmlich abzustimmen.**

**Begleitend zu den Konkretisierungen ist ein umsetzungsorientiertes Konzept für den natur- und artenschutzrechtlichen Ausgleich im Ortsteil Golm zu erarbeiten.**

**Der Rahmenplan ist i.V.m. den Konkretisierungen bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.**

2. Der Rahmenplan Golm 2040 ist **unter Berücksichtigung der Maßgaben** eine langfristige, gemeinsame Strategie- und Arbeitsgrundlage mit Selbstbindung für die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung.
3. Die aufgezeigten Handlungsfelder und Maßnahmen sind durch die Verwaltung **im Einvernehmen mit dem Ortsbeirat Golm** konzeptionell, finanziell und zeitlich zu konkretisieren.
4. Der Rahmenplan Golm 2040 ist - im Rahmen eines entwicklungsbegleitenden Monitorings - regelmäßig (**mindestens alle zwei Jahre**) auf seine Aktualität zu prüfen und hinsichtlich seiner planerischen Grundzüge **im Einvernehmen mit dem Ortsbeirat Golm** fortzuschreiben.

Ortsbeirat Eiche (gem. Selbstbefassungsrecht)  
einstimmige Zustimmung mit folgender Änderung des Beschlusstextes:

5. Im Rahmenplan Golm ist die geplante bauliche Inanspruchnahme von Flächen des Landschaftsschutzgebietes deutlich zu verringern, so dass **wenigstens die Hälfte der LSG-Fläche freier Landschaftsraum bleibt**. Insbesondere ist die dem Katharinenholz gegenüberliegende Fläche westlich und nördlich des Naturwaldes ist als naturnahe Landschaft zu erhalten und im LSG zu belassen. Änderung betrifft u. a. Seite 60, 64, 70 des Konzeptes.
6. Im Rahmenplan Golm ist zu berücksichtigen, dass sich die geplante bauliche Inanspruchnahme sowohl in das vorhandene Ortsbild integriert als auch ein „fließender“ Übergang in den Freiraum des LSG gestaltet wird. Ebenso ist der angrenzende Ortsteil Eiche mit einzubeziehen. Dabei ist bei der Planung bereits zu berücksichtigen, dass Wohnraum für Menschen mit geringerem Einkommen geschaffen wird, Möglichkeiten des genossenschaftlichen Wohnbaus eingeräumt sowie innovative bauliche Wohnformen ermöglicht werden, die den jeweiligen Lebensphasen der Mieter und Mieterinnen angepasst werden können.

7. In Übereinstimmung mit den gesamtstädtischen Zielen der Förderung bezahlbaren Wohnraums und nachhaltiger Quartiersentwicklung werden gemeinwohlorientierte Akteure der Wohnungswirtschaft wie Genossenschaften, die ProPotsdam, das Studierendenwerk, Mietwohnungsorganisationen sowie Baugruppen bevorzugt bei der Grundstücksvergabe berücksichtigt.
8. Der Verkehr ist sowohl bei ÖPNV als auch bei MIV zukunftssicher auskömmlich zu planen. Dabei sind Vorkehrungen zu treffen, die weitere zusätzliche Verkehrsbelastungen der bereits jetzt überlasteten Roßkastanienstraße und der Kaiser-Friedrich-Straße wirksam verhindern. Insbesondere sind nicht individuell motorisierte Menschen zu berücksichtigen.
9. Vorbehaltlich erst später vorliegender Prüfergebnisse für den Bau einer Ortsumgehungsstraße Potsdam ist eine Trasse für eine Ortsquerung des OT Golm (vorzugsweise in einer Tunnelröhre) freizuhalten.
10. Es ist ein Konzept für die verträgliche Abwicklung nötiger Bauverkehre zu erarbeiten damit Mehrbelastungen der Ortslagen Golm und Eiche während der Bauzeit verhindert werden. Die Nordanbindung Golm ist frühzeitig fertig zu stellen.
11. Für KFZ ist östlich der Eisenbahn eine Verbindung zwischen dem mittleren und nördlichen Teil des Plangebietes in Verlängerung der Karl-Liebknecht-Straße zur Clara-Immerwahr-Straße einzurichten. Diese Änderung ist u. a. auf Seite 86 einzuarbeiten.
12. Die neuen Baugebiete sind mit ortstypisch ausreichender Zahl von KFZ-Stellplätzen zu planen.
13. Ein Projekt Bürgerhaus ist für die Ortsmitte den Entwicklungsbereich Golm einzuplanen, was sich am Bürgerhaus Schlaatz oder anderen Potsdamer Bürgerhäusern orientieren möge.
14. Die soziale Infrastruktur für Golm und Eiche ist nicht nur bedarfsentsprechend vollständig zu planen einschließlich Schulen, Kitas, Senioren-Betreuungseinrichtungen, Ärztehäusern und wohngebietstypischen Dienstleistungsangeboten, sondern auch durch die Investoren zu finanzieren.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Zustimmung 7:0:1  
einschließlich folgender  
Änderungen/ Ergänzungen  
(zum großen Teil aus den  
Ortsbeiräten Golm und Eiche  
übernommen):

1. Der Rahmenplan Golm 2040 bildet **unter den Maßgaben, dass**
  - I. **im Bereich des Voruntersuchungsgebietes Golm-Nord**
    - a) **eine Siedlungsentwicklung nur in dem Umfang erfolgt, dass die künftige Siedlungskante einen Abstand von mindestens**

- 150 m zum Waldrand des Windmühlenbergs einhält,
- b) eine abgestufte, landschaftsverträgliche Bauhöhenentwicklung erfolgt,
  - c) die Baudichten zониert werden, und zum Siedlungsrand hin aufzulockern sind,
  - d) eine leistungsfähige verkehrliche und soziale Infrastruktur zentraler Baustein der Siedlungsentwicklung ist,
  - e) der Verlust wertvoller Agrarflächen vollständig zu kompensieren ist,

II. die alte Ortsmitte von Golm durch Funktionszuweisungen zu stärken ist,

III. innerörtliche Verdichtungspotentiale zu nutzen sind,

IV. die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte im Verkehrsnetz signifikant zu verbessern ist,

die planerische und konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung des Ortsteiles und des Innovationsstandortes Golm. ~~und ist u.a. bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.~~

Für den Bereich des Voruntersuchungsgebietes Golm-Nord ist insbesondere zur Umsetzung der Maßgaben die Rahmenplanung zu konkretisieren, fortzuentwickeln und mit dem OBR Golm in Benehmen abzustimmen.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind prioritär im Ortsteil Golm zu verankern.

Der Rahmenplan ist i.V.m. den Konkretisierungen bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.

2. Der Rahmenplan Golm 2040 ist **unter Berücksichtigung der Maßgaben** eine langfristige, gemeinsame Strategie- und Arbeitsgrundlage mit Selbstbindung für die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung.
3. Die aufgezeigten Handlungsfelder und Maßnahmen sind durch die Verwaltung **in Benehmen mit dem Ortsbeirat Golm** konzeptionell, finanziell und zeitlich zu konkretisieren.
4. Der Rahmenplan Golm 2040 ist - im Rahmen eines entwicklungsbegleitenden Monitorings - regelmäßig (**mindestens alle zwei Jahre**) auf seine Aktualität zu prüfen und hinsichtlich seiner planerischen Grundzüge **in Benehmen mit dem Ortsbeirat Golm** fortzuschreiben.
5. Im Rahmenplan Golm ist zu berücksichtigen, dass sich die geplante bauliche Inanspruchnahme sowohl in das vorhandene Ortsbild integriert als auch ein „fließender“ Übergang in den Freiraum des LSG gestaltet wird. Ebenso ist der angrenzende Ortsteil Eiche mit einzubeziehen. Dabei ist bei der Planung bereits zu berücksichtigen, dass Wohnraum für Menschen mit geringerem Einkommen geschaffen wird, Möglichkeiten des genossenschaftlichen Wohnbaus eingeräumt sowie innovative bauliche Wohnformen ermöglicht werden, die den jeweiligen Lebensphasen der Mieter und Mieterinnen angepasst werden können.

6. In Übereinstimmung mit den gesamtstädtischen Zielen der Förderung bezahlbaren Wohnraums und nachhaltiger Quartiersentwicklung werden gemeinwohlorientierte Akteure der Wohnungswirtschaft wie Genossenschaften, die ProPotsdam, das Studierendenwerk, Mietwohnungsorganisationen sowie Baugruppen bevorzugt bei der Grundstücksvergabe berücksichtigt.
7. Der Verkehr ist sowohl bei ÖPNV als auch bei MIV zukunftssicher auskömmlich zu planen. Dabei sind Vorkehrungen zu treffen, die weitere zusätzliche Verkehrsbelastungen der bereits jetzt überlasteten Roßkastanienstraße und der Kaiser-Friedrich-Straße wirksam verhindern. Insbesondere sind nicht individuell motorisierte Menschen zu berücksichtigen.
8. Ein Projekt Bürgerhaus ist für den Entwicklungsbereich Golm einzuplanen, was sich am Bürgerhaus Schlaatz oder anderen Potsdamer Bürgerhäusern orientieren möge.
9. Die soziale Infrastruktur für Golm und Eiche ist bedarfsentsprechend vollständig zu planen einschließlich Schulen, Kitas, Senioren-Betreuungseinrichtungen, Ärztehäusern und wohngebietstypischen Dienstleistungsangeboten.

6.3

Flächennutzungsplan-Änderung „Golm Nord“  
(28/22) Aufstellungsbeschluss  
**22/SVV/1237**

Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
abgelehnt 2:2:2

Ortsbeirat Golm  
einstimmige Zustimmung mit  
folgender Änderung des  
Beschlusstextes:

- .
- .
- 2. Planerische Grundlage für die Flächennutzungsplan-Änderung ist der vorliegende **nach den Maßgaben des Ortsbeirates konkretisierte** Rahmenplan Golm 2040 (siehe Anlage 4).
- .
- .

Ausschuss für Stadtentwick-  
lung, Bauen, Wirtschaft und  
Entwicklung des ländlichen  
Raumes  
Zustimmung 7:1:0 mit  
folgender Änderung des Be-  
schlusstextes:

- .
- .
- 2. Planerische Grundlage für die Flächennutzungsplan-Änderung ist der vorliegende **nach den Maßgaben des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung konkretisierte** Rahmenplan Golm 2040 (siehe Anlage 4).
- .
- .

- |      |   |   |
|------|---|---|
| 6.4  | Neufassung der Satzung des Kommunalen Immobilien Service (KIS) Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam<br><b>23/SVV/0342</b>  | <u>Werksausschuss des Kommunalen Immobilien Service (KIS)</u><br>Zustimmung<br><br><u>Hauptausschuss</u><br>Zustimmung 13:0:2   |
| 6.5  | Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" (19/17), Abwägung, Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag und Satzungs- sowie Feststellungsbeschluss<br><b>23/SVV/0343</b> | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u><br>Zustimmung 4:0:2<br><br><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u><br>Zustimmung 3:0:3                            |
| 6.6  | Bebauungsplan Nr. 113 "Pappelallee/Reiherweg", Abwägungs- und Satzungsbeschluss<br><b>23/SVV/0344</b>   | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u><br>einstimmige Zustimmung<br><br><u>Ausschuss für Bildung und Sport</u><br>einstimmige Zustimmung                          |
| 6.7  | Änderung des Gesellschaftsvertrags der Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH<br><b>23/SVV/0366</b>   | <u>Hauptausschuss</u><br>Zustimmung 12:0:3  |
| 6.8  | Änderung der Geschäftsordnung des Gestaltungsrats<br><b>23/SVV/0370</b>   | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u><br>einstimmige Zustimmung  |
| 6.9  | Fördergebietskulissen der Wohnraumförderung<br><b>23/SVV/0372</b>   | <u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u><br>einstimmige Zustimmung<br><br><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u><br>einstimmige Zustimmung |
| 6.10 | Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-Gilly-Straße"<br><b>23/SVV/0373</b>  | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>  |

einstimmige Zustimmung mit  
folgenden Änderungen im  
Beschlusstext:

- .
- .
3. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung vom ~~07.03.2004~~ [http://allris01.lhp.intern/bi/si010\\_e.asp?YY=2001&MM=03&DD=07](http://allris01.lhp.intern/bi/si010_e.asp?YY=2001&MM=03&DD=07) **25.01.2023** (DS 22/SVV/09962) durchzuführen (siehe Anlage 3).
- .
- .

Jugendhilfeausschuss  
**zurückgestellt**

- 6.11 Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RL Kindertagespflege) zum 01.01.2023  
**23/SVV/0412** Jugendhilfeausschuss  
Zustimmung 13:0:1

**Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen / Ortsbeiräte**

**TOP:**

- 9.1 Ortsumgehung OT Groß Glienicke  
**21/SVV/0265** Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückgezogen**
- 9.2 Fortführung des „Walk of modern art“  
**22/SVV/0698** Ausschuss für Kultur  
einstimmige Zustimmung zur geänderten Fassung der Antragsteller wie folgt:
- + ÄA der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.03.2023

.

.

Es sind die folgenden sechs Standorte vorzusehen. Die Bemerkungen zu den Kunstwerken haben empfehlenden Charakter:

- ~~1. Steubenplatz: ein modernes Bildwerk anstelle des Steubendenkmals, dessen Nachbildung in der Schloßstraße verbleiben soll~~
- 2- 1. Vorplatz des Filmmuseums: hier stehen drei Wiesenflächen bzw. ihre Umrandung für flache Kunstwerke, bevorzugt aus dem inhaltlichen Kontext des Potsdamer Films, zur Verfügung, gleichzeitig ist die beschlossene Aufwertung in der Bepflanzung zu beachten
- ~~3-~~ 2. Grünes Dreieck nordwestlich vom Rechenzentrum
- ~~4-~~ 3. Grünfläche an der Breiten Straße vor der Einmündung Kiezstraße
- ~~5-~~ 4. Havelufer nahe der Seerose
- ~~6-~~ 5. Grünes Dreieck südlich Zeppelinstraße, kurz vor dem Luisenplatz

Dem Ausschuss für Kultur ist anlassbezogen, mindestens einmal im Jahr Bericht zu erstatten.

**Zum Steubenplatz und dem Bereich hinter dem Filmmuseum ist ein gesonderter Diskurs im Zusammenhang mit der zukünftigen Gestaltung des Steubenplatzes zu führen.**

- 9.3 Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen  
**22/SVV/0940** Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
**zurückgezogen**
- 9.4 Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern  
**22/SVV/0941** Ausschuss für Finanzen  
abgelehnt 1:6:1  
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückgezogen**
- 9.5 Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen  
**22/SVV/0942** Ausschuss für Finanzen  
abgelehnt 1:6:1  
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückgezogen**
- 9.6 Fortschreibung Prioritätenliste Naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen  
**22/SVV/0979** Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes v. 21.02.2023  
abgelehnt 2:4:2 (NF + gesamter Antrag)  
**Rücküberweisung aus StVV am 01.03.2023 in:**  
Ausschuss für Finanzen  
**zurückgestellt**  
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückgestellt**
- 9.7 Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige Leistungen  
**22/SVV/1104** Ausschuss für Finanzen  
Zustimmung 7:0:1 mit folgenden Änderungen / Ergänzungen im Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die im Entwurf des Doppelhaushalts 2023/2024 vorgeschlagenen **hinsichtlich der** Verwendung der Mittel für freiwillige Leistungen in einer Gesamtübersicht aufzulisten, dabei auf Produktebene (z.B. Produkt 55100) Mehr- und Mindeausgaben für die konkreten Massnahmen (Beispiel Volkspark, mit den konkreten Auswirkungen wie z.B. Verschiebung der Instandsetzung der Skateranlage) darzustellen und **für zukünftige Haushalte vorzuschlagen**, in den Fachausschüssen zu erläutern

~~und zu begründen.~~

~~Alternativ vorzuschlagen, wie die Stadtverordneten in die Lage versetzt werden können, die konkreten Auswirkungen ihrer Entscheidungen in einer einfachen Übersicht zu erkennen und ggf. ihre Entscheidung oder Priorisierung treffen zu können.~~

Der Vorschlag ist im 3. Quartal 2024 vorzulegen.

~~Die Übersicht ist spätestens zusammen mit dem Entwurf der Haushaltssatzung der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.~~

9.8 Qualität von Volkspark und Lustgarten  
sichern und erhalten  
**22/SVV/1106** Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
**zurückgezogen**

+ AA der Fraktion AfD vom 30.11.2022

9.9 Prüfung der Einrichtung von  
wettkampffähigen Sportstätten in der LH  
Potsdam: Innenstadt und Babelsberg.  
Aufnahme des westlichen Viertels des  
Lustgartens in die Potentialflächen  
**22/SVV/1158** Ausschuss für Bildung und  
Sport  
**zurückgestellt**  
Ausschuss für Stadtentwick-  
lung, Bauen, Wirtschaft und  
Entwicklung des ländlichen  
Raumes v. 21.02.2023  
Zustimmung 7:0:1 mit  
folgender Streichung im  
Beschlusstext:

.  
.

~~In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob auch die vor über drei Jahren angestrebte Planung zu einer gleichartigen Sportanlage im nordöstlichen Teil Babelsbergs zwischen Bahndamm und Rudolf Breitscheidt Straße wieder aufgenommen werden kann.~~

9.10 Radschnellwegplanung in Potsdam  
vorantreiben  
**22/SVV/1159** Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
**zurückgestellt**

9.11 Bad für den Norden der Landeshauptstadt  
Potsdam  
**22/SVV/1220** Ausschuss für Stadtentwick-  
lung, Bauen, Wirtschaft und  
Entwicklung des ländlichen  
Raumes  
abgelehnt 2:5:1

Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
**zurückgestellt**

Hauptausschuss  
**zurückgestellt**

9.12 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbiblio-  
thek  
**22/SVV/1265** Jugendhilfeausschuss  
Zustimmung

Ausschuss für Bildung und Sport  
Zustimmung 3:0:3

Ausschuss für Finanzen  
Zustimmung mit folgender Streichung und Ergänzung im Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~ab dem Jahr 2024~~ zusätzliche Sonntagsöffnungszeiten der Stadt- und Landesbibliothek nach dem in der Mitteilungsvorlage 22/SVV/1066 vorgeschlagenen Modell „Sonntagsöffnung mit einer Veranstaltungsagentur und mit Wachschatz“ zu organisieren.

**Die Realisierung ist für 2025 vorzubereiten.**

**Dabei ist zu prüfen, ob Mittel aus HBPG als Deckung bereitgestellt werden können.**

~~Die erforderlichen Mittel in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr sind zusätzlich in den Haushalt des Geschäftsbereiches 2 einzustellen.~~

Die Stadtverordnetenversammlung soll ~~im Mai 2023~~ **mit der Vorlage des Doppelhaushaltes 2025/2026** über den Sachstand informiert werden.

9.13

Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen  
**23/SVV/0049**

Ausschuss für Bildung und Sport  
Zustimmung 6:0:2 zu folgender neuen Fassung sowie geändertem Begründungstext bzgl. Reihenfolge und Ergänzungen:

**Neue Fassung Beschlusstext:**

**Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung des Kiez-Schwimmbads Nord verbindlich in die Haushaltsplanung aufzunehmen, beginnend spätestens ab 2027 mit den notwendigen Planungskosten und dann ab Planreife des betreffenden Bebauungsplans mit der Umsetzung. Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.**

**Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt im Potsdamer Norden ein entsprechend für den Bau eines Kiez-Schwimmbads Nord geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für ein Hallenbad (min. fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.**

**Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt den Bebauungsplan Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz - Uferpark“ hinsichtlich der**

**Realisierbarkeit eines kommunalen Strandbades weiter zu verfolgen, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen. Sollte diese Fläche nicht realisierbar sein, so ist alternativ in Krampnitz oder unmittelbarer Umgebung eine Fläche für ein Freibad zu identifizieren, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.**

**Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 2. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zu geeigneten Flächen für das Kiezbad sowie ein Strand- oder Freibad zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.**

**Geänderter Begründungstext:**

Änderungen ab:

.  
.

Nach fachlicher Einschätzung der Bäderlandschaft Potsdam und dem Fachbereich Bildung, Jugend und Sport wird der konkrete Bedarf für ein neues Schwimmbad mittelfristig gesehen, um ernsthaften Nutzungskonflikten rechtzeitig entgegenwirken zu können.“

**In der SVV vom 07.12.2022 wurde in Beantwortung der Einzelanfrage 22/SVV/1169 von Frau Lange zum Sachstand klar, dass ein klarer Finanzierungsauftrag fehlt.**

In der Mitteilungsvorlage 20/SVV/0563 zum beschlossenen Antrag 19/SVV/1383 „Fläche für das Kiez-Schwimmbad Nord sichern“ wurde deutlich gemacht, dass in Krampnitz eine Fläche für das dringend notwendige Kiezbad Nord bau- und eigentumsrechtlich gesichert werden kann und soll. Fortschritte sind seitdem jedoch keine erkennbar, trotz des eindeutigen SVV-Beschlusses. **Im Zuge der Ausschussberatung im SBWL im Februar 2023 wurde zudem bekannt, dass diese Fläche wegen des LSGs nicht für ein Kiezbad infrage kommt und daher erneut die Standortfrage gestellt werden muss, die 2019 bereits Krampnitz als Vorzugsvariante ergab. Im besten Fall läge die Alternativfläche für das Kiezbad trotzdem in Krampnitz, wenn auch nicht im Uferbereich des Sees - das würde der verkehrsgünstigste Standort und würde mit einem Frei-/Strandbad auch (personelle) Synergieeffekte mit sich bringen.**

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Zustimmung 7:1:0 zur neuen Fassung aus dem Ausschuss für Bildung und Sport einschließlich einer Änderung im 2. Absatz sowie einer Terminanpassung und Streichung im 5. Absatz wie folgt:

.  
.  
**Die Finanzierung der notwendigen Planungskosten des Kiez-Schwimmbads Nord wird in die Mittelfristplanung aufgenommen. Mit dem Ende der ersten Ausbaustufe Krampnitz soll die Umsetzung realisiert werden, wobei mit der dafür notwendigen Planung rechtzeitig davor zu beginnen ist.** Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.  
.

.  
Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 23. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zum ~~geeigneten Flächen für das Kiezbad sowie~~ Planungsstand eines Strand- oder Freibades zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

einstimmige Zustimmung zur Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Ausschuss für Finanzen

Zustimmung 7:0:1 zur Fassung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität (entspricht Fassung SBWL)

Hauptausschuss

Zustimmung 14:0:1 zur Fassung des Ausschusses für Finanzen (entspricht Fassung SBWL)

9.14 Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen  
**23/SVV/0130**

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

**Erledigung wird festgestellt**

Hauptausschuss  
**zurückgestellt**

9.15 IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten  
**23/SVV/0139**

Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung  
**zurückgestellt**

9.16 Mitwirkungs-gremium Am Stern  
**23/SVV/0141**

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
**zurückgestellt**

- |   |   |   |
|---|---|---|
| 9.17  | <p>Nächster Stopp Elternhaltestelle<br/><b>23/SVV/0146</b></p> <p>+ ÄA der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam vom<br/>28.03.2023</p> | <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt<br/>und Mobilität</u><br/>abgelehnt 1:4:1</p>   |
| 9.18  | <p>Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms<br/>Afghanistan in Potsdam<br/><b>23/SVV/0177</b></p>                                      | <p><u>Ausschuss für Finanzen</u><br/><b>zurückgestellt</b></p> <p><u>Ausschuss für Gesundheit,<br/>Soziales, Wohnen und<br/>Inklusion</u><br/><b>zurückgestellt</b></p>                       |
| 9.19  | <p>Begrünung des Mittelstreifens der Breiten<br/>Straße<br/><b>23/SVV/0185</b></p>  | <p><u>Ausschuss für Stadtentwick-<br/>lung, Bauen, Wirtschaft und<br/>Entwicklung des ländlichen<br/>Raumes</u><br/>Zustimmung 3:2:1 folgender<br/>neuen Fassung des<br/>Beschlusstextes:</p> |
| <p><b>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, die Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße wie folgt zu veranlassen:-</b></p> <p><b>In einem ersten Abschnitt ist der Mittelstreifen vor dem Naturkundemuseum bis zur Kreuzung Schopenhauerstraße zu entsiegeln und ca. 50 cm tief mit Pflanzboden zu füllen.<br/>Diese Teilfläche von ca. 450 m<sup>2</sup> hat eine Breite von 4,70 m bis 2,00 m.<br/>Die Entsiegelung soll in Anwendung von Ersatzmaßnahmen für andere Bauvorhaben geschehen. Die Bepflanzung ist vorzugsweise mit geeigneten trockenresistenten Bodendeckern vorzunehmen. Dabei sind bezüglich Bepflanzung und Pflege Initiativen von Bürgern einzubeziehen sofern möglich.</b></p> <p><b>In einem zweiten Abschnitt ist der Bereich zwischen Schopenhauerstraße und Zeppelinstraße gleichermaßen zu begrünen.<br/>Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2023 über den Stand zu informieren.</b></p> |   |   |
|   |   | <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt<br/>und Mobilität</u><br/>abgelehnt 0:3:3</p>   |
| 9.20  | <p>Regionalpark-Radweg im Potsdamer Norden<br/>etablieren<br/><b>23/SVV/0194</b></p>  | <p><u>Ortsbeirat Uetz-Paaren</u><br/>einstimmige Zustimmung</p> <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt<br/>und Mobilität</u><br/><b>Erledigung wird festgestellt</b></p>                           |
| 9.21  | <p>Trinkwasserbrunnen und Hitzeschutz<br/><b>23/SVV/0195</b></p>  | <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt<br/>und Mobilität</u><br/><b>zurückgestellt</b></p>   |



9.29	<p>Innenstadt neu beleben <b>23/SVV/0351</b></p> <p>+ NF der Fraktion CDU vom 02.05.2023</p>	<p><u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> NF abgelehnt</p> <p><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> NF abgelehnt 1:4:1</p> <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Ablehnung 2:4:0 der ursprünglichen Fassung</p>
9.30	<p>Eingliederungskonzept für die Sonderbauprogrammstandorte <b>23/SVV/0353</b></p>	<p><u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> abgelehnt 2:5:1</p> <p><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> beraten am: 13.06.2023</p>
9.31	<p>Verkehrssicherheit in Nedlitz verbessern <b>23/SVV/0355</b></p>	<p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Zustimmung 3:0:3</p>
9.32	<p>Auswirkung von Parkgebühren und Parkplatzknappheit auf das Kundenverhalten <b>23/SVV/0356</b></p>	<p><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> abgelehnt 1:5:0</p> <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> abgelehnt 2:4:0</p>
9.34	<p>Mobility Hubs <b>23/SVV/0358</b></p>	<p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> <b>zurückgestellt</b></p>
9.35	<p>Notfallbänke in Parks und Grünanlagen <b>23/SVV/0359</b></p>	<p><u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> abgelehnt 2:5:1</p> <p><u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> abgelehnt 3:3:1</p>

- 9.36 Parkregelung für besondere Berufsgruppen im Innenstadtbereich verbessern  
**23/SVV/0360**
- Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
abgelehnt
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
abgelehnt 2:4:0
- 9.37 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)  
**23/SVV/0381**
- Alle Ortsbeiräte und Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service:  
**siehe Anlage 1 zu den Stellungnahmen**
- Ausschuss für Kultur  
Zustimmung 4:0:2  
einschließlich einer Vorverlegung vom 21.03.2024 auf den **14.03.2024 (parallel zum JHA)**
- Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion  
Zustimmung
- Ausschuss für Bildung und Sport  
Zustimmung 4:0:1
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
einstimmige Zustimmung
- Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung  
einstimmige Zustimmung
- Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
Zustimmung einschließlich einer Vorverlegung vom 16.04.2024 auf den **09.04.2024**
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
einstimmige Zustimmung
- Jugendhilfeausschuss  
Zustimmung 11:0:1
- Ausschuss für Finanzen  
Zustimmung

Hauptausschuss  
Zustimmung 13:0:2

Rechnungsprüfungsausschuss  
beraten am: 15.06.2023

9.38 Sauberkeit in Potsdam  
**23/SVV/0383**

Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
Zustimmung

9.39 Virtuelles Bürgeramt Potsdam  
**23/SVV/0385**

Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung  
einstimmige Zustimmung mit folgender Streichung und Terminanpassung im Beschlusstext:

~~1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für ein virtuelles Bürgeramt zu schaffen. Ziel ist die zusätzliche ortsunabhängige Erreichbarkeit des Bürgerservice per Video-Call.~~

~~2.1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum vierten Quartal 2023 **ersten Quartal 2024** ein Konzept für ein virtuelles Bürgeramt zu erarbeiten. In dem Konzept sollen u.a. die prozessualen Fragen und technischen Anforderungen beschrieben werden. Weiterhin soll hier eine Übersicht der geeigneten Verwaltungsdienstleistungen erarbeitet werden, mit entsprechender Priorisierung anhand der relativen Nutzungshäufigkeit und zeitnahen Realisierbarkeit. Das Konzept ist dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung (PTD) bis zum vierten Quartal vorzustellen.~~

9.40 Netztransformation der Fernwärme planen  
**23/SVV/0392**

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückgestellt**

Hauptausschuss  
**zurückgestellt**

9.41 Sicherer Radweg Heinrich-Mann-Allee  
**23/SVV/0393**

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückgestellt**

9.42 Entlastung Rettungsdienst und Notaufnahmen  
**23/SVV/0402**

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion  
**zurückgestellt**

Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
**zurückgestellt**

9.43

Prävention statt Repression – gemeinsam  
gegen Queerfeindlichkeit  
**23/SVV/0404**

Ausschuss für Gesundheit,  
Soziales, Wohnen und  
Inklusion  
Zustimmung mit folgender  
Ergänzung im Beschlusstext:

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beobachtet die Entwicklungen in Golm, die im Februar in einem queerfeindlichen Angriff auf Studierende gipfelte, mit Sorge und regt daher die schnellstmögliche Einberufung einer Runde **unter Federführung des Bündnisses Potsdam bekannt Farbe** aus Vertreter:innen des Ortsteils (inklusive Beteiligung von Sozialarbeiter:innen aus dem Jugendclub, sowie Lehrkräften und Ortsbeirat), Vertreter:innen der Universität Potsdam (inklusive Studierendenvertreter:innen, Studierendenwerk, Mitarbeiter:innen und Hochschulleitung), sowie Vertreter:innen der Stadt (inklusive Vertreter:innen der Verwaltung und des Jugendhilfeausschusses) an.

.  
.

Ortsbeirat Golm  
**Zur Kenntnis genommen**

Jugendhilfeausschuss  
Zustimmung 11:0:1 zur  
Fassung des Ausschusses für  
Gesundheit, Soziales, Wohnen  
und Inklusion

#### Vorab im Ausschuss beraten:

10.3

Verzicht auf einen Eintritt in den Volkspark  
Potsdam  
**23/SVV/0435**

Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
Zustimmung 7:0:1 mit  
folgender Ergänzung und  
Terminanpassung im  
Beschlusstext:

1. In Umsetzung des Beschlusses 22/SVV/1264 erfolgt der kostenfreie Eintritt in den Volkspark Potsdam zum 01.01.2024 **2025**.

.  
.

**5. Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der ProPotsdam Naturerlebnis GmbH ein Konzept zur Finanzierung mit dem Ziel zu entwickeln, die jetzt im Volkspark bestehende Attraktivität zu erhalten.**

Ausschuss für Finanzen  
Zustimmung 4:1:4 zur Fassung  
des Ausschusses für Klima,  
Umwelt und Mobilität

Hauptausschuss  
**zurückgestellt**

10.12	Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023 <b>23/SVV/0480</b>	<u>Ausschuss für Finanzen</u> Zustimmung  <u>Jugendhilfeausschuss</u> Zustimmung 10:0:2 mit folgender Änderung im Beschlusstext:
-------	--	--

.

.

3. Der Oberbürgermeister wird ~~vorbehaltlich~~ **unter Berücksichtigung** weiterer landesgesetzlicher Regelungen beauftragt, erstmalig zum 01.01.2025 die Höchstbeiträge (Platzkosten inkl. Staffelung) sowie jährlich das Essengeld (erstmalig zum 01.01.2024) zu prüfen und ggfs. eine Anpassung der Beitragstabelle und des Essengeldes vorzunehmen.

10.18	Verschmelzung der PRO POTSDAM Facility Management GmbH auf die GEWOBA Wohnungsverwaltungsgesellschaft Potsdam mbH <b>23/SVV/0475</b>	<u>Hauptausschuss</u> einstimmige Zustimmung
-------	---	---

# Anlage 1 zu den Stellungnahmen:

## DS 23/SVV/0381 – Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)

### Ortsbeirat Grube

12.02.2024  
18.03.2024  
22.04.2024  
21.05.2024

### Ortsbeirat Marquardt

16.01.2024  
27.02.2024  
26.03.2024  
30.04.2024  
28.05.2024

### Ortsbeirat Uetz-Paaren

19.02.2024  
18.03.2024  
22.04.2024  
27.05.2024

### Ortsbeirat Fahrland

31.01.2024  
21.02.2024  
20.03.2024  
24.04.2024  
22.05.2024

### Ortsbeirat Golm

18.01.2024  
22.02.2024  
21.03.2024  
25.04.2024  
30.05.2024

### Ortsbeirat Eiche

18.01.2024  
29.02.2024  
14.03.2024  
25.04.2024  
23.05.2024

### Ortsbeirat Neu Fahrland

21.02.2024  
20.03.2024  
02.05.2024  
28.05.2024

Ortsbeirat Satzkorn

18.01.2024  
15.02.2024  
21.03.2024  
25.04.2024  
30.05.2024

Ortsbeirat Groß Glienicke

16.01.2024  
13.02.2024  
19.03.2024  
23.04.2024  
28.05.2024

Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service

16.02.2024  
22.03.2024  
26.04.2024  
31.05.2024

DS	Vorschlagstitel	Stadtverordnetenversammlung	Finanzen	Hauptausschuss	Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes	Bildung und Sport	Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion	Ausschüsse				Ordnung und Sicherheit	Partizipation, Transparenz und Digitalisierung	Jugendhilfeausschuss	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Fraktionen*		CDU	DIE aNDERE	Eiche	Fahrland	Golm	Groß Glienicke	Ortsbeiräte		Marquardt	Neu Fahrland	Satzkorn	Uetz-Paaren		
								Klima, Umwelt und Mobilität	Kultur	Sozial/Die Linke	Die Linke						Grube															
			15.03.2023 / 30.5.2023	08.02. und 22.02.2023	17.01.2023	20.12.2022	14.02.2023	23.02.2023	09.02.2023	20.12.2022	10.01.2023	19.01.2023	20.03.2023	13.03.2023	17.04.2023	13.03.2023	20.03.2023	12.12.2022	26.01.2023	18.01.2023	19.01.2023	17.01.2023	23.01.2023	20.12.2022	23.12.2022	19.01.2023	20.02.2023					
<b>5 Bürgervorschläge zur Haushaltskonsolidierung / Haushaltssicherung</b>																																
1.	(DS 22/SVV/1120) <b>Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche</b> <small>ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>		ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2.	(DS 22/SVV/1121) <b>Effiziente Geschäftsprozesse in der Stadtverwaltung</b> <small>ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>		ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	geä. bes. Prüfauftrag	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3.	(DS 22/SVV/1122) <b>Energie-Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung</b> <small>ungeändert beschlossen: 3 geändert beschlossen: 2 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 2</small>		geä. bes. ** Prüfauftrag	-	-	-	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	geä. bes. Prüfauftrag	erl. Bereits in Ums.	geä. bes. Prüfauftrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4.	(DS 22/SVV/1123) <b>Gewinnausschüttung der Potsdamer Stadtwerke</b> <small>ungeändert beschlossen: 0 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 8 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>		abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5.	(DS 22/SVV/1124) <b>Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeintritt)</b> <small>ungeändert beschlossen: 1 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 7 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>		abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme	abgel. Ablehnung	-	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
<b>10 Bürgervorschläge zur laufenden Verwaltungstätigkeit (Ergebnishaushalt)</b>																																
6.	(DS 22/SVV/1136) <b>Spürbare Verbesserungen im Bürgerservice der Stadtverwaltung</b> <small>ungeändert beschlossen: 10 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>		ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	-	-	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7.	(DS 22/SVV/1126) <b>Freiwillige Feuerwehren finanziell unterstützen</b> <small>ungeändert beschlossen: 7 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>		geä. bes. ** Prüfauftrag	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	-	-	-	geä. bes. Prüfauftrag	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-						
8.	(DS 22/SVV/1127) <b>Planung Ortsumgehungsstraße um Potsdam</b> <small>ungeändert beschlossen: 4 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 7 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>		abgel. Ablehnung	-	abgel. Ablehnung	-	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	-	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-
9.	(DS 22/SVV/1128) <b>Erhalt und Schutz von Kleingärten in Potsdam</b> <small>ungeändert beschlossen: 5 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 3</small>		ung. bes. Annahme	-	erl. Bereits in Ums.	-	-	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10.	(DS 22/SVV/1129) <b>Radschnellwege-Konzept mit Schnellstrecke Hauptbahnhof / Potsdam-West</b> <small>ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>		ung. bes. Annahme	-	erl. Bereits in Ums.	-	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	geä. bes. Prüfauftrag	ung. bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
11.	(DS 22/SVV/1130) <b>Energieleitplanung zur Heizenergie aus regenerativen Quellen</b> <small>ungeändert beschlossen: 4 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 3</small>		ung. bes. Annahme	-	-	-	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	erl. Bereits in Ums.	geä. bes. Prüfauftrag	erl. Bereits in Ums.	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12.	(DS 22/SVV/1131) <b>Inselbühne auf der Freundschaftsinsel erhalten und fördern</b> <small>ungeändert beschlossen: 7 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>		ung. bes. Annahme	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
13.	(DS 22/SVV/1132) <b>Einrichtung fachübergreifenden Team für Klimaschutz und Energiesicherheit</b> <small>ungeändert beschlossen: 5 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 3</small>		ung. bes. Annahme	-	-	-	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	erl. Bereits in Ums.	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
14.	(DS 22/SVV/1133) <b>Dialog mit Schlösserstiftung: Nutzung Babelsberger Park auch für Naherholg.</b> <small>ungeändert beschlossen: 7 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>		ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15.	(DS 22/SVV/1134) <b>Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft</b> <small>ungeändert beschlossen: 5 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>		geä. bes. ** Prüfauftrag	-	-	-	ung. bes. Annahme	-	-	geä. bes. Prüfauftrag	-	-	geä. bes. Prüfauftrag	geä. bes. Prüfauftrag	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	geä. bes. Prüfauftrag	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>5 Bürgervorschläge zur Investitionsplanung (Finanzhaushalt)</b>																																
16.	(DS 22/SVV/1135) <b>Jugend- und Freizeitanlage am Nuthepark / Hauptbahnhof finanzieren</b> <small>ungeändert beschlossen: 8 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>		geä. bes. ** Prüfauftrag	-	ung. bes. Annahme	-	ung. bes. Annahme	-	-	ung. bes. Annahme	-	-	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	geä. bes. Prüfauftrag	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17.	(DS 22/SVV/1136) <b>Sporthalle zur Nutzung für Vereine und Gruppen (ohne Schulsport)</b> <small>ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 7 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>		abgel. Ablehnung	-	-	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	geä. bes. Prüfauftrag	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme										
18.	(DS 22/SVV/1137) <b>Freibad im Potsdamer Norden</b> <small>ungeändert beschlossen: 8 geändert beschlossen: 3 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 5 durch Verwaltungshandeln erledigt: 1</small>		abgel. Ablehnung	-	-	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	erl. Bereits in Ums.	geä. bes. Prüfauftrag	geä. bes. Prüfauftrag	geä. bes. Prüfauftrag	ung. bes. Annahme	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme											
19.	(DS 22/SVV/1138) <b>Wohnblock „Staudenhof“ erhalten / sanieren</b> <small>ungeändert beschlossen: 3 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 7 durch Verwaltungshandeln erledigt: 0</small>		abgel. Ablehnung	-	abgel. Ablehnung	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	-	-	-	-	abgel. Ablehnung	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme	ung. bes. Annahme	abgel. Ablehnung	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20.	(DS 22/SVV/1139) <b>Fahrradweg-Lückenschluss zwischen Satzkorn und Marquardt</b> <small>ungeändert beschlossen: 3 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 durch Verwaltungshandeln erledigt: 7</small>		erl. Bereits in Ums.	-	erl. Bereits in Ums.	-	-	erl. Bereits in Ums.	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	erl. Bereits in Ums.	ung. bes. Annahme	-	-	-	-	-	ung. bes. Annahme	-	geä. bes. Annahme	-	-	-	-					

Beschlusskategorien: Vorlage ungeändert beschlossen = ung. bes. // Vorlage geändert beschlossen = geä. bes. // Vorlage abgelehnt = abgel. // Vorlage zurückgestellt = zurückgest. // durch Verwaltungshandeln umgesetzt = erl. // Vorlage zur Kenntnis genommen = zKg  
\*In der Stadtverordnetenversammlung sind weitere Fraktionen vertreten. Die hier aufgelisteten haben bis zum 31.5.2023 gegenüber der Projektleitung Bürgerhaushalt Empfehlungen/Voten zur "TOP20-Liste" ausgesprochen

\*\*Die Formulierung der konkreten Prüfaufträge aus dem Ausschuss für Finanzen finden Sie auf den folgenden Seiten.

## DS 22/SVV/1120

### **1. Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Aus dem Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam fließt kein Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Gemäß der Beschlüsse 08/SVV/0325, 12/SVV/0759 und 17/SVV/0819 durch die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung wird eine finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt am Bau der Garnisonkirche ausgeschlossen.

#### **Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buerbereitstellung.potsdam.de/node/13349>

#### **>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Sozial.DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen) - <i>Keine Deckungsquelle notwendig</i>

Hauptausschuss	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
----------------	---

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

---

## DS 22/SVV/1121

### **2. Effiziente Geschäftsprozesse in der Stadtverwaltung**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam führt eine Überprüfung der Effizienz ihrer Arbeits- und Geschäftsprozesse durch (Aufgabenkritik). Dabei erfolgt eine kritische Überprüfung der öffentlichen Verwaltung und der von ihr wahrgenommenen Aufgaben. So soll geklärt werden, was notwendig, wirtschaftlich effizient und effektiv ist.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Landeshauptstadt Potsdam hat als Kommune staatliche Aufgaben der Daseinsvorsorge nach gesetzlichen Bedingungen und Regeln zu erbringen. Verbunden mit den Beschlüssen der demokratischen Vertretung (der Stadtverordnetenversammlung) ist eine Gleichsetzung mit einem Unternehmen nicht an jeder Stelle möglich. Die Prozesse, die die Stadtverwaltung eigenständig gestalten kann, orientieren sich bereits an Effizienzgesichtspunkten. Hierbei wird insbesondere in der Digitalisierung ein Katalysator für die Optimierung der Arbeits- und Geschäftsprozesse mit Blick auf Effizienz, Effektivität, Qualität und Nutzerorientierung gesehen.

Bis Ende 2022 soll zudem ein standardisiertes, zentrales Geschäftsprozessmanagement etabliert werden, das durch eine geeignete Softwarelösung unterstützt wird. Damit wird dann ein Werkzeug genutzt, das systematisch, nachhaltig und als „Daueraufgabe“ eine aufgabenzweck- und vollzugskritische Prozessoptimierung realisiert. Die Geschäfts- und Fachbereiche werden bei der Analyse, Modellierung und Optimierung ihrer Prozesse durch eine externe Beratung unterstützt. 2022 wird die Konzeptionierung und Implementierung des Prozessmanagements begonnen. Die Aufwendungen hierfür betragen rund 45.000 Euro. Diese Konzeption soll durch eine Softwarelösung

gestützt werden. Dafür werden in den Folgejahren Kosten von jährlich rund 50.000 Euro kalkuliert, u.a. für Lizenzen, Updates, Support und Schulungen der Mitarbeitenden.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13788>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Sozial.DieLinke	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

Hauptausschuss	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
----------------	---

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**DS 22/SVV/1122**

**3. Energie-Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam reduziert die Straßenbeleuchtung durch ein späteres Ein- und früheres Ausschalten der Beleuchtungszeit. Zudem sind bei der Ausstattung neuer Anlagen spezielle Sensoren zu verwenden, die auf Bewegung reagieren und das Licht heller werden lassen, wenn sich in diesem Abschnitt jemand befindet.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Da die öffentliche Straßenbeleuchtung auch maßgeblich für soziale Sicherheit aber auch zur Verkehrssicherheit beiträgt, sind verkürzte Betriebszeiten oder gar gänzliche Abschaltungen aus der Verkehrssicherungspflicht kein Mittel zum Zweck.

Die Straßenbeleuchtung wird in Potsdam über Dämmerungsschalter realisiert. Dabei verhindern Zeitschaltuhren, dass durch ungünstige Lichtverhältnisse (z.B. kurzzeitiges Abdunkeln, hervorgerufen durch andere Umfeldfaktoren) die Beleuchtung ein- bzw. nicht wieder ausgeschaltet wird. Seit einigen Jahren wird in der Landeshauptstadt Potsdam zudem die herkömmlich energiesparende Straßenbeleuchtung bereits auf neueste LED-Technik umgerüstet. Bei Neubauvorhaben werden ebenfalls ausschließlich LED-Leuchten eingesetzt. Für weitere Energieeinsparungseffekte wird vermehrt von der Dimmbarkeit der LED-Technik Gebrauch gemacht (z.B. in den späten Nachtstunden). Seit knapp zwei Jahren ist u.a. auf dem Uferweg „Templiner See“ (Im Bogen bis Kastanienallee) eine solche „smarte“ Beleuchtung (Dimmung sowie „mitlaufendes Licht“) im Einsatz.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13688>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
DieLinke	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)

CDU	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Die Andere	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen) - <i>Mögliche Räume für Einsparungen sollten vorher geprüft werden, auch unter Berücksichtigung des besonderen Sicherheitsgefühls von Menschen mit Behinderung, Frauen und Kindern.</i>

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
---	---

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen):  Die Landeshauptstadt Potsdam <b>wird beauftragt zu prüfen, wie – insbesondere unter Berücksichtigung von Sicherheitsbedürfnissen – durch die aufgeführten Maßnahmen – Reduzierung der</b> Straßenbeleuchtung durch ein späteres Ein- und früheres Ausschalten der Beleuchtungszeit <b>sowie die</b> Ausstattung neuer Anlagen mit speziellen Sensoren, die auf Bewegung reagieren und das Licht heller werden lassen, wenn sich in diesem Abschnitt jemand befindet – <b>Energiekosten eingespart werden können.</b>
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

---

## DS 22/SVV/1123

### **4. Gewinnausschüttung der Potsdamer Stadtwerke**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadtwerke Potsdam tragen zukünftig mit Gewinnausschüttungen zur Haushaltssicherung der Landeshauptstadt Potsdam bei.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Der Stadtwerkeverbund hat das Ziel, die beteiligten Unternehmen eng zu vernetzen, Querschnittsfunktionen zu bilden, Leistungsangebote abzustimmen und gemeinsame Optimierungspotentiale zu erschließen.

Die Stadtwerke Potsdam GmbH erbringt Dienstleistungen für die beteiligten Unternehmen um betriebswirtschaftliche Synergieeffekte durch Wissenstransfers, Aufgabenkonzentration und Zusammenarbeit zu erzielen. Die in ihm gebündelten Unternehmen (z.B. Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH, Energie und Wasser Potsdam GmbH, Stadtentsorgung Potsdam GmbH u.v.m.) erfüllen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge. Dabei unterstützen wirtschaftlich starke Unternehmen, wie z.B. die Energie und Wasser Potsdam GmbH, Unternehmen wie z.B. die Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH deren Leistungserbringung nicht wirtschaftlich möglich ist.

Ein wichtiges Gründungsziel der Stadtwerke Potsdam war die Schaffung eines steuerlichen Querverbundes. Durch seine Funktion erreicht der Verbund bereits heute eine Entlastungswirkung für den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam. Jährlich übernimmt die Stadtwerke Potsdam GmbH Verluste in 2-stelligem Millionenbereich für die Bereiche Verkehr und Bäder im Rahmen des Verbundes, was die Haushalte der Landeshauptstadt Jahr für Jahr deutlich entlastet. In den letzten Jahren verzeichneten die Stadtwerke auch teilweise negative Jahresergebnisse. Aufgrund der aktuellen Lage an den internationalen Strommärkten, ist zudem eine wirtschaftlich stärkere Belastung der Stadtwerke Potsdam zu erwarten. Des Weiteren unterstützen die verschiedenen Unternehmen der Stadtwerke unter Beachtung der entsprechenden Vorgaben in verschiedener Form z.B. Potsdamer Sportvereine oder Kultureinrichtungen.

#### **Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13691>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Sozial.DieLinke	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
DieLinke	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
CDU	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Die Andere	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt) - <i>Mit den Gewinnen der Stadtwerke werden die Verkehrsbetriebe derzeit querfinanziert. Hier würde eine wichtige Finanzquelle für den ViP verloren gehen.</i>

Hauptausschuss	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
----------------	------------------------------

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**DS 22/SVV/1124**

**5. Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeinritt)**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam reduziert ihre finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) oder schafft den Finanzausschuss zum nächst möglichen Zeitpunkt ganz ab. Sie stimmt somit der Erhebung eines Parkeintritts durch die SPSG zu.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Unter der Bedingung, dass auch in Zukunft auf einen pflichtigen Eintritt in Parks auf dem Potsdamer Stadtgebiet verzichtet wird, stellt die Landeshauptstadt der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten (SPSG) für neue Mehrwert-Gartenprojekte vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 insgesamt 5 Mio. Euro zur Verfügung. Die Vereinbarung wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 27. Juni 2018 (18/SVV/0372) beschlossen. Sollte jedoch in Zukunft eine ausreichende Finanzierung der SPSG erfolgen, ist die Möglichkeit einer Anpassung vorgesehen.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13825>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Sozial.DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
DieLinke	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
CDU	-
Die Andere	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt) - <i>Wir lehnen sowohl die Zahlung an die SPSG ab, als auch den Parkeinritt.</i>

Hauptausschuss	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**6. Spürbare Verbesserungen im Bürgerservice der Stadtverwaltung****Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Potsdam leitet kurz und mittelfristig Maßnahmen ein, um den Bürgerservice nachhaltig zu verbessern. Ziel ist es, dringende Ausweisangelegenheiten, wie Personalausweise, Pässe, Fahrerlaubnisse und KFZ-Dokumente in maximal vier Wochen erledigen zu können. Neben online oder telefonischer Terminvergabe werden auch realistische Spontantermine vor Ort ermöglicht. Daneben werden zeitnah zusätzliche digitale Angebote bereitgestellt.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Landeshauptstadt Potsdam hat die Terminkapazitäten im Sommer 2022 deutlich ausgebaut. Der Bürgerservice wird zudem sukzessive von vormals 34, auf dann 46 Mitarbeitende verstärkt. Auch dadurch kann die Zahl der zukünftig angebotenen Termine deutlich erhöht werden. Zusätzlich wurde die Möglichkeit, den Bürgerservice auch ohne vorherige Terminvereinbarung aufzusuchen, wieder eingeführt. Zudem ist die Terminverwaltung optimiert worden und es wird an technischen Möglichkeiten gearbeitet biometrische Fotos direkt im Bürgerservice aufzunehmen und die Ausgabe von Dokumenten zu flexibilisieren.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13898>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Hauptausschuss	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Ordnung und Sicherheit	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Eiche	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Finanzausschuss</b>	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**7. Freiwillige Feuerwehren finanziell unterstützen****Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Potsdams freiwillige Feuerwehren erhalten jährlich eine Zuwendung in Höhe von zusätzlich 50 Euro pro aktivem Mitglied. Diese Mittel können zur Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, um weitere Mitglieder zu gewinnen und neue Materialien anzuschaffen. Darüber hinaus erhalten die freiwilligen und Jugendfeuerwehren eine einmalige Förderung, um jährliche Ausbildungswochen, Schulungen und Übungen zu organisieren.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Freiwillige Feuerwehren sind, neben der Berufsfeuerwehr, integraler Bestandteil des Brandschutzes in Potsdam. Sämtliche Ausgaben sind pflichtig und werden aus dem städtischen Haushalt finanziert. Dazu zählen unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit, größere Anschaffungen oder auch allgemeine

oder spezifische Schulungen. Eine haushalterische Unterscheidung zwischen der Finanzausstattung der Berufs- und freiwilligen Feuerwehr ergibt sich daher nicht. Finanzielle Unterstützung erhalten die Jugendfeuerwehr und die freiwillige Feuerwehr zusätzlich über den Stadtfeuerwehrverband.

Insgesamt gibt es in Potsdam 15 freiwillige Feuerwehren mit rund 370 Einsatzkräften. Der Verband zählt zu den größten im Land Brandenburg.

Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren erhalten jährlich einen Betrag von 100 Euro bei Nachweis von 40 Stunden Einsatzfähigkeit (Ausbildung, Übungen, Einsätze). Vom Land Brandenburg erhält jedes Mitglied nochmals 100 Euro jährlich bei gleicher Nachweisgrenze. Funktionsträger wie Wehresprecher, Stadtjugendwart, Ortswehrführer oder Jugendwarte erhalten zusätzlich einen jährlichen Geldbetrag.

Bei rund 370 aktiven Einsatzkräften ergibt eine Steigerung um 50 Euro pro Person rund 18.500 Euro. Diese könnten sowohl für die Auszahlung bei Nachweis der Einsatzfähigkeit genutzt werden oder auch dem Gesamtbudget des Fachbereichs Feuerwehr, unter der Maßgabe zusätzliche im Bürgervorschlag benannte Projekte der freiwilligen Feuerwehren zu unterstützen.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13514>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

Ausschuss für Ordnung und Sicherheit	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
--------------------------------------	---

Eiche	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
-------	---

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen):  Potsdams freiwillige Feuerwehren erhalten jährlich eine Zuwendung in Höhe von zusätzlich 50 Euro pro aktivem Mitglied. Diese Mittel können zur Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, um weitere Mitglieder zu gewinnen und neue Materialien anzuschaffen. Darüber hinaus <b>ist zu prüfen, ob und in welcher Höhe</b> erhalten die freiwilligen und Jugendfeuerwehren eine einmalige Förderung, um jährliche Ausbildungswochen, Schulungen und Übungen zu organisieren, <b>erhalten können</b> .
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

DS 22/SVV/1127

**8. Planung Ortsumgehungsstraße um Potsdam**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam plant eine Ortsumgehungsstraße, einschließlich einer Verlängerung der Wetzlarer Straße, mit Straßenbrücke über den Templiner See (Havelspanne) nach Eiche / Golm bis zur B 273. Durch die Verknüpfung der Nuthestraße L 40 mit der Heinrich-Mann-Allee, der Michendorfer Chaussee B 2, der Zeppelinstraße B 1, des Werderschen Damms, Golm-Nord und

der B 273 entsteht eine wirksame Umfahrung der gesamten Innenstadt. Die Maßnahme wird im Bundesverkehrswegeplan angemeldet und kann anteilig von Land und Bund finanziert werden.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Bürgerhaushalt 2018/19, Vorschlag Nr. 16 „Verkehrsentlastung durch Umgehungsstraße bzw. weiteren Havelübergang“ (DS 17/SVV/0837) sowie zum Antrag „Prüfung einer Umgehungsstraße für Potsdam“ (DS 18/SVV/0748) wurde festgelegt, dass die Betrachtung mit der nächsten Fortschreibung des StEK Verkehr erfolgen soll. Die Fortschreibung des StEK Verkehr wird derzeit durchgeführt und soll Ende 2023 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. In diesem Rahmen wird die Maßnahme einer Ortsumgehung erneut fachlich fundiert und mit allen Auswirkungen auf das Verkehrsnetz der Landeshauptstadt und der Gemeinden im Umland betrachtet. Auf der Basis der damit ermittelten Effekte und Auswirkungen können somit weiterführende Entscheidungen getroffen werden. Die Kosten für die Prüfung der Ortsumgehung im Rahmen der Erarbeitung des StEK Verkehr sind nicht bezifferbar. Das Konzept insgesamt wird voraussichtlich 150.000 Euro kosten.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13740>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Sozial.DieLinke	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Die Andere	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt) <i>Die Grundannahme der Verringerung des Städtischen Verkehrs ist nicht richtig. Dazu liegen Studien vor. Generell wollen wir einen Ausbau des ÖPNV und Radwegenetzes und weniger Autoverkehr.</i>

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)

Eiche	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Golm	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**DS 22/SVV/1128**

**9. Erhalt und Schutz von Kleingärten in Potsdam**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Potsdam setzt sich dafür ein, dass Kleingartenanlagen erhalten bleiben. Zur Sicherung vorhandener Flächen werden keine städtischen Grundstücke mit Kleingärten veräußert oder für andere Zwecke bebaut.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich für Erhalt und Entwicklung der Kleingartenflächen ein. Zu diesem Zweck wurde das Stadtentwicklungskonzept Kleingarten von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, das regelmäßig überarbeitet wird. Darin ist ein Richtwert an

Kleingartenfläche je Einwohner enthalten, es werden Ersatzflächen festgelegt und Maßnahmen zur besseren Nutzung durch die Öffentlichkeit definiert. Der im gesamten Stadtgebiet gültige Flächennutzungsplan bietet dafür die Basis. Es ist jedoch nicht möglich das gesamte Stadtgebiet zur vorbeugenden Sicherung von Kleingartenflächen zu überplanen. Nur in Einzelfällen wird dieses Vorgehen als „letztes Mittel“ angewendet. Dadurch wird verhindert, dass die Fläche gewinnbringend anders verwertet wird. Den rechtlichen Status von Vertragsverhältnissen zwischen Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Pächterinnen bzw. Zwischenpächter berührt das nicht. Zur Nutzung städtischer Flächen für den Anbau von Obst oder Gemüse gibt es beim Bereich Grünflächen das Programm der essbaren Stadt.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13378>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Sozial.DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
<b>Finanzausschuss</b>	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**DS 22/SVV/1129**

**10. Radschnellwege-Konzept mit Schnellstrecke Hauptbahnhof / Potsdam-West**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam baut das Radstraßensystem nach niederländischem Vorbild aus. Dazu gehören Radschnellwege, die physisch getrennt sind von Kfz-Straßen, Vorfahrt bei Ampeln für Fahrräder, breite Radwege in separierten Richtungen, die nicht am Ende einer Straße ohne Übergang aufhören und Tempo 30, wo Radwege gezwungener Maßen auf Kfz treffen. Zudem wird ein durchgängiger, ampelfreier, sicherer und abgasfreier Radweg entlang der Bahnstrecke zwischen Potsdam West und Hauptbahnhof geprüft.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Bereits im Jahr 2015 wurde eine entsprechende Machbarkeitsstudie für Radschnellverbindungen, u.a. vom Hauptbahnhof in den Potsdamer Westen durchgeführt. Die Untersuchung hat ergeben, dass eine qualitativ hochwertige Verbindung auf Basis der Standards einer Radwegeschnellverbindung nur mit hohem baulichem Aufwand zu bewältigen ist (insbes. Eingriffe in Kleingärtenanlagen, Grunderwerb, Brückenbauwerke). Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sind in das Zielnetz des Potsdamer Radverkehrskonzepts eingeflossen, das 2017 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Damit gehören Radschnellverbindungen zu den langfristigen Zielen. Gleichwohl bedarf es einem erheblichen finanziellen Aufwand, diese Maßnahmen umzusetzen. Die dafür benötigten Mittel stehen mit dem vorhandenen Budget für Potsdams Radverkehrsanlagen derzeit nicht zur Verfügung.

Mit der Machbarkeitsstudie Radschnellverbindungen wurde im Jahr 2015 für den innerstädtischen Abschnitt zwischen der Zeppelinstraße und dem Potsdamer Hauptbahnhof die Kosten auf ca. 8 Mio.

Euro geschätzt (Kostenstand 2015). Die Fortschreibung der Studie hinsichtlich eines konkreten Konzepts würde schätzungsweise rund 50.000 Euro kosten.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13774>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**DS 22/SVV/1130**

**11. Energieleitplanung zur Heizenergie aus regenerativen Quellen**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für den Umstieg auf alternative, zukunftssichere Heizungen brauchen Hauseigentümer, Vermieter, Unternehmen verlässliche Aussagen, in welchen Quartieren die Stadt welche Energiequellen (Fern- und Nahwärmenetze, Geothermie, Blockheizkraftwerke, industrielle Abwärme, Abwasserwärme usw.) zukünftig zur Verfügung stellen kann. Dazu erarbeitet die Landeshauptstadt Potsdam eine Energieleitplanung. Darin wird für die einzelnen Quartiere der Stadt die zukünftige Wärmeversorgung definiert - auf Basis erneuerbarer Energien.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Bearbeitung der Vergabe zur Erstellung des Energieleitplans und des „Stadtentwicklungskonzeptes Energie“ sind gestartet. Eine Veröffentlichung erfolgt in den üblichen Vergabeportalen. Die Erstellung der Datengrundlagen und des Datenmanagements braucht rund ein Jahr, danach erfolgt die Datenanalyse, mit der Potentialanalyse der verfügbaren erneuerbaren Energiequellen und die Ableitung von zukünftigen Energiekennwerten für die unterschiedlichen Stadtgebiete. Insgesamt ist die Erstellung des Energieleitplans ein Prozess, der nach erfolgter Implementierung, entsprechend der Umsetzung (dem Umbau und/oder Zubau von Energieerzeugungsanlagen unterschiedlicher Energieträger) fortgeschrieben werden muss. Die Implementierungsphase wird auf zwei Jahre geschätzt. Danach erfolgt in einer Zeitspanne von bis zu 20 Jahren der Umbau des Energieversorgungssystems.

Für die Erstellung, das Hosting und die Implementierung sind im Doppelhaushalt 2023/24 rund 280.000 Euro geplant, für Aktualisierungen und Betriebskosten werden jährlich etwa 20.000 Euro veranschlagt. Investitionen zum Umbau von Energieerzeugungsanlagen liegen nicht im Einflussbereich der Landeshauptstadt und werden von der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) oder Investoren von Bauvorhaben geplant.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13895>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Sozial.DieLinke	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
DieLinke	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
CDU	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
---	---

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

---

---

**DS 22/SVV/1131**

**12. Inselbühne auf der Freundschaftsinsel erhalten und fördern**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam sichert und fördert den Betrieb der „Inselbühne“ auf der Freundschaftsinsel. Dazu gehört ein längerer Förderzeitraum als bisher, mit einer drei oder Fünf-Jahres-Perspektive und die Sicherstellung einer jährlichen Basisfinanzierung.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Stadtverordnetenversammlung hat Anfang Juni 2022 mit dem Beschluss „Langfristige Betreuung der Inselbühne“ (vgl. DS 22/SVV/0434) den Oberbürgermeister bereits damit beauftragt, eine langfristige Nutzungsvereinbarung über einen Zeitraum von mindestens drei, längstens fünf Jahren auszuschreiben. Dazu wurde durch die Landeshauptstadt Potsdam nun eine Ausschreibung vorbereitet. Entsprechend des Beschlusses wird über das weitere Vorgehen informiert. Eine belastbare Kostenermittlung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Es ist davon auszugehen, dass mindestens 100.000 Euro benötigt werden.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13690>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

Kulturausschuss	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
-----------------	---

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**13. Einrichtung eines fachübergreifenden Teams für Klimaschutz und Energiesicherheit****Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam richtet zur Planung, Koordinierung, Umsetzung und zum Monitoring von effektiven Maßnahmen für Klimaschutz und Energiesicherheit unverzüglich ein mit diesen Aufgaben betrautes sektor- und ämterübergreifendes Klimaschutzteam ein. Aufbauend auf der existierenden Koordinierungsstelle Klimaschutz soll dieses Team mit ausreichend zusätzlichem Personal und gestärkter Umsetzungskapazität ausgestattet werden, um schnell, übergreifend und effektiv zu agieren und eine starke Führungsrolle einzunehmen. Außerdem leistet das neu aufgestellte Klimateam kontinuierliche, Transparenz schaffende Öffentlichkeitsarbeit, erhöht damit die Sichtbarkeit ihrer Klimaschutzaktivitäten und investiert in Formate für eine dynamische Bürgerbeteiligung.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Stadtverordnetenversammlung hat im Jahr 2019 den Klimanotstand erklärt. Damit wurde auch die Verstärkung der personellen Ressourcen zur Umsetzung des Klimaschutzes in den Facheinheiten, inkl. zehn Personalstellen, beschlossen. Diese sollen und können das vorgeschlagene Klimateam bilden. Zuletzt haben die Stadtverordneten im Mai 2022 mit dem Beschluss zur Treibhausgasneutralität bis 2035 (22/SVV/0960) den Auftrag erteilt, ein softwarebasiertes Monitoring für die Umsetzung der Maßnahmen zu implementieren. Die Klimastelle hat mit der inhaltlichen Abstimmung innerhalb der Verwaltung und mit der Politik begonnen und wird voraussichtlich im September 2022 einen entsprechenden Vergabeprozess starten. Die Auswahl eines Anbieters und die technische Umsetzung werden ca. 6 bis 8 Monate dauern. Danach erfordert die fortlaufende Aktualisierung und die Darstellung der Aktivitäten zum Klimaschutz intensive Kommunikation und Information. Dazu braucht es eine professionelle, redaktionelle Betreuung, die aktuell mit den vorhandenen Kapazitäten der Mitarbeitenden der Klimastelle nicht abgebildet werden kann. Daher wird der Vorschlag zur Verstärkung in diesem Bereich begrüßt.

Die einmalige Einführung eines softwarebasierten Monitorings kostet ca. 40.000 bis 60.000 Euro. Danach entstehen fortlaufende Kosten für Lizenzen von ca. 20.000 Euro jährlich. Diese Kosten sind für den Doppelhaushalt 2023/24 bereits angemeldet. Zudem ist Personal zur Betreuung und Fortschreibung des Monitoringtools (1) und zur Kommunikation sowie als Bindeglied zwischen externen Stakeholdern und der Stadtverwaltung (0,5) nötig. Diese beiden Personalbedarfe sind bisher nicht im Stellenplan enthalten.

Die zehn Stellen zur Umsetzungsunterstützung der Drucksache 19/SVV/ 0543 (Klimanotstand) wurden geschaffen, müssen in den verschiedenen Fachbereichen jedoch teilw. noch besetzt werden.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13888>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Sozial.DieLinke	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Finanzausschuss</b>	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**14. Dialog mit Schloesserstiftung: Nutzung des Babelberger Parks auch für Naherholung**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadt Potsdam wirkt im Dialog mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten darauf hin, dass im Park Babelsberg Flächen von den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Naherholung genutzt werden dürfen. Hierbei können konkrete Angebote unterbreitet werden, bspw. bei der Reinigung oder Grünpflege der Parks unterstützen.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Der Babelberger Park ist seit Dezember 1990 Teil des UNESCO-Welterbes. Damit gehen besondere Verpflichtungen zum Schutz einher. Er ist Teil der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten (SPSG). Die Erholungsflächen im Park sind durch das Stadtbad definiert. Daneben gibt es eine geduldete Badestelle.

Mit dem großen Baumbestand leistet der Park einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Die seit einigen Jahren festzustellende Übernutzung, die damit einhergeht, dass wertvolle Uferflächen mit ihren einzigartigen Biotopen zerstört und große Mengen von Müll in den Park eingetragen werden, gefährdet den Park als solches und damit seine Aufenthaltsqualität für Einheimische und Gäste gleichermaßen.

Es besteht bereits ein sehr guter Dialog zwischen der Stadtverwaltung und der Stiftung, der unter anderem darauf abzielt, das verständliche Bedürfnis junger Menschen und der Anwohnenden nach Freiflächen zu prüfen. Zudem gibt es gemeinsame Aufräumaktionen.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13818>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Sozial.DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen) - <i>Keine Deckungsquelle notwendig</i>

Hauptausschuss	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Jugendhilfeausschuss	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**15. Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Um Potsdams Baumbestand zu sichern und vor Trockenschäden zu schützen, wird bürgerschaftliches Engagement dazu gefördert. Dazu werden Wasser-Gutscheine und Paten-Plaketten eingesetzt. Begleitend werden Grundwasserpumpen aktiviert und stadtweit mehr Bewässerungsbeutel eingesetzt. Auch wird ein öffentlicher Bewässerungsplan ausgearbeitet, der es allen ermöglicht sich zu beteiligen: An den Bäumen werden Hinweisschilder angebracht, die konkrete Auskunft zum Bewässerungsstand geben.

### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das bürgerschaftliche Engagement zum Schutz der Stadtbäume vor Trockenheit. Der Sommer 2022 ist bereits der fünfte Dürresommer in Folge. Alle Einwohnerinnen und Einwohner wurden daher um Unterstützung bei der Wässerung von Bäumen auf öffentlichen Grünflächen gebeten. Während neu gepflanzte Bäume bis zu fünf Jahre von den Pflanzfirmen gewässert werden, besteht dringender Bedarf nach diesem Zeitraum. Wassergutscheine sind denkbar. Bei entsprechender Nachfrage ist mit ca. 10.000 Euro pro Jahr zu rechnen.

Die Landeshauptstadt Potsdam bietet zudem bereits die Möglichkeit, Patenschaften für Bäume einzugehen. In der bisherigen Form ist die Baumpatenschaft mit einer Spende von 1.250 Euro verbunden, für die ein Baum gepflanzt und gepflegt wird. Dieses Modell kann um eine ausschließliche Wässerungspatenschaft erweitert werden. Hierzu sind jedoch zusätzliche Verwaltungskapazitäten durch Mitarbeitende für die Betreuung der Paten sicherzustellen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 50.000 Euro pro Jahr.

Die Anlage von Brunnen ist gesondert zu prüfen. Für den Bau sind 7.000 Euro einmalig und rund 500 Euro jährlich für die Unterhaltung zu kalkulieren.

### Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13701>

### >> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

SPD	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen) - <i>Eine langfristige Umsetzung der gemeinsamen Baumpflege könnte sogar Geld sparen, da eine Wasserversorgung mit KfZs nur noch zu einem geringen Teil notwendig wäre.</i>

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)

Eiche	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
-------	---

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)  Um Potsdams Baumbestand zu sichern und vor Trockenschäden zu schützen, wird bürgerschaftliches Engagement dazu gefördert. Dazu werden <b>folgende Punkte geprüft</b> : Wasser-Gutscheine und Paten-Plaketten, <b>die Aktivierung von</b> <del>eingesetzt</del> . Begleitend werden <b>Grundwasserpumpen, der Einsatz von</b> <del>aktiviert</del> und <b>stadtweit</b> mehr Bewässerungsbeuteln, <del>eingesetzt</del> . Auch wird ein <b>die Ausarbeitung eines öffentlichen</b> Bewässerungsplans <del>ausgearbeitet</del> , der es allen ermöglicht sich zu beteiligen: An den Bäumen werden Hinweisschilder angebracht, die konkrete Auskunft zum Bewässerungsstand geben.
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**16. Jugend- und Freizeitfläche am Nuthepark / Hauptbahnhof finanzieren****Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Am oberen Teil des Nutheparks zwischen Hauptbahnhof, Langer Brücke und Havel soll eine neue Jugend- und Freizeitfläche entstehen. Da bisher nur ein kleiner Teil der Finanzierung für den Bau und Gestaltung der Fläche gesichert ist, stellt die Landeshauptstadt Potsdam ausreichend finanzielle Mittel zur Gesamtfinanzierung bereit.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Das Stadtentwicklungskonzept für Spielflächen stellt im Zentrum Potsdams ein Defizit für Jugendfreizeitanlagen fest. Auch wurden bereits seit längerem fehlende Jugendangebote in der Öffentlichkeit beklagt. Die relativ großzügige Freifläche am Nuthepark direkt beim Hauptbahnhof mit genügendem Abstand zur umliegenden Wohnbebauung wäre als Jugend- und Freizeitfläche nutzbar. Die derzeitig als Baustelleneinrichtungsfläche der Baumaßnahmen des Leipziger Dreiecks genutzte Teilfläche des Nutheparks wird Ende 2022 beräumt. Eine im Mai 2022 durchgeführte Jugendbeteiligung brachte folgende Wünsche der Jugend hervor: Sitzmöglichkeiten, Wiese zum Chillen, öffentliche Toiletten, schattige Plätze, Grill-Plätze, Tischtennis, Beachvolleyball, Parcours, Klettern, Basketball, Fußball etc. Der Bedarf für Bau- und Baunebenkosten beträgt rund 900.000 Euro.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13695>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Sozial.DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Jugendhilfeausschuss	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
<b>Finanzausschuss</b>	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)  Am oberen Teil des Nutheparks zwischen Hauptbahnhof, Langer Brücke und Havel soll eine neue Jugend- und Freizeitfläche entstehen. Da bisher nur ein kleiner Teil der Finanzierung für den Bau und Gestaltung der Fläche gesichert ist, <del>stellt</del> <b>prüft</b> die Landeshauptstadt Potsdam, <b>wie im Ergebnis der beschlossenen Planung</b> ausreichend finanzielle Mittel zur Gesamtfinanzierung bereit <b>gestellt werden können. Dem SBWL-Ausschuss ist im 3. Quartal 2024 zu berichten.</b>
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**17. Sporthalle zur Nutzung für Vereine und Gruppen (ohne Schulsport)****Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Potsdam errichtet eine neue Sporthalle, die keiner Schule zugehörig ist und die vormittags bspw. von Eltern-Kleinkind-Gruppen, Senior/innen und für Fortbildungen genutzt werden kann und nachmittags auch dem Vereinssport zur Verfügung steht. Die Halle sollte vorzugsweise im Norden der Stadt entstehen. Für dieses neu zu bauende Gebäude könnten moderate Nutzungsgebühren erhoben werden. Im Unterschied dazu sollen Schulsport halls für Vereine am Nachmittag weiterhin kostenfrei zur Verfügung stehen.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Sportfachlich wäre das Anliegen des Vorschlags wünschenswert. Allerdings entstehen im Rahmen der Schulentwicklung in Potsdam kurz- und mittelfristig (bis voraussichtlich 2028) bereits etwa 15.000 m<sup>2</sup> neue Sporthallenfläche auf etwa 30 Hallenfeldern. Hierdurch können sehr gute Effekte für den Vereins- und Breitensport erreicht werden. Angesichts dieses geplanten, erheblichen Zuwachses der Hallenkapazitäten erscheint es derzeit eher unwirtschaftlich, kurzfristig eine weitere Sporthalle ohne Schulnutzung zu errichten.

Die Investitionskosten betragen, ohne Grundstück und Erschließung auf der Basis aktueller BKI-Kennzahlen, für einen mittleren Standard rund 2,81 Mio. Euro. Die Mietkosten (netto kalt, bei einem 100 prozentigen Investitionszuschuss der Landeshauptstadt Potsdam) würden demnach rund 73.000 Euro pro Jahr betragen. Es entstünden zudem Betriebskosten in Höhe von rund 63.600 Euro pro Jahr (auf aktueller Preisbasis).

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13417>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Sozial.DieLinke	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
DieLinke	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
CDU	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
Die Andere	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen) <i>Die Kosten und Organisation sollten vorab ermittelt werden.</i>

Ausschuss für Bildung und Sport	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
---------------------------------	------------------------------

Eiche	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
Fahrland	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Golm	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Groß Glienicke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Grube	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Marquardt	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Neu Fahrland	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Satzkorn	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Uetz-Paaren	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**18. Freibad im Potsdamer Norden****Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Potsdam errichtet im Norden der Stadt ein Freibad, das besonders für Kinder und Jugendliche durch öffentliche Verkehrsmittel zu erreichen ist, von Rettungsschwimmern beaufsichtigt wird und vor allem kein fließendes Gewässer nutzt.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Aus sportfachlicher Sicht wäre ein Freibad wünschenswert, aber mittelfristig kaum finanzierbar. In den nächsten Jahren werden enorme Finanzmittel für bereits andere pflichtige Aufgaben der Kommune aufzubringen sein. Die Kosten für diese Investition betragen rund 8 bis 14 Mio. Euro je nach Bauart und Größe (ohne Grundstück, Erschließung, Baunebenkosten). Die Betriebskosten werden auf 200.000 bis 400.000 Euro je nach Saisonwetter und Größe (ohne Kapitalkosten) geschätzt.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13475>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Sozial.DieLinke	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
DieLinke	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
CDU	<b>Prüfauftrag</b> (geändert beschlossen)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

Ausschuss für Bildung und Sport	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
---------------------------------	------------------------------

Eiche	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Fahrland	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Golm	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Groß Glienicke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Grube	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Marquardt	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Neu Fahrland	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Satzkorn	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Uetz-Paaren	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**19. Wohnblock „Staudenhof“ erhalten / sanieren****Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der bisher für einen Abriss vorgesehene Wohnblock „Staudenhof“ am Alten Markt/Am Kanal bleibt stehen und wird nachhaltig und klimaschonend saniert.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Umsetzung des sogenannten Block V fußt auf Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung, die sich nicht nur auf städtebauliche und architektonische Punkte zur Wiederannäherung an den

historischen Stadtgrundriss beziehen, sondern auch Aspekte der Wirtschaftlichkeit und letztlich der Ausgestaltung von Mietpreisen berücksichtigen.

Der Beschluss 12/SVV/0386 gab der ProPotsdam GmbH die Vorgabe, nur noch notwendige Instandhaltungsmaßnahmen am Gebäude durchzuführen, um das Gebäude nach zehn Jahren Restnutzungsdauer abzureißen. Entsprechend schlecht ist heute, zwölf Jahre später, der Zustand des Gebäudes. Aufgrund dessen ist anzunehmen, dass der klimatische Mehrwert durch weiternutzbare „graue Energie“ sehr gering ausfiele. Auch sind zur Zeit der Erbauung heute nicht mehr zulässige und teils gesundheitsschädigende Baustoffe verwendet worden, was eine Sanierung weiter verteuern würde.

Grundsätzlich und insbesondere vor dem Hintergrund der Klimakrise ist es richtig, Bestandsbauten nicht fraglos abzureißen und „Ersatzneubauten“ zu errichten. Im Neubau besteht jedoch großer Gestaltungsspielraum für die Stadt, bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum (insbesondere auch große Wohnungen für Familien im Zentrum) mit zeitgemäßen Grundrissqualitäten und energetischen Standards anzubieten.

Die Wirtschaftlichkeit von Abriss und Neubau wurde durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen (vgl. Drucksache 21/SVV/0007).

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13346>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Sozial.DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
DieLinke	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
CDU	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen) <i>Der Erhalt und die Sanierung des Gebäudes ist unter derzeitigen Voraussetzungen deutlich kostengünstiger als Abriss und Neubebauung des Areals. Zudem kann das Gebäude als Geflüchtetenunterkunft weitergenutzt werden und somit mindestens ein teurer Neubau, wie derzeit laut Sonderbauprogramm geplant, gespart werden.</i>

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Ablehnung</b> (abgelehnt)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**DS 22/SVV/1139**

**20. Fahrradweg-Lückenschluss zwischen Satzkorn und Marquardt**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam baut zwischen Satzkorn in Richtung Marquardt (ab dem bis zum Bolzplatz vorhandenen Radweg) zum Kreisverkehr an der B 273 einen separaten Radweg an der viel befahrenen Satzkorner Bergstraße.

**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Im Rad- sowie im Fußverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam ist als Maßnahme der Priorität 2 der Bau eines gemeinsamen Geh- und Radwegs an der Bergstraße zwischen der B 273

und dem Fußballplatz enthalten. Das Vorhaben kann erst nach Abarbeitung der Maßnahmen der Priorität 1 erfolgen.

Mit der Übernahme der Marquardter Straße (vom Land Brandenburg) ist der Bau eines weiteren Geh- und Radwegs in die Zuständigkeit der Landeshauptstadt Potsdam übergegangen. Aufgrund der höheren Priorität des Geh- und Radwegs an der Marquardter Straße (Priorität 1) soll dieser noch vor der Bergstraße erfolgen. Dies bedeutet derzeit eine spätere Planung für den Lückenschluss an der Bergstraße nach 2026.

Darüber hinaus wird mit der Herstellung der Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof Marquardt auch eine Busverbindung zwischen dem Ortsteil Satzkorn und dem Bahnhof Marquardt geschaffen, womit eine umweltgerechte Alternative für diese wichtige Verbindung entsteht.

Die Kosten zur Herstellung eines Geh- und Radwegs als Lückenschluss zwischen der B 273 und dem Ortsteil Satzkorn werden grob auf 2,75 Mio. Euro geschätzt. Darin enthalten sind auch Aufwendungen für den Grunderwerb, Ableitung des Oberflächenwassers und dem naturschutzrechtlichen Ausgleich und Ersatz. Eine konkrete Kostenberechnung erfolgt im Rahmen der Entwurfsplanung unter Berücksichtigung der dann aktuellen Marktlage.

**Zusammenfassung, Kommentare und Originalvorschläge unter:**

<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/13342>

**>> Abgegebene Empfehlungen der Fachausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte**

SPD	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Bündnis90 / DieGrünen	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Sozial.DieLinke	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
DieLinke	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
CDU	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Die Andere	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländl. Raumes	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)

Marquardt	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)
Satzkorn	<b>Annahme</b> (ungeändert beschlossen)

<b>Finanzausschuss</b>	<b>Bereits in Umsetzung</b> (erledigt)
<b>Stadtverordnetenversammlung</b>	...

**Kommunaler Immobilien Service (KIS)**  
**Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam**

# Wirtschaftsplan 2023

Änderung zum Wirtschaftsplan DS 23/SVV/0201

Stand: 22.05.2023

Änderungen Mieten und Betriebskosten

	2023		2024		2025		2026	
	Miete gesamt	BK gesamt						
<b>Ansatz aus Entwurf Wirtschaftsplan 2023</b>	49.858.556	26.973.689	55.579.556	27.127.771	60.255.056	27.465.854	63.617.856	27.952.241
dav. LHP	49.167.800	26.560.300	54.788.800	26.657.600	59.464.300	26.888.800	61.227.100	26.868.200

Veränderungen

Objekt	Miete	BK	Miete	BK	Miete	BK	Miete	BK	Erläuterung
Gemeinschaftsunterkünfte	1.843.700	1.803.700	4.573.100	1.863.600	4.036.600	577.200	3.725.700	551.200	zusätzliche Kapazitätserweiterung für Geflüchtete
Grundschule 2			227.700	35.000	546.300	84.000	546.300	84.000	zusätzliche Modulanlage an der GS 2 in Eiche
Gymnasium 14	-	-	596.400	60.000	425.500	46.200	425.500	46.100	Modulanlage am OSZ I
Gesamtschule 28	- 245.200	- 20.900	143.000	- 12.500	386.800	-	386.800	-	Mehrkosten Interimslösung Turnhalle
Grundschule 43	-	-	443.400	23.300	1.330.100	69.900	1.330.100	69.900	Interimslösung Modulanlage
Grundschule 43	-	-	421.600	10.000	1.264.700	30.000	1.264.700	30.000	Interimslösung Turnhalle
OSZ II TH Kahleberg	-	-	252.100	-	252.100	-	252.100	-	Verschiebung Sanierung Turnhalle Kahleberg
Verwaltungsstandorte	17.500	57.900	105.000	47.400	108.200	47.400	111.500	47.400	Freizug Haus 2 für Asylunterkunft nebst Neuanmietung
<b>Zwischensumme Änderungen</b>	<b>1.616.000</b>	<b>1.840.700</b>	<b>6.258.100</b>	<b>2.026.800</b>	<b>7.846.100</b>	<b>854.700</b>	<b>7.538.500</b>	<b>828.600</b>	
<b>Neuer Ansatz Entwurf Wirtschaftsplan 2023</b>	<b>51.474.556</b>	<b>28.814.389</b>	<b>61.837.656</b>	<b>29.154.571</b>	<b>68.101.156</b>	<b>28.320.554</b>	<b>71.156.356</b>	<b>28.780.841</b>	
dav. LHP	50.783.800	28.401.000	61.046.900	28.684.400	67.310.400	27.743.500	68.765.600	27.696.800	

Änderungen Investitionsplan

<b>Investitionsplan Lt. Entwurf Wirtschaftsplan 2023</b>	<b>397.812.900</b>	<b>76.970.300</b>	<b>87.635.900</b>	<b>117.925.900</b>	<b>115.280.800</b>
dav. Kreditfinanzierung des KIS	323.328.600	55.640.500	69.382.000	99.533.600	98.772.500

**Zusätzliche Schulbaumaßnahmen**

Objekt	Gesamt	2023	2024	2025	2026	Maßnahme
Grundschule am Telegrafenberg (43)	1.000.000	-	175.000	825.000	-	Schulgebäude in Modulbauweise als Interimslösung für die GS am Telegrafenberg (Standort Heinrich-Mann-Allee)
Grundschule am Telegrafenberg (43)	1.000.000	175.000	825.000	-	-	Errichtung einer Sporthalle als Interimslösung für die GS am Telegrafenberg (Standort Heinrich-Mann-Allee)
Grundschule Ludwig Renn (2)	4.581.000	250.000	4.331.000			Errichtung einer Modulanlage
OSZ I, Gymnasium (14)	1.581.000	1.581.000	-	-	-	Erweiterung der Interimslösung Gymnasium 14 am Standort OSZ I
sonstige Planungs- und Vorbereitungskosten IKSEP	1.000.000	500.000	500.000			Planungs- und Vorbereitungskosten für weitere Projekte im Rahmen der Aktualisierung des IKSEP
Zwischensumme Veränderungen Schulbaumaßnahmen	9.162.000	2.506.000	5.831.000	825.000	-	

**Schulsportstätten**

Objekt	Gesamt	2.023	2.024	2.025	2.026	Maßnahme
Voltaire-Gesamtschule (9)	- 7.000.000	- 500.000	- 1.500.000	- 1.500.000	- 3.500.000	Verschiebung um zwei Jahre
Turnhalle Am Kahleberg (OSZ II)	- 1.500.000	- 700.000	- 2.000.000	- 800.000	2.000.000	Verschiebung um zwei Jahre
Zwischensumme Veränderungen Schulsportstätten	- 8.500.000	- 1.200.000	- 3.500.000	- 2.300.000	- 1.500.000	

**Zusätzliche Gemeinschaftsunterkünfte**

Objekt	Gesamt	2.023	2.024	2.025	2.026	Maßnahme
GU Groß Glienicke	- 2.900.000	- 500.000	- 2.000.000	- 400.000		Verschiebung des Umbaus
Unterkünfte für Geflüchtete - GU Nedlitzer Holz	9.040.000	9.040.000				Neubau (zuzüglich Zuschuss der LHP gemäß DS 23/SVV/0396 aus Haushaltsmitteln der Vorjahre i. H. v. 10 Mio. €)
Unterkünfte für Geflüchtete - GU Marquardter Chaussee	2.500.000	2.500.000				Erweiterung
Unterkünfte für Geflüchtete - GU Haus 2	500.000	500.000				Neubau
Zwischensumme Veränderungen GU	9.140.000	11.540.000	- 2.000.000	- 400.000	-	

<b>Gesamtänderungen</b>	<b>9.802.000</b>	<b>12.846.000</b>	<b>331.000</b>	<b>- 1.875.000</b>	<b>- 1.500.000</b>
-------------------------	------------------	-------------------	----------------	--------------------	--------------------

<b>Investitionsplan neu Wirtschaftsplan KIS 2023</b>	<b>407.614.900</b>	<b>89.816.300</b>	<b>87.966.900</b>	<b>116.050.900</b>	<b>113.780.800</b>
dav. Kreditfinanzierung des KIS	333.130.600	68.486.500	69.713.000	97.658.600	97.272.500

Die Änderungen im Investitionsplan und bei den Mieten und Betriebskosten haben Änderungen in folgenden Planteilen zur Folge:

Festsetzungen (Seite 3)

Ergebnisplan (Seite 4)

Finanzplan (Seite 6 – 9)

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen (Seite 14)

Investitionsstruktur (Seite 22)

Soweit redaktionelle Änderungen in anderen Planteilen erforderlich sind, werden diese nach der Beschlussfassung eingepflegt.

**Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV**  
**für das Wirtschaftsjahr 2023**

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom \_\_\_\_\_ den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2023 festgestellt.

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	90.704.476 €
die Aufwendungen	90.399.711 €
der Jahresgewinn	304.765 €
der Jahresverlust	

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	10.505.597 €
Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-70.636.500 €
Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	54.351.208 €

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	68.486.500 €
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	67.080.000 €

Potsdam, den \_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Oberbürgermeister

## Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2023

	2021 vorl. Ergebnis €	2022 Plan €	2023 Plan €	2024 Plan €	2025 Plan €	2026 Plan €
Umsatzerlöse	67.579.334	70.254.428	82.586.308	93.326.390	98.802.273	102.365.560
Miete (1)	40.138.947	45.667.678	51.474.556	61.837.656	68.101.156	71.156.356
Betriebskosten (2)	24.820.078	22.278.438	28.814.389	29.154.571	28.320.554	28.780.841
Dienstleistungen (3)	1.257.750	1.612.800	1.510.000	1.546.800	1.593.200	1.641.000
Sonstige Erlöse (4)	1.362.559	695.512	787.363	787.363	787.363	787.363
Bestandsveränderungen						
Bestandsveränderungen	59.404	0	0	0	0	0
Sonstige Erträge (5)	10.796.340	8.864.865	8.118.168	8.377.095	8.607.323	8.831.319
davon: Auflösung SoPo	7.578.010	8.864.865	8.118.168	8.377.095	8.607.323	8.831.319
<b>Summe Erträge</b>	<b>78.435.078</b>	<b>79.119.293</b>	<b>90.704.476</b>	<b>101.703.485</b>	<b>107.409.596</b>	<b>111.196.879</b>
Aufwand für Objektbewirtschaftung	46.560.435	44.449.933	56.576.840	62.840.558	63.879.412	64.104.352
Personalaufwand (6)	9.213.632	11.096.902	11.384.531	12.823.766	13.665.959	13.836.278
davon: Personal	12.177.832	14.312.605	14.743.310	16.520.216	17.493.556	17.747.974
Hausmeisterkosten in BK	-2.964.201	-3.215.703	-3.358.779	-3.696.450	-3.827.597	-3.911.696
Abschreibungen (7)	16.914.313	18.584.000	18.319.000	19.158.000	20.241.000	21.383.000
Sonstiger betrieblicher Aufwand (8)	2.294.233	2.300.000	1.934.000	1.934.000	1.934.000	1.934.000
Zinsergebnis und Steuern (9)	2.492.580	2.361.496	2.185.340	4.649.883	7.473.634	9.728.818
davon: Zinsaufwand für Altkredite	631.530	688.959	530.955	607.286	573.803	561.424
<b>Summe Aufwand</b>	<b>77.475.193</b>	<b>78.792.331</b>	<b>90.399.711</b>	<b>101.406.207</b>	<b>107.194.005</b>	<b>110.986.448</b>
<b>Jahresüberschuss (10)</b>	<b>959.885</b>	<b>326.962</b>	<b>304.765</b>	<b>297.278</b>	<b>215.591</b>	<b>210.431</b>

Finanzplan für das Wirtschaftsjahr 2023  
Gesamt KIS

Ein- und Auszahlungsarten	Ist 2021 €	Plan 2022 €	Plan 2023 €	Plan 2024 €	Plan 2025 €	Plan 2026 €
(1) Ergebnis vor a.o. Posten	959.885	326.962	304.765	297.278	215.591	210.431
(2) Saldo der Abschreibungen auf Gegenstände des AV	16.914.313	18.584.000	18.319.000	19.158.000	20.241.000	21.383.000
(3) Saldo der Auflösung Sonderposten auf Gegenstände des AV	-7.578.010	-8.864.865	-8.118.168	-8.377.095	-8.607.323	-8.831.319
(4) Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	1.335.204	0	0	0	0	0
(5) Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang des AV	30.191	0	0	0	0	0
(6) sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-1.831.947	0	0	0	0	0
(7) Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen sowie anderer Aktiva	-1.232.629	5.000.000	0	0	0	0
(8) Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-110.221	0	0	0	0	0
(9) Saldo der a.o. Posten	0	0	0	0	0	0
<b>(10) Mittelzufluss / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>8.486.786</b>	<b>15.046.097</b>	<b>10.505.597</b>	<b>11.078.183</b>	<b>11.849.268</b>	<b>12.762.112</b>

**Kommunaler Immobilien Service  
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam**

(11)	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	22.161.297	15.580.800	19.179.800	17.053.900	16.592.300	14.708.300
(12)	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (SAV)	97.494	250.000	0	0	0	0
(13)	Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
(14)	Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens						
(15)	sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		9.000.000				
(16)	<b>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>22.258.791</b>	<b>24.830.800</b>	<b>19.179.800</b>	<b>17.053.900</b>	<b>16.592.300</b>	<b>14.708.300</b>
(17)	Auszahlungen für Investitionen in das SAV	-15.998.158	-49.187.300	-89.816.300	-87.966.900	-116.050.900	-113.780.800
(18)	Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände						
(19)	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
(20)	sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
(21)	<b>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-15.998.158</b>	<b>-49.187.300</b>	<b>-89.816.300</b>	<b>-87.966.900</b>	<b>-116.050.900</b>	<b>-113.780.800</b>
(22)	<b>Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>6.260.633</b>	<b>-24.356.500</b>	<b>-70.636.500</b>	<b>-70.913.000</b>	<b>-99.458.600</b>	<b>-99.072.500</b>

**Kommunaler Immobilien Service  
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam**

(23)	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	10.325.000	31.156.500	68.486.500	69.713.000	97.658.600	97.272.500
(23a)	Einzahlungen aus der Umschuldung von Investitionskrediten		7.229.080	3.394.319	15.475.278	18.429.482	16.142.663
(24)	sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
(25)	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
(26)	Einzahlungen aus Sonderposten zum AV						
(27)	Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
(28)	Einzahlung aus der Finanzierungstätigkeit	10.325.000	38.385.580	71.880.819	85.188.278	116.088.082	113.415.163
(29)	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	-13.250.858	-16.394.329	-11.794.471	-8.189.428	-10.007.760	-10.942.421
(29a)	Auszahlung für die Tilgung von Krediten im Rahmen von Umschuldungen		-7.229.080	-3.394.319	-15.475.278	-18.429.482	-16.142.663
(30)	sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit						
(31)	Tilgungsauszahlungen an die Gemeinde	-2.496.241	-2.319.381	-2.340.821	-2.469.736	-2.287.585	-2.199.680
(32)	Auszahlung aus der Rückzahlung von Sonderposten zum AV						
(33)	Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen						
(34)	Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-15.747.099	-25.942.790	-17.529.611	-26.134.442	-30.724.828	-29.284.764
(35)	<b>Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-5.422.099</b>	<b>12.442.790</b>	<b>54.351.208</b>	<b>59.053.836</b>	<b>85.363.255</b>	<b>84.130.399</b>

**Kommunaler Immobilien Service  
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam**

(36) Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven

(37) Auszahlungen an Liquiditätsreserven

<b>(38) Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>(39) Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestands</b>	<b>9.325.320</b>	<b>3.132.387</b>	<b>-5.779.695</b>	<b>-780.981</b>	<b>-2.246.077</b>	<b>-2.179.989</b>
(40) Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang der Periode	12.210.267	4.904.133 *	17.524.695	11.745.000	10.964.020	8.717.942
<b>(41) voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>21.535.587</b>	<b>8.036.520 *</b>	<b>11.745.000</b>	<b>10.964.020</b>	<b>8.717.942</b>	<b>6.537.953</b>

\* Planwert

Rundungsdifferenzen von 1 € werden nicht angeglichen.

**A Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben**

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres	Summe in Euro	Voraussichtlich fällige Ausgaben - in Euro			
		2023	2024	2025	2026
2023	67.080.000		43.983.000	17.408.000	5.689.000
2024	75.092.000			58.025.000	17.067.000
2025	56.890.000				56.890.000
2026					
Summe			43.983.000	75.433.000	79.646.000
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme		68.486.500	69.713.000	97.658.600	97.272.500

**B Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken**

Nr. Bezeichnung	2022	2023	2024	2025	2026
<b>Einzahlungen</b>					
1 Zuschüsse der Gemeinde, davon Kapitalzuschüsse davon zum Ausgleich liquiditätswirksamer Verluste Investitionszuschüsse Betriebskostenzuschüsse Verlustrücklagenzuschüsse	15.580.800	19.179.800	17.053.900	16.592.300	14.708.300
2 Darlehen der Gemeinde					
3 Sonstige Einzahlungen der Gemeinde	66.197.200	80.694.800	91.278.100	96.647.100	98.103.400
<b>Auszahlungen</b>					
1 Ablieferungen an die Gemeinde von Gewinnen von Konzessionsabgaben von Verwaltungskostenbeiträgen bei Eigenkapitalentnahmen					
2 Tilgungen von Darlehen der Gemeinde	2.319.381	2.340.821	2.469.736	2.287.585	2.199.680
3 Sonstige Auszahlungen an die Gemeinde	688.959	530.955	607.286	573.803	561.424

### Investitionsplan 2023 Investitionsstruktur

<b>Investitionsstruktur</b>	<b>Gesamt</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>	<b>2026</b>
Schulen und Sportstätten	277.863.800	53.447.700	63.609.600	83.213.800	77.592.700
Kitas und Hort	32.200.000	2.950.000	7.850.000	12.150.000	9.250.000
Jugend	6.044.000	1.475.000	2.324.000	2.245.000	
Verwaltungsgebäude	48.824.800	9.597.300	8.797.300	10.342.100	20.088.100
Feuerwehr	11.500.000	600.000	1.400.000	4.000.000	5.500.000
Bürgerhäuser	5.020.000	510.000	510.000	3.000.000	1.000.000
Kultur	3.722.300	1.846.300	1.126.000	750.000	
Soziale Einrichtungen	21.040.000	19.040.000	2.000.000		
Betriebs- & Geschäftsausstattung	1.400.000	350.000	350.000	350.000	350.000
<b>Gesamt</b>	<b>407.614.900</b>	<b>89.816.300</b>	<b>87.966.900</b>	<b>116.050.900</b>	<b>113.780.800</b>

<b>Finanzierungsstruktur</b>	<b>Gesamt</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>	<b>2026</b>
Zuschüsse der LHP	67.534.300	19.179.800	17.053.900	16.592.300	14.708.300
Kreditfinanzierung KIS	333.130.600	68.486.500	69.713.000	97.658.600	97.272.500
sonst. Eigenmittel KIS (u.a. lfd. Überschüsse, Grundstücksverkäufe)	6.950.000	2.150.000	1.200.000	1.800.000	1.800.000
Mittel Dritter					
<b>Gesamt</b>	<b>407.614.900</b>	<b>89.816.300</b>	<b>87.966.900</b>	<b>116.050.900</b>	<b>113.780.800</b>

<b>Kreditstruktur</b>	<b>Gesamt</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>	<b>2026</b>
Schulen und Sportstätten	257.366.000	45.196.500	56.513.000	79.313.800	76.342.700
Kitas und Hort	19.100.000	2.200.000	6.200.000	8.800.000	1.900.000
Verwaltungsgebäude	23.124.600	1.050.000	3.500.000	5.044.800	13.529.800
Feuerwehr	8.500.000	500.000	1.000.000	2.500.000	4.500.000
Bürgerhäuser	4.000.000	500.000	500.000	2.000.000	1.000.000
Soziale Einrichtungen	21.040.000	19.040.000	2.000.000		
<b>Gesamt</b>	<b>333.130.600</b>	<b>68.486.500</b>	<b>69.713.000</b>	<b>97.658.600</b>	<b>97.272.500</b>

	<b>Gesamt</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>	<b>2026</b>
<b>Gesamtinvestitionen</b>	<b>407.614.900</b>	<b>89.816.300</b>	<b>87.966.900</b>	<b>116.050.900</b>	<b>113.780.800</b>
dav. Bildungsinfrastruktur	310.063.800	56.397.700	71.459.600	95.363.800	86.842.700
sonst. Investitionen	97.551.100	33.418.600	16.507.300	20.687.100	26.938.100

<b>Nachrichtlich</b>	<b>2023-2026</b>	<b>2027</b>
Zuschüsse der LHP an KIS (geplant)	67.534.300	5.783.800

# **Stadtverordnetenversammlung 07.06.2023**

## **Änderungen der Verwaltung**

zur Haushaltssatzung 2023/2024  
(23/SVV/0219)

## Inhalt:

### Änderungen zur Haushaltssatzung

#### Änderungen der Verwaltung

	Votum Finanzausschuss	Beschluss SVV	Seite
Änderung der Beschlussvorlage	4/2/2		3
Änderung zur Haushaltssatzung			4
Erläuterungen			6
A) Ergebnishaushalt			11
B) investiver Finanzhaushalt			19
C) Stellenplan			22

## **Beschlussvorlage 23/SVV/0219**

### **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Einreicher: Geschäftsbereich 1 Finanzen, Investitionen und Controlling  
01.03.2023 Stadtverordnetenversammlung

#### bisherige Fassung

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2023/2024 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen.

Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Die Haushaltssatzung und ihre Anlagen werden zu 1. Es wird eine Nummer 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

#### neue Fassung

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2023/2024 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen.

Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

2. Begleitend zur Haushaltssatzung des Doppelhaushalts 2023/2024 wird der Oberbürgermeister beauftragt, ein Haushaltsstabilisierungsprogramm bis zum 1. Quartal 2024 vorzulegen und beschließen zu lassen. Konsolidierungsziel des Stabilisierungsprogramms ist den Haushaltsausgleich im Jahr 2027 (schwarze Null) zu erreichen. Das Programm soll in einem partizipativen Prozess zwischen Verwaltung und Politik erarbeitet werden.

## Änderungen zur Haushaltssatzung

### 1. Änderung zu § 7 Nr. 3

Es wird vorgeschlagen, die gegenseitige Deckungsfähigkeit für den GB 4 unter § 7 Nr. 3 wie folgt zu regeln:

#### § 7

##### Erweiterte Bewirtschaftungsregeln für die doppische Haushaltsführung

Auf der Ebene der Produkte werden Teilergebnishaushalte und Teilfinanzhaushalte gebildet. Gemäß § 6 Abs. 3 KomHKV bilden Teilhaushalte ein Budget. Die Aufwendungen und Auszahlungen innerhalb eines Budgets sind deckungsfähig, wenn nichts anderes festgelegt ist.

Über die Deckungsfähigkeit der einzelnen Ansätze kann die Kommune nach § 23 Abs. 1 KomHKV eigene Festlegungen treffen. In der LHP wird die Deckungsfähigkeit innerhalb der Budgets wie folgt geregelt:

1. Für alle Fachbereiche bildet grundsätzlich gemäß § 6 Abs. 3 KomHKV ein Teilhaushalt ein Budget.
2. Darüber hinaus bilden die Teilhaushalte auf Fachbereichsebene ein Budget. Sie sind im Haushaltsplan durch Vermerk gekennzeichnet. Innerhalb des Budgets notwendige Planabweichungen gelten nicht als überplanmäßig.
3. Im Geschäftsbereich 3 bilden zusätzlich die Teilhaushalte aller Fachbereiche ein Budget. **In den Geschäftsbereichen 4 und 5** bilden zusätzlich die Teilhaushalte aller Fachbereiche und der direkt **den Geschäftsbereichen** unterstellten Bereiche ein Budget.

### 2. Änderung zu § 8 Nr. 1

Mit Blick auf die sich abzeichnenden Entwicklungen wird vorgeschlagen, die Bewirtschaftungssperre **für das Jahr 2023** von 8% **auf 12%** und **für das Jahr 2024** von 12% **auf 15%** anzuheben.

Neu:

#### § 8

##### Bewirtschaftungssperre

Für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 gilt:

1. Alle Aufwendungen und die damit verbundenen Auszahlungen sind für das Jahr 2023 zu **88%** und für das Jahr 2024 zu **85%** zur Bewirtschaftung freigegeben. Über darüber hinausgehende Freigaben entscheidet bis 30.000 EUR der Kämmerer, bei Beträgen über 30.000 EUR bedarf es eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, die diese Zuständigkeit auf den Hauptausschuss delegieren kann. Die Freigabe kann für Aufwendungen und die damit verbundenen Auszahlungen erfolgen, wenn es zu keiner negativen Veränderung der geplanten Jahresergebnisse führt oder aber die Freigabe unabweisbar ist.

# Erläuterungen

## **Haushaltssatzung 2023/2024** **Erläuterungen Änderungsliste der Verwaltung**

Die wesentlichen Inhalte werden im Folgenden kurz erläutert.

### **Ergebnishaushalt:**

#### Geschäftsbereich OBM:

Gemäß einer Organisationsverfügung erfolgt mit Wirkung zum 01.02.2023 eine Änderung der Organisationsstruktur im Fachbereich 99 „Kommunikation und Partizipation“. Die hieraus resultierenden Veränderungen sind haushaltsneutral.

#### Geschäftsbereich 1:

Externe Unterstützung für die Beschleunigung zur Aufstellung der Jahresabschlüsse.

#### Geschäftsbereich 2:

Erhöhung der Landeszuweisung für die Landesbibliothek und entsprechende Anpassung der Aufwendungen.

Die hieraus resultierenden Veränderungen sind haushaltsneutral.

Notwendige Kapazitätserweiterungen aufgrund dringend benötigter Schulplätze an diversen Schulen im Zusammenhang mit der Überarbeitung der IKSEP.

Korrekte Zuordnung der Personalaufwendungen zum Unterprodukt im FB 24. Diese ist haushaltsneutral.

Für den Schullastenausgleich gemäß Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) liegt die Festsetzung für 2023 vom 02.05.2023 vor und ermöglicht eine leichte Anhebung des Ansatzes.

#### Geschäftsbereich 3:

Anpassung Erträge und Aufwendungen einschließlich Mieten und BK KIS für die kurzfristige Schaffung von zusätzlichen UnterkunftsKapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen aufgrund der aktuellen Entwicklung.

Schaffung zusätzlicher Unterkünfte für die Unterbringung von Geflüchteten 60 % und für die Unterbringung Wohnungsloser 40% im Rahmen des Sonderbauprogramm Pro Potsdam. Ertragsseitig sind Nutzungsgebühren und Erstattungen des Landes zu berücksichtigen. Aufwandsseitig handelt es sich um Mieten und Betriebskosten.

Zudem erfolgt eine planerische Abschätzung der Auswirkungen für die LHP aus dem Ergebnis des Flüchtlingsgipfels.

#### Anpassung Soziallastenausgleich

Gemäß § 11 Absatz 3 Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz (FAG) stehen den ostdeutschen Flächenländern Hartz IV-SoBEZ zu. Nach den Vorgaben im FAG sind die Hartz IV-SoBEZ

in einem Abstand von drei Jahren im Hinblick auf ihre Weitergewährung zu überprüfen. Die Ergebnisse der Überprüfung durch eine Arbeitsgruppe auf der Grundlage des zwischen Bund und Ländern vereinbarten Verfahrens liegen vor.

Das Ergebnis der aktuellen Überprüfung im Jahr 2022 ergibt für alle ostdeutschen Länder einen jährlichen Gesamtbetrag von 82 Mio. Euro der Hartz IV-SoBEZ ab dem Jahr 2023 (bisher 268 Mio. Euro), denn nur noch in dieser Höhe ist eine Sonderlast der ostdeutschen Flächenländer durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige im Vergleich zu den westdeutschen Ländern nachweisbar. Für das Land Brandenburg folgt daraus eine Reduzierung der Hartz IV-SoBEZ von derzeit 50,92 Mio. Euro um 35,34 Mio. Euro auf 15,58 Mio. Euro.

#### Geschäftsbereich 4:

Korrekte Zuordnung der Personalaufwendungen zum Unterprodukt. Diese ist haushaltsneutral.

Im Produkt Denkmalschutz und -pflege wurden haushaltsneutrale Anpassungen aufgrund des vorliegenden Zuwendungsbescheides vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur für die Pflege des jüdischen Friedhofes vorgenommen.

Für die finanzielle Beteiligung der LHP am Pflegeaufwand der Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten gemäß dem Beschluss 22/SVV/0704 besteht im Haushaltsjahr 2024 ein Mehrbedarf von 1 Mio. EUR.

#### Geschäftsbereiche 2, 3 und 4:

Aufgrund der infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eingetretenen Energieknappheit, der damit einhergehenden Vervielfachung der Energiepreise und der allgemeinen Inflation sowie der Flüchtlingsbewegungen aus der Ukraine und aus anderen Herkunftsländern hat der Landtag Brandenburg am 16. Dezember 2022 für die Jahre 2023 und 2024 einen Beschluss über das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung gefasst.

Zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Bewältigung dieser außergewöhnlichen Notsituation dienen, wird ein in der Notlagenerklärung beschriebenes Brandenburg-Paket aufgelegt.

Den Kommunen werden aus dem Brandenburg-Paket in den Jahren 2023 und 2024 zusätzliche Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben bzw. für die Wahrnehmung entsprechender kommunaler Aufgaben im Wege der Auftragsvergabe an Dritte bereitgestellt.

#### Allgemeine Finanzierungsmittel:

Ergebnisneutrale Kontenverschiebung der anteiligen Weiterleitung der Bundesbeteiligung an den Mehraufwendungen für die Geflüchteten für das Ausgleichsjahr 2023 gemäß § 15a Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG).

Für die Schlüsselzuweisungen gemäß Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) liegt die Festsetzung für 2023 vom 22.03.2023 vor und ermöglicht eine leichte Anhebung des Ansatzes.

Die Planung der Erträge aus Steuern wurde aufgrund der aktuellen Entwicklung angepasst. Bei der Übernachtungsteuer ergeben sich zudem Abweichungen auf der Grundlage der geplanten Ausweitung der Übernachtungsteuer auf berufliche Übernachtungen.

Aufgrund der Festlegung des Oberbürgermeisters wird die Planung und Bewirtschaftung der Gewinnanteile verbundener Unternehmen und der damit verbundenen Aufwendungen für

Steuern vom Büro des Oberbürgermeisters übernommen. Diese Änderungen sind haushaltsneutral.

Zudem ist im Zusammenhang mit dem Freizug von Haus 2 auf dem Campus der LHP aufgrund der Schaffung zusätzlicher Flüchtlingsunterkünfte eine weitere Fremdanmietung erforderlich.

In diesem Kontext steigen die Umzugskosten im HH-Jahr 2023.

## Alle GB

### Personal

Die Veränderung der Personalaufwandsplanung resultiert aus dem Ergebnis der Tarifverhandlung vom 22. April 2023, für welches die Erklärungsfrist am 16. Mai 2023 abläuft.

Während bislang mit 3 % Erhöhung jeweils 2023 und 2024 sowie jeweils 2 % in den Jahren 2025 – 2027 geplant wurde, waren nun eine Einmalzahlung in Höhe von 3.000 Euro pro Mitarbeitenden (im Zeitraum Juni 2023 bis Februar 2024) sowie die Erhöhung des Entgelts um den Sockelbetrag von 200 Euro zzgl. einer Tarifsteigerung in Höhe von 5,5 % jeweils ab März 2024 dagegen zurechnen.

Zudem werden von den 290 zusätzlichen Stellen für 2023/2024 zunächst 100 Stellen bis zum Beschluss des Stabilisierungsprogramms gesperrt.

### Fazit

Somit ergibt sich für den Ergebnishaushalt insgesamt folgende Entwicklung bei den Fehlbedarfen (Verbesserung: +; Verschlechterung: -):

in EUR				
2023	2024	2025	2026	2027
10.452.600	3.169.700	-16.604.000	-14.051.500	-12.942.300

und demnach werden folgende Gesamtergebnisse (Ergebnislinie) ausgewiesen:

2023	2024	2025	2026	2027
-8.118.500	-38.583.800	-64.132.000	-26.921.500	-11.709.400

## Investiver Finanzhaushalt:

### Geschäftsbereich OBM:

Aufgrund einer Umstrukturierung erfolgt die Verschiebung von Produkten des Maßnahmenpakets „Smart City“ vom Unterprodukt 1114902 zum neuen Unterprodukt 1111801.

Hieraus ergeben sich keine Änderungen in den bestehenden Ansätzen.

Gemäß einer Organisationsverfügung erfolgt mit Wirkung zum 01.02.2023 eine Änderung der Organisationsstruktur im Fachbereich 99 „Kommunikation und Partizipation“. Es erfolgt eine Umhängung vom Unterprodukt 5750000 zum neuen Unterprodukt 1114801.

Hieraus ergeben sich keine Änderungen in den bestehenden Ansätzen.

### Geschäftsbereich 2:

Notwendige Kapazitätserweiterungen aufgrund dringend benötigter Schulplätze an diversen Schulen im Zusammenhang mit der Überarbeitung der IKSEP. Für diese Kapazitätserweiterungen wurden finanzielle Mehrbedarfe für die entsprechenden Ausstattungen signalisiert.

### Geschäftsbereich 4:

Aufgrund der Erhöhung von Baukosten der Anlegestelle Am Hinzenberg und der Errichtung von 4 zusätzlichen Landstromanschlüsse für die Weiße Flotte, sollen zur Verfügung stehende Mittelansätze im Jahr 2023 aus den folgenden Investitionsmaßnahmen abgezogen werden und der Maßnahme „Anlegestelle Am Hinzenberg“ zugeschrieben werden.

- Maßnahmen an Knotenpunkten
- Umbau Leipziger Dreieck
- Lange Brücke

Die hieraus resultierenden Veränderungen sind haushaltsneutral.

Gemäß Rücksprache mit dem GB 4 erfolgt die Erschließung der Geflüchtetenunterkunft Nedlitze Straße durch die ProPotsdam.

### Geschäftsbereich 5:

Im Rahmen notwendiger Kapazitätserweiterungen aufgrund dringend benötigter Schulplätze an diversen Schulen im Zusammenhang mit der Überarbeitung des IKSEP, werden an den entsprechenden Schulen weitere IT-Ausstattungen benötigt.

### Allgemeine Finanzierungsmittel:

Für die Schlüsselzuweisungen liegt der Bescheid für 2023 vom 22.03.2023 vor und ermöglicht eine leichte Anhebung des Ansatzes. Die Bescheidung liegt unterhalb der Abschlagssumme.

### Fazit

Bei den Investitionstätigkeiten ergeben sich insgesamt folgende Entwicklungen (Verbesserung: +; Verschlechterung: -):

	in EUR				
	2023	2024	2025	2026	2027
Einzahlungen	79.700	0	0	0	0
Auszahlungen	- 490.100	- 769.100	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>- 410.400</b>	<b>- 769.100</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## A) Ergebnishaushalt

# Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024

Die Änderungen wurden durch die Verwaltung eingereicht.

Stand: 02.06.2023

## A) Ergebnishaushalt (Ergebnishaushalt = Finanzhaushalt / zahlungswirksam)

lfd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2023	Veränderung	Ansatz 2024	Ansatz 2024	Veränderung	Planung 2025	Planung 2025	Veränderung	Planung 2026	Planung 2026	Veränderung	Planung 2027	Planung 2027	Veränderung	Bemerkung
				alt EUR	neu EUR	2023 EUR	alt EUR	neu EUR	2024 EUR	alt EUR	neu EUR	2025 EUR	alt EUR	neu EUR	2026 EUR	alt EUR	neu EUR	2027 EUR	
		<b>OBM</b>																	
1	9		Holzbau-Initiative Personalaufwendungen	214.000	0	-214.000													Hauptausschuss 10.05.2023 lt. Vorlage 23/SVV/0030 -214 TEUR 4,0 VZE RS OBM Bereich 5, 0 VZE SB Wohnungsbaukoordination eingeplant; ob Personal für Holzbauintiative unklar
2	9		Holzbau-Initiative Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0													Hauptausschuss 10.05.2023 lt. Vorlage 23/SVV/0030 100 TEUR Sach- und Dienststg. RS OBM Bereich bisher keine Einplanung der Mittel
3	99	1114400.5019300	Marketing Honorare	92.500	77.500	-15.000													Organisationsverfügung FB 99, Aufgabenumgliederung in andere Unterprodukte
4	99	1114400.5261100	Marketing Aufwendungen für Aus- und Fortbildung	5.000	2.500	-2.500	5.000	2.500	-2.500	5.000	2.500	-2.500	5.000	2.500	-2.500	5.000	2.500	-2.500	Organisationsverfügung FB 99, Änderung der Mitarbeiterzuordnung innerhalb des FB
5	99	1114400.5291100	Marketing Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	237.600	84.600	-153.000	341.300	31.500	-309.800	141.300	31.500	-109.800	141.300	31.500	-109.800	141.300	31.500	-109.800	Organisationsverfügung FB 99, Aufgabenumgliederung in andere Unterprodukte
6	99	1114801.5261100	Fachbereichsleitung Kommunikation und Partizipation Aufwendungen für Aus- und Fortbildung	6.600	8.800	2.200	6.600	8.900	2.300	6.600	8.800	2.200	6.600	8.900	2.300	6.600	8.800	2.200	Organisationsverfügung FB 99, Änderung der Mitarbeiterzuordnung innerhalb des FB
7	99	1114400.5.....	Marketing Aufwendungen DK 5061	485.700	446.900	-38.800	498.100	475.800	-22.300	298.100	276.100	-22.000	298.600	276.600	-22.000	298.600	276.600	-22.000	Einsparpotentiale DK 5061-Honorare, sonstige Dienststg.
8	99	1114701.52.....	Partizipation Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	268.300	178.800	-89.500	234.100	155.500	-78.600	248.500	170.500	-78.000	258.800	180.800	-78.000	258.200	180.200	-78.000	Einsparpotentiale sonstige Aufwendungen
9	99	1115001.5261100	Standortmanagement/ -marketing, Bildungsforum Aufwendungen für Aus- und Fortbildung	1.500	800	-700	1.500	700	-800	1.500	800	-700	1.500	700	-800	1.500	800	-700	Organisationsverfügung FB 99, Änderung der Mitarbeiterzuordnung innerhalb des FB
10	99	1116001.5019300	Presse und Kommunikation Honorare	0	15.000	15.000													Organisationsverfügung FB 99, Aufgabenumgliederung in andere Unterprodukte
11	99	1116001.5261100	Presse und Kommunikation Aufwendungen für Aus- und Fortbildung	9.300	10.300	1.000	9.300	10.300	1.000	9.300	10.300	1.000	9.300	10.300	1.000	9.300	10.300	1.000	Organisationsverfügung FB 99, Änderung der Mitarbeiterzuordnung innerhalb des FB
12	99	1116001.5291100	Presse und Kommunikation Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	175.300	325.300	150.000	175.300	485.100	309.800	164.300	274.100	109.800	77.800	187.600	109.800	62.800	172.600	109.800	Organisationsverfügung FB 99, Aufgabenumgliederung in andere Unterprodukte
13	99	1116001.5431930	Presse und Kommunikation sonstige Geschäftsaufwendungen	52.200	55.200	3.000													Organisationsverfügung FB 99, Aufgabenumgliederung in andere Unterprodukte
14	99	1116001.52.....	Presse und Kommunikation Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	351.100	301.100	-50.000	325.100	275.100	-50.000	314.100	264.100	-50.000							Einsparpotentiale
15	99	5750000.52.....	Förderung des Fremdenverkehrs Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	191.700	157.800	-33.900	150.200	135.000	-15.200	150.200	135.200	-15.000	150.700	135.700	-15.000	150.700	135.700	-15.000	Einsparpotentiale Tourismuskonzept
			<b>Summe Aufwendungen</b>	<b>2.090.800</b>	<b>1.664.600</b>	<b>-426.200</b>	<b>1.746.500</b>	<b>1.580.400</b>	<b>-166.100</b>	<b>1.338.900</b>	<b>1.173.900</b>	<b>-165.000</b>	<b>949.600</b>	<b>834.600</b>	<b>-115.000</b>	<b>934.000</b>	<b>819.000</b>	<b>-115.000</b>	
			<b>Saldo OBM</b>	<b>-2.090.800</b>	<b>-1.664.600</b>	<b>426.200</b>	<b>-1.746.500</b>	<b>-1.580.400</b>	<b>166.100</b>	<b>-1.338.900</b>	<b>-1.173.900</b>	<b>165.000</b>	<b>-949.600</b>	<b>-834.600</b>	<b>115.000</b>	<b>-934.000</b>	<b>-819.000</b>	<b>115.000</b>	
		<b>GB 1</b>																	
16	11	1111000.5431590	Fachbereichsleitung Rechnungswesen und Steuern Sonstige Sachverständigen Gerichts- und ähnliche Aufwendungen	140.000	240.000	100.000	110.000	210.000	100.000										externe Unterstützung für die Beschleunigung zur Aufstellung der Jahresabschlüsse
17	13	1111701.54.....	Fachbereichsleitung Investitionen und Finanzplanung sonstige ordentliche Aufwendungen	151.100	76.100	-75.000	101.100	75.100	-26.000	101.100	75.100	-26.000							Einsparpotentiale
			<b>Summe Aufwendungen</b>	<b>291.100</b>	<b>316.100</b>	<b>25.000</b>	<b>211.100</b>	<b>285.100</b>	<b>74.000</b>	<b>101.100</b>	<b>75.100</b>	<b>-26.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
			<b>Saldo GB 1</b>	<b>-291.100</b>	<b>-316.100</b>	<b>-25.000</b>	<b>-211.100</b>	<b>-285.100</b>	<b>-74.000</b>	<b>-101.100</b>	<b>-75.100</b>	<b>26.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
		<b>GB 2</b>																	
18	23	2430001.41...	Sonstige schulische Aufgaben Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	1.505.200	1.505.200	0	1.505.000	1.505.000										Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket</b> 3.6. Entlastung öffentlicher Schullräger wegen erhöhter Energiekosten
19	27	2720200.4141000	Landesbibliothek (gBgA SLB) Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land	539.400	614.900	75.500	539.400	614.900	75.500	539.400	614.900	75.500	539.400	614.900	75.500	539.400	614.900	75.500	Mit Schreiben vom 28.02.2023 bestätigte das MWFK die Erhöhung der Zuweisung für landesbibliothekarische Aufgaben.
20	27	2720200.4461905	Landesbibliothek (gBgA SLB) Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte, steuerfrei	30.000	30.000	0	33.000	30.000	-3.000	35.000	30.000	-5.000	35.000	30.000	-5.000	35.000	30.000	-5.000	Erhöhung Landeszuweisung
21	24	2849900.41...	Fachbereichsleitung Kultur und Museum Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	237.200	237.200	0	343.200	343.200										<b>Brandenburg-Paket</b> : Kultur - Ausgleich Energiemehrkosten Energiekulturhilfe institutionell geförderter Kulturreinrichtungen (HOT)

Ifd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2023	Veränderung 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024	Veränderung 2024	Planung 2025	Planung 2025	Veränderung 2025	Planung 2026	Planung 2026	Veränderung 2026	Planung 2027	Planung 2027	Veränderung 2027	Bemerkung
				alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		
22	23	3633000.41...	Hilfe zur Erziehung Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	479.000	479.000	0	486.100	486.100										Billigkeitsrichtlinie Brandenburgpaket: 3.3. Unterstützung Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung (HzE) wegen erhöhter Energiekosten
23	23	3650200.41...	Betreuung von Kindern - freie Träger Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	2.182.300	2.182.300	0	2.271.400	2.271.400										Billigkeitsrichtlinie Brandenburgpaket: 3.5. Unterstützung der Kindertagesbetreuung wegen erhöhter Energiekosten
24	23	3660000.41...	Einrichtungen der Jugendarbeit Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	395.700	395.700	0	395.700	395.700										Billigkeitsrichtlinie Brandenburgpaket: 3.2. Unterstützung kommunaler Träger der Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit wegen erhöhter Kosten bei Energie
25	23	3660000.4.....	Einrichtungen der Jugendarbeit Erträge	502.600	602.600	100.000	502.600	602.600	100.000										Einsparpotentiale 2023/2024 Ertragssteigerung
26	23	4241000.41...	Sportstätten und Bäder Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	580.000	580.000	0	592.300	592.300										Billigkeitsrichtlinie Brandenburgpaket: 3.4. Unterstützung für kommunale Sondersportanlagen/ Bäder wegen erhöhter Energiekosten (blu + Kiezbad)
27	23	4242001.41...	Verpachtung von Sportanlagen LSH/RZ (BgA) Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	525.000	525.000	0	536.100	536.100										Billigkeitsrichtlinie Brandenburgpaket: 3.4. Unterstützung für kommunale Sondersportanlagen/ Bäder wegen erhöhter Energiekosten (Luftschiffhafen)
28	23	6110100.4131300	Allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen Zuweisung für den Schullastenausgleich	8.088.800	8.356.600	267.800													Festsetzung Schullastenausgleich 2023
		<b>Summe Erträge</b>		<b>9.160.800</b>	<b>15.508.500</b>	<b>6.347.700</b>	<b>1.075.000</b>	<b>7.377.300</b>	<b>6.302.300</b>	<b>574.400</b>	<b>644.900</b>	<b>70.500</b>	<b>574.400</b>	<b>644.900</b>	<b>70.500</b>	<b>574.400</b>	<b>644.900</b>	<b>70.500</b>	
29	23	2110002.5231500	Grundschule Ludwig Renn (2) Mieten an KIS				487.200	714.900	227.700	493.900	1.040.200	546.300	497.000	1.043.300	546.300	497.400	1.043.700	546.300	zusätzliche Modulanlage an der GS 2 in Eiche
30	23	2110002.5231600	Grundschule Ludwig Renn (2) Betriebskosten an KIS				243.900	278.900	35.000	232.900	316.900	84.000	236.900	320.900	84.000	241.200	325.200	84.000	zusätzliche Modulanlage an der GS 2 in Eiche
31	23	2110024.5231500	Grundschule am Telegrafenberg (43) Mieten an KIS				596.200	1.461.200	865.000	604.300	3.199.100	2.594.800	608.200	3.203.000	2.594.800	593.800	3.188.600	2.594.800	Kapazitätsverlängerung Interimslösung Container und Turnhalle Mitteilung KIS
32	23	2110024.5231600	Grundschule am Telegrafenberg (43) Betriebskosten an KIS				63.200	96.500	33.300	60.300	160.200	99.900	61.400	161.300	99.900	57.800	157.700	99.900	Kapazitätsverlängerung Interimslösung Container und Turnhalle Mitteilung KIS
33	23	2170010.5231500	Gymnasium Bornstedter Feld (14) Mieten an KIS				0	596.400	596.400	0	425.500	425.500	0	425.500	425.500	0	425.500	425.500	Kapazitätsverlängerung Mitteilung KIS
34	23	2170010.5231600	Gymnasium Bornstedter Feld (14) Betriebskosten an KIS				0	60.000	60.000	0	46.200	46.200	0	46.100	46.100	0	46.000	46.000	Kapazitätsverlängerung Mitteilung KIS
35	23	2180010.5231500	Gesamtschule Schule am Schloss (28) Mieten an KIS	1.355.800	1.110.600	-245.200	2.447.900	2.590.900	143.000	2.481.200	2.868.000	386.800	2.497.000	2.883.800	386.800	1.457.900	1.683.600	225.700	Interimslösung TH Mitteilung KIS
36	23	2180010.5231600	Gesamtschule Schule am Schloss (28) Betriebskosten an KIS	218.900	198.000	-20.900	299.200	286.700	-12.500										Interimslösung TH Mitteilung KIS
37	23	2310002.5231500	Oberstufenzentrum II Potsdam Wirtschaft und Verwaltung Mieten an KIS				348.400	96.300	-252.100	353.000	100.900	-252.100	355.300	103.200	-252.100	355.500	103.400	-252.100	TH Kahleberg Fertigstellung Sanierung erst in 2028 Mitteilung KIS
38	24	2520100.5012400	Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte (gBgA) Dienstbezüge tariflich Beschäftigte	828.800	896.000	67.200	821.700	889.900	68.200	828.200	896.900	68.700	829.500	898.400	68.900	840.900	910.700	69.800	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
39	24	2520100.5022000	Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte (gBgA) Beiträge zu Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	27.500	30.000	2.500	27.400	29.900	2.500	27.600	30.200	2.600	27.600	30.100	2.500	27.900	30.500	2.600	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
40	24	2520100.5032000	Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte (gBgA) Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung tariflich Beschäftigte	159.700	171.800	12.100	158.500	170.700	12.200	159.800	172.100	12.300	160.000	172.400	12.400	162.300	174.800	12.500	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
41	24	2520300.5012400	Förderung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH Dienstbezüge tariflich Beschäftigte	67.200	0	-67.200	68.200	0	-68.200	68.700	0	-68.700	68.900	0	-68.900	69.800	0	-69.800	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
42	24	2520300.5022000	Förderung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH Beiträge zu Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	2.500	0	-2.500	2.500	0	-2.500	2.600	0	-2.600	2.500	0	-2.500	2.600	0	-2.600	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
43	24	2520300.5032000	Förderung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung tariflich Beschäftigte	12.100	0	-12.100	12.200	0	-12.200	12.300	0	-12.300	12.400	0	-12.400	12.500	0	-12.500	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
44	27	2720200.5222400	Landesbibliothek (gBgA SLB) Unterhaltung spezieller Ausstattung	0	5.500	5.500	0	5.500	5.500	0	5.500	5.500	0	5.500	5.500	0	5.500	5.500	
45	27	2720200.5271200	Landesbibliothek (gBgA SLB) Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen, Erweiterung und Unterhaltung von Kunst- und Sammlungsgegenständen	2.000	20.000	18.000	1.100	20.000	18.900	700	20.000	19.300	1.200	20.000	18.800	1.000	20.000	19.000	
46	27	2720200.5272000	Landesbibliothek (gBgA SLB) Aufwendungen für Ersatzbeschaffungen von in Festwerten zusammengefassten Vermögensgegenständen	2.200	52.000	49.800	1.500	43.100	41.600	1.100	40.000	38.900	2.500	41.900	39.400	1.500	40.700	39.200	
47	27	2720200.5291100	Landesbibliothek (gBgA SLB) Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	500	1.000	500	500	1.000	500	500	1.000	500	
48	27	2720200.5431100	Landesbibliothek (gBgA SLB) Bürobedarf	2.000	2.000	0	500	2.000	1.500	500	2.000	1.500	500	2.000	1.500	500	2.000	1.500	

lfd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2023 alt EUR	Ansatz 2023 neu EUR	Veränderung 2023 EUR	Ansatz 2024 alt EUR	Ansatz 2024 neu EUR	Veränderung 2024 EUR	Planung 2025 alt EUR	Planung 2025 neu EUR	Veränderung 2025 EUR	Planung 2026 alt EUR	Planung 2026 neu EUR	Veränderung 2026 EUR	Planung 2027 alt EUR	Planung 2027 neu EUR	Veränderung 2027 EUR	Bemerkung
49	27	2720200.5431310	Landesbibliothek (gBgA SLB) Porto und Versandkosten	1.500	1.500	0	500	1.500	1.000	500	1.500	1.000	500	1.500	1.000	500	1.500	1.000	
50	27	2720200.5431350	Landesbibliothek (gBgA SLB) Fernmeldegebühren	2.800	5.000	2.200	1.000	5.000	4.000	1.200	5.000	3.800	1.200	5.000	3.800	1.200	5.000	3.800	
51	23	3632000.5.....	Förderung der Erziehung in der Familie Aufwendungen	2.292.300	2.192.300	-100.000	2.349.900	2.249.900	-100.000	2.353.000	2.253.000	-100.000	2.355.200	2.305.200	-50.000	2.359.700	2.309.700	-50.000	Einsparpotentiale 2023/2024 Zuschussverbesserung 100TEUR
52	23	36399...5.....	Leitung Jugend Aufwendungen	8.897.600	8.797.600	-100.000	8.907.500	8.807.500	-100.000	8.990.900	8.890.900	-100.000	9.002.700	8.902.700	-100.000	9.104.400	9.004.400	-100.000	Einsparpotentiale KG 52, KG 54
53	23	3660000.5.....	Einrichtungen der Jugendarbeit Aufwendungen	11.538.000	11.338.000	-200.000	12.211.800	12.011.800	-200.000	13.346.900	13.146.900	-200.000	13.965.300	13.865.300	-100.000	14.611.600	14.511.600	-100.000	Einsparpotentiale
54	23	4241000.5315000	Sportstätten und Bäder Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	5.120.000	5.700.000	580.000	5.249.500	5.841.800	592.300										Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket:</b> 3.4. Unterstützung für kommunale Sondersportanlagen/ Bäder wegen erhöhter Energiekosten (blu + Kiezbad)
55	23	4241000.54...	Sportstätten und Bäder sonstige ordentliche Aufwendungen	150.000	100.000	-50.000	40.000	40.000		60.000	60.000		60.000	60.000		60.000	60.000		Einsparpotentiale
			<b>Summe Aufwendungen</b>	<b>30.681.900</b>	<b>30.621.300</b>	<b>-60.600</b>	<b>34.340.800</b>	<b>36.301.400</b>	<b>1.960.600</b>	<b>30.080.100</b>	<b>33.682.000</b>	<b>3.601.900</b>	<b>30.746.300</b>	<b>34.498.100</b>	<b>3.751.800</b>	<b>30.460.500</b>	<b>34.051.100</b>	<b>3.590.600</b>	
			<b>Saldo GB 2</b>	<b>-21.521.100</b>	<b>-15.112.800</b>	<b>6.408.300</b>	<b>-33.265.800</b>	<b>-28.924.100</b>	<b>4.341.700</b>	<b>-29.505.700</b>	<b>-33.037.100</b>	<b>-3.531.400</b>	<b>-30.171.900</b>	<b>-33.853.200</b>	<b>-3.681.300</b>	<b>-29.886.100</b>	<b>-33.406.200</b>	<b>-3.520.100</b>	
			<b>GB 3</b>																
56	37	1270000.4.....	Rettungsdienstaufgaben Erträge	14.004.100	14.004.100		15.004.100	15.504.100	500.000	16.344.100	16.344.100		16.504.100	16.504.100		17.004.100	17.004.100		Einsparpotentiale kostendeckende Einrichtung
57	38	31120...4.....	Hilfe zur Pflege Erträge	6.872.600	7.372.600	500.000	7.278.800	7.778.800	500.000	7.868.100	8.068.100	200.000	8.284.800	8.484.800	200.000	8.654.500	8.854.500	200.000	Einsparpotentiale 2023-2027 Ertragssteigerung
58	38	3120000.4.....	Grundsicherung für Arbeitssuchende Erträge	30.244.100	30.744.100	500.000	27.891.300	28.391.300	500.000	28.243.700	28.493.700	250.000	28.528.900	28.778.900	250.000	28.914.900	29.164.900	250.000	Einsparpotentiale
59	39	3154000.4321000	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte				1.044.000	1.546.500	502.500	1.194.000	1.912.600	718.600	1.194.000	1.919.300	725.300	1.194.000	1.925.000	731.000	Sonderbauprogramm Pro Potsdam
60	39	3155000.4321000	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	2.495.600	2.901.100	405.500	2.495.600	4.734.600	2.239.000	2.495.600	6.158.100	3.662.500	2.495.600	6.238.100	3.742.500	2.495.600	6.238.100	3.742.500	zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte
61	39	3155000.4481100	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Erstattung vom Land (öffentl.- rechtl. Forderung)	16.000.000	20.930.800	4.930.800	16.000.000	25.203.800	9.203.800	16.000.000	24.263.000	8.263.000	16.000.000	24.543.900	8.543.900	16.000.000	24.639.400	8.639.400	zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte
62	39	3155000.4.....	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Zuweisung/ Erstattung	0	2.000.000	2.000.000	0	2.000.000	2.000.000	0	2.000.000	2.000.000	0	2.000.000	2.000.000	0	2.000.000	2.000.000	planerische Abschätzung der Entlastung aufgrund der Ergebnisse aus Flüchtlingsgipfel
63	39	3155000.41....	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	317.800	317.800	0	317.800	317.800										Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket:</b> 3.7. Sozialkostenpauschale FB 39
64	39	5220102.41....	Wohngeld Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	600.600	600.600	0	600.600	600.600										Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket:</b> 3.10. Mehrbelastungsausgleich für die Wohngeldstellen zur Durchführung der Wohngeldgesetznovelle
65	38	6110100.41....	Allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	2.738.000	2.738.000	0	2.738.000	2.738.000										Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket:</b> 3.7. Sozialkostenpauschale FB 38
66	38	6110100.4053000	Allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen Soziallastenausgleich	10.582.800	7.211.300	-3.371.500	11.132.800	7.598.800	-3.534.000	11.382.800	7.848.800	-3.534.000	11.586.000	8.052.000	-3.534.000	11.926.000	8.392.000	-3.534.000	Reduzierung der Hartz IV-SOBEZ aufgrund der Überprüfung durch eine Arbeitsgruppe auf der Grundlage des zwischen Bund und Ländern vereinbarten Verfahrens
			<b>Summe Erträge</b>	<b>80.199.200</b>	<b>88.820.400</b>	<b>8.621.200</b>	<b>80.846.600</b>	<b>96.414.300</b>	<b>15.567.700</b>	<b>83.528.300</b>	<b>95.088.400</b>	<b>11.560.100</b>	<b>84.593.400</b>	<b>96.521.100</b>	<b>11.927.700</b>	<b>86.189.100</b>	<b>98.218.000</b>	<b>12.028.900</b>	
67	3	1110300.5.....	Verwaltungsführung - Leitung GB 3 Aufwendungen	1.902.800	1.652.800	-250.000	1.861.200	1.611.200	-250.000	1.466.000	1.366.000	-100.000	1.467.100	1.367.100	-100.000	1.491.200	1.391.200	-100.000	Einsparpotentiale 2023/2024 KG 52 - 50 TEUR; KG 54 - 200 TEUR (Verwaltungsstab)
68	38	31140...53.....	Hilfen zur Gesundheit Transferaufwendungen/ Aufwendungen	4.437.700	3.387.700	-1.050.000	4.602.200	3.602.200	-1.000.000	4.563.500	3.563.500	-1.000.000	3.463.400	2.463.400	-1.000.000	3.464.900	2.464.900	-1.000.000	Einsparpotentiale
69	38	3120000.5.....	Grundsicherung für Arbeitssuchende Aufwendungen	50.351.800	49.851.800	-500.000	46.409.500	45.909.500	-500.000	46.686.400	46.186.400	-500.000	47.019.500	46.519.500	-500.000	47.388.400	46.888.400	-500.000	Einsparpotentiale
70	39	3154000.5231200	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose Mieten und Pachten - Gebäude	629.700	737.500	107.800	654.900	1.160.400	505.500	681.100	1.399.700	718.600	708.400	1.433.700	725.300	736.700	1.467.700	731.000	Sonderbauprogramm Pro Potsdam
71	39	3154000.5.....	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose Aufwendungen	4.538.400	4.038.400	-500.000	4.913.400	4.713.400	-200.000	4.904.900	4.704.900	-200.000	4.909.400	4.709.400	-200.000	4.909.800	4.709.800	-200.000	Einsparpotentiale
72	39	3155000.5211300	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Unterhaltung der Gebäude	10.000	40.000	30.000	10.000	40.800	30.800	10.000	41.700	31.700	10.000	42.600	32.600	10.000	43.500	33.500	zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte
73	39	3155000.5231200	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Mieten und Pachten - Gebäude	3.388.700	4.393.100	1.004.400	3.473.500	7.981.900	4.508.400	3.560.400	14.619.500	11.059.100	3.649.500	14.691.800	11.042.300	3.740.800	15.000.700	11.259.900	
74	39	3155000.5231300	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Mieten und Pachten - Räume	1.226.400	2.298.000	1.071.600	1.257.100	1.096.100	-161.000	1.288.600	379.800	-908.800	1.320.900	387.400	-933.500	1.354.000	395.200	-958.800	
75	39	3155000.5231500	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Mieten an KIS	1.660.300	3.504.000	1.843.700	1.560.700	6.133.800	4.573.100	1.663.200	5.699.800	4.036.600	1.752.600	5.478.300	3.725.700	1.706.100	4.336.500	2.630.400	zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte Mitteilung KIS
76	39	3155000.5231600	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Betriebskosten an KIS	896.100	2.699.800	1.803.700	768.600	2.632.200	1.863.600	922.800	1.500.000	577.200	924.100	1.475.300	551.200	925.200	1.361.900	436.700	zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte Mitteilung KIS
77	39	3155000.5241100	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	336.000	436.600	100.600	369.600	926.800	557.200	406.600	1.581.900	1.175.300	447.300	1.680.500	1.233.200	492.100	1.750.500	1.258.400	zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte
78	39	3155000.5271603	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Lebensmittel	547.500	1.998.000	1.450.500	558.500	1.234.400	675.900	268.900	100.000	-168.900			0			0	
79	39	3155000.5291100	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	120.300	1.132.600	1.012.300	122.700	749.800	627.100	125.200	741.200	616.000	127.700	227.700	100.000	130.300	230.300	100.000	
80	39	3155000.5457000	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	9.834.600	12.063.000	2.228.400	10.129.700	16.699.200	6.569.500	10.018.600	19.647.500	9.628.900	10.004.900	20.465.700	10.460.800	10.557.400	20.393.600	9.836.200	

Ifd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2023	Veränderung 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024	Veränderung 2024	Planung 2025	Planung 2025	Veränderung 2025	Planung 2026	Planung 2026	Veränderung 2026	Planung 2027	Planung 2027	Veränderung 2027	Bemerkung
				alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		
81	39	3155000.5458000	Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an übrige Bereiche	3.231.300	2.773.900	-457.400	3.269.400	3.938.900	669.500	3.200.000	4.543.600	1.343.600	3.200.000	4.755.100	1.555.100	3.244.300	4.976.700	1.732.400	
82	39	52201...5.....	Soziale Wohnraumversorgung Aufwendungen	4.958.200	4.758.200	-200.000	5.020.800	4.920.800	-100.000	4.955.800	4.955.800		4.985.100	4.985.100		5.023.500	5.023.500		Einsparpotentiale
83	39	5220101.53.....	Soziale Wohnraumversorgung Wohnungstauschbörse Transferaufwendungen	175.000	175.000	0	0			0			0			0			Hauptausschuss 10.05.2023 Koordinierungsstelle Wohnungstausch Projektverlängerung bis 2023
84	39	5220101.52.....	Soziale Wohnraumversorgung Wohnungstauschbörse Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	124.000	124.000	0	124.000	0	-124.000	124.000	0	-124.000	124.000	0	-124.000	Hauptausschuss 10.05.2023 Wohnungspolitisches Konzept (15/SVV/0609)
		<b>Summe Aufwendungen</b>		<b>88.244.800</b>	<b>95.940.400</b>	<b>7.695.600</b>	<b>85.105.800</b>	<b>103.475.400</b>	<b>18.369.600</b>	<b>84.846.000</b>	<b>111.031.300</b>	<b>26.185.300</b>	<b>84.113.900</b>	<b>110.682.600</b>	<b>26.568.700</b>	<b>85.298.700</b>	<b>110.434.400</b>	<b>25.135.700</b>	
		<b>Saldo GB 3</b>		<b>-8.045.600</b>	<b>-7.120.000</b>	<b>925.600</b>	<b>-4.259.200</b>	<b>-7.061.100</b>	<b>-2.801.900</b>	<b>-1.317.700</b>	<b>-15.942.900</b>	<b>-14.625.200</b>	<b>479.500</b>	<b>-14.161.500</b>	<b>-14.641.000</b>	<b>890.400</b>	<b>-12.216.400</b>	<b>-13.106.800</b>	
														<b>-15.481.000</b>					

lfd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2023 alt EUR	Ansatz 2023 neu EUR	Veränderung 2023 EUR	Ansatz 2024 alt EUR	Ansatz 2024 neu EUR	Veränderung 2024 EUR	Planung 2025 alt EUR	Planung 2025 neu EUR	Veränderung 2025 EUR	Planung 2026 alt EUR	Planung 2026 neu EUR	Veränderung 2026 EUR	Planung 2027 alt EUR	Planung 2027 neu EUR	Veränderung 2027 EUR	Bemerkung
		<b>GB 4</b>																	
85	44	523000.4141000	Denkmalschutz und -pflege Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land	13.800	14.400	600	13.800	14.400	600	13.800	14.400	600	13.800	14.400	600	13.800	14.400	600	Erhöhung gem. Zuwendungsbescheid MWFK v. 10.03.2023; 100% Förderung
86	47	5450100.4.....	Straßenreinigung und Winterdienst Erträge	3.913.900	4.013.900	100.000	4.063.900	4.163.900	100.000	4.063.900	4.163.900	100.000	4.063.900	4.163.900	100.000	4.063.900	4.163.900	100.000	Einsparpotentiale
87	47	5470001.41...	ÖPNV Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	150.400	150.400	0	179.800	179.800			0			0			0	Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket:</b> 3.9. Kompensation Energiekosten für kommunale Verkehrsunternehmen im ÖPNV
88	47	5470002.41...	ÖPNV-für mehrheitlich städtische Gesellschaften Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	2.842.500	2.842.500	0	3.397.000	3.397.000			0			0			0	Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket:</b> 3.9. Kompensation Energiekosten für kommunale Verkehrsunternehmen im ÖPNV
89	45	5510002.4565900	BgA Volkspark sonstige ordentliche Erträge																gem. Festlegung GB 1 auf "0"
90	45	5610101.41...	Klimaschutzmaßnahmen Billigkeitsleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen des Brandenburg-Paketes	0	1.073.100	1.073.100	0	1.047.500	1.047.500										Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket:</b> 3.8. Transformations- und Klimaschutzpaket für Kommunen
		<b>Summe Erträge</b>		<b>3.927.700</b>	<b>8.094.300</b>	<b>4.166.600</b>	<b>4.077.700</b>	<b>8.802.600</b>	<b>4.724.900</b>	<b>4.077.700</b>	<b>4.178.300</b>	<b>100.600</b>	<b>4.077.700</b>	<b>4.178.300</b>	<b>100.600</b>	<b>4.077.700</b>	<b>4.178.300</b>	<b>100.600</b>	
91	45	1110400.5316100	Leitung GB 4 Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige öffentliche Sonderrechnungen				0	1.000.000	1.000.000										Zuschuss Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg für 2024 gem. Beschluss 22/SVV/0704
92	41	51104...5.....	Stadträumliche Planung Aufwendungen	3.804.900	3.704.900	-100.000	3.703.400	3.603.400	-100.000	3.858.300	3.758.300	-100.000	3.596.700	3.496.700	-100.000	3.756.800	3.656.800	-100.000	Einsparpotentiale KG 54 (Planungsleistungen, Sachverständigen-, Gerichtskosten)
93	41	51104...54...	Stadträumliche Planung Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal" sonstige ordentliche Aufwendungen	350.000	0	-350.000	100.000	0	-100.000										Hauptausschuss 10.05.2023 Beschluss 22/SVV/0958 Stadtkanal Teilbereich des Gesamtprojektes; Planansatz umfasst Gesamtprojekt
94	41	5110500.5012400	Stadträumliche IT und Rechtsangelegenheiten Dienstbezüge tariflich Beschäftigte	819.000	353.300	-465.700	884.500	381.500	-503.000	902.200	389.200	-513.000	905.300	390.500	-514.800	917.800	395.900	-521.900	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
95	41	5110500.5022000	Stadträumliche IT und Rechtsangelegenheiten Beiträge zu Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	28.900	12.400	-16.500	31.100	13.400	-17.700	31.800	13.700	-18.100	31.900	13.700	-18.200	32.300	13.900	-18.400	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
96	41	5110500.5032000	Stadträumliche IT und Rechtsangelegenheiten Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung tariflich Beschäftigte	156.900	67.600	-89.300	169.700	73.200	-96.500	173.000	74.600	-98.400	173.700	74.900	-98.800	176.000	75.900	-100.100	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
97	41	51106...54...	Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen Machbarkeitsstudie Garnisonskirche sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0													Hauptausschuss 10.05.2023 Beschluss 22/SVV/1142, 22/SVV/0071 Einplanung 500 TEUR Machbarkeitsstudie bereits im HH-Plan 2022
98	44	5210000.5012400	Bauordnung Dienstbezüge tariflich Beschäftigte	2.684.500	3.150.200	465.700	2.880.800	3.383.800	503.000	2.938.600	3.451.600	513.000	2.948.900	3.463.700	514.800	2.989.300	3.511.200	521.900	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
99	44	5210000.5022000	Bauordnung Beiträge zu Versorgungskassen tariflich Beschäftigte	86.800	103.300	16.500	93.500	111.200	17.700	95.400	113.500	18.100	95.700	113.900	18.200	97.000	115.400	18.400	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
100	44	5210000.5032000	Bauordnung Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung tariflich Beschäftigte	513.000	602.300	89.300	548.000	644.500	96.500	559.000	657.400	98.400	560.900	659.700	98.800	568.600	668.700	100.100	Korrektur Zuordnung zum Unterprodukt
101	44	5230000.5221900	Denkmalschutz und -pflege Unterhaltung der sonstigen unbebauten Grundstücke	13.800	14.400	600	13.800	14.400	600	13.800	14.400	600	13.800	14.400	600	13.800	14.400	600	100% Förderung; Anpassung Aufwendungen
102	47	54100...5.....	Gemeindestraßen Aufwendungen	30.103.100	29.903.100	-200.000	30.407.600	30.207.600	-200.000	31.093.500	30.893.500	-200.000	31.589.300	31.389.300	-200.000	32.011.500	31.811.500	-200.000	Einsparpotentiale
103	47	5450100.5.....	Straßenreinigung und Winterdienst Aufwendungen	7.286.500	7.186.500	-100.000	7.568.800	7.468.800	-100.000	7.576.800	7.476.800	-100.000	7.578.000	7.478.000	-100.000	7.583.200	7.483.200	-100.000	Einsparpotentiale
104	47	5470001.5316000	ÖPNV Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	1.005.000	1.155.400	150.400	1.005.000	1.184.800	179.800										Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket:</b> 3.9. Kompensation Energiekosten für kommunale Verkehrsunternehmen im ÖPNV
105	47	5470002.5315000	ÖPNV-für mehrheitlich städtische Gesellschaften Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	12.406.200	15.248.700	2.842.500	7.062.200	10.459.200	3.397.000										Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket:</b> 3.9. Kompensation Energiekosten für kommunale Verkehrsunternehmen im ÖPNV
106	45	5510002.5241100	BgA Volkspark Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen																gem. Festlegung GB 1 auf "0"
107	45	5610101.5.....	Klimaschutzmaßnahmen Aufwendungen	1.103.100	1.053.100	-50.000	1.095.200	1.045.200	-50.000	1.107.700	1.057.700	-50.000	1.110.700	1.060.700	-50.000	1.117.400	1.067.400	-50.000	Einsparpotentiale KG 53; dennoch Verdreifachung Transferaufwendungen
108	45	5610101..5.....	Klimaschutzmaßnahmen Brandenburg-Paket	0	1.073.100	1.073.100	0	1.047.500	1.047.500										Billigkeitsrichtlinie <b>Brandenburgpaket:</b> 3.8. Transformations- und Klimaschutzpaket für Kommunen
109	402	5710000.5.....	Wirtschaftsförderung Aufwendungen	3.832.600	3.732.600	-100.000	3.671.200	3.571.200	-100.000	3.698.500	3.598.500	-100.000	3.705.700	3.605.700	-100.000	3.734.400	3.634.400	-100.000	Einsparpotentiale KG 52, KG 53
		<b>Summe Aufwendungen</b>		<b>64.194.300</b>	<b>67.360.900</b>	<b>3.166.600</b>	<b>59.234.800</b>	<b>64.209.700</b>	<b>4.974.900</b>	<b>52.048.600</b>	<b>51.499.200</b>	<b>-549.400</b>	<b>52.310.600</b>	<b>51.761.200</b>	<b>-549.400</b>	<b>52.998.100</b>	<b>52.448.700</b>	<b>-549.400</b>	
		<b>Saldo GB 4</b>		<b>-60.266.600</b>	<b>-59.266.600</b>	<b>1.000.000</b>	<b>-55.157.100</b>	<b>-55.407.100</b>	<b>-250.000</b>	<b>-47.970.900</b>	<b>-47.320.900</b>	<b>650.000</b>	<b>-48.232.900</b>	<b>-47.582.900</b>	<b>650.000</b>	<b>-48.920.400</b>	<b>-48.270.400</b>	<b>650.000</b>	

Ifd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2023	Veränderung	Ansatz 2024	Ansatz 2024	Veränderung	Planung 2025	Planung 2025	Veränderung	Planung 2026	Planung 2026	Veränderung	Planung 2027	Planung 2027	Veränderung	Bemerkung
				alt EUR	neu EUR	2023 EUR	alt EUR	neu EUR	2024 EUR	alt EUR	neu EUR	2025 EUR	alt EUR	neu EUR	2026 EUR	alt EUR	neu EUR	2027 EUR	
		<b>GB 5</b>																	
110	55	1112300.5.....	Zentrale Dienste Aufwendungen	6.854.300	6.804.300	-50.000	6.975.500	6.925.500	-50.000	6.947.400	6.897.400	-50.000	6.978.500	6.928.500	-50.000	6.714.500	6.664.500	-50.000	Einsparpotentiale
111	501	1119601.5.....	Verwaltungs- und Managemententwicklung Aufwendungen	1.127.900	1.077.900	-50.000	1.165.700	1.065.700	-100.000	993.300	893.300	-100.000	993.600	893.600	-100.000	886.400	786.400	-100.000	Einsparpotentiale
		<b>Summe Aufwendungen</b>		<b>7.982.200</b>	<b>7.882.200</b>	<b>-100.000</b>	<b>8.141.200</b>	<b>7.991.200</b>	<b>-150.000</b>	<b>7.940.700</b>	<b>7.790.700</b>	<b>-150.000</b>	<b>7.972.100</b>	<b>7.822.100</b>	<b>-150.000</b>	<b>7.600.900</b>	<b>7.450.900</b>	<b>-150.000</b>	
		<b>allgemeine Finanzierungsmittel</b>																	
112	913	1111100.4651100	Beteiligungsmanagement Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen	4.200.000	0	-4.200.000													Änderung der Zuständigkeit aufgrund der Festlegung des OBM
113	913	1111100.4651200	Beteiligungsmanagement Gewinnanteile aus Beteiligungen	1.000.000		-1.000.000	900.000		-900.000	900.000		-900.000	900.000		-900.000	900.000		-900.000	Änderung der Zuständigkeit aufgrund der Festlegung des OBM
114	913	1111100.46.....	Beteiligungsmanagement Finanzerträge	5.200.000	5.200.000	0	900.000	2.000.000	1.100.000	900.000	2.500.000	1.600.000	900.000	3.000.000	2.100.000	900.000	3.000.000	2.100.000	Einsparpotentiale
115	901	1114901.4651100	Büro des Oberbürgermeisters Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen	0	4.200.000	4.200.000													Änderung der Zuständigkeit aufgrund der Festlegung des OBM
116	901	1114901.4651200	Büro des Oberbürgermeisters Gewinnanteile aus Beteiligungen	0	1.000.000	1.000.000	0	900.000	900.000	0	900.000	900.000	0	900.000	900.000	0	900.000	900.000	Änderung der Zuständigkeit aufgrund der Festlegung des OBM
117	103	6110100.4111000	Allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen Schlüsselzuweisungen vom Land	188.899.000	188.994.000	95.000													Festsatzung Schlüsselzuweisungen 2023
118	103	6110100.4131000	Allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	2.100.000	0	-2.100.000													ergebnisneutrale Kontenverschiebung FAG Zuweisung für Unterbringung Geflüchtete
119	103	6110100.4140000	Allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen Zuweisungen für laufende Zwecke vom Bund	0	2.100.000	2.100.000													
120	11	6110200.4021000	Steuern Gemeindeanteil an der Einkommensteuer										114.000.000	116.000.000	2.000.000	119.000.000	120.000.000	1.000.000	vorsichtige Prognose aufgrund der aktuellen Entwicklung
121	11	6110200.4022000	Steuern Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer				18.800.000	19.500.000	700.000	18.900.000	20.200.000	1.300.000	19.000.000	21.000.000	2.000.000	19.100.000	21.800.000	2.700.000	vorsichtige Prognose aufgrund der aktuellen Entwicklung
122	11	6110200.4031100	Steuern Vergnügungssteuer nur Automaten										553.000	560.000	7.000	553.000	570.000	17.000	vorsichtige Prognose aufgrund der aktuellen Entwicklung
123	11	6110200.4032100	Steuern Hundesteuer	854.000	890.000	36.000	804.000	900.000	96.000	804.000	910.000	106.000	804.000	920.000	116.000	804.000	930.000	126.000	vorsichtige Prognose aufgrund der aktuellen Entwicklung
124	11	6110200.4034100	Steuern Zweitwohnungsteuer	478.000	530.000	52.000	428.000	530.000	102.000	428.000	550.000	122.000	428.000	550.000	122.000	428.000	570.000	142.000	vorsichtige Prognose aufgrund der aktuellen Entwicklung
125	11	6110200.4039500	Steuern Übernachtungssteuer	1.566.800	2.550.000	983.200	1.555.000	3.300.000	1.745.000	1.516.000	3.300.000	1.784.000	1.516.000	3.300.000	1.784.000	1.516.000	3.300.000	1.784.000	vorsichtige Prognose aufgrund der aktuellen Entwicklung , Ausweitung Übernachtungssteuer
126	11	6110200.4131200	Steuern Abgabe von Spielbanken	240.000	340.000	100.000	240.000	340.000	100.000	240.000	340.000	100.000	240.000	340.000	100.000	240.000	340.000	100.000	vorsichtige Prognose aufgrund der aktuellen Entwicklung
		<b>Summe Erträge</b>		<b>204.537.800</b>	<b>205.804.000</b>	<b>1.266.200</b>	<b>23.627.000</b>	<b>27.470.000</b>	<b>3.843.000</b>	<b>23.688.000</b>	<b>28.700.000</b>	<b>5.012.000</b>	<b>138.341.000</b>	<b>146.570.000</b>	<b>8.229.000</b>	<b>143.441.000</b>	<b>151.410.000</b>	<b>7.969.000</b>	
127	913	1111100.5441200	Beteiligungsmanagement Aufwendungen für Steuern	822.900	0	-822.900	142.500	0	-142.500	142.500	0	-142.500	142.500	0	-142.500	142.500	0	-142.500	Änderung der Zuständigkeit aufgrund der Festlegung des OBM
128	901	1114901.5441200	Büro des Oberbürgermeisters Aufwendungen für Steuern	0	822.900	822.900	0	142.500	142.500	0	142.500	142.500	0	142.500	142.500	0	142.500	142.500	Änderung der Zuständigkeit aufgrund der Festlegung des OBM
129	55	1118000.5231500	Verwaltungsgebäude Mieten an KIS	5.593.600	5.611.100	17.500	6.126.300	6.231.300	105.000	6.196.200	6.304.400	108.200	6.036.200	6.147.700	111.500	6.093.400	6.208.300	114.900	Anmietung Ausweichstandort wg. Freizug Haus 2 Mitteilung KIS
130	55	1118000.5231600	Verwaltungsgebäude Betriebskosten an KIS	1.611.600	1.619.500	7.900	1.804.400	1.851.800	47.400	1.817.000	1.864.400	47.400	1.390.900	1.438.300	47.400	1.403.900	1.451.300	47.400	Anmietung Ausweichstandort wg. Freizug Haus 2 Mitteilung KIS
131	55	1118000.5455000	Verwaltungsgebäude Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	450.000	500.000	50.000			0			0			0			0	zusätzliche Umzugskosten Leerzug Haus 2
132	103	6120001.5517100	Finanzvermögens- und Schuldenverwaltung Zinsaufwendungen für Kommunalkredite						0			0			0			0	Zinsaufwendungen Schuldenbeitritt KEVB E-Mail vom 17.04.2023 (Grundlage Info Klinikum) gem. Festlegung GB 1 auf "0"
		<b>Summe Aufwendungen</b>		<b>8.478.100</b>	<b>8.553.500</b>	<b>75.400</b>	<b>8.073.200</b>	<b>8.225.600</b>	<b>152.400</b>	<b>8.155.700</b>	<b>8.311.300</b>	<b>155.600</b>	<b>7.569.600</b>	<b>7.728.500</b>	<b>158.900</b>	<b>7.639.800</b>	<b>7.802.100</b>	<b>162.300</b>	
		<b>Saldo allgemeine Finanzierungsmittel</b>		<b>196.059.700</b>	<b>197.250.500</b>	<b>1.190.800</b>	<b>15.553.800</b>	<b>19.244.400</b>	<b>3.690.600</b>	<b>15.532.300</b>	<b>20.388.700</b>	<b>4.856.400</b>	<b>130.771.400</b>	<b>138.841.500</b>	<b>8.070.100</b>	<b>135.801.200</b>	<b>143.607.900</b>	<b>7.806.700</b>	

Ifd. Nr.	FB	Produktkonto	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2023	Veränderung 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024	Veränderung 2024	Planung 2025	Planung 2025	Veränderung 2025	Planung 2026	Planung 2026	Veränderung 2026	Planung 2027	Planung 2027	Veränderung 2027	Bemerkung
				alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		
		alle GB																	
133			Personalaufwendungen gesamt (wird den Unterprodukten entsprechend der Aufstellung zugeordnet)	153.304.500	154.373.600	1.069.100	163.850.900	168.298.500	4.447.600	164.813.100	169.107.900	4.294.800	165.001.800	169.716.100	4.714.300	166.898.300	171.935.400	5.037.100	Ergebnis Tarifverhandlungen, E-Mail 25. und 27.04.2023
134			Personalaufwendungen gesamt (wird den Unterprodukten entsprechend der Aufstellung zugeordnet)	154.373.600	152.877.800	-1.495.800	168.298.500	165.903.700	-2.394.800										Kalkulation der Personalkosten aufgrund der Sperrung von Stellen, E-Mail 22.05.2023
		<b>Summe Aufwendungen</b>		<b>307.678.100</b>	<b>307.251.400</b>	<b>-426.700</b>	<b>332.149.400</b>	<b>334.202.200</b>	<b>2.052.800</b>	<b>164.813.100</b>	<b>169.107.900</b>	<b>4.294.800</b>	<b>165.001.800</b>	<b>169.716.100</b>	<b>4.714.300</b>	<b>166.898.300</b>	<b>171.935.400</b>	<b>5.037.100</b>	
		<b>Saldo</b>		<b>-307.678.100</b>	<b>-307.251.400</b>	<b>426.700</b>	<b>-332.149.400</b>	<b>-334.202.200</b>	<b>-2.052.800</b>	<b>-164.813.100</b>	<b>-169.107.900</b>	<b>-4.294.800</b>	<b>-165.001.800</b>	<b>-169.716.100</b>	<b>-4.714.300</b>	<b>-166.898.300</b>	<b>-171.935.400</b>	<b>-5.037.100</b>	
		<b>Ergebnishaushalt = Finanzhaushalt / zahlungswirksam</b>																	
			Erträge Gesamt	297.825.500	318.227.200	20.401.700	109.626.300	140.064.200	30.437.900	111.868.400	128.611.600	16.743.200	227.586.500	247.914.300	20.327.800	234.282.200	254.451.200	20.169.000	
			Aufwendungen Gesamt	509.641.300	519.590.400	9.949.100	529.002.800	556.271.000	27.268.200	349.324.200	382.671.400	33.347.200	348.663.900	383.043.200	34.379.300	351.830.300	384.941.600	33.111.300	
			<b>Differenz</b>	<b>-211.815.800</b>	<b>-201.363.200</b>	<b>10.452.600</b>	<b>-419.376.500</b>	<b>-416.206.800</b>	<b>3.169.700</b>	<b>-237.455.800</b>	<b>-254.059.800</b>	<b>-16.604.000</b>	<b>-121.077.400</b>	<b>-135.128.900</b>	<b>-14.051.500</b>	<b>-117.548.100</b>	<b>-130.490.400</b>	<b>-12.942.300</b>	
		<b>Gesamtergebnishaushalt</b>																	
			Erträge Gesamt	297.825.500	318.227.200	20.401.700	109.626.300	140.064.200	30.437.900	111.868.400	128.611.600	16.743.200	227.586.500	247.914.300	20.327.800	234.282.200	254.451.200	20.169.000	
			Aufwendungen Gesamt	509.641.300	519.590.400	9.949.100	529.002.800	556.271.000	27.268.200	349.324.200	382.671.400	33.347.200	348.663.900	383.043.200	34.379.300	351.830.300	384.941.600	33.111.300	
			<b>Differenz</b>	<b>-211.815.800</b>	<b>-201.363.200</b>	<b>10.452.600</b>	<b>-419.376.500</b>	<b>-416.206.800</b>	<b>3.169.700</b>	<b>-237.455.800</b>	<b>-254.059.800</b>	<b>-16.604.000</b>	<b>-121.077.400</b>	<b>-135.128.900</b>	<b>-14.051.500</b>	<b>-117.548.100</b>	<b>-130.490.400</b>	<b>-12.942.300</b>	
			<b>26 Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag</b>	<b>-18.571.100</b>	<b>-8.118.500</b>	<b>10.452.600</b>	<b>-41.753.500</b>	<b>-38.583.800</b>	<b>3.169.700</b>	<b>-47.528.000</b>	<b>-64.132.000</b>	<b>-16.604.000</b>	<b>-12.870.000</b>	<b>-26.921.500</b>	<b>-14.051.500</b>	<b>1.232.900</b>	<b>-11.709.400</b>	<b>-12.942.300</b>	
<b>Erläuterungen zum Produkt</b>																			
<b>Verlagerung der Arbeitsgruppen 913.2 - Strategische Steuerung und 913.3 - Smart City in den Bereich 901 - Büro des Oberbürgermeisters</b>																			
11118 Smart City																			
<b>11197 Strategische Steuerung</b>																			
bisher: Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 gehört dieses Produkt zum Budget 913 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).																			
neu: Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 gehört dieses Produkt zum Budget 901 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).																			
<b>Änderung der Bezifferung der Organisationseinheit 3004 Koordinierungsstelle Kommunales Krisenmanagement (KKK) im Geschäftsbereich 3 Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, die KKK führt ab dem 01. Januar 2023 die Ordnungsbezifferung 304</b>																			
<b>11103 Verwaltungsführung - Leitung GB 3</b>																			
bisher: Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 gehört dieses Produkt zum Budget 300 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).																			
neu: Entsprechend § 6 Abs. 3 S. 2 KomHKV i.V.m. § 7 der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 gehört dieses Produkt zum Budget 300 und 304 (siehe Anlagen, Budgetzuordnung Nr. 2.7.).																			
<b>Umbenennung Produkt</b>																			
Die bisher dem Bereich 533 strategische Steuerung Personal und Organisation zugeordneten Stellen "Vertrauensperson für Menschen mit Behinderung" werden dem Bereich 905 "Personalrat" zugeordnet.																			
11143 bisher: Personalvertretung neu: Personal- und Schwerbehindertenvertretung																			
<b>Erläuterungen zum Teilergebnisplan</b>																			
<b>Erläuterungen zu 19 + Zinsen und sonstige Finanzerträge</b>																			
bisher Produkt 11111: Mehrerträge in Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen 1111100.4651100 bzw. in Gewinnanteile aus Beteiligungen 1111100.4651200 berechtigen zu Mehraufwendungen in 1111100.5441200 Aufwendungen für Steuern.																			
neu Produkt 11149: Mehrerträge in Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen 1114901.4651100 bzw. in Gewinnanteile aus Beteiligungen 1114901.4651200 berechtigen zu Mehraufwendungen in 1111100.5441200 Aufwendungen für Steuern.																			
- Die Haushaltssatzung ist entsprechend der Änderungslisten anzupassen.																			
<b>- Brandenburg Paket:</b>																			
Seit dem 01. Juni 2023 liegt der Bescheid des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg zur Billigkeitsrichtlinie des Brandenburg Pakets für das Jahr 2023 vor. Nach einer vorläufigen Prüfung ist mit einer (weiteren) Verbesserung des Ergebnishaushalts für 2023 i.H.v. ca. 397 TEUR im Vergleich zur bisherigen Annahme zu rechnen. Für das Jahr 2024 wird eine (weitere) Verbesserung des Ergebnishaushalts i.H.v. ca. 424 TEUR kalkuliert, wobei diese Werte auf Basis des Bescheides für 2023 hochgerechnet wurden. Die Position für Zuwendungen aus dem Brandenburg Paket (einschließlich eventueller Weiterleitungen) in der Änderungsliste der Verwaltung sind entsprechend der Festsetzung durch das Land Brandenburg gemäß Bescheid anzupassen.																			
- Der Gesamtergebnishaushalt und der Gesamtfinanzhaushalt sind entsprechend der Änderungslisten anzupassen.																			
- Die Kennzahlen der Produkte, Produktbeschreibungen sowie Erläuterungen sind entsprechend der Änderungslisten anzupassen.																			
- Der Wirtschaftsplan KIS ist an die Beschlüsse zur HH-Satzung anzupassen.																			

## B) investiver Finanzhaushalt

# Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024

Die Änderungen wurden durch die Verwaltung eingereicht.

Erläuterung:  
Kontengruppe 68 Einzahlungen  
Kontengruppe 78 Auszahlungen

Stand: 12.05.2023

## B) Investitionshaushalt

Ifd. Nr.	FB	Investitions-maßnahme	Bezeichnung	Ansatz 2023		Veränderung 2023	Ansatz 2024		Veränderung 2024	Planung 2025		Veränderung 2025	Planung 2026		Veränderung 2026	Planung 2027		Veränderung 2027	Bemerkung	
				alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR			
		<b>OBM</b>																		
1	91	91300001	Kommunale Infrastruktur LoRaWAN UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	OrgVerfügung Umhängung von UP 1114902 zu UP 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
2	91	91300002	Digitales Tool zu Bürgerbefragung und Votierung neue Bezeichnung: Klimadashboard zur Visualisierung und Monitoring von Klimaschutzmaßnahmen UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	neue Bezeichnung der Maßnahme OrgVerfügung Umhängung von UP 1114902 zu UP 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
3	91	91300003	Partizipative Systemmodellierung (PaSyMo) UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	OrgVerfügung Umhängung von UP 1114902 zu UP 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
4	91	91300004	Potsdam Lab: gemeinsam realisierte Stadtentwicklung UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	OrgVerfügung Umhängung von UP 1114902 zu UP 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
5	91	91300005	Urbane Datenplattform UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	OrgVerfügung Umhängung von UP 1114902 zu UP 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
6	91	91300010	Smart City Maßnahmenpaket Phase B UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	OrgVerfügung Umhängung von 1114902 zu 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
		<b>Summe Einzahlungen</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
7	91	91300001	Kommunale Infrastruktur LoRaWAN UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	OrgVerfügung Umhängung von UP 1114902 zu UP 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
8	91	91300002	Digitales Tool zu Bürgerbefragung und Votierung neue Bezeichnung: Klimadashboard zur Visualisierung und Monitoring von Klimaschutzmaßnahmen UP 1114902 zu neuem UP 1111801	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	neue Bezeichnung der Maßnahme OrgVerfügung Umhängung von UP 1114902 zu UP 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
9	91	91300003	Partizipative Systemmodellierung (PaSyMo) UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	OrgVerfügung Umhängung von UP 1114902 zu UP 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
10	91	91300004	Potsdam Lab: gemeinsam realisierte Stadtentwicklung UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	OrgVerfügung Umhängung von UP 1114902 zu UP 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
11	91	91300005	Urbane Datenplattform UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	OrgVerfügung Umhängung von UP 1114902 zu UP 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
12	91	91300010	Smart City Maßnahmenpaket Phase B UP 1114902 zu neuem UP 1111801			0			0			0			0				0	OrgVerfügung Umhängung von 1114902 zu 1111801 KEINE Änderung der Ansätze
13	99	51000003	Corporate Design Lizenzen 5750000 zu neuem UP 1114801	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	OrgVerfügung Umhängung von 5750000 zu 1114801 KEINE Änderung der Ansätze
		<b>Summe Auszahlungen</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
		<b>Saldo OBM</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
		<b>Saldo GB 1</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
		<b>GB 2</b>																		
		<b>Summe Einzahlungen</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
14	23	neu	Ausstattung Modulerweiterung und der Turnhalle GRS am Telegrafenberg (43)	0	0	0	0	344.000	344.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Im Rahmen "Schulplätze" vom GB2 gemeldet. (Mail 05.05.2023, 14:06 Uhr)
15	23	neu	Ausstattung der Interimslösung GYM Bornstedt (14)	0	330.000	330.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Im Rahmen "Schulplätze" vom GB2 gemeldet. (Mail 05.05.2023, 14:06 Uhr)
16	23	neu	Ausstattung der temporären Erweiterung Leibniz-GYM (41)	0	0	0	0	229.500	229.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Im Rahmen "Schulplätze" vom GB2 gemeldet. (Mail 05.05.2023, 14:06 Uhr)
17	23	neu	Ausstattung der Erweiterung GRS Ludwig Renn (2)	0	0	0	0	90.000	90.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Im Rahmen "Schulplätze" vom GB2 gemeldet. (Mail 05.05.2023, 14:06 Uhr)
18	27	27000003	Ausstattung SLB / Einrichtungsgegenstände	45.000	45.000	0	250.000	50.000	-200.000	250.000	250.000	0	250.000	250.000	0	250.000	250.000	0	0	Teil-Deckung für "Schulplätze" auf Grund der Verschiebung der Sanierung der Zweigbibliothek Am Stern
19	28	28000002	Ersatzbeschaffungen Ausstattungen Unterrichts- und Kursräume	10.000	9.000	-1.000	5.000	5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Teil-Deckung für "Schulplätze"
		<b>Summe Auszahlungen</b>		<b>55.000</b>	<b>384.000</b>	<b>329.000</b>	<b>255.000</b>	<b>718.500</b>	<b>463.500</b>	<b>250.000</b>	<b>250.000</b>	<b>0</b>	<b>250.000</b>	<b>250.000</b>	<b>0</b>	<b>250.000</b>	<b>250.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
		<b>Saldo GB 2</b>		<b>-55.000</b>	<b>-384.000</b>	<b>-329.000</b>	<b>-255.000</b>	<b>-718.500</b>	<b>-463.500</b>	<b>-250.000</b>	<b>-250.000</b>	<b>0</b>	<b>-250.000</b>	<b>-250.000</b>	<b>0</b>	<b>-250.000</b>	<b>-250.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
		<b>Saldo GB 3</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	

Ifd. Nr.	FB	Investitions-maßnahme	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2023	Veränderung 2023 EUR	Ansatz 2024	Ansatz 2024	Veränderung 2024 EUR	Planung 2025	Planung 2025	Veränderung 2025 EUR	Planung 2026	Planung 2026	Veränderung 2026 EUR	Planung 2027	Planung 2027	Veränderung 2027 EUR	Bemerkung	
				alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR		alt EUR	neu EUR			
			<b>GB 4</b>																	
			<b>Summe Einzahlungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>													
20	47	neu	Erschließung GU Nedlitzer Str.			0			0			0			0			0	0 Gem. RüSpr. GB 4 Erschließung erfolgt durch ProPotsdam	
21	47	47000057	Anlegestelle Am Hinzenberg	420.000	680.000	260.000	0		0			0			0			0	Erhöhung der Baukosten; 4 zusätzliche Landstromanschlüsse für Weiße Flotte	
22	47	47000069	Maßnahmen an Knotenpunkten	800.000	750.000	-50.000	1.000.000	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000	0	Baustart KP 640 auf 2024 verschoben	
23	47	47000007	Umbau Leipziger Dreieck	3.600.000	3.440.000	-160.000	3.600.000	3.600.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Inanspruchnahme HH-rest	
24	47	47000063	Lange Brücke	100.000	50.000	-50.000	100.000	100.000	0	100.000	100.000	0	4.000.000	4.000.000	0	4.000.000	4.000.000	0	Inanspruchnahme HH-rest	
			<b>Summe Auszahlungen</b>	<b>4.920.000</b>	<b>4.920.000</b>	<b>0</b>	<b>4.700.000</b>	<b>4.700.000</b>	<b>0</b>	<b>1.100.000</b>	<b>1.100.000</b>	<b>0</b>	<b>5.000.000</b>	<b>5.000.000</b>	<b>0</b>	<b>5.000.000</b>	<b>5.000.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
			<b>Saldo GB 4</b>	<b>-4.920.000</b>	<b>-4.920.000</b>	<b>0</b>	<b>-4.700.000</b>	<b>-4.700.000</b>	<b>0</b>	<b>-1.100.000</b>	<b>-1.100.000</b>	<b>0</b>	<b>-5.000.000</b>	<b>-5.000.000</b>	<b>0</b>	<b>-5.000.000</b>	<b>-5.000.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
			<b>GB 5</b>																	
			<b>Summe Einzahlungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>													
25	54	neu	IT-Ausstattung	0	161.100	161.100	0	305.600	305.600	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Im Rahmen "Mehrbedarf Schulplätze" vom GB2 gemeldet. (Mail 05.05.2023, 14:06 Uhr)
			im Rahmen von "Mehrbedarf Schulplätze" vom GB 2 gemeldet																	
			<b>Summe Auszahlungen</b>	<b>0</b>	<b>161.100</b>	<b>161.100</b>	<b>0</b>	<b>305.600</b>	<b>305.600</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			<b>Saldo GB 5</b>	<b>0</b>	<b>-161.100</b>	<b>-161.100</b>	<b>0</b>	<b>-305.600</b>	<b>-305.600</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			<b>allgemeine Finanzierungsmittel</b>																	
26	103	0711006900001	Zuweisung vom Land Investpauschale gem. FAG	10.961.300	11.041.000	79.700			0			0			0			0	0	Für die investiven Schlüsselzuweisungen liegt der Bescheid für 2023 vom 22.03.2023 vor und ermöglicht eine leichte Anhebung des Ansatzes.
			<b>Summe Einzahlungen</b>	<b>10.961.300</b>	<b>11.041.000</b>	<b>79.700</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>										
			<b>Summe Auszahlungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>													
			<b>Saldo allgemeine Finanzierungsmittel</b>	<b>10.961.300</b>	<b>11.041.000</b>	<b>79.700</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>										
			<b>Investitionstätigkeit Gesamt</b>																	
			Einzahlungen Gesamt	10.961.300	11.041.000	79.700	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Auszahlungen Gesamt	4.975.000	5.465.100	490.100	4.955.000	5.724.100	769.100	1.350.000	1.350.000	0	5.250.000	5.250.000	0	5.250.000	5.250.000	0	0	
			<b>Differenz</b>	<b>5.986.300</b>	<b>5.575.900</b>	<b>-410.400</b>	<b>-4.955.000</b>	<b>-5.724.100</b>	<b>-769.100</b>	<b>-1.350.000</b>	<b>-1.350.000</b>	<b>0</b>	<b>-5.250.000</b>	<b>-5.250.000</b>	<b>0</b>	<b>-5.250.000</b>	<b>-5.250.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	

## C) Stellenplan

C) Änderungsliste zum Stellenplan, Stand 22.05.2023

HHJ	OE (alt)	Stellenplan-Nr.(alt)	Stellenbezeichnung (alt)	Stellenumfang	Stellenwert	Unterprodukt (alt)	Kostenstelle (alt)	Bemerkung	OE (neu)	Stellenbezeichnung (neu)	Stellenumfang	Stellenwert	Kommentar	Änderung an Stellenplanunterlagen
2023	53/AF	538.120.04	SB/in Grundstücksverkehr	0,77	E 9a				23	Sekretär/-in	0,77	E 6	Schule Babelsberg Am Filmpark	Ja
2023	23	230.000.15	SB/in Leistungsbezug	1,00	E 9c				23	AGL Krisenmanagement Sozialarbeit	1,00	S 17	Anpassung Sozialtarif	Ja
2023	23	230.000.16	SB/in Leistungsbezug	1,00	E 9c				23	Krisenmanagement Sozialarbeit	1,00	S 14	Anpassung Sozialtarif	Ja
2023	23	230.000.17	SB/in Leistungsbezug	1,00	E 9c				23	Krisenmanagement Sozialarbeit	1,00	S 14	Anpassung Sozialtarif	Ja
2024			Erweiterung Stellenrahmen						23	Verfahrenslotsen	1,50	E 9b	pflichtige Aufgabe nach § 10b SGB VIII - Zusammenführung der Leistungen der Eingliederungshilfe für alle jungen Menschen mit (drohenden) Behinderungen in der Kinder- und Jugendhilfe	Ja
2023			Erweiterung Stellenrahmen, keine Stellendeckung, geförderte Stelle, Gegenfinanzierung über sonstige Erträge im FB 38						38	Projekt "Stark vor Ort: Soziale Integration von armutsbedrohten Kindern und ihren Familien"	1,50	E 12	Förderung durch Land (ESF); Erträge und sonstige Aufwendungen im FB 38 geplant	Ja
2023	9	900.999.09	SB/in Fachverfahrenskoordinator	1,00	E 9c	1110900	09000959000		901	Changemanager/Digitalreferent	1,00	E 12	Schärfung Stellenprofil	Ja
2023	53/AF	538.100.04	SB/in Controlling	1,00	E 9c				901	Referent/-in	1,00	E 12	Spiegelreferent	Ja

GB	OE	Stellenplannummer	Stellenbezeichnung	Stellenplan MiFi 2022 in VZE	Mehrbedarf Stellenplan 2023/24 (290VZE) in VZE	Sperre bis 30.04.2024 zur HH-Stabilisierung in VZE
GB 1	10	100.999.02	Mehrbedarf 2020 Strategie GB 1	0,50		0,50
GB 1	10	100.999.03	Mehrbedarf 2020 Wachstum GB1	0,50		0,50
<b>GB 1</b>				<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>1,00</b>
GB 2	20	200.999.11	Leiter/in Jambox	1,00		1,00
GB 2	20	200.999.13	SB/in Fachverfahrenskoordination		1,00	1,00
GB 2	20	200.999.14	SB/in Fachverfahrenskoordination		1,00	1,00
GB 2	23	230.000.04	SB/in Controlling / Risikomanagement	1,00		1,00
GB 2	23	230.000.08	SB/in Öffentlichkeitsarbeit	0,15		0,15
GB 2	23	231.300.02	SB/in Bundeseltern geld	1,00		1,00
GB 2	23	234.110.18	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.110.21	Erzieher/in	0,87		0,87
GB 2	23	234.110.22	Erzieher/in	0,87		0,87
GB 2	23	234.110.23	Erzieher/in	1,00		1,00
GB 2	23	234.110.24	Erzieher/in	1,00		1,00
GB 2	23	234.110.25	Erzieher/in	1,00		1,00
GB 2	23	234.120.02	stellv. Hortleiter/in	0,80		0,80
GB 2	24	241.100.01	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	1,00		1,00
GB 2	27	272.100.12	Fachangestellte für Medien und Informationsdienste ZwB Waldstadt	1,00		1,00
<b>GB 2</b>				<b>10,68</b>	<b>3,00</b>	<b>13,68</b>
GB 3	30	300.400.03	SB Bevölkerungsschutz		1,00	1,00
GB 3	30	300.400.04	SB Controlling		1,00	1,00
GB 3	30	300.400.05	SB Risiko-/ Krisenmanagement		1,00	1,00
GB 3	30	300.999.23	SB Fachverfahrenskoordination		1,00	1,00
GB 3	30	300.999.24	SB Fachverfahrenskoordination		1,00	1,00
GB 3	39	392.200.04	SB Wohnungswesen	1,00		1,00
GB 3	39	391.100.33	Sozialarbeiter/in		0,82	0,82
GB 3	39	391.200.33	Sozialarbeiter/in		0,77	0,77
GB 3	38	383.100.42	SB Leistungen SGB XII / AsylbLG		0,61	0,61
GB 3	38	383.100.45	SB AsylbLG, HzL		0,77	0,77
GB 3	33	333.100.10	Kinderarzt (Strategische Krankenhaussteuerung)	1,00		1,00
GB 3	37	371.000.03	LSBIn Baukoordination Feuerwehr		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.62	Leitstellendisponent		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.63	Leitstellendisponent		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.64	Leitstellendisponent		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.65	Leitstellendisponent		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.66	Leitstellendisponent		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.67	Leitstellendisponent		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.68	Leitstellendisponent		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.69	Leitstellendisponent		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.70	Leitstellendisponent		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.71	Leitstellendisponent		1,00	1,00
GB 3	37	372.000.08	Ausbilderzeitanteile Grundausbildung		1,00	1,00
<b>GB 3</b>				<b>2,00</b>	<b>19,97</b>	<b>21,97</b>
GB 4						0,00
<b>GB 4</b>				<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
GB 5	52	500.999.18	Mehrbedarf 2023/24 52 Jurist Beihilfe		1,00	1,00
GB 5	53	500.999.23	Mehrbedarf 2023/24 53		1,00	1,00
GB 5	55	552.199.21	SB/in Beschaffung, Einkauf, Vergabe		1,00	1,00
GB 5	53	537.000.24	Springer/in	1,00		1,00
<b>GB 5</b>				<b>1,00</b>	<b>3,00</b>	<b>4,00</b>
9	901	900.999.12	SB/in Koordinierung Wohnungsbauförderung		1,00	1,00
9	901	900.999.13	SB/in Koordinierung Wohnungsbauförderung		1,00	1,00
9	901	900.999.14	SB/in Koordinierung Wohnungsbauförderung		1,00	1,00
9	901	900.999.15	SB/in Koordinierung Wohnungsbauförderung		1,00	1,00
9	901	900.999.16	SB/in Koordinierung Wohnungsbauförderung		1,00	1,00
<b>Bereiche OBM</b>				<b>0,00</b>	<b>5,00</b>	<b>5,00</b>
<b>LHP gesamt in VZE 2023/24</b>				<b>14,68</b>	<b>30,97</b>	<b>45,65</b>

GB	OE	Stellenplan- nummer	Stellenbezeichnung	Stellenplan MiFi 2022 in VZE	Mehrbedarf Stellenplan 2024 (290VZE) in VZE	Sperre bis 30.04.2024 zur HH-Stabilisierung in VZE
GB 2	23	234.120.06	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.120.07	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.120.08	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.120.09	Erzieher/in		0,81	0,81
GB 2	23	234.100.09	Erzieher/in		0,45	0,45
GB 2	23	234.130.01	Kitaleiter/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.02	stellv. Kitaleiter/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.03	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.04	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.05	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.06	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.07	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.08	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.09	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.10	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.11	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.12	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.13	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.14	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.15	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.16	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.17	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.18	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.19	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.20	Erzieher/in		0,86	0,86
GB 2	23	234.100.13	SB/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.100.14	SB/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.100.15	SB/in		0,23	0,23
GB 2	23	234.130.21	Hortleiter/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.22	stell. Hortleiter/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.130.23	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.24	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.25	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.26	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.27	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.28	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.29	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.30	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.31	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.32	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.33	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.34	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.35	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.36	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.37	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.38	Erzieher/in		0,80	0,80
GB 2	23	234.130.39	Erzieher/in		0,67	0,67
GB 2	23	234.130.40	Erzieher/in		0,65	0,65
GB 2	23	234.100.16	SB/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.100.17	SB/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.100.18	SB/in		0,18	0,18
GB 2	23	234.140.01	Kitaleiter/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.140.02	stellv. Kitaleiter/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.140.03	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.140.04	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.140.05	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.140.06	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.140.07	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.140.08	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.140.09	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.140.10	Erzieher/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.140.11	Erzieher/in		0,85	0,85
GB 2	23	234.140.12	Erzieher/in		0,85	0,85
GB 2	23	234.140.13	Erzieher/in		0,85	0,85
GB 2	23	234.100.19	SB/in		1,00	1,00
GB 2	23	234.100.20	SB/in		0,41	0,41
<b>GB 2</b>				<b>0,00</b>	<b>58,00</b>	<b>58,00</b>

GB	OE	Stellenplan- nummer	Stellenbezeichnung	Stellenplan MiFi 2022 in VZE	Mehrbedarf Stellenplan 2024 (290VZE) in VZE	Sperre bis 30.04.2024 zur HH-Stabilisierung in VZE
GB 3	37	370.100.14	Büroassistent Ausbildung		1,00	1,00
GB 3	37	370.100.15	Büroassistent Freiwillige Feuerwehr		1,00	1,00
GB 3	37	371.000.04	SBlN Fahrzeugtechnik		1,00	1,00
GB 3	37	371.000.05	WerkstatteleiterIn Taucherwerkstatt		1,00	1,00
GB 3	37	371.000.06	Werkstatteleiter Feuerlöscherwerkstatt		1,00	1,00
GB 3	37	371.000.07	WerkstatteleiterIn Magazin		1,00	1,00
GB 3	37	371.000.08	WerkstatteleiterIn Kleiderkammer		1,00	1,00
GB 3	37	371.000.09	WerkstatteleiterIn Elektrowerkstatt		1,00	1,00
GB 3	37	371.000.10	WerkstatteleiterIn Messtechnik		1,00	1,00
GB 3	37	371.400.72	stellv. LeiterIn Regionalleitstelle		1,00	1,00
GB 3	37	372.000.12	Ausbilderzeitanteile Rettungsdienstfortb.		1,00	1,00
GB 3	37	372.000.13	SBlN Rettungsdienstleitung Berufsfeuerwehr		1,00	1,00
GB 3	37	372.000.14	SBlN Aus- und Fortb. RD / Dozent		1,00	1,00
GB 3	37	372.000.14	Leiter/in Einsatzvorbereitung		1,00	1,00
GB 3	37	372.000.15	Leiter/in Katastrophenschutz (operativ)		1,00	1,00
GB 3	37	372.100.13	Büroassistent VB		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.11	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.12	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.13	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.14	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.15	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.16	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.17	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.18	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.19	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.20	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
GB 3	37	372.502.21	Ausgleich Personalausfallfaktor (TF)		1,00	1,00
<b>GB 3</b>				<b>0,00</b>	<b>27,00</b>	<b>27,00</b>
GB 4	40	400.999.21	Mehrbedarf 2023/24		1,00	1,00
GB 4	40	400.999.22	Mehrbedarf 2023/24		1,00	1,00
GB 4	40	400.999.23	Mehrbedarf 2023/24		1,00	1,00
GB 4	40	400.999.24	Mehrbedarf 2023/24		1,00	1,00
GB 4	40	400.999.25	Mehrbedarf 2023/24		1,00	1,00
<b>GB 4</b>				<b>0,00</b>	<b>5,00</b>	<b>5,00</b>
<b>LHP gesamt in VZE 2024</b>				<b>0,00</b>	<b>90,00</b>	<b>90,00</b>

# **Stadtverordnetenversammlung 07.06.2023**

## **Änderungen der Fraktionen**

zur Haushaltssatzung 2023/2024  
(DS/SVV/0219)

Legende:

Empfehlung Finanzausschuss zur Annahme ggf. mit Änderung

Änderungsliste der Fraktionen mit dem Votum des Finanzausschusses vom 24.05.2023

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/Themen	Art (E/HH-Begl./P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungsergebnis SVV
1.	DIE LINKE	GB 1	Verwaltung	I	<p><b>Fonds für Grundstücksankäufe Kleingärten</b></p> <p>Im Investitionsplan wird die allgemeine Position " Erwerb von Grundstücken" (INV-Nr. 1016000120001) für die Jahre 2023 und 2024 um jeweils 120.000 EUR aufgestockt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Fond zum Ankauf von Kleingartenflächen einzurichten. Der Fond ist mit 120.000 Euro pro Kalenderjahr auszustatten. Diese Haushaltsstelle ist auch bei späteren Haushaltsaufstellungen fortzuschreiben. Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen: je 120.000 EUR in 2023 und 2024</b> <i>Bemerkung der Verwaltung: kein gesonderter Ankaufsfond</i></p>	keine	120.000	120.000				6 / 2 / 1	
2.	Kooperation	2/FB 23	Bildung	E	<p><b>Bildungsgerechtigkeit sichern, Potsdamer Kitas stärken</b></p> <p>Die Stadtverordnetenversammlung möge vorbehaltlich des ausstehenden Prüfergebnisses der Verwaltung beschließen: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Haushaltsmittel für die Betreuung von Kindern mit besonderem Entwicklungsbedarf in Potsdamer Kitas für das Jahr 2024 um 450.000 EUR zu erhöhen, umso eine kontinuierliche und bedarfsgerechte Förderung der Kinder zu gewährleisten und den personellen Ressourcenbedarf zu decken. Deckung: <b>Produktkonto: 36310...; 2024: 450.000 EUR</b> Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen: 900.000 EUR in 2024</b></p>			900.000				6 / 3 / 0	
3.	Kooperation	2/FB 23	Bildung	E	<p><b>Leuchtturmprojekt für Potsdam: Familienzentren jetzt umsetzen</b></p> <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, <b>Der Oberbürgermeister wird gebeten</b> in Zusammenarbeit mit <b>geeigneten</b> Kitas und weiteren relevanten Institutionen, das ein Konzept "Mo.Ki - Monheim für Kinder" in Potsdam zu <b>erstellen</b>, implementieren und in einem Pilotprojekt zu erproben. Die Vorbereitung des Pilotprojekts soll bis zum Jahr 2025 abgeschlossen sein. Hierfür werden die um eine erfolgreiche Implementierung und Evaluation des Konzepterstellung für potenzielle Kitas zu ermöglichen gewährleisten und diese zu Familienzentren weiterzuentwickeln. Dem Jugendhilfeausschuss ist zum Stand der Qualifizierung halbjährlich zu berichten. Deckung: Produktkonto: 36310/36320; 2023: 25.000 EUR Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen</b></p>	Produktkonto: 36310/36320; 2023: 25.000 EUR	25.000					5 / 0 / 3	
4.	Kooperation	2/FB 23	Bildung	E	<p><b>Potsdamer Familien stärken: Ausbau der Beratungsstellen</b></p> <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Jahr 2024 eine weitere Familienberatungsstelle in den Sozialräumen 5 oder 6 im Sozialraum 5 oder 6 zu etablieren und dafür eine öffentliche Ausschreibung zu initiieren. In Sozialraum 5 (Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld) und Sozialraum 6 (Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam-Süd) jeweils eine Familienberatungsstelle in 2024 zu starten etablieren und dafür eine öffentliche Ausschreibung zu initiieren. Des Weiteren sollen die vier bestehenden Familienzentren angemessen auf die verbleibenden Sozialräume in Potsdam verteilt werden. <b>Ein sechstes Familienzentrum wird ab dem Jahr 2025 angestrebt.</b> Deckung: Produktkonto: 36310/36320; 2024: einmalig 300.000 EUR Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen</b></p>	Produktkonto: 36310/36320; 2024: 300.000 EUR		300.000				6 / 2 / 1	
5.	Kooperation	2/FB 23	Bildung	E	<p><b>Sport an der Birnenplantage sichern</b></p> <p>Für die Sportanlage Birnenplantage im Potsdamer Norden sind Mittel in Höhe von <b>70.000.00 EUR ab dem im Jahr 2024</b> für Anmietung und Aufstellung von - mindestens zwei Umkleidecontainern für Vereine, - zwei WC-Containern, - einem Funktionscontainer (Schiedsrichter etc.) und einem Materialcontainer im Wirtschaftsplan-KIS Haushalt 2023/2024 ff. der Landeshauptstadt Potsdam bereitzustellen. Die Aufstellung der Container soll in 2023 <b>schnellstmöglich</b> erfolgen. Haushaltsbegleitend ist zu prüfen, wie die Errichtung eines dauerhaften Sportfunktionsgebäudes als Ersatz für die temporäre Containerlösung ab 2025 in der Mittelfristplanung abgebildet werden kann. Bis zur Realisierung einer dauerhaften Lösung sind die erforderlichen Mittel für den Betrieb der Container fortlaufend zu sichern. Begründung: Siehe Anlage Deckung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen: ab 2024 je 70.000 EUR</b> <i>Bemerkung der Verwaltung: wäre zusätzlich in der Änderungsliste KIS W-Plan zu beschließen (DS 23/SVV/0201)</i></p>			70.000	70.000	70.000	70.000	5 / 2 / 1	

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/ Themen	Art (E//HH- BegL/P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungs- ergebnis SVV
6.	CDU/Sozial.DI E LINKE;	2/FB 23	Bildung/ Sport	E	<p><b>Sport an der Birnenplantage verbessern</b></p> <p>Für die Sportanlage Birnenplantage im Potsdamer Norden sind Mittel für Anmietung oder Kauf und Aufstellung von</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- mindestens zwei Umkleidecontainern für Vereine,</li> <li>- zwei WC-Containern,</li> <li>- einem Funktionscontainer (Schiedsrichter etc.) und einem Materialcontainer</li> </ul> <p>im Wirtschaftsplan KIS bereitzustellen. Die Aufstellung der Container soll in 2023 erfolgen. Haushaltsbegleitend ist zu prüfen, wie die Errichtung eines dauerhaften Sportfunktionsgebäudes als Ersatz für die temporäre Containerlösung ab 2025 in der Mittelfristplanung abgebildet werden kann. Bis zur Realisierung einer dauerhaften Lösung sind die erforderlichen Mittel für den Betrieb der Container fortlaufend zu sichern.</p> <p>Begründung: Siehe Anlage Deckung: Siehe Anlage <b>Durch Antrag Nr. 5 erledigt.</b></p> <p><i>Bemerkung der Verwaltung: baufachlich frühestens 2024 per Miete 55TE p.a. (Betriebsnahme ab evtl. 2025) wäre zusätzlich in der Änderungsliste KIS W-Plan zu beschließen (DS 23/SVV/0201)</i></p>							Durch Antrag Nr. 5 erledigt	
7.	Kooperation	2/FB 23	Bildung/ Sport	E	<p><b>25 Honorarstellen für Landesstützpunkte der Landeshauptstadt Potsdam</b></p> <p>Die Landeshauptstadt Potsdam soll 25 Honorartrainerstellen für die anerkannten Landesstützpunkte der LHP finanzieren. Abweichung 2024: 52.500 € Deckung: Produktkonto: 24399; 2024: 52.500 EUR Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Beschlossen</b></p>		52.500					5 / 4 / 0	
8.	Kooperation	2/FB 23	Bildung/ Schule	E	<p><b>Ticketfreier ÖPNV für Schülerinnen und Schüler</b></p> <p>Beginnend mit dem Schuljahr 2023/24 senkt die Landeshauptstadt <b>Potsdam erprobt mit dem Schuljahr 2023/2024 ein Modellprojekt, wonach</b> für den Tarifbereich Potsdam AB für Schüler:innen mit Wohnsitz in Potsdam den <b>der</b> Preis für Schülertickets auf 15 EUR monatlich <b>gesenkt wird</b>. Dafür sind in den Haushalt für das Jahr 2023 550.000 EUR und für das Jahr 2024 1.100.000 EUR einzustellen. <b>Parallel erfolgt eine Evaluation des Angebotes und es soll ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreitet werden. Dem Hauptausschuss und Finanzausschuss ist rechtzeitig vor Ende des Schuljahres 2023/2024 zu berichten.</b> Mit der Vorlage des Haushaltes 2025 ist ein Stufenplan für die Einführung eines ticketfreien ÖPNV für Schüler:innen vorzulegen.</p> <p>Begründung: Siehe Anlage Deckungsquelle: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen</b></p>		550.000	1.100.000				6 / 2 / 1	
9.	Kooperation	2/FB 23	Bildung/ Schule	E	<p><b>Kooperative temporäre Lerngruppe „Weidenhof“-Grundschule</b></p> <p>Für die Fortführung der kooperativen temporären Lerngruppe an der „Weidenhof-Grundschule“ am Schlaatz wird <b>beginnend mit dem Schuljahr 2023/24 die bisherige und im HH-Entwurf gestrichene Ausstattung mit 1 VZÄ vorgesehen fortgeführt.</b></p> <p>Begründung: Siehe Anlage Deckungsquelle: Absicherung innerhalb des bestehenden Stellenplans <b>Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b></p> <p><b>Geändert beschlossen</b></p>							5 / 2 / 2	
10.	Kooperation	2/FB 23	Bildung/ Schule	E	<p><b>Schülerarbeits- und Aufenthaltsraum am Einstein-Gymnasium</b></p> <p>Im Wirtschaftsplan KIS sind für das Jahr 2024 bis zu 40.000€ <b>zusätzlich</b> für die Einrichtung eines Arbeits- und Aufenthaltsraumes in der ehemaligen Bibliothek des Einstein-Gymnasiums für Schüler*innen insbesondere der Oberstufe bereitzustellen.</p> <p>Begründung: Siehe Anlage Deckung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen: Im Wirtschaftsplan KIS sind bis zu 40.000€ für die Einrichtung eines Arbeits- und Aufenthaltsraumes in der ehemaligen Bibliothek des Einstein-Gymnasiums für Schüler*innen insbesondere der Oberstufe bereitzustellen.</b></p>							6 / 1 / 2	

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/ Themen	Art (E//HH- BegL/P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungs- ergebnis SVV	
11.	Kooperation	2/FB 23	Bildung/ Schule	E	<p><b>Kostenloses Mittagsangebot für Schülerinnen und Schüler</b></p> <p>(1) Es ist sicherzustellen, dass alle Schüler:innen an den öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen der LH Potsdam, die einen Anspruch auf kostenloses Mittagessen nach der bestehenden Härtefallregelung haben, diesen Anspruch ohne eine Vorfinanzierung in Anspruch nehmen können.</p> <p>(2) Mit dem Im Schuljahr 2023/2024 <b>soll der Portionspreis</b> für ein Mittagessen an allen öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen der Stadt Potsdam auf 3,90 € begrenzt werden. <b>Als erforderliche Mittel sind für das Jahr</b> Die hierfür erforderlichen Mittel für das Jahr 2023 in Höhe 850.000 EUR und 1.700.000 Mio. EUR für 2024 sind aus BuT-Mitteln zur Verfügung zu stellen. <b>Es soll geprüft werden, ob und in welchem Umfang BuT-Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden können. Nach dem Schuljahr 2023/2024 soll eine Evaluation erfolgen. Dem Ausschuss für Bildung und Sport und dem Ausschuss für Finanzen ist zum Ende des Schuljahres 2024 zu berichten.</b></p> <p>(3) Ergänzend soll untersucht werden, worin die Ursachen für die teilweise geringe bzw. abnehmende Teilnahme an der Schülerspeisung bestehen. In die Untersuchung/Prüfung einbezogen werden sollen u.a. folgende Aspekte:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Wirksamkeit und Praktikabilität der bestehenden Härtefall- und BuT-Regelungen.</li> <li>Zusammenhang zwischen häuslicher Einkommenssituation, Preis der Mahlzeiten und Teilnahme an der Schulspeisung</li> <li>Eignung von Preisanpassungsmodellen wie Deckelung analog zu Hort/Kita und Studentenwerk.</li> <li>Kostenbeteiligung der Kommunen, deren Schülerinnen und Schüler in Potsdam beschult werden</li> <li>Zusammenhang zwischen Qualität der Essensversorgung (Mahlzeiten, Umfeld zur Einnahme, Ernährungsbildung, Wertschätzung der Produkte...) und Inanspruchnahme.</li> <li>Diskussion mit den SchülerInnen- und Elternvertretungen hinsichtlich der zukünftigen Kostenentwicklung und Vergabeentscheidungen. Über die Ergebnisse soll im ersten Quartal 2024 der SVV berichtet werden.</li> </ol> <p>Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen</b></p>		850.000	1.700.000					6 / 3 / 0	
zu Antrag 11.	GSWI	2/FB23	Bildung/Schule	E	<p><b>Begrenzung Portionspreis Schulessen (3,50 EUR) ab 01.01.2024</b></p> <p><b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b></p>			3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000	0 / 7 / 2 Ablehnung		
12.	Kooperation	2/FB 23	Bildung/ Schule	E	<p><b>Kostenloses Frühstücksangebot an allen Grundschulen</b></p> <p>Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Das Angebot einer kostenlosen Frühstücksversorgung ist ab dem Schuljahr 2023/24 <b>bedarfsgerecht auf weitere</b> Potsdamer Grundschulen auszuweiten und <b>in den Folgejahren</b> zu verstetigen. Der Haushaltsansatz ist ab 2023 jeweils um 100.000 EUR zu erhöhen. Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen</b></p>		100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	6 / 3 / 0		
13.	Kooperation	2/FB 23	Bildung/ Schule	E	<p><b>Ausstattung aller Schulen mit Menstruationsartikeln</b></p> <p>In 24200 „Fördermaßnahmen für Schüler“ des Fachbereichs 23 sind im Jahr 2023 10.000 EUR und für das Jahr 2024 je 20.000€ zusätzlich zur Versorgung aller Schulen mit kostenlosen Menstruationshygieneartikeln einzustellen. Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Beschlossen</b></p>		10.000	20.000				5 / 3 / 1		
zu Antrag 13.	GSWI 2/FB 23	2/FB 23	Bildung/Schule	E	<p><b>Versorgung aller Schulen mit kostenlosen Menstruationhygieneartikel ab 2024</b></p> <p><b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b></p>			20.000	20.000	20.000	20.000	2 / 5 / 2 Ablehnung		
14.	Bürgerbündnis	2/FB 23	Bildung	E	<p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, finanzielle Mittel für die Einrichtung von <b>Verwaltungsleiterstellen an Schulen</b>, beginnend an Grundschulen, sukzessive bereitzustellen.</p> <p>Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b></p>		695.750	1.391.500	1.419.350	1.447.717	1.476.671	1 / 6 / 2 Ablehnung		
15.	Kooperation	2/FB 23	Bildung	E	<p><b>Schulsekretariate</b></p> <p>Die in der HH-Stelle Aufgabenbereich Für die Schulträgeraufgaben (Produktbereich 21 – 24) 21100 Grundschulen und 24300 sonstige schulische Aufgaben (Bau/ Verpflegung/ Beförderung/Sekretariate) <b>ist gestrichenen Stellen in den pflichtigen Aufgabenbereichen sind wieder das erforderliche Personal Stellen nach Prüfung aufzunehmen und die Mittel dafür zum 01.01.2024 vorzusehen. Bereitstellen.</b></p> <p><b>Insbesondere sind hierbei zu prüfen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 2 dringend notwendigen Stellen Schulsekretariat im Springersystem</li> <li>- die beiden je 0,75-Stellen für das Schulsekretariate der Grundschule 47 Babelsberg und 48 Krampnitz</li> <li>- die 0,25-Stelle Schulsekretariat Schule am Schloss</li> <li>- die 0,75-Stelle Schulsekretariat Gymnasium Bornstedt.</li> </ul> <p>Begründung: Siehe Anlage Deckung: Absicherung durch Verschiebung innerhalb des bestehenden Stellenplans <b>Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b></p> <p><b>Geändert beschlossen</b></p>							6 / 3 / 0		

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/ Themen	Art (E//HH- BegL/P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungs- ergebnis SVV
16.	Kooperation	2/FB 23	Bildung	P	<p><b>Rekommunalisierung der Schulreinigung</b></p> <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen <b>ob in welchem Zeitrahmen bzw. in welchem Rahmen</b> die Reinigung aller öffentlichen Potsdamer Schulen rekommunalisiert werden kann. <b>Dabei ist auch zu prüfen, welche konkreten Kosten und Zeiterfordernisse damit verbunden wären.</b> und ein Konzept zur Rekommunalisierung der Schulreinigung in diesem Zeitrahmen vorzulegen. Begleitend dazu ist schnellstmöglich ein Pilotprojekt der kommunalen Schulreinigung mit mindestens 2 geeigneten Schulen zu starten, bei denen der Reinigungsvertrag entweder gerade ausläuft oder auf Grund anhaltender Unzufriedenheit der Schule gekündigt werden kann.</p> <p><b>Dem KIS Werksausschuss, dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für Bildung und Sport sind die Prüfergebnisse</b> der Zeitrahmen, das Umsetzungskonzept und Details zum Pilotprojekt bis zum Ende des 4. Quartal 2023 vorzulegen.</p> <p>Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen</b></p>							5 / 3 / 1	
17.	Jugendhilfeausschuss	2/FB 23	Jugend	E	<p><b>Ausbau Schulsozialarbeit</b></p> <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Fortsetzung der beiden SVV-Beschlüsse zur Schulsozialarbeit aus dem Jahre 2013 sowie zur Weiterentwicklung des 2015 beschlossenen Gesamtkonzeptes Schule - Jugendhilfe wird die Verwaltung beauftragt, den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit wie folgt umzusetzen: 1. Alle staatlichen Schulen, die die Landeshauptstadt Potsdam gemäß Schulentwicklungsplanung errichtet und ausstattet, erhalten mit Aufnahme des Betriebes der Einrichtung eine Fachkraft entsprechend Handlungskonzept Schulsozialarbeit. Ein standortbezogenes Handlungskonzept ist durch die Schule gemeinsam mit dem jeweiligen Träger der Schulsozialarbeit zu erarbeiten und durch die Schulkonferenz zu beschließen. 2. Nach Ausstattung aller staatlichen Schulen mit Schulsozialarbeit werden ab dem Schuljahr 2024/2025 werden schrittweise alle Schülerinnen und Schüler an Potsdamer Schulen in freier Trägerschaft auf Antrag mit Schulsozialarbeit versorgt. Dabei werden Prüf- und Entscheidungskriterien in der jeweils gültigen Fassung zugrunde gelegt. 3. Die Lenkungsgruppe Schule - Jugendhilfe begleitet die Umsetzung fachlich und entwickelt neue Kriterien, wenn dies für die bedarfsgerechte Umsetzung der Punkte 1 und 2 sowie für Sonderbedarfe erforderlich wird. Finanzierungsvorschlag: In den nächsten Jahren entstehen bis 2027 weitere 5 staatlichen Schulen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung, 2 davon gehen voraussichtlich 2023 und 2024 an den Start. 19 Schulen in freier Trägerschaft wirken an 17 Standorten in Potsdam für Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen. Bei einem Aufwuchs der Schulsozialarbeit mit 5 Stellen pro Schuljahr kann mit einer zusätzlichen Summe von 373.300,00 EUR pro Jahr gerechnet werden. Schuljahr 2024/25-2025/26 Stellenvolumen (VZÄ) 5-10 HH-Volumen in EUR 373.300,00-768.998,00; Berechnungs- und Bedarfsgrundlagen vgl. Anlage 4 Deckungsquelle: nicht besetzte Stellen im Stellenplan Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen: Ab dem Schuljahr 2024/25 werden für staatliche Schulen bis zu 5 zusätzliche Stellen (5 VZÄ) für Schulsozialarbeiter/innen gefördert.</b></p> <p><b>Deckung: Zuschuss</b> Bemerkung der Verwaltung: Votum JHA - angenommen</p>		186.800	373.500	373.500	373.500	6 / 3 / 0		
18.	Jugendhilfeausschuss	2/FB 23	Jugend	E	<p><b>Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“</b></p> <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ vom März 2022 als Teilkonzept des Handlungskonzeptes Schulsozialarbeit von 2015 umzusetzen einschließlich der Bereitstellung dafür notwendigen finanziellen Mittel. Die konkrete Umsetzung erfolgt auf Basis des fachlichen Votums der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe. Dieses Votum enthält die Benennung von Schulstandorten, an denen Integrationsschulsozialarbeit etabliert wird, Aussagen zur Etablierung des schulübergreifend tätigen, mobilen Unterstützungs- und Beratungssystems sowie zum zeitlichen Prozess der Umsetzung. Die Verwaltung wird beauftragt, über die bisherigen vier Schuleinsatzstandorte hinaus, die weiteren Umsetzungsmöglichkeiten des Votums der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe zu prüfen. Das Rahmen- und Handlungskonzept wird seit dem Schuljahr 2021/2022 aufbauend mit der Bereitstellung von vier Personalstellen Integrationsschulsozialarbeit an den folgenden Standorten umgesetzt und soll zukünftig fortgesetzt werden: o Weidenhof-Grundschule (1 VZÄ) – seit SJ 21/22 - o Grundschule am Humboldttring (0,8 VZÄ) – seit SJ 22/23 o T.-Fontane Oberschule (0,875 VZÄ) – seit SJ 21/22 o W.-F.-v.-Steuben Gesamtschule (0,8 VZÄ) – seit SJ 22/23 Zu den finanziellen Aufwendungen vgl. Anlage 1 Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen</b> <b>Deckung: Zuschuss</b> Bemerkung der Verwaltung: Votum JHA - angenommen</p>		281.200	281.200	281.200	281.200	281.200	4 / 3 / 2	
19.	Jugendhilfeausschuss	2/FB 23	Jugend	E	<p><b>Finanzierung des ESF-Projekts JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit (JUST BESt)</b></p> <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt: Die Stadt Potsdam stellt im Zeitraum von 2023 bis 2027 <b>zusätzlich</b> jährlich <b>70.000</b> ea. 130.000 € zur Verfügung, um die Kofinanzierung des ESF-Projekts JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit (JUST BESt) zu gewährleisten. <b>Damit Darüber hinaus</b> wird eine Kooperationsstelle beim öffentlichen Träger der Jugendhilfe (FB 23) geschaffen, um den Fördervoraussetzungen gerecht zu werden. Die Finanzierung und Schaffung der Kooperationsstelle werden in den städtischen Haushalt aufgenommen. Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Geändert beschlossen</b> <b>Deckung: Zuschuss</b> Bemerkung der Verwaltung: Votum JHA - angenommen</p>		70.000	70.000				6 / 3 / 0	

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/ Themen	Art (E//HH- BegL/P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungs- ergebnis SVV
20.	Jugendhilfe- ausschuss	2/FB 23 GB 5	Jugend	E	<b>Einrichtung einer zusätzlichen Koordinationsstelle für Frühe Hilfen im Kinderschutz</b>  Der Oberbürgermeister wird beauftragt: Die Landeshauptstadt Potsdam beschließt die Einrichtung einer zusätzlichen Koordinationsstelle für Frühe Hilfen im Kinderschutz in Vollzeit, um den gestiegenen Anforderungen nach dem Bundeskinderschutzgesetz sowie dem Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden und die Maßnahmen des Rahmenkonzeptes Kinderschutz und Frühe Hilfen 2022 bis 2023 umzusetzen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Geändert beschlossen</b> <b>Deckung: Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b> <i>Bemerkung der Verwaltung: Votum JHA - angenommen</i>							6 / 2 / 1	
21.	Jugendhilfe- ausschuss	2/FB 23 GB 5	Jugend	E	<b>Einrichtung eine Stelle für den Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz</b>  Der Oberbürgermeister wird beauftragt: Für den Fachbereich 23 wird eine Stelle für den Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz im Umfang von 1,00 VzÄ geschaffen. Die Stelle soll die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags aus § 14 SGB VIII zur Pflichtaufgabe machen und die fachlich-inhaltliche Verwaltungssteuerung übernehmen, um den Bedarf an Erzieherischem Kinder- und Jugendschutz in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zu erfüllen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Geändert beschlossen</b> <b>Deckung: Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b> <i>Bemerkung der Verwaltung: Votum JHA - angenommen</i>							5 / 2 / 1	
22.	Kooperation	2/FB 23	Jugend	E	<b>PLUS Programm</b>  Die Mittel für das PLUS-Programm sollen im Jahr 2023 um 100.000 EUR und im Haushaltsjahr 2024 um 200.000 EUR <b>erhöht werden.</b> Begründung: Siehe Anlage  <b>Geändert beschlossen</b>		100.000	200.000				5 / 1 / 3	
23.	DIE aNDERE	2/FB 23	Jugend	E	<b>Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte</b>  In den Haushalt sind zusätzliche Mittel in Höhe von 140.000 Euro für die Umsetzung des Beschlusses 21/SVV/0963 Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte einzustellen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	1 / 3 / 5 Ablehnung	
24.	Kooperation	2/FB 24	Kultur	E	<b>Förderung der Kultur</b>  Im Ergebnishaushalt <del>Budget des Fachbereichs Kultur</del> sind zusätzlich in 2023 700.000 € und in 2024 910.000 € für diverse <del>Projekte und Zielsetzungen einzustellen.</del> <del>Nachrichtlich: Mittel aus dem Brandenburg-Paket verstärken lt. Änderungsliste der Verwaltung: 2023 in Höhe von ca. 270.000 € und 2024 in Höhe von ca. 330.000 € zum Ausgleich gestiegener Energiekosten bei den institutionell geförderten Einrichtungen den Ansatz: Die Verwaltung wird beauftragt, diese Mittel in Abstimmung mit dem Kulturausschuss insgesamt entsprechend den Bedarfsanmeldungen aus dem Kulturbereich aufzuteilen.</del> Begründung: Siehe Anlage  <b>Geändert beschlossen</b>		700.000	910.000				4 / 3 / 2	
24 a	Kooperation	2/FB 24	Kultur	I	<b>Für 2023 sind investiv 25.000 € für einen Erinnerungsort an die Bücherverbrennung am 22.05.1933 einzustellen.</b>  <b>Geändert beschlossen</b>		25.000					4 / 3 / 2	
25.	DIE aNDERE/Kultu rausschuss	2/FB 24	Kultur	E	<b>Projektförderung Kultur</b>  In den Haushalt sind zusätzliche Mittel in Höhe von 150.000 Euro für eine 2. Welle Projektförderung Kultur im Jahr 2023 und 160.000 Euro für den Kultursommer 2024 einzustellen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		150.000	160.000				1 / 4 / 4 Ablehnung	
26.	DIE aNDERE/Kultu rausschuss	2/FB 24	Kultur	P	<b>Höhere Zuwendungen für freie Kulturträger</b>  Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, die Personal- und Betriebskostenansätze für die freien Träger im Kulturbereich pauschal um 5% zu erhöhen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die dafür entstehenden Kosten nach Angeboten und Trägern aufzuschlüsseln und dem Kulturausschuss bis zum Juni 2023 zur Priorisierung vorzulegen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							3 / 5 / 1 Ablehnung	

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/Themen	Art (E//HH-Begl./P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungsergebnis SVV	
27.	CDU/Kulturausschuss	2/FB 24	Kultur	E	<b>Budget für die Arbeit mit den Kulturerben ab 2024</b> Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab dem Jahr 2024 für die „Kulturerbenarbeit“ ein eigenes Budget in Höhe von 20.000 Euro im Haushalt aufzunehmen. Begründung: Siehe Anlage Deckung: Die Leitung des Bereichs 442 Untere Denkmalschutzbehörde ist im Jahre 2023 nicht durchgehend besetzt, sodass die Mittel für diese Stelle nicht vollständig ausgeschöpft werden. Die nicht verbrauchten Mittel werden in das Jahr 2024 zur Deckung übertragen.  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	2 / 3 / 4 Ablehnung		
28.	CDU	2/FB 24	Kultur	I/E	<b>Förderung Netzwerk Potsdam KulturMachtPotsdam</b> Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Jahr 2023: 25.000 Euro und das Jahr 2024: 40.000 Euro für das Netzwerk KulturMachtPotsdam im Doppelhaushalt 2003/2024 einzustellen. Begründung: Siehe Anlage Deckung: Siehe Antrag  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		25.000	40.000	40.000	40.000	40.000	4 / 5 / 0 Ablehnung		
29.	DIE LINKE	2/FB 24	Kultur	I/E	<b>Haushaltssatzung 2023/24 Geschäftsbereich 2 Kultur</b> 1. Inflationausgleich Freie Träger Kultur Erhöhung um 200.000 Euro jeweils für die Jahre 2023 und 2024 2. Förderung Kultursommer Erhöhung um 200.000 Euro jeweils für die Jahre 2023 und 2024 3. Förderung Inselbühne mit 100.000 Euro jeweils für die Jahre 2023 und 2024 <u>Deckung:</u> Streichung der Mittel für BKG gGmbH 2023: 373.800 Euro 2024: 374.900 Euro  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	2 / 5 / 2 Ablehnung		
30.	CDU	2/FB 24	Kultur	E	<b>Schaffung einer Personalstelle für die Zeitzeugenarbeit</b> Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Fachbereich 24 eine Personalstelle für die Zeitzeugenarbeit (wie vom Fachbereich in der Personalbedarfsanalyse angezeigt) zu schaffen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Geändert beschlossen</b> <b>Deckung: Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b> <i>Bemerkung der Verwaltung: Votum Kulturausschuss - Zustimmung</i>							6 / 1 / 1		
31.	DIE ANDERE	2/FB 24	Kultur	E	<b>Gedenkstätte Lindenstraße 54</b> In den Haushalt sind zusätzliche Mittel in Höhe von 42.000 Euro für die Forschung der Gedenkstätte Lindenstraße einzustellen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.</b>							Antrag vom Antragsteller zurückgezogen.		
32.	DIE ANDERE	2/FB 24	Kultur	I/E	<b>Ideen- und Realisierungswettbewerb Glockenspiel</b> In den Haushalt sind zusätzliche Mittel in Höhe von 150.000 Euro für die Umsetzung des Beschlusses 21/SVV/1233 Ideen- und Realisierungswettbewerb Glockenspiel einzustellen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>  <i>Bemerkung der Verwaltung: Votum Kulturausschuss: Ablehnung</i>		150.000					2 / 5 / 1 Ablehnung		
33.	Sozial.DIE LINKE	2/FB 29	Kultur	HH-Begl.	<b>Erweiterung der Musikschule sicherstellen</b>  <b>Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, gemäß Beschluss DS 21/SVV/1364, wie und bis wann für die Einrichtung des bereits beschlossenen 3. Standortes für die städtische Potsdamer Musikschule in Krampnitz die integrierte Lösung der Angliederung an einen Schulstandort - mit separaten Räumen und Zugang - erfolgen kann. Das Ergebnis der Prüfung ist dann in die (Bebauungs-)Planung der Schule bzw. des Standortes einzubeziehen. Dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport ist bis zum dritten Quartal 2023 zu berichten.</b>  Für die Einrichtung des bereits beschlossenen 3. Standortes für die städtische Potsdamer Musikschule in Krampnitz sind die notwendigen Planungs- und Realisierungsmittel in der Mittelfristplanung einzustellen. Die integrierte Planung an einem der Krampnitzer Schulstandorte oder hilfsweise an einen anderen Standort im Entwicklungsgebiet ist ab sofort verbindlich vorzunehmen und in die (Bebauungs-)Planung der Schule bzw. des Standortes einzubeziehen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Geändert beschlossen</b>								5 / 1 / 2	

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/ Themen	Art (E//HH- BegL/P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungs- ergebnis SVV
34.	Kooperation	3/FB 32	Ordnung Sicherheit	I/E	<b>Einrichtung einer Fahrradstaffel</b> Für die Einrichtung einer Fahrradstaffel sind <b>50.000 € als Investitionsmittel sowie bis zu sechs zusätzliche Vollzeitstellen im Ordnungsamt einzurichten. Diese sind im Wege der Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen auszusteuern.</b> Begründung: Siehe Anlage  <b>Geändert beschlossen: bis zu 6 VZE</b> <b>Deckung: Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b>		50.000					6 / 3 / 0	
35.	Kooperation	3/FB 32	Ordnung Sicherheit	I/E	<b>Mittel für die Schaffung einer Fahrradstaffel</b> Für die Errichtung einer Fahrradstaffel - Gemäß Beschluss 20/SVV/1216 der Stadtverordnetenversammlung vom 03.03.2021 – sind im Haushaltsjahr 2024 50 T € für Sachaufwendungen einzustellen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Mit Antrag Nr. 34 erledigt.</b>							Durch Antrag Nr. 34 erledigt.	
36.	CDU	3/FB 32	Ordnung Sicherheit	E	<b>Potsdamer Verwaltung zukunftsfest aufstellen</b> Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam verstehen sich als Dienstleister für die Bevölkerung, die Unternehmen und die Gäste Potsdams. Sie leisten großartige Arbeit, müssen mit weniger Personal jedoch immer mehr Aufgaben bewältigen. Dies stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor enorme Herausforderungen. Um den Servicecharakter der Landeshauptstadt Potsdam zu verbessern, müssen diese Prozesse mit zusätzlichem Personal abgefangen werden. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab dem Jahr 2023 a) die Potsdamer Führerscheinstelle sowie b) die Potsdamer Zulassungsstelle personell, jeweils um 2 VzÄ aufzustocken. Begründung: Siehe Antrag Deckung: Siehe Antrag  <b>Geändert beschlossen</b> <b>Deckung: Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b>							5 / 0 / 3	
37.	CDU	3/FB 32	Ordnung Sicherheit	E	<b>Ordnungsamt: mehr Stellen zur Erhöhung der Präsenz im Stadtgebiet</b> Der Oberbürgermeister wird beauftragt zur Erhöhung der Präsenz des Ordnungsamtes im öffentlichen Raum und den verstärkten Einsatz an Brennpunkten, vier weitere Mitarbeiter für diese Einsatzaufgabe einzustellen. Begründung: Siehe Anlage Deckung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		112.450	224.900	229.398	233.986	238.666	2 / 6 / 0 Ablehnung	
38.	Kooperation	9/904	Frauen/ Gleichstellung/ Soziales	E	<b>Mietkostenzuschuss Autonomes Frauenzentrum</b> Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: (1) Die Förderung für das Autonome Frauenzentrum Potsdam e.V. ist für das Haushaltsjahr 2024 um 15.600,- € zu erhöhen. Die Auszahlung des erhöhten Ansatzes ist an den Abschluss eines Mietvertrages mit der PWG „Karl Marx“ zu koppeln. (2) Ab dem Haushaltsjahr 2025 ist die erhöhte Förderung entsprechend zu verstetigen (mind. 20.000,- € p.a.), um den erhöhten Mietaufwand dauerhaft abzusichern. Deckungsquelle für 2024: Nicht verausgabte Personalmittel Stelle Gleichstellungsbeauftragte in 2023 Begründung: Siehe Anlage  <b>Beschlossen</b>			15.600	20.000	20.000	20.000	6 / 2 / 1	
39.	Kooperation	3/FB 39	Frauen/ Gleichstellung/S oziales	E	<b>Stellenanpassung Frauenhaus</b> In 31560 „Soziale Einrichtungen für Frauen“ des Fachbereich 39 sind ab dem Jahr 2023 finanzielle Mittel als Zuschuss zur Förderung einer halben Stelle im Frauenhaus 0,5 zusätzliche VZE zur Förderung Frauenhaus einzustellen <b>vorzusehen.</b> Begründung: Siehe Anlage  <b>Geändert beschlossen</b> <b>Deckung: Zuschuss</b>							6 / 2 / 1	
zu Antrag 39.	GSWI	3/ FB 39	Frauen/ Gleichstellung/S oziales	E	In 31560 " <b>Soziale Einrichtungen für Frauen</b> " des Fachbereiches 39 ist ab dem Jahr 2023 0,5 zusätzliche VZE zur Förderung Frauenhaus einzustellen. Begründung: Der Fachbereich 39 hat im Rahmen der Haushaltsaufstellung 0,5 VZE zur Förderung Frauenhaus mehr beantragt, als schlussendlich bewilligt. Die Zunahme der Beanspruchung der Frauenhäuser, aber auch die Verpflichtung der Landeshauptstadt Potsdam zur Einhaltung der Istanbul Konvention, machen eine bedarfsgerechte Ausstattung der Frauenhaus Strukturen unerlässlich.  <b>Durch Antrag Nr. 39 erledigt.</b>							Durch Antrag Nr. 39 erledigt	

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/ Themen	Art (E//HH- BegL/P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungs- ergebnis SVV
40.	DIE aNDERE	3/FB 38	Soziales	E	<b>Kostenlose Verhütungsmittel</b> In den Haushalt sind zusätzliche Mittel in Höhe von 228.000 Euro für die Umsetzung des Beschlusses 22/SVV/124 Kostenübernahme für Verhütungsmittel einzustellen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		228.000	228.000	228.000	228.000	228.000	3 / 5 / 1 Ablehnung	
41.	Kooperation	3/FB 37	Feuerwehr	E	<b>Mittel Freiwillige Feuerwehr</b> Für die Freiwilligen Feuerwehren feuweheren-Der-Oberbürgermeister wird beauftragt wird im Doppelhaushalt 23/24 ab dem Jahr 2023 eine Zahlung für das 2024 in Höhe von 1000€ <b>8.000 EUR pro Jahr eingestellt</b> und für die Freiwilligen Feuerwehren einzustellen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Geändert beschlossen: 8.000 EUR pro Jahr</b>		8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	7 / 0 / 1	
42.	Kooperation	3/FB 39	Bürgerhäuser	E	<b>Nachbarschafts- und Begegnungshäuser/ Stadteilkoordination</b> In 28404 „Nachbarschafts- und Begegnungshäuser“ des Fachbereich 39 sind <b>ab 2023 zwei zusätzliche VZE</b> für die Stadteilkoordination einzustellen. Begründung: Siehe Anlage Deckung: Absicherung durch Verschiebung innerhalb des bestehenden Stellenplans <b>Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b>  <b>Geändert beschlossen</b>							5 / 2 / 1	
43.	Kooperation	3/FB 39	Wohnen Arbeit	E	<b>Personal „Bezahlbares Wohnen“</b> In 52201 „Soziale Wohnraumversorgung“ des Fachbereich 39 ist ab 2023 <b>eine zusätzliche VZE</b> für das Projekt bezahlbares Wohnen einzustellen. Begründung: Siehe Anlage Deckung: Absicherung durch Verschiebung innerhalb des bestehenden Stellenplans <b>Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b>  <b>Geändert beschlossen</b>							5 / 3 / 0	
44.	Kooperation	3/FB 39	Wohnen Arbeit	E	<b>Erhaltungssatzung</b> In 52201 „Soziale Wohnraumförderung“ des Fachbereichs 39 sind <b>ab 2023 bis zu zwei zusätzliche VZE</b> für die Erstellung von Sozialen Erhaltungssatzungen einzustellen. Begründung: Siehe Anlage Deckung: <b>Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b>  <b>Geändert beschlossen: bis zu 2 VZE</b>							6 / 3 / 0	
45.	Kooperation	3/FB 39	Wohnen Arbeit	E	<b>Personalzuwachs Einbürgerungsbehörde</b> In 31550 „Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer“ des Fachbereichs 39 sind <b>für die Jahre 2023 und 2024 jeweils bis zu drei zusätzliche VZE für Einbürgerungsverfahren einzustellen vorzusehen.</b> Begründung: Siehe Anlage Deckung: <b>Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.</b> des bestehenden Stellenplans  <b>Geändert beschlossen: jeweils bis zu 3 VZE</b>							6 / 2 / 1	
zu Antrag 45.	GSWI	3/ FB 39	Wohnen Arbeit	E	In 31550 "Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer" des Fachbereiches 39 ist für die Jahre 2023 und 2024 je drei zusätzliche VZE für Einbürgerungsverfahren einzustellen. Begründung: Am 31.12.2022 entfielen von den insgesamt 4568 offenen Einbürgerungsverfahren im Land Brandenburg alleine 1344 auf die Landeshauptstadt Potsdam. Antragsstellende klagen seit Monaten über langwierige Verfahren, die Verwaltung schafft es aktuell nicht den Verfahrenstau abzubauen. Dies wird trotz interner Umstrukturierungsmaßnahmen schlussendlich nur mit Personalaufwuchs gelingen. Aus diesem Grund ein Bedarf von insgesamt 5 zusätzlichen Stellen angemeldet, allerdings wurden nur zwei bewilligt. Der vorliegende Änderungsantrag hat zum Ziel die bestehende Personallücke zu schließen.  <b>Durch Antrag Nr. 45 erledigt.</b>		85.200	340.800	347.700	354.700	361.800	Durch Antrag Nr. 45 erledigt.	
46.	Mitten in Potsdam	4/402	Wirtschaft	E	Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den bisherigen Ansatz in der Haushaltssatzung, dort Produkt 57, Produktgruppe 571, Produkt 5710000, Konto 57100005317100 um 50 T€ zur Finanzierung des <b>„Gründungspreises der Landeshauptstadt Potsdam“</b> zu erhöhen. Zur Deckung ist der Haushaltsansatz für die Machbarkeitsstudie zum „Haus der Demokratie“ entsprechend zu reduzieren. Begründung: Siehe Anlage		50.000		50.000		50.000	1 / 6 / 1 Ablehnung	

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/ Themen	Art (E//HH- BegL/P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungs- ergebnis SVV	
47.	DIE LINKE	4/FB 44	Straßen/ Brücken	I/E	<p><b>Gehwegreparaturen</b></p> <p>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zusätzliche Mittel im Haushalt einzustellen, mit denen dringend nötige Reparaturen von Gehwegen in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt werden. Dabei geht es zunächst um folgende Vorhaben aus der Dringlichkeitsliste, die bisher im Plan nicht berücksichtigt werden konnten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Haeckelstraße Schuwegsicherung 80.000 Euro</li> <li>-Auf dem Kiewitt, 1. Bauabschnitt 350.000 Euro</li> <li>-Gluckstraße rechter Gehweg M-Bartholdy-Straße bis Flotowstraße 350.000 Euro</li> <li>-Am Moosfenn (Pflegeheim) Saarmunder Straße bis Kiefernring 350.000 Euro</li> </ul> <p>Deckungsquelle wird nachgereicht. Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b></p> <p>Bemerkung der Verwaltung: Die ersten beiden Sachverhalte sind im Budget enthalten Hier 2 zusätzliche Sachverhalte (je 1 in 2024 und 2025)</p>			350.000	350.000				1 / 3 / 5 Ablehnung	
48.	Kooperation	4/FB 45	Klima	E	<p><b>Fortführung des Klimafonds</b></p> <p>Für die Weiterführung des Klimafonds für kleinteilige und niedrigschwellige Klimaschutzmaßnahmen sind zusätzlich zu den im Haushaltsentwurf vorgesehenen 150.000 € jährlich weitere 50.000 € pro Jahr einzustellen. Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Beschlossen</b></p>		50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	5 / 3 / 0		
49.	Kooperation	4/FB 47	Straßen/ Brücken	I	<p><b>Beschleunigte Umsetzung des Radverkehrskonzeptes</b></p> <p>Für die beschleunigte Umsetzung von Maßnahmen der Priorität I des Radverkehrskonzeptes sind für die Jahre 2023 und 2024 jeweils 150.000 € einzustellen. Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Beschlossen</b></p>		150.000	150.000				5 / 3 / 1		
50.	Kooperation	4/FB 47	Straßen/ Brücken	I	<p><b>Haushaltsmittel zur Umsetzung des Antrages 22/SVV/0992 – Anschaffung Dialogdisplays</b></p> <p>Zur Sicherung der Fördergelder und der Schonung des Haushaltes der Landeshauptstadt Potsdam bei der Umsetzung des beschlossenen Antrages 22/SVV/0992 – Anschaffung von Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeigen) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit - sind die erforderlichen Mittel für Anschaffung und laufenden Unterhalt im Haushalt 2023/2024 einzustellen.</p> <p>Deckung: Produktkonto: 54100...; 2023: 4.000 EUR; 2024: 5.000 EUR Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Beschlossen</b></p>		4.000	5.000	5.000	5.000	5.000	6 / 1 / 2		
51.	Kooperation	4/FB 47	Straßen/ Brücken	I	<p><b>Hiroshima-Nagasaki-Platz</b></p> <p>Für die abschließende Gestaltung des Hiroshima-Nagasaki-Platzes sind 25.000€ als Investitionsmittel einzustellen. Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Beschlossen</b></p>		25.000					6 / 3 / 0		
52.	Kooperation	4/FB 45	Grünflächen/ Spielplätze	I	<p><b>Fortführung des 1000-Bäume-Programms</b></p> <p>Für die Pflanzung und Pflege zusätzlicher Bäume sind für die Jahre 2023 und 2024 gemäß Beschluss DS 19/SVV/1249 jeweils 100.000 € als Investitionsmittel einzustellen. Begründung: Siehe Anlage</p> <p><b>Beschlossen</b></p>		100.000	100.000				5 / 1 / 2		
53.	Kooperation	4/FB 47	Grünflächen/ Spielplätze	E	<p><b>Erhöhter Pflegebedarf für städtische Grünflächen</b></p> <p>Für den erhöhten Pflegebedarf städtischer Grünflächen, u.a. des Volksparks, sind für 2024 <b>einmalig</b> 200.000 € einzustellen. Begründung: Siehe Anlage Deckungsquelle: Programm zur Instandhaltung von Gemeindestraßen</p> <p><b>Geändert beschlossen: einmalig</b></p>	Programm zur Instandhaltung von Gemeindestraßen		200.000					6 / 2 / 0	

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/ Themen	Art (E//HH- BegL/P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungs- ergebnis SVV
54.	CDU	4/FB 45	Grünflächen/ Spielplätze	E	<b>Pflegestandard für die gärtnerische und technische Pflege und Dienstleistungen der kommunale Park- und Grünanlagenpflege</b>  Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Standard der Stiftung für Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) entsprechend ausreichend, finanzielle Mittel für die gärtnerische und technische Pflege und Dienstleistungen für kommunale Park- und Grünanlagenpflege in Höhe von jährlich 700.000 Euro einzuplanen. Begründung: Siehe Anlage Deckung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		700.000	700.000	700.000	700.000	700.000	1 / 5 / 1 Ablehnung	
55.	CDU	4/FB 45	Grünflächen/ Spielplätze	E	<b>Volkspark / Lustgarten Pflege und Instandhaltung der Sportanlagen</b>  Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Jahre 2023: im Volkspark die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an der Skateranlage und am Fußballfeld im Veranstaltungswall und im Lustgarten die grundlegende Instandsetzung der Skateranlage sicherzustellen. Begründung: Siehe Anlage Deckung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		400.000					1 / 6 / 1 Ablehnung	
56.	CDU	4/FB 45	Grünflächen/ Spielplätze	E	<b>Volkspark/Lustgarten Pflege und Instandhaltung</b>  Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Jahre 2023: im Volkspark - die notwendigen Instandhaltungs / -setzungsmaßnahmen im Bereich Veranstaltungswall - die notwendige Erneuerung von wassergebundenen Wegeflächen - den notwendigen Austausch von Muschelkalkplatten in den Wallanlagen - die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an problematischen Baumstandorten sicherzustellen. sowie im Jahre 2024: - die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen an Bänken - die notwendige partielle Errichtung einer dauerhaften Zaunanlage (Errichtung von Maschendrahtzaun anstelle von Wildschutzzaun) - die partielle Erneuerung von wassergebundenen und anderen Wegeflächen - im Lustgarten im Jahre 2024 Instandhaltungsmaßnahmen an befestigten Wegeflächen sicherzustellen. Begründung: Siehe Anlage Deckung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	1 / 7 / 0 Ablehnung	
57.	Kooperation	4/FB 45	Grünflächen/ Spielplätze	E	<b>Kunst im öffentlichen Raum</b>  Für die Erhaltung der Kunst im öffentlichen Raum und in städtischem Eigentum sind die Finanzmittel für das Jahr 2024 um 50.000 € zu erhöhen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Beschlossen</b>			50.000				5 / 2 / 1	
58.	Kooperation	4/FB 45	Grünflächen/ Spielplätze	I	<b>Nuthepark</b>  Im Etat für den Bereich Öffentliches Grün/Landschaftsbau sind für die Umsetzungsplanung der Jugendfläche am Nuthepark (zwischen ILB und Langer Brücke) sowie der inklusiven Scaterfläche am kleinen Umspannwerk, Friedrich-List-Straße, für das Jahr 2024 zusätzlich 150.000 € Planungsleistungen vorzusehen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Beschlossen</b>			150.000				6 / 2 / 1	
59.	CDU	4/FB 44	Verwaltung	HH-Begl.	<b>Stärkung Bauverwaltung</b>  Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Bereichen der Stadtplanung und Bauaufsicht anhand einer Personalbemessungsuntersuchung auf der Grundlage des Auftragsaufkommens und der Aufgabenbeschreibungen spätestens im Jahr 2024 die Anzahl von benötigten Stellen zu schaffen, die notwendig sind, um alle stadtentwicklungspolitischen Bebauungspläne in Priorität 1 einstuft zu können. Begründung: Siehe Anlage Deckung: nicht besetzte Stellen im Stellenplan  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							3 / 4 / 1 Ablehnung	

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/ Themen	Art (E/HH- BegL/P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungs- ergebnis SVV
60.	Mitten in Potsdam	9/901 GB 5	Smart City	E	<b>Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2023/2024</b> <b>Hier: Stellenplan</b> Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den bisherigen Ansatz zu den Mehrbedarfsstellen in der Haushaltssatzung 2023/2024, dort Stellenplannummer 200.999.15 „ <b>Sachbearbeiter/ Sachbearbeiterin Smart City</b> “ um weitere 2 Stellen auf insgesamt 4 Stellen zu erhöhen.  Deckung: Siehe Anlage Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>		60.500	124.400	124.400	124.400	124.400	0 / 5 / 3 Ablehnung	
61.	DIE LINKE/ GSWI	GB 5	Personal/ Stellenplan	E	<b>Zum Stellenplan des Entwurfs der Haushaltssatzung 2023/24</b>  Zum Geschäftsbereich 3 1.Streichung der fünf neuen Stellen Kommunales Krisenmanagement 2.Einrichtung von zwei neuen Stellen Sozialarbeiter/in Kinder und Jugend 3.Einrichtung einer neuen Stelle Sachbearbeiter/in Projektkoordination soziales Wohnen 4.Einrichtung von zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/in Stadtteilkoordination Zum Geschäftsbereich 4 1.Einrichtung von zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/in Untere Bauaufsicht 2.Einrichtung von zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/in Untere Naturschutzbehörde 3.Einrichtung einer neuen Stelle Sachbearbeiter/in Koordination Sondervorhaben Zum Geschäftsbereich 5 1.Streichung von drei neuen Stellen Auftragsvergabe Hochbau 2.Streichung von drei neuen Stellen Mehrbedarf Zum Geschäftsbereich Oberbürgermeister Streichung von fünf neuen Stellen Wohnungsbaukoordination  <i>Bemerkung der Verwaltung: Deckungsgleich mit Votum GSWI (1 VZÄ Projekt bezahlbare Wohnen; 2 VZÄ Stadtteilkoordination, 2 VZÄ Sozialarbeit Kinder und Jugend)</i>							Auf Wunsch des Antragstellers geht der Antrag Nr. 61 in den Anträgen Nr. 61 a, Nr. 61 b und Nr. 61 c auf.	
61 a	DIE LINKE/ GSWI	GB 5	Personal/ Stellenplan	E	<b>Zum Stellenplan des Entwurfs der Haushaltssatzung 2023/24</b>  Zum Geschäftsbereich 3 1.Streichung der fünf neuen Stellen Kommunales Krisenmanagement  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							1 / 5 / 2 Ablehnung	
61 b	DIE LINKE/ GSWI	GB 5	Personal/ Stellenplan	E	<b>Zum Stellenplan des Entwurfs der Haushaltssatzung 2023/24</b>  Zum Geschäftsbereich 5 2.Streichung von drei neuen Stellen Mehrbedarf  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							2 / 5 / 2 Ablehnung	
61 c	DIE LINKE/ GSWI	GB 5	Personal/ Stellenplan	E	<b>Zum Stellenplan des Entwurfs der Haushaltssatzung 2023/24</b>  Zum Geschäftsbereich Oberbürgermeister Streichung von fünf neuen Stellen Wohnungsbaukoordination  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							3 / 4 / 2 Ablehnung	
62.	Menzel BvB-FW	GB 1	Sonstiges	HH-Begl.	<b>Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024</b>  Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Grundsteuerbescheide ab dem Jahresbescheid 2024 unbefristet zu bescheiden.  Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							1 / 6 / 2 Ablehnung	
63.	Menzel BvB-FW	GB 1	Sonstiges	HH-Begl.	<b>Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024</b>  Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit einer Beschlussfassung des Haushaltes die Tilgungspläne bisher aufgenommener und nach dem vorgelegten Haushaltentwurf weiterer aufzunehmender Kredite der LH Potsdam und dem KIS offen zu legen.  Die Tilgungspläne der städtischen Gesellschaften sind dem Hauptausschuss vorzustellen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							0 / 7 / 1 Ablehnung	
<b>Über das RIS am 23.05.2023 eingereichte Änderungsanträge zum Finanzausschuss am 24.05.2023.</b>													
64.	Freie Demokraten	9/901		E	<b>Konzentration der Verwaltung auf Kernaufgaben – Holzbauintiative beenden</b>  Die verwaltungsseitige Holzbauintiative des Oberbürgermeisters soll nicht weiter verfolgt werden. Die veranschlagten jährlichen Kosten von ca. 300.000 € werden entsprechend auch nicht in künftigen Haushaltsjahren berücksichtigt. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							3 / 5 / 1 Ablehnung	

lfd. Nr.	Einreicher	GB/FB	Cluster/ Themen	Art (E/HH- BegL/P)	Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt	Deckung gem. Antrag	Finanzielle Auswirkungen 2023 in EUR	Finanzielle Auswirkungen 2024 in EUR	MiFi 2025 in EUR	MiFi 2026 in EUR	MiFi 2027 in EUR	Votum Finanzausschuss	Abstimmungs- ergebnis SVV
65.	Freie Demokraten	4/401		HH-Begl.	<b>Keine städtischen Zuschüsse für die Biosphäre 2.0</b> Der Weiterbetrieb und die Sanierung der Biosphärenhalle auf der Grundlage des Konzeptes Biosphäre 2.0 erfolgt ohne jegliche direkten oder indirekten städtischen Zuschüsse. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich ein Konzept zur Beendigung der Subventionierung der Biosphäre zu erarbeiten und umzusetzen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							2 / 4 / 2 Ablehnung	
66.	Freie Demokraten	2/FB 23		E	<b>Abschaffung der Verwaltungsstellen für den Aufbau und Betrieb kommunaler Kitas</b> Sämtliche Verwaltungsstellen und Verwaltungsstellenanteile für den Betrieb und Aufbau kommunaler Kindertageseinrichtungen sind im Stellenplan des Doppelhaushaltes 2023/2024 zu streichen. Gleiches gilt für damit verbundene Sachkosten. Die vorgesehenen kommunalen Kitas und Horte sollen stattdessen von freien Trägern betrieben werden. Das im Fachbereich 36501 (Betreuung von Kindern – kommunale Träger) vorgesehene Budget sowie die dazugehörigen Investitionsmaßnahmen sind entsprechend dem Fachbereich 36502 (Betreuung von Kindern – freie Träger) zuzuordnen. Das bewährte und im SGB VIII verankerte Subsidiaritätsprinzip ist in der Landeshauptstadt Potsdam konsequent anzuwenden. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							3 / 4 / 1 Ablehnung	
67.	Freie Demokraten	1/101		E	<b>Optimierung des Bürgerhaushaltes</b> Der verwaltungsinterne Aufwand für den Bürgerhaushalt Potsdam soll deutlich reduziert werden. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie das Beteiligungsverfahren in Potsdam kostengünstiger und mit weniger personellen Ressourcen begleitet und umgesetzt werden kann, z.B. ausschließlich über digitale Plattformen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							3 / 5 / 1 Ablehnung	
68.	Freie Demokraten	alle GB		E	<b>Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</b> Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden im Doppelhaushalt 2023/2024 um jeweils 5 Prozent gekürzt. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							2 / 4 / 2 Ablehnung	
69.	Freie Demokraten	GB 1		HH-Begl.	<b>Einheitliche Anhebung der Bewirtschaftungssperren</b> Die Bewirtschaftungssperren in der Haushaltssatzung 2023/2024 werden auf einheitlich 15 Prozent erhöht. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							3 / 4 / 1 Ablehnung	
70	CDU	4/FB 41		E	<b>ÄA zur Änderungsliste der Verwaltung, Rahmenplan Am Kanal</b> In der Änderungsliste der Stadtverwaltung zur Haushaltssatzung 2023/2024 ist in Zeile 41 „Stadträumliche Planung, Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal" sonstige ordentliche Aufwendungen" (Knto. 5110400.54...) zu ändern: 2023: 100.000 €, 2024: 350.000 €. Als Deckungsquelle sind Haushaltsausgabereste aus 2022 einzusetzen. Begründung: Siehe Anlage  <b>Der Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.</b>							1 / 3 / 4 Ablehnung	

Die Antragstexte wurden redaktionell unverändert übernommen.

<b>Summe aller zur Annahme empfohlenen Änderungsanträge</b>	<b>3.218.200,00</b>	<b>6.739.100,00</b>	<b>907.700,00</b>	<b>907.700,00</b>	<b>907.700,00</b>
davon Summe InvHH	424.000,00	525.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
davon Summe ErgHH	2.744.200,00	6.214.100,00	902.700,00	902.700,00	902.700,00
davon Summe InvHH/ErgHH	50.000,00	-	-	-	-



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

**Betreff:** Fond für Ankauf von Kleingärten

Erstellungsdatum 25.04.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.04.2023	Finanzausschuss	X	

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Fond zum Ankauf von Kleingartenflächen einzurichten. Der Fond ist mit 120.000 Euro pro Kalenderjahr auszustatten. Diese Haushaltsstelle ist auch bei späteren Haushaltsaufstellungen fortzuschreiben.

#### Begründung:

Wir hatten in der Vergangenheit einen solchen Fond in Höhe von 80.000 Euro pro Jahr. Diese Mittel dienen der dinglichen Sicherung von Kleingartenflächen entsprechend Kleingartenentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam. In Anbetracht aktueller Marktpreise ist die im Antrag benannte Haushaltssumme angemessen für das Ziel. Die Kleingartenkommission hat in ihrer letzten Sitzung am 30.03.2023 diesen Antrag beschlossen und der Stadtverordnetenversammlung empfohlen.

Gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE

**Betreff:** Bildungsgerechtigkeit sichern, Potsdamer Kitas stärken

Erstellungsdatum 22.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

#### Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge vorbehaltlich des ausstehenden Prüfergebnisses der Verwaltung beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Haushaltsmittel für die Betreuung von Kindern mit besonderem Entwicklungsbedarf in Potsdamer Kitas für das Jahr 2024 um 450.000 EUR zu erhöhen, umso eine kontinuierliche und bedarfsgerechte Förderung der Kinder zu gewährleisten und den personellen Ressourcenbedarf zu decken.

**Deckung:** Produktkonto: 36310...; 2024: 450.000 EUR

#### Begründung:

Die Betreuung von Kindern mit besonderem Entwicklungsbedarf stellt die Potsdamer Kitas vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere im sozial-emotionalen Bereich. Die im Jahr 2022 bereitgestellten 800.000€ waren ein wichtiger Schritt, um den Rechtsanspruch der betroffenen Kinder auf bedarfsgerechte Förderung in den ermittelten Einrichtungen zu erfüllen. Dennoch ist es notwendig, die finanziellen Ressourcen für die kommenden Jahre weiter aufzustocken, um eine kontinuierliche Unterstützung und eine nachhaltige Verbesserung der Situation in den Kitas zu gewährleisten.

Ein wesentlicher Punkt, der durch die zusätzlichen finanziellen Ressourcen ermöglicht wird, ist die Einstellung von weiteren Fachkräften. Diese sind dringend notwendig, um den steigenden Bedarf an intensiver pädagogischer Begleitung sowie der Arbeit in Kleingruppen oder Einzelbetreuung zu decken. Die zusätzlichen Fachkräfte tragen dazu bei, dass jedes Kind die individuelle Unterstützung erhält, die es benötigt, um sich bestmöglich zu entwickeln.

Darüber hinaus ermöglicht die Erhöhung der Haushaltsmittel eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Kitas und den Eltern. Eine enge Kooperation ist unerlässlich, um eine ganzheitliche Betreuung der betroffenen Kinder zu sicherzustellen. Durch den Einsatz der zusätzlichen finanziellen Mittel kann beispielsweise ein regelmäßiger Austausch zwischen Fachpersonal und Eltern organisiert und damit eine bestmögliche Förderung der Kinder realisiert werden.

Geradem für Kitas, die sich mit vielschichtigen Herausforderungen wie Inklusion, Migration und einer erhöhten Anzahl von Kindern mit besonderen Förderbedarfen auseinandersetzen müssen, ist es essenziell, dass wir als Landeshauptstadt die notwendige Unterstützung bereitstellen. Auf diese Weise können wir sicherstellen, dass die anspruchsvolle Arbeit unserer engagierten Erzieherinnen und Erzieher angemessen umgesetzt wird und jedes Kind die bestmögliche Betreuung und Förderung erhält – umso unserer Verantwortung für eine gerechte und solidarische Gesellschaft umfänglich nachzukommen.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöllner; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE

Betreff: Leuchtturmprojekt für Potsdam: Familienzentren jetzt umsetzen

Erstellungsdatum 22.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt,~~ Der Oberbürgermeister wird gebeten in Zusammenarbeit mit geeigneten Kitas und weiteren relevanten Institutionen, ~~das~~ ein Konzept "Mo.Ki - Monheim für Kinder" in Potsdam zu erstellen. ~~implementieren und in einem Pilotprojekt zu erproben.~~

~~Die Vorbereitung des Pilotprojekts soll bis zum Jahr 2025 abgeschlossen sein. Hierfür werden die um eine erfolgreiche Implementierung und Evaluation des Konzepterstellung für potenzielle Kitas zu ermöglichen gewährleisten und diese zu Familienzentren weiterzuentwickeln.~~

Dem Jugendhilfeausschuss ist zum Stand der Qualifizierung halbjährlich zu berichten.

**Deckung:** Produktkonto: 36310/36320; 2023: 25.000 EUR

**Begründung:**

Das Mo.Ki-Konzept - erfolgreich umgesetzt in Monheim am Rhein und Gewinner des renommierten Deutschen Kita-Preises - bietet einen vielversprechenden Ansatz zur Stärkung von Kinder- und Jugendhilfe durch präventive Maßnahmen. Dieser Ansatz stellt die individuellen Bedürfnisse und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in den Fokus und berücksichtigt dabei auch den familiären Kontext.

Kitas sollen weiter entwickelt werden zu Familienzentren, welche bereits vor der Geburt bis zur Einschulung Familien umfangreiche Unterstützung bietet. Dies beinhaltet Kursangebote, Hebammenberatung, Erziehungsberatung, Familienhilfen, Frühförderung und therapeutische Angebote für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen oder psychischen Problemen, sowie Unterstützung bei der

Suche nach geeigneten Hilfsangeboten. Ein Familien-Café dient zudem als zentraler Treffpunkt für Familien und ermöglicht den Austausch von Erfahrungen und die Vernetzung mit anderen Familien.

Bei der Umsetzung des „Mo.Ki-Konzepts“ in Potsdam soll sich an den erfolgreichen Erfahrungen in Monheim am Rhein orientiert werden. Dabei werden die Kriterien, wie die Hervorhebung von inklusiven Aspekten, die umfassende Unterstützung von Familien, die Nutzung von Synergien und die Verbesserung der Lebensqualität berücksichtigt.

Die Überforderungssituation an Kitas kann durch die Weiterentwicklung zu Familienzentren gemindert werden, indem eine Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen gefördert wird. Die Schaffung eines unterstützenden Arbeitsumfelds und die Entlastung der pädagogischen Mitarbeiter durch ein umfangreiches interdisziplinäres Team ermöglichen eine effiziente Nutzung der vorhandenen Fachkräfte. Auf diese Weise kann das Konzept dazu beitragen, Überlastung und die damit einhergehende Fluktuation zu verhindern. Familienzentren bieten somit eine vielversprechende Möglichkeit, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und für ein resilientes Arbeitssetting zu sorgen. Dies ist gerade an Standorten von hoher Bedeutung - die sich strukturell besonders vielen Herausforderungen stellen müssen.

Die geplante Umsetzung des „Mo.Ki-Konzepts“ in Potsdam bis zum Jahr 2025 ermöglicht den beteiligten Institutionen ausreichend Zeit für die Vorbereitung, Planung und Qualifizierung, umso das Projekt für Potsdam anzupassen. Dieser Zeitraum gewährleistet eine sorgfältige Evaluierung und Umsetzung, um sicherzustellen, dass das Mo.Ki-Konzept erfolgreich in Potsdam etabliert wird und positive Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und deren Familien erzielt werden können.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöllner; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE

Betreff: Potsdamer Familien stärken: Ausbau der Beratungsstellen

Erstellungsdatum 22.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Jahr 2024 eine weitere Familienberatungsstelle im Sozialraum 5 oder 6 zu etablieren und dafür eine öffentliche Ausschreibung zu initiieren. ~~n Sozialraum 5 (Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld) und Sozialraum 6 (Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd) jeweils eine Familienberatungsstelle in 2024 zu starten etablieren und dafür eine öffentliche Ausschreibung zu initiieren.~~

~~Des Weiteren sollen die vier bestehenden Familienzentren angemessen auf die verbleibenden Sozialräume in Potsdam verteilt werden. Ein sechstes Familienzentrum wird ab dem Jahr 2025 angestrebt.~~

**Deckung:** Produktkonto: 36310/36320; 2024: einmalig 300.000 EUR

**Begründung:**

Die Etablierung von Familienberatungsstellen in den Sozialräumen 5 und 6 ist von entscheidender Bedeutung, da diese Gebiete besonders stark von Armut geprägt sind. Armut bildet häufig den Grund für erhöhte psychosoziale Belastungen. Die Corona-Pandemie und der Angriffskrieg auf die Ukraine haben die Lebenssituation der dort lebenden Familien weiter verschärft. Familienzentren erfüllen eine wichtige Rolle in diesen Gemeinschaften, indem sie Bildungsangebote, Beratungsdienste und Freizeitmöglichkeiten zur Verfügung stellen, den sozialen Zusammenhalt stärken und betroffenen Familien psychosoziale Unterstützung anbieten. Durch diese Maßnahmen können wir das Miteinander fördern und den betroffenen Familien in schwierigen Zeiten bestmöglich beistehen.

Die gerechte Verteilung der vier bereits vorhandenen Familienzentren auf die übrigen Sozialräume

Potsdams stellt sicher, dass alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt von diesen Angeboten profitieren und soziale Ungleichheiten gemindert werden. Die gezielte Verortung von Familienzentren in den besonders von Armut und Migration betroffenen Stadtteilen wird eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts ermöglichen. Die psychosoziale Unterstützung, die durch Familienberatungsstellen geboten wird, trägt entscheidend zur Bewältigung von Alltagsproblemen, familiären Konflikten und der Förderung einer gesunden Persönlichkeitsentwicklung bei.

Der Ausbau und die gerechte Verteilung von Familienberatungsstellen in Potsdam ist ein in Anbetracht des hohen Bedarfs von enormer Bedeutung. Alle Familien unserer Stadt, insbesondere jenen, die von Armut und Migration betroffen sind, müssen die bestmögliche Unterstützung erhalten. Gerade in Zeiten multipler gesellschaftlicher Herausforderungen ist es unsere Pflicht, die Lebensqualität und den Zusammenhalt in unserer Stadt zu stärken. Durch gezielte psychosoziale Hilfe und eine solide Infrastruktur der Familienzentren wird dafür Sorge getragen, dass Potsdam ein Ort bleibt, an dem alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen Chancen und Perspektiven haben.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöllner; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

Fraktionsvorsitzende

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne, CDU

Betreff: Sport an der Birnenplantage sichern

Erstellungsdatum 15.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Sportanlage Birnenplantage im Potsdamer Norden sind Mittel in Höhe von 70.000,00 EUR ab dem im Jahr 2024 für Anmietung und Aufstellung von

- mindestens zwei Umkleidecontainern für Vereine,
- zwei WC-Containern,
- einem Funktionscontainer (Schiedsrichter etc.)  
und einem Materialcontainer

im ~~Wirtschaftsplan~~ ~~KIS~~ Haushalt 2023/2024 ff. der Landeshauptstadt Potsdam bereitzustellen. Die Aufstellung der Container soll ~~in 2023~~ schnellstmöglich erfolgen.

Haushaltsbegleitend ist zu prüfen, wie die Errichtung eines dauerhaften Sportfunktionsgebäudes als Ersatz für die temporäre Containerlösung ab 2025 in der Mittelfristplanung abgebildet werden kann. Bis zur Realisierung einer dauerhaften Lösung sind die erforderlichen Mittel für den Betrieb der Container fortlaufend zu sichern.

**Begründung:**

Gem. Sportentwicklungsplan fehlen in der Landeshauptstadt Potsdam mindestens 10 wettkampftaugliche Sportflächen für den Vereinssport. Die Haushaltsaufstellung hat deutlich gemacht, dass größere Baumaßnahmen für freiwillige Leistungen derzeit nicht umsetzbar sind. Insofern ist der geplante, derzeit aber finanziell nicht untersetzte Bau eines Sportfunktionsgebäudes zunächst zurückzustellen und eine kostengünstigere Alternative ins Auge

zu fassen. Durch die temporäre Aufstellung von Containermodulen werden die Optionen für den Sport in der Landeshauptstadt Potsdam erhöht und der Haushalt vergleichsweise geringer belastet.

Deckung: nicht verbrauchte Mittel aus Verschiebung im Planzeitraum nicht realisierbarer Baumaßnahmen

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Matthias Finken

Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktionen CDU, Sozial.DIE LINKE.Potsdam

**Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Erstellungsdatum 06.04.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

#### Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

##### Sport an der Birnenplantage verbessern

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Sportanlage Birnenplantage im Potsdamer Norden sind Mittel für Anmietung oder Kauf und Aufstellung von

- mindestens zwei Umkleidecontainern für Vereine,
- zwei WC-Containern,
- einem Funktionscontainer (Schiedsrichter etc.) und einem Materialcontainer

im Wirtschaftsplan KIS bereitzustellen. Die Aufstellung der Container soll in 2023 erfolgen.

Haushaltsbegleitend ist zu prüfen, wie die Errichtung eines dauerhaften Sportfunktionsgebäudes als Ersatz für die temporäre Containerlösung ab 2025 in der Mittelfristplanung abgebildet werden kann. Bis zur Realisierung einer dauerhaften Lösung sind die erforderlichen Mittel für den Betrieb der Container fortlaufend zu sichern.

**Begründung:**

Gem. Sportentwicklungsplan fehlen in der Landeshauptstadt Potsdam mindestens 10 wettkampftaugliche Sportflächen für den Vereinssport. Die Haushaltsaufstellung hat deutlich gemacht, dass größere Baumaßnahmen für freiwillige Leistungen derzeit nicht umsetzbar sind. Insofern ist der geplante, derzeit aber finanziell nicht untersetzte Bau eines Sportfunktionsgebäudes zunächst zurückzustellen und eine kostengünstigere Alternative ins Auge zu fassen. Durch die temporäre Aufstellung von Containermodulen werden die Optionen für den Sport in der Landeshauptstadt Potsdam erhöht und der Haushalt vergleichsweise geringer belastet.

**Deckung:**

Nicht verbrauchte Mittel aus Verschiebung im Planzeitraum nicht realisierbarer Baumaßnahmen.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219 öffentlich**Einreicher:** Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE**Betreff:** 25 Honorarstellen für Landesstützpunkte der Landeshauptstadt Potsdam

Erstellungsdatum 22.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam soll 25 Honorartrainerstellen für die anerkannten Landesstützpunkte der LHP finanzieren.

Abweichung 2024: 52.500 €

**Deckung:** Produktkonto: 24399; 2024: 52.500 EUR

**Begründung:**

Das System der Honorartrainerstellen hat sich in den letzten Jahren bewährt und einen deutlichen Mehrwert für die Landesstützpunkte der LHP erzeugt. Mit einem geringen finanziellen Mehraufwand von 2.100 € pro Jahr pro Honorartrainerstelle können die Landesstützpunkte effektiv gestärkt werden.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Dr. Sigrid Müller; Stefan  
Wollenberg  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.:

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, B'90 / Grüne, SPD

Betreff: Ticketfreier ÖPNV für Schülerinnen und Schüler

Erstellungsdatum 15.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Beginnend mit dem Schuljahr 2023/24 senkt die~~ Die Landeshauptstadt Potsdam erprobt mit dem Schuljahr 2023/2024 ein Modellprojekt, wonach für den Tarifbereich Potsdam AB für Schüler:innen mit Wohnsitz in Potsdam ~~den~~ der Preis für Schülertickets auf 15 EUR monatlich gesenkt wird. Dafür sind in den Haushalt für das Jahr 2023 550.000 EUR und für das Jahr 2024 1.100.000 EUR einzustellen. Parallel erfolgt eine Evaluation des Angebotes und es soll ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreitet werden. Dem Hauptausschuss und Finanzausschuss ist rechtzeitig vor Ende des Schuljahres 2023/2024 zu berichten.

~~Mit der Vorlage des Haushaltes 2025 ist ein Stufenplan für die Einführung eines ticketfreien ÖPNV für Schüler:innen vorzulegen.~~

**Begründung:**

Die Nutzung des ÖPNV ist eine wesentliche Voraussetzung für selbstbestimmte Mobilität und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Schüler:innen. Eine flexible und kostenfreie Nutzung, verbunden mit einem attraktiven Verbindungsangebot gewöhnt junge Menschen frühzeitig an die regelmäßige Nutzung des ÖPNV und trägt damit aktiv zur Erreichung der Klimaziele der Landeshauptstadt bei. Mit der Einführung des 49,- Euro-Tickets und den damit verbundenen Zuschüssen aus Bundes- und Landesmitteln hat sich auch die Finanzierungsgrundlage noch einmal erheblich verändert. Die Einführung eines kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche ist bereits Beschlusslage der SVV.

Deckungsquelle: Landes- und Bundesmittel zur Refinanzierung 49,- € - Ticket, BuT-Mittel für anspruchsberechtigten Personenkreis; entfallender Verwaltungsaufwand für Bearbeitung Ticket-

Anträge.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert  
Zöller

Fraktionsvorsitzende \_\_\_\_\_

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219 öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne

Betreff: Kooperative temporäre Lerngruppe „Weidenhof“-Grundschule

Erstellungsdatum 29.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Fortführung der kooperativen temporären Lerngruppe an der „Weidenhof-Grundschule“ am Schlaatz wird beginnend mit dem Schuljahr 2023/24 die ~~bisherige und im HH-Entwurf gestrichene Ausstattung~~ mit eine 1 VZÄ vorgesehen fortgeführt.

**Begründung:**

Die kooperative temporäre Lerngruppe hilft, bestehende Defizite auszugleichen und benachteiligte Schüler:innen individuell zu fördern und in ihrer Entwicklung gezielt zu unterstützen. Die Unterstützung ist am Standort Weidenhof-Grundschule dringend erforderlich und soll schnellstmöglich wieder etabliert werden.

Deckungsquelle: ~~Absicherung innerhalb des bestehenden Stellenplans~~ Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert  
Zöller  
Fraktionsvorsitzende \_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne

Betreff: Schülerarbeits- und Aufenthaltsraum am Einstein-Gymnasium

Erstellungsdatum 15.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Wirtschaftsplan KIS sind für das Jahr 2024 bis zu 40.000€ **zusätzlich** für die Einrichtung eines Arbeits- und Aufenthaltsraumes in der ehemaligen Bibliothek des Einstein-Gymnasiums für Schüler\*innen insbesondere der Oberstufe bereitzustellen.

**Begründung:**

Die ehemalige Bibliothek des Einstein-Gymnasiums ist im derzeitigen Zustand nicht mehr nutzbar, bietet jedoch das Potential für einen attraktiven Arbeits- und Aufenthaltsraum für die Schüler\*innen. Die vorhandenen und unter Denkmalschutz stehenden Metallregale inkl. einer Zwischenetage können direkt genutzt werden, um abgetrennte Separees und Arbeitsplätze einzurichten. Ein notdürftig verschlossener Durchgang zur angrenzenden Schulsozialarbeit kann wieder geöffnet werden, um so auch eine Aufsicht zu gewährleisten.

Die Schüler\*innen haben diesbezüglich ein Erasmus+-Projekt im Bereich Partizipation initiiert und auch der Stadt bereits einen Brief (siehe Anhang) geschrieben. Es gibt bisher keinerlei Aufenthalts- oder Arbeitsmöglichkeiten für Schüler\*innen innerhalb des Gebäudes, weshalb der Bedarf unbestritten ist. Derzeit ist der Raum nicht mehr nutzbar, jedoch mit verhältnismäßig geringem Sanierungs- und Einrichtungsaufwand nutzbar zu machen. Der Bildungsausschuss hat sich in seiner März-Sitzung selbst ein Bild von der Situation vor Ort machen können.

Deckung: nicht verbrauchte Mittel aus Verschiebung im Planzeitraum nicht realisierbarer Baumaßnahmen

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert

Zöller  
Fraktionsvorsitzende  
\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne

Betreff: Kostenloses Mittagsangebot für Schülerinnen und Schüler

Erstellungsdatum 15.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- (1) Es ist sicherzustellen, dass alle Schüler:innen an den öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen der LH Potsdam, die einen Anspruch auf kostenloses Mittagessen nach der bestehenden Härtefallregelung haben, diesen Anspruch ohne eine Vorfinanzierung in Anspruch nehmen können.
- (2) ~~Mit dem~~ Im Schuljahr 2023/2024 soll der Portionspreis für ein Mittagessen an allen öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen der Stadt Potsdam auf 3,90 € begrenzt werden. Als erforderliche Mittel sind für das Jahr ~~Die hierfür erforderlichen Mittel für das Jahr 2023~~ in Höhe 850.000 EUR und 1.700.000 Mio. EUR für 2024 ~~sind aus BuT-Mitteln~~ zur Verfügung zu stellen. Es soll geprüft werden, ob und in welchem Umfang BuT-Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden könne. Nach dem Schuljahr 2023/2024 soll eine Evaluation erfolgen. Dem Ausschuss für Bildung und Sport und dem Ausschuss für Finanzen ist zum Ende des Schuljahres 2024 zu berichten.
- (3) Ergänzend soll untersucht werden, worin die Ursachen für die teilweise geringe bzw. abnehmende Teilnahme an der Schülerspeisung bestehen.

In die Untersuchung/Prüfung einbezogen werden sollen u.a. folgende Aspekte:

1. Wirksamkeit und Praktikabilität der bestehenden Härtefall- und BuT-Regelungen.
2. Zusammenhang zwischen häuslicher Einkommenssituation, Preis der Mahlzeiten und Teilnahme an der Schulspeisung
3. Eignung von Preisanpassungsmodellen wie Deckelung analog zu Hort/Kita und Studentenwerk.
4. Kostenbeteiligung der Kommunen, deren Schülerinnen und Schüler in Potsdam beschult

werden

5. Zusammenhang zwischen Qualität der Essensversorgung (Mahlzeiten, Umfeld zur Einnahme, Ernährungsbildung, Wertschätzung der Produkte...) und Inanspruchnahme.

6. Diskussion mit den SchülerInnen- und Elternvertretungen hinsichtlich der zukünftigen Kostenentwicklung und Vergabeentscheidungen.

Über die Ergebnisse soll im ersten Quartal 2024 der SVV berichtet werden.

Begründung:

Auch 10 Jahre nach Einführung der BuT-Mittel nutzen nur ca. 1/3 der anspruchsberechtigten Schüler:innen das Angebot eines kostenfreien Mittagessens. Ob ein Kind hungrig im Unterricht sitzt oder nicht, darf weder von Antragsverfahren noch vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Explodierende Preise und Inflation stellen aber auch immer mehr Familien ohne Transferleistungsansprüche vor kaum lösbare Herausforderungen.

Gute Ernährung bzw. Essenversorgung und Schulleistungen stehen in engem Zusammenhang. Durch eine Reihe von Maßnahmen konnten in der Vergangenheit soziale Härten bei der Bezahlung der Schulspeisung abgefedert werden. Mit den Preissteigerungen der vergangenen Monate ist jedoch eine Entwicklung verbunden, die eine darüberhinausgehende Betrachtung erfordert, um das Kernanliegen der Sicherung einer bezahlbaren Schülerversorgung zu erreichen.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller

Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD; Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Kostenloses Frühstücksangebot an allen Grundschulen

Erstellungsdatum 29.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Angebot einer kostenlosen Frühstücksversorgung ist ab dem Schuljahr 2023/24 bedarfsgerecht auf weitere Potsdamer Grundschulen auszuweiten und ~~in den Folgejahren~~ zu verstetigen.

Der Haushaltsansatz ist ab 2023 jeweils um 100.000 EUR zu erhöhen.

#### Begründung:

Gleiche Chancen für alle Kinder sind eine ganz wesentliche Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Ein gesundes Frühstück ist gerade für die Jüngsten eine zentrale Voraussetzung, um gut lernen und am Schulleben teilhaben zu können. Das Angebot einer kosten- und kontrollfreien Frühstücksversorgung hat an den Schulen, an denen es bereits bisher etabliert werden konnte, dazu einen wichtigen Beitrag geleistet.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller  
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne

Betreff: Ausstattung aller Schulen mit Menstruationsartikeln

Erstellungsdatum 29.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.03.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In 24200 „Fördermaßnahmen für Schüler“ des Fachbereichs 23 sind im Jahr 2023 10.000 EUR und für das Jahr 2024 je **20.000€ zusätzlich zur Versorgung aller Schulen mit kostenlosen Menstruationshygieneartikel** einzustellen.

#### Begründung:

Mit dem Beschluss 21/SVV/1126 hat die Stadtverordnetenversammlung sich bereits für die kostenlose Bereitstellung von Menstruationshygieneartikeln in Form eines Pilotprojektes ausgesprochen. Mit dem vorliegenden Änderungsantrag soll nun die Bereitstellung von Periodenprodukten in allen Schulen Potsdams gewährleistet werden.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller  
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Bürgerbündnis

Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024

Erstellungsdatum 29.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, finanzielle Mittel für die Einrichtung von Verwaltungsleiterstellen an Schulen, beginnend an Grundschulen, sukzessive bereitzustellen.

**Begründung:**

**Der Lehrermangel ist allgegenwärtig.** Förderstunden, gemeinsames Lernen werden gekürzt, um den Kernunterricht aufrechtzuhalten.

Zwei Mitglieder des Kreiselterrates( Frau Stefanie Schuster und Frau Annett Hagemann-Rentzsch) haben eine Umfrage unter den Potsdamer Schulen durchgeführt ,welche nicht-pädagogischen Aufgaben Schulleitungen und Lehrende zusätzlich zum Unterricht übernehmen müssen.

**Zu den nicht-pädagogischen Arbeiten gehören u.a.:**

Vorbereitung von Nachteilsausgleichen/ Beantragung von Unterstützung nach dem BuT-Gesetz  
Fehlzeitenmanagement, Management von Reisen, Exkursionen und Projekten,  
Anträge für finanzielle Förderung durch Dritte/Förderverein. Einsammeln von Verwalten von Geldern  
Schulmaterialmanagement, Reisekostenabrechnungen, Rechtssichere Belehrungen  
Medikamentenabfragen, Organisation internationaler Kontakte, Festorganisation

**Der Zeitaufwand ist beträchtlich,** Lehrkräfte an Gesamtschulen und Gymnasien benötigen pro Woche 4-12 Stunden für das Abarbeiten von reinen Verwaltungsaufgaben, Schulleitungen an Grundschulen sogar 10-30 Stunden (Anm.; die Zahl der Abminderungsstunden ist zudem an Grundschulen geringer als bpsw. an Gymnasien)

**Durch die wachsende Zahl an geflüchteten Kindern und Jugendlichen** wird sich absehbar die jetzt schon unschöne Lage weiter verschärfen, da auch noch Lehrkräfte für den Deutsch-Unterricht abgestellt werden müssen. Lehrkräfte sollen und müssen sich wieder auf ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne

Betreff: Schulsekretariate

Erstellungsdatum 15.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Die in der HH-Stelle Aufgabenbereich~~ Für die Schulträgeraufgaben (Produktbereich 21 – 24) 21100 Grundschulen und 24300 sonstige schulische Aufgaben (Bau/Verpflegung/Beförderung/Sekretariate) ist ~~gestrichenen Stellen~~ in den pflichtigen Aufgabenbereichen ~~sind wieder~~ das erforderliche Personal ~~Stellen nach Prüfung~~ aufzunehmen und die Mittel dafür zum 01.01.2024 vorzusehen. ~~Bereitzustellen:~~ Insbesondere sind hierbei zu prüfen

- 2 ~~dringend-notwendigen~~ Stellen Schulsekretariat im Springersystem
- die beiden je 0,75-Stellen für das Schulsekretariate der Grundschule 47 Babelsberg und 48 Krampnitz
- die 0,25-Stelle Schulsekretariat Schule am Schloss
- die 0,75-Stelle Schulsekretariat Gymnasium Bornstedt.

Begründung:

Bereits 2004 gab es einen Antrag zur Aufstockung der Wochenarbeitszeit für Schulsekretärinnen, welcher bis heute nicht an Aktualität verloren hat. Der Verwaltungsaufwand an Schulen wird immer größer, damit steigt die Bedeutung der Schulsekretariate. Jüngst berichtete erst der Kreiselternterrat zu einer Umfrage an Potsdamer Schulen, die ergab, dass zusätzlich zu den Sekretariatsstellen eigentlich auch Verwaltungsleiterstellen zur Verfügung gestellt werden müssten, wie es sie beispielsweise in Berlin bereits gibt. In dem Zuge ist es schlicht nicht möglich, nicht einmal die fehlenden Sekretariatsstellen für die neu gegründeten oder aufwachsenden Schulen bereitzustellen. Es handelt sich hierbei um eine pflichtige Leistung, die umzusetzen ist.

Zusätzlich dazu braucht es dringend die 2 Springerstellen, um für die fast 50 öffentlichen Potsdamer Schulen eine Krankheitsvertretung sicherstellen zu können – diese Aufgaben können nicht von Lehrkräften oder den Schulleitungen übernommen werden.

Deckung: Absicherung durch Verschiebung innerhalb des bestehenden Stellenplans  
Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

16

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne, CDU

Betreff: Rekommunalisierung der Schulreinigung

Erstellungsdatum 15.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

#### Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ~~ob~~ <sup>in welchem</sup> in welchem Zeitrahmen bzw. in welchem Rahmen die Reinigung aller öffentlichen Potsdamer Schulen rekommunalisiert werden kann. Dabei ist auch zu prüfen, welche konkreten Kosten und Zeiterfordernisse damit verbunden wären. ~~und ein Konzept zur Rekommunalisierung der Schulreinigung in diesem Zeitrahmen vorzulegen.~~

~~Begleitend dazu ist schnellstmöglich ein Pilotprojekt der kommunalen Schulreinigung mit mindestens 2 geeigneten Schulen zu starten, bei denen der Reinigungsvertrag entweder gerade ausläuft oder auf Grund anhaltender Unzufriedenheit der Schule gekündigt werden kann.~~

Dem KIS Werksausschuss, dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für Bildung und Sport sind die Prüfergebnisse der Zeitrahmen, das Umsetzungskonzept und Details zum Pilotprojekt bis zum Ende des 4. Quartal 2023 vorzulegen.

#### Begründung:

Potsdam hat fast 50 öffentliche Schulen in ihrer Trägerschaft und ist damit auch für die Reinigung derselben verantwortlich. Dazu gibt es seit Jahren immer wieder Beschwerden, jüngst häufen sich diese jedoch enorm, auch in Gremien wie dem Bildungsausschuss oder dem Kreiselterrat etc. Die Stadt ist auf Grund der externen Vergabe leider jedoch nicht in der Lage, dieser Probleme Herr zu werden und eine Qualitätssicherung zu betreiben.

Eine Rekommunalisierung hat zur Folge, dass das Personal wieder direkt bei der Stadt oder einem Eigenbetrieb der Stadt angestellt ist und demnach auch der direkten Unterweisung und damit auch Qualitätssicherung unterliegt. Auch die Arbeitsbedingungen liegen damit wieder in der Hand der LHP. Damit ist ein zufriedenstellender Reinigungsgrad wiederherstellbar.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion SPD, Herr Reimann

Betreff: Ausbau Schulsozialarbeit

Erstellungsdatum 15.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
16.03.2023	Jugendhilfeausschuss		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Die Stadtverordneten mögen beschließen:

der Oberbürgermeister wird beauftragt,

In Fortsetzung der beiden SVV-Beschlüsse zur Schulsozialarbeit aus dem Jahre 2013 sowie zur Weiterentwicklung des 2015 beschlossenen Gesamtkonzeptes Schule - Jugendhilfe wird die Verwaltung beauftragt, den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit wie folgt umzusetzen:

1. Alle staatlichen Schulen, die die Landeshauptstadt Potsdam gemäß Schulentwicklungsplanung errichtet und ausstattet, erhalten mit Aufnahme des Betriebes der Einrichtung eine Fachkraft entsprechend Handlungskonzept Schulsozialarbeit. Ein standortbezogenes Handlungskonzept ist durch die Schule gemeinsam mit dem jeweiligen Träger der Schulsozialarbeit zu erarbeiten und durch die Schulkonferenz zu beschließen.
2. **Nach Ausstattung aller staatlichen Schulen mit Schulsozialarbeit werden ab** Ab dem Schuljahr 2024/2025 ~~werden~~ schrittweise alle Schülerinnen und Schüler an Potsdamer Schulen in freier Trägerschaft auf Antrag mit Schulsozialarbeit versorgt. Dabei werden Prüf- und Entscheidungskriterien in der jeweils gültigen Fassung zugrunde gelegt.
3. Die Lenkungsgruppe Schule - Jugendhilfe begleitet die Umsetzung fachlich und entwickelt neue Kriterien, wenn dies für die bedarfsgerechte Umsetzung der Punkte 1 und 2 sowie für Sonderbedarfe erforderlich wird.

Gez. Tiemo Reimann, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

Unterschrift

## Finanzierungsvorschlag

In den nächsten Jahren entstehen bis 2027 weitere 5 staatlichen Schulen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung, 2 davon gehen voraussichtlich 2023 und 2024 an den Start.

19 Schulen in freier Trägerschaft wirken an 17 Standorten in Potsdam für Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen.

Bei einem Aufwuchs der Schulsozialarbeit mit 5 Stellen pro Schuljahr kann mit einer zusätzlichen Summe von 373.300,00 EUR pro Jahr gerechnet werden.

Schuljahr	2024/25	2025/26
Stellenvolumen (VZÄ)	5	10
HH-Volumen in EUR	373.300,00	768.998,00

Berechnungs- und Bedarfsgrundlagen vgl. Anlage 1

### Deckungsquelle: nicht besetzte Stellen im Stellenplan

#### Begründung:

Mit dem Gesamtkonzept Schule – Jugendhilfe einschließlich des Handlungskonzeptes Schulsozialarbeit (DS 15/SVV/0449) wurden ab dem Schuljahr 2016/2017

- die Potsdamer Schulsozialarbeit (SSA) inhaltlich und strukturell neu aufgestellt sowie
- gemäß den SVV-Beschlüssen DS 11/SVV/0122 und 12/SVV/0764 sukzessive, d.h. jährlich um fünf Standorte ausgebaut.

Darüber hinaus wurde

- seit dem Schuljahr 2021/2022 Sonderbedarfen von Schülerinnen und Schülern (SuS) mit Migrationshintergrund mit zusätzlicher Integrationsschulsozialarbeit (ISSA) sowie
- ab dem 2. Schulhalbjahr 2021/2022 und befristet bis zum Schuljahresende 2022/2023 Corona-Pandemie-Folgen bedingten Sonderbedarfen von SuS mit zusätzlicher Schulsozialarbeit aus dem Landesaktionsprogramm „Aufholen nach Corona – Ausweitung der Schulsozialarbeit“ (CAAP-SSA)

entsprochen:

Schuljahr	2016/2017	2017/2018	2018/2019	2019/2020	2020/2021	2021/2022	2022/2023	2023/2024
<b>SSA-Standorte</b>	<b>15</b>	<b>20</b>	<b>25</b>	<b>30</b>	<b>34</b>	<b>39</b>	<b>44</b>	<b>47</b>
Grund- und Förderschulen	8	10	13	16	19	21	24	25
weiterführende Schulen	7	10	12	14	15*	18	20	22
zzgl. ISSA / CAAP-SSA	-	-	-	-	-	2 / 3 (ab 2. SHJ)	4 / 3	4 / ?

\* Schließung Coubertin-Oberschule / Eröffnung Schulzentrum Am Stern

Ab dem Schuljahr 2023/2024 verfügen alle staatlichen Potsdamer Schulen über Schulsozialarbeit und steht die Frage der Weiterentwicklung selbiger – bis auf zwei Schulen, die 2021 an den Start gingen (Grundschule am Telegrafenberg) bzw. 2023 den Schulbetrieb aufnehmen (Grundschule am Filmpark), konnten noch keinen Antrag stellen. Weitere Schulen sind im Bau bzw. in Planung.

Die Thematik erhielt ferner seit 2021 durch den neu eingeführten separaten § 13a Schulsozialarbeit im SGB VIII einen neuen Stellenwert und eine damit verbundene höhere Priorität als zuvor.

Bei einem weiteren Ausbau der Potsdamer Schulsozialarbeit ist zu berücksichtigen, dass

- weitere staatliche Schulen entstehen,
- bisherige SVV-Beschlüsse ausschließlich staatliche Potsdamer Schulen betrafen und dabei unberücksichtigt ließen, dass ca. ein Fünftel aller Potsdamer Schülerinnen und Schüler Schulen in freier Trägerschaft besuchen,
- die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen stark variieren und

- von bisherigen mit Schulsozialarbeit versorgten staatlichen Schulen teilweise bereits Mehrbedarfe signalisiert wurden.

Die Lenkungsgruppe Schule – Jugendhilfe befasste sich am 07.12.2022 mit dieser Thematik und empfiehlt o.g. Beschlussvorschlag zur strukturellen Weiterentwicklung der Potsdamer Schulsozialarbeit.

## Anlage 1

### Versorgung von Schulen mit Schulsozialarbeit ab 2024/2025

#### Anzahl der Schulen, die neu mit Schulsozialarbeit versorgt werden

	2024/2025	2025/2026
öffentliche Trägerschaft	3	0
freie Trägerschaft	2	5
<b>Gesamt</b>	<b>5</b>	<b>5</b>

#### Finanzbedarfe

	2024/2025	2025/2026
<b>Stellenvolumen (VZÄ)</b>	5	10
<b>HH-Volumen</b>	373.300 €	768.998 €

#### Berechnungsgrundlage

	Kosten in EUR	Kostensteigerungen + 3 %
	2024/2025	2025/2026
<b>1 VZÄ - Gesamtkosten</b>		
Personalkosten	67.421	
Betriebs- und Sachkosten*	7.239	
<b>Gesamt</b>	<b>74.660</b>	<b>76.900</b>

\*Grundlage: Mittelwert der Trägerangaben

#### Unversorgte Schulen in öffentlicher Trägerschaft:

Grundschule am Telegrafenberg seit 2021/22

#### Neue Schulen in öffentlicher Trägerschaft bis 2025:

Grundschule am Filmpark ab 2023/24

Grundschule Krampnitz ab 2024/25

#### Anzahl Schulen in freier Trägerschaft (ohne Berufsschulen):

19 davon 17 Standorte (2 mal Gesamt- und Grundschule in einem Campus)



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion SPD, Herr Reimann

**Betreff:** Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“

Erstellungsdatum 15.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
16.03.2023	Jugendhilfeausschuss		x

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordneten mögen beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

das Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ vom März 2022 als Teilkonzept des Handlungskonzeptes Schulsozialarbeit von 2015 umzusetzen einschließlich der Bereitstellung dafür notwendigen finanziellen Mittel.

Die konkrete Umsetzung erfolgt auf Basis des fachlichen Votums der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe. Dieses Votum enthält die Benennung von Schulstandorten, an denen Integrationsschulsozialarbeit etabliert wird, Aussagen zur Etablierung des schulübergreifend tätigen, mobilen Unterstützungs- und Beratungssystems sowie zum zeitlichen Prozess der Umsetzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, über die bisherigen vier Schuleinsatzstandorte hinaus, die weiteren Umsetzungsmöglichkeiten des Votums der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe zu prüfen

Gez. Tiemo Reimann, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

Unterschrift

Das Rahmen- und Handlungskonzept wird seit dem Schuljahr 2021/2022 aufbauend mit der Bereitstellung von vier Personalstellen Integrationsschulsozialarbeit an den folgenden Standorten umgesetzt und soll zukünftig fortgesetzt werden:

- o Weidenhof-Grundschule (1 VZÄ) – seit SJ 21/22 -
- o Grundschule am Humboldtring (0,8 VZÄ) – seit SJ 22/23
- o T.-Fontane Oberschule (0,875 VZÄ) – seit SJ 21/22
- o W.-F.-v.-Steuben Gesamtschule (0,8 VZÄ) – seit SJ 22/23

#### **Deckungsquelle: nicht besetzte Stellen im Stellenplan**

Zu den finanziellen Aufwendungen vgl. Anlage 1

#### **Begründung:**

Mit der insbesondere seit 2015 steigenden Anzahl an zugewanderten und geflüchteten Familien konzentrieren sich an den Potsdamer Schulen vielfache Integrationsherausforderungen. Sie reichen von hohen Bedarfen in der Konflikt- und Traumabearbeitung, des Einfindens in die Schulgemeinschaft, der Elterninformation und -einbindung bis über die Erschließung von Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten und der Unterstützung bei der Entwicklung interkultureller Strukturen.

Mit der Aufnahme geflüchteter Schüler\*innen seit Frühjahr 2022 kamen neue und zusätzliche Herausforderungen hinzu. Auch in den kommenden Jahren ist zudem mit einem weiteren Zuzug vor allem geflüchteter Familien aus den Krisenregionen der Welt zu rechnen. Für eine gleichberechtigte soziale und Bildungsteilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund bedarf es integrationspezifischer Angebote in der Jugendhilfe mit breitem Wirkungskreis an Schulen.

Als Start für das Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ lief im Vorfeld seit Herbst 2021 die Pilotphase, bei der Integrationsschulsozialarbeit an zwei Schulen startete und sich bewährte. Daher wurde in der Praxis die konzeptionelle Grundlage bestätigt und soll durch den Beschluss des Jugendhilfeausschusses für die weitere Arbeit legitimiert werden.

Die vier Schulstandorte, an denen ISSA seit 2021 stufenweise etabliert wurde, weisen einen Anteil an Schüler\*innen mit Migrationshintergrund von bis zu 50% auf und stehen vor überdurchschnittlich herausfordernden Integrationsaufgaben. Es bedarf es einer Fortführung von ISSA, da diese Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen der Schulsozialarbeit und anderer Angebote nicht bewältigt werden können.

Anlage 1:

Aufwendungen Integrationsschulsozialarbeit 2023-2024

	Gesamtkosten		Beantragte Förderung	
	2023	2024	2023	2024
<b>Weidenhof-Grundschule (1 VZÄ)</b>	78.146,01 Euro	78.146,01 Euro		
<b>Grundschule am Humboldttring (0,8 VZÄ)</b>	67.809,22 Euro	67.809,22 Euro	36.220,00 Euro	36.220,00 Euro
<b>T.-Fontane Oberschule (0,875 VZÄ)</b>	69.946,44 Euro	69.946,44 Euro		
<b>W.-F.-v.-Steuben Gesamtschule (0,8 VZÄ)</b>	65.245,96 Euro	65.245,96 Euro	36.220,00 Euro	36.220,00 Euro
<b>GESAMTKOSTEN</b>	281.147,63 Euro	281.147,63 Euro	72.440,00 Euro	72.440,00 Euro
Kommunaler Anteil bei Förderzusage	208.707,63 Euro	208.707,63 Euro		



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion SPD, Herr Reimann

Betreff: Finanzierung des ESF-Projekts JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit (JUST BEst)

Erstellungsdatum 15.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
16.03.2023	Jugendhilfeausschuss		X

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

Die Stadt Potsdam stellt im Zeitraum von 2023 bis 2027 **zusätzlich** jährlich **70.000** ca. 130.000 € zur Verfügung, um die Kofinanzierung des ESF-Projekts JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit (JUST BEst) zu gewährleisten. **Damit Darüber hinaus** wird eine Kooperationsstelle beim öffentlichen Träger der Jugendhilfe (FB 23) geschaffen, um den Fördervoraussetzungen gerecht zu werden. Die Finanzierung und Schaffung der Kooperationsstelle werden in den städtischen Haushalt aufgenommen.

Gez. Tiamo Reimann  
Unterschrift

Finanzierungsvorschlag:

Jahr	Gesamt ESF	Kofinanzierung	
2023	333.211,00 €	199.927,00 €	133.285,00 €
2024	333.211,00 €	199.927,00 €	133.285,00 €
2025	333.211,00 €	199.927,00 €	133.285,00 €
2026	333.211,00 €	199.927,00 €	133.285,00 €
2027	333.211,00 €	199.927,00 €	133.285,00 €

**Deckungsquelle: nicht besetzte Stellen im Stellenplan**

Begründung:

Junge Menschen im Alter von 14 bis 26 Jahren, die Unterstützung benötigen, um ein eigenständiges Leben zu führen und/oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind, sind eine besonders schutzbedürftige Gruppe. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass es ihnen zunehmend schwerfällt, von der Herkunftsfamilie abzulösen und ein eigenständiges Leben zu führen. Professionelle Unterstützungsangebote und Unterstützungssysteme fehlen in dieser Übergangsphase, was insbesondere bei entkoppelten jungen Menschen und Care Leavern zu Herausforderungen führt.

Eine frühzeitige Intervention und Hilfe in der Entwicklung ihrer Wohnkompetenzen, Ausbildung und Arbeit können langfristig zu einer stabilen und erfolgreichen Integration in die Gesellschaft beitragen. Durch die Sicherung ihrer Grundbedürfnisse und die Unterstützung bei der Entwicklung von Lebenskompetenzen wird ihre Lebensqualität verbessert und das Risiko von sozialer Ausgrenzung verringert.

Mit dem ESF-Projekt wird somit in diesem Bereich ein strukturiertes und umfassendes Unterstützungsangebot abgedeckt. Die Stadt Potsdam sollte daher die erforderliche Kofinanzierung und die Schaffung der Kooperationsstelle gewährleisten, um die Umsetzung des Projekts und die damit verbundene Unterstützung für junge Menschen in Potsdam sicherzustellen. Die Teilnahme an dem Projekt ist nicht nur eine moralische Verpflichtung gegenüber Kindern und Jugendlichen, sondern auch eine Investition in die Zukunft der Stadt Potsdam. Indem wir jungen Menschen helfen, fördern wir eine starke und resiliente Gemeinschaft, die in der Lage ist, gemeinsam Herausforderungen zu bewältigen.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion SPD, Herr Reimann

**Betreff:** Einrichtung einer zusätzlichen Koordinationsstelle für Frühe Hilfen im Kinderschutz

Erstellungsdatum 15.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
16.03.2023	Jugendhilfeausschuss		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

Die Landeshauptstadt Potsdam beschließt die Einrichtung einer zusätzlichen Koordinationsstelle für Frühe Hilfen im Kinderschutz in Vollzeit, um den gestiegenen Anforderungen nach dem Bundeskinderschutzgesetz sowie dem Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden und die Maßnahmen des Rahmenkonzeptes Kinderschutz und Frühe Hilfen 2022 bis 2023 umzusetzen.

Gez. Tiemo Reimann

Unterschrift

## Finanzierungsvorschlag:

	Kosten
Jahr 2023	60.000€
Jahr 2024	60.000€
Gesamt	120.000€
Gesamt:	130.000€

## Deckungsquelle: nicht besetzte Stellen im Stellenplan

### Begründung:

Mit der Einführung des Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen sowie der Verabschiedung des Rahmenkonzeptes Kinderschutz und Frühe Hilfen 2022 bis 2026 haben die Aufgaben der Netzwerkkoordination Frühe Hilfen deutlich zugenommen. Eine Vollzeitstelle allein kann diese gestiegenen Anforderungen nicht mehr decken, wodurch wichtige gesetzliche Aufgaben wie die Verpflichtung zur Kooperation und Vernetzung im Kinderschutz sowie die Aufgaben zur Sicherung und Entwicklung von Qualitätsstandards im Kinderschutz nicht wahrgenommen werden können.

Das Bundeskinderschutzgesetz (BKISchG) sowie das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (KJSG) verpflichten uns als Stadt, alles zu tun, um Kinder und Jugendliche vor Vernachlässigung und Misshandlung zu schützen. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, brauchen wir eine zweite Koordinationsstelle in Vollzeit für Frühe Hilfen.

Bislang ergibt sich daraus:

- Die Aufgaben der Koordinationsstelle Kinder- und Jugendschutz sowie der Netzwerkkoordination Frühe Hilfen haben deutlich zugenommen.
- Die bestehende Stelle ist mit den Aufgaben nicht deckungsgleich und die fachliche Vertretung fehlt.
- Die gesetzlichen Verpflichtungen zur Kooperation und Vernetzung im Kinderschutz können nicht vollständig wahrgenommen werden.
- Die Einzelmaßnahmen im Rahmenkonzept Kinderschutz können nicht in ihrer Gesamtheit umgesetzt werden.

Eine neue Fachstelle für Koordination Frühe Hilfen (nach dem Bundeskinderschutzgesetz) in Vollzeit soll dann folgende Aufgaben erfüllen:

- Planung und Umsetzung von Praxisbegleitsystemen
- Zusammenarbeit mit den kommunalen Planungsbereichen
- Koordination des Rahmenkonzeptes Kinderschutz und Frühe Hilfen
- Beantragung von Fördermitteln
- Eruiierung, Planung und Ausschreibung neuer Angebote im Bereich der Frühen Hilfen
- Planung und Gestaltung von Fortbildungen und Fachtagen
- Beratung zu Handlungsabläufen und Angeboten im Kinderschutz im Netzwerk
- Übernahme von Teilaufgaben des übergeordneten Kinderschutzes
- Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle Kinderschutz und Vertretung



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion SPD, Herr Reimann

**Betreff:** Einrichtung eine Stelle für den Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz

Erstellungsdatum 15.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
16.03.2023	Jugendhilfeausschuss		X

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

Für den Fachbereich 23 wird eine Stelle für den Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz im Umfang von 1,00 VzÄ geschaffen. Die Stelle soll die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags aus § 14 SGB VIII zur Pflichtaufgabe machen und die fachlich-inhaltliche Verwaltungssteuerung übernehmen, um den Bedarf an Erzieherischem Kinder- und Jugendschutz in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zu erfüllen.

Gez. Tiemo Reimann

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

#### Finanzierungsvorschlag:

	Kosten
Jahr 2023	65.000 €
Jahr 2024	65.000€
Gesamt:	130.000€

#### Deckungsquelle: nicht besetzte Stellen im Stellenplan

#### Begründung:

Die Schaffung einer Stelle für Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz ist von hoher Bedeutung, um die Sicherheit und das Wohl von Kindern und Jugendlichen in der LHP zu gewährleisten. Die gesetzliche Pflicht zur Umsetzung des § 14 SGB VIII ist aktuell nur nachrangig und ohne fachlich-inhaltliche Verwaltungssteuerung erfüllt.

Diese Stelle bietet ein breites Aufgabenfeld, das von der Beobachtung, Bewertung und Analyse von Kinder- und Jugend-relevanten Themen und Gefährdungspotentialen bis hin zur Erarbeitung von Konzepten und der Entwicklung von Projekten insbesondere zu den Schwerpunkten Gewaltprävention, Radikalisierung, Prävention sexueller Gewalt, Kinder- und Jugendschutz im Kontext Medienbildung, Gefährdung durch Alkohol und Drogen reicht.

Darüber hinaus ist die Stelle für Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz auch für die Organisation, Durchführung und Nachbereitung von Informationen, Beratung und Fortbildung zuständig. Hierbei wird insbesondere mit jungen Menschen, Eltern, Gewerbetreibenden und Veranstaltern, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen sowie Ämtern und Behörden zusammengearbeitet. Die Stelle koordiniert Projekte, Anlässe, Prozesse und Termine, die sich mit dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz beschäftigen und unterstützt die sozialpädagogischen Einsätze bei spontanen und geplanten Großlagen mit Jugendlichen in der LHP.

Der Erzieherische Kinder- und Jugendschutz zielt darauf ab, junge Menschen zu befähigen, mit sich selbst und anderen verantwortlich umzugehen. Es soll sie zur Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen führen. Auch die Eltern und andere Erziehungsberechtigte sollen besser befähigt werden, Kinder und Jugendliche vor gefährdeten Einflüssen zu schützen.

Daher empfiehlt der Jugendhilfeausschuss der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich der Zustimmung.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE

**Betreff:** PLUS Programm

Erstellungsdatum 22.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

#### Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Die Mittel für das PLUS-Programm sollen im Jahr 2023 um 100.000 EUR und im Haushaltsjahr 2024 um 200.000 EUR erhöht werden.

Begründung:

Das Programm „Potsdamer Lern- und Unterstützungssysteme für schulbezogene Jugendhilfeleistungen an den Schulen der LHP“, kurz PLUS, existiert seit dem Schuljahr 2017/18. Durch das Förderprogramm sollen zeitlich begrenzte schulbezogene Projekte der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes initiiert werden. Die Projekte sollen sich an den Bedarfen von Schüler:innen orientieren. In den vergangenen Jahren überstieg der Umfang der beantragten Projekte die Fördersumme teils deutlich. So wurden 2021 überplanmäßig 80.000 € ausgegeben. Durch gestiegene soziale Bedarfe und die Eröffnung weiterer Schulen sollen die PLUS-Mittel nun angehoben werden, um eine gleichbleibende Dichte dieses erfolgreichen Programms zu gewährleisten und dauerhaft eine planmäßige Finanzierung möglichst vieler Projekte zu sichern.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Dr. Sigrid Müller; Stefan  
Wollenberg  
Fraktionsvorsitzende  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlichEinreicher: **Fraktion DIE aNDERE**

Betreff: Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte

Erstellungsdatum 21.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.04.2023	Finanzausschuss	X	
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt sind zusätzliche Mittel

**in Höhe von 140.000 Euro  
für die Umsetzung des Beschlusses 21/SVV/0963  
Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte**

einzustellen.

**Begründung:**

Seit vielen Jahren ist das Budget der unterrichtsergänzenden PLuS-Projekte für die Zusammenarbeit von Jugendförderträgern mit Schulen nicht erhöht worden. Dem stehen ständig wachsende Zahlen von Schüler\*innen und Schulen gegenüber. Zudem ist der Bedarf an Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe erheblich gestiegen.

Dem trägt die Verwaltung bislang dadurch Rechnung, dass die Zahl der Projekte pro Schule und das Budget pro Projekt gedeckelt werden. Allerdings stellt die Begrenzung des Zugangs zu Fördermitteln keinen akzeptablen Umgang mit der veränderten Situation dar. Stattdessen müssen sich die gestiegenen Bedarfe endlich im Haushalt sachgerecht niederschlagen.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Sozial.Die Linke

Betreff:  
Förderung  
der Kultur

Erstellungsdatum 22.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Ausschuss für Finanzen	x	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Im Ergebnishaushalt Budget des Fachbereichs Kultur sind zusätzlich in 2023 700.000 € und in 2024 910.000 € für diverse Projekte und Zielsetzungen einzustellen. Über die Verteilung entscheidet der Ausschuss für Kultur. ~~Nachrichtlich: Mittel aus dem Brandenburg-Paket verstärken lt. Änderungsliste der Verwaltung: 2023 in Höhe von ca. 270.000 € und 2024 in Höhe von ca. 330.000 € zum Ausgleich gestiegener Energiekosten bei den institutionell geförderten Einrichtungen den Ansatz.~~

~~Die Verwaltung wird beauftragt, diese Mittel insgesamt entsprechend den Bedarfsanmeldungen aus dem Kulturbereich aufzuteilen und dem Kulturausschuss (Sitzung am 22. Juni 2023) mitzuteilen.~~

**Begründung:** Für 2023 sind investiv 25.000 € für einen Erinnerungsort an die Bücherverbrennung am 22.05.1933 einzustellen.

Insgesamt geht es um folgende Zielsetzungen:

1. Lohngerechtigkeit für die freien Kulturträger sowie in den Kommunalen Gesellschaften  
Seit dem Haushalt 2017 hat die Landeshauptstadt Potsdam das Ziel verfolgt, die Zuschüsse für institutionell geförderte freie Kulturträger schrittweise an den TVÖD heranzuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es auch künftig einer weiteren Anhebung der Förderung der freien Kulturträger für diesen Zweck.

Zuletzt wurde diese Steigerung aus Corona bedingten Restmitteln beglichen, daher ist sie in der Mittelfristplanung nicht abgebildet. Der Haushaltsansatz 23/24 bedeutet daher ggü. 2022 eine Absenkung der Mittel. Innerhalb des Paketes soll für die Freien Träger ein Aufwuchs in 2023 um 250.000 € und 2024 um 250.000 €; sowie für HOT, Musikfestspiele und KAP ein Aufwuchs in 2023 um 250.000 € und 2024 um 300.000 € erreicht werden. Eine Dynamisierung der Zuschüsse der städtischen Gesellschaften und der KAP ist erforderlich, um Lohnsteigerungen zu ermöglichen (KAP und MuFe) bzw. Zuschläge zur sehr niedrigen Mindestgagen (HOT) bedienen zu können. Dies ist ureigene Verantwortung der Stadt für ihre Kultureinrichtungen. Personalkostensteigerungen dürfen nicht

aus dem künstlerischen Budget bedient werden und damit zu Lasten der Kultur- und Bildungsarbeit gehen.

Das Land Brandenburg stellt den Einrichtungen der LHP mit dem 4-jähriger Theater- und Orchesterrahmenvertrag dynamisierte Landesmittel iHv von kumuliert 500T EUR zur Verfügung, wenn die LHP auch dynamisiert.

### 2. Inflationsausgleich für die Freien Träger und städtischen Museen

Da vor allem die Betriebskosten inflationsbedingt steigen und weiterhin aus dem Kulturhaushalt beglichen bzw. gefördert werden, sinkt der prozentuale Förderanteil der direkten Kulturarbeit bei gleichbleibender und erst recht bei sinkender Förderung. Zusätzlich zur jährlichen Verringerung des Kulturetats am Gesamthaushalt verringert sich der Anteil der Kulturarbeit damit auf einen extrem geringen Anteil am Gesamthaushalt. Der öffentliche Auftrag der Kultur wäre damit gefährdet. In den Planungsansätzen der Freien Träger und der städtischen Museen einschließlich Gedenkstätte Lindenstraße ist ein Inflationsausgleich vorzusehen. Zusammen mit den Mitteln aus dem Brandenburg-Paket ist 2023 und 2024 ein Zuwachs von je 250.000 € abzusichern.

### 3. Kleinteilige Projektförderung

Potsdams vielfältiges, nach innen und außen ausstrahlendes Kulturleben wird ganz wesentlich von den Kleinteiligen Projekten sowie den ebenfalls sehr individuell geprägten größeren Projekten getragen. Dabei bereichern sowohl bewährte Formate wie die Bach-Tage ebenso ihr Publikum als auch neue Entwicklungen wie das Projekt der Tanzfabrik „dance fabrik“ oder der Kultursommer. Kultur Macht Potsdam hat sich ehrenamtlich als wichtiges Mittel der Koordination und Beteiligung der Kulturträger und als Partnerin der Kulturverwaltung etabliert und soll für die weitere Arbeit abgesichert werden. Der Planansatz für die „Kleinteilige Projektförderung“ ist zu verstärken sowie die Förderung von wichtigen Einzelprojekten wie Bach-Tagen, dance fabrik, Kultur Macht Potsdam u.a. zu berücksichtigen. Für das Jahr 2023 um 350.000 € und 2024, dann einschließlich Inselbühne und Kultursommer, sind Erhöhungen um 600.000 € abzusichern.

Nachrichtlich: Mittel aus dem Brandenburg-Paket verstärken sollen lt. Änderungsliste der Verwaltung: 2023 in Höhe von ca. 270.000 € und 2024 in Höhe von ca. 330.000 € zum Ausgleich gestiegener Energiekosten bei den institutionell geförderten Einrichtungen entlasten zur Verfügung stehen. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Mittel insgesamt entsprechend den Bedarfsanmeldungen aus dem Kulturbereich aufzuteilen und dem Kulturausschuss (Sitzung am 22. Juni 2023) mitzuteilen.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlichEinreicher: **Fraktion DIE aNDERE**Betreff: **Projektförderung Kultur**

Erstellungsdatum 21.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.04.2023	Finanzausschuss	x	
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt sind zusätzliche Mittel in Höhe von

**150.000 Euro**  
für eine 2. Welle Projektförderung Kultur im Jahr 2023 und

**160.000 Euro**  
für den Kultursommer 2024

einzustellen.

**Begründung:**

Die beantragten Mittel sollen die Umsetzung des Beschlusses 21/SVV/1254 *Potsdamer Kultursommer dauerhaft verstetigen* ermöglichen.

Durch zusätzliche Kulturangebote erhalten Künstler\*innen dringend erforderliche Einnahmen. Die Stadt profitiert durch höhere Einnahmen aus Übernachtungs- und Gewerbesteuern. Der beantragten Ausgabe stehen somit auch Einnahmen gegenüber.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlichEinreicher: **Fraktion DIE aNDERE**Betreff: **Höhere Zuwendungen für freie Kulturträger**

Erstellungsdatum 21.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.04.2023	Finanzausschuss	x	
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, die Personal- und Betriebskostenansätze für die freien Träger im Kulturbereich pauschal um 5% zu erhöhen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die dafür entstehenden Kosten nach Angeboten und Trägern aufzuschlüsseln und dem Kulturausschuss bis zum Juni 2023 zur Priorisierung vorzulegen.

**Begründung:**

Viele freie Träger haben seit vielen Jahren keine Erhöhungen ihrer Personal- und Sachkosten erhalten. Insbesondere Träger ohne Zuwendungsverträge sind von Haushaltssperren und Preissteigerungen besonders betroffen. Mit dem Antrag soll eine Grundlage dafür geschaffen werden, um schrittweise eine Erhöhung der Zuschüsse vorzunehmen.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

**Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Erstellungsdatum 06.04.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

**Budget für die Arbeit mit den Kulturerben ab 2024**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab dem Jahr 2024 für die „Kulturerbenarbeit“ ein eigenes Budget in Höhe von 20.000 Euro im Haushalt aufzunehmen.

#### Begründung:

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über ein großes kulturelles Erbe. Neben berühmten Zeugnissen der höfischen Bau- und Gartenkunst aus drei Jahrhunderten sind im Denkmalverzeichnis über 3000 Denkmalpositionen in unserer Stadt gelistet. Die größte Gruppe sind die Baudenkmäler, gefolgt von den archäologischen Funden, den geschützten Gärten und den Zeugnissen der Technikgeschichte.

Damit dieses kulturelle Erbe bewahrt und gepflegt werden kann, bedarf es jährlich großer Anstrengungen. Die Enthaltungs- und Pflegearbeiten werden im Wesentlichen von den Eigentümern der Denkmale und engagierten Bürgern in Vereinen organisiert und durchgeführt. In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es über 40 Potsdamer Vereine mit mehr als 2.000 Mitgliedern, die sich um die Pflege und Erhaltung ihres Denkmals aufopferungsvoll sorgen.

Um diesen Vereinen eine übergeordnete Organisation zu geben, wurde 2018 das Netzwerk „Kulturerben Potsdam. Bürgerschaftliches Engagement für Bau- und Gartenkultur“ gegründet. Der Dachverband ermöglicht allen beteiligten Vereinen den Austausch von Erfahrungen und Information und dient der Koordinierung der vereinsübergreifenden Öffentlichkeitsarbeit.

Getragen wird diese zur Zeit Arbeit von einer Arbeitsgruppe des Vereins Kulturstadt Potsdam e.V., die jedes Jahr in Abstimmung mit der Verwaltung und enger Zusammenarbeit mit der Unteren Denkmalschutzbehörde das Fest der Kulturerben auf dem Alten Markt organisiert. Ein festes Budget dafür gibt es bisher nicht. Zur besseren Planung, Organisation und Koordinierung wäre dies jedoch sehr hilfreich, zunächst bis zur Erstellung des „Konzeptes für bürgerschaftliches Engagement im Rahmen von Denkmalpflege und Stadtsanierung“ das auf Antrag der Fraktionen CDU, SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DS 21/SVV/0088) wurde, einen festen Betrag im Haushalt vorzusehen.

#### Deckung:

Die Leitung des Bereichs 442 Untere Denkmalschutzbehörde ist im Jahre 2023 nicht durchgehend besetzt, sodass die Mittel für diese Stelle nicht vollständig ausgeschöpft werden. Die nicht verbrauchten Mittel werden in das Jahr 2024 zur Deckung übertragen.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

---

Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

**Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Erstellungsdatum 18.04.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

**Förderung Netzwerk Potsdam KulturMachtPotsdam**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Jahr 2023: 25.000 Euro und das Jahr 2024: 40.000 Euro für das Netzwerk KulturMachtPotsdam im Doppelhaushalt 2003/2024 einzustellen.

**Begründung:**

KulturMachtPotsdam hat sich als Plattform in der Potsdamer Kunst- und Kulturlandschaft etabliert. Das Netzwerk bietet Austausch- und Unterstützungsangebote für Kulturschaffende, ermöglicht die Bündelung von Wissen und Ressourcen, schafft mehr Sichtbarkeit für Kunst und Kultur in der Stadtgesellschaft und wird mittlerweile von den Kulturschaffenden in Potsdam als Sprachrohr in die Politik und Verwaltung genutzt.

Um diese wichtige – und in Potsdam einzigartige – Aufgabe weiterführen zu können, ist das Netzwerk auf die Unterstützung der Stadt angewiesen.

Deckung:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage DS 22/SVV/1189 „Unbesetzte Stellen in der Verwaltung“ steht: „238 Stellen sind derzeit verwaltungsweit nicht besetzt. Insgesamt hat die LHP mit Stand 30.11.2022 eine Stellenbesetzungsquote von 87 %. Am Ende des Jahres 2021 lag diese bei 83,4 %.“ Darüber hinaus wird mitgeteilt: „Es sind aktuell 43 Stellen ausgeschrieben und in Bearbeitung.“ Aus diesen Antworten geht eindeutig hervor, dass die Stellenbesetzungsquote von 100% nicht erreicht werden kann und die Anzahl der Besetzungsvorgänge mit dem tatsächlichen Bedarf nicht mithalten kann. Durch die zusätzlich eingeplanten 290 Stellen wird die Situation noch verschärft. Eine Besetzungsquote von 95% erscheint absehbar auch aufgrund der Arbeitsmarktsituation nicht erreichbar. Folglich können nicht alle im Haushalt eingestellten Mittel für Personal ausgeschöpft werden, sodass die planbar zu erwartenden nicht abgerufenen Mittel für weitere Aufgaben, insbesondere zur Bildung von Schwerpunkten risikolos eingeplant werden können.

Darüber hinaus wurde bei der Vorstellung des Haushalts im Hauptausschuss am 29.03. deutlich, dass die neu geforderten Stellen nicht alle durch eine geprüfte Aufgabenbeschreibung betätigt werden können.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Haushaltssatzung 2023/24 Geschäftsbereich 2 Kultur

Erstellungsdatum 17.4.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
11.05.2023	Kulturausschuss	X	

**Änderungsvorschlag:**

1. Inflationausgleich Freie Träger Kultur  
Erhöhung um 200.000 Euro jeweils für die Jahre 2023 und 2024
2. Förderung Kultursommer  
Erhöhung um 200.000 Euro jeweils für die Jahre 2023 und 2024
3. Förderung Inselbühne  
mit 100.000 Euro jeweils für die Jahre 2023 und 2024

## Deckung:

Streichung der Mittel für BKG gGmbH  
2023: 373.800 Euro  
2024: 374.900 Euro

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktion DIE LINKE



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

**Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Erstellungsdatum 25.04.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

**Schaffung einer Personalstelle für die Zeitzeugenarbeit**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Fachbereich 24 eine Personalstelle für die Zeitzeugenarbeit (wie vom Fachbereich in der Personalbedarfsanalyse angezeigt) zu schaffen.

**Begründung:**

Zeitzeugenarbeit ist wichtig, weil sie dazu beitragen kann, unsere Beziehung zur Vergangenheit zu vertiefen, unsere Empathie und unser Verständnis für menschliche Erfahrungen zu fördern, unsere Erinnerungskultur zu stärken und kritische Reflexionen über historische Ereignisse und unsere heutige Gesellschaft zu fördern. Durch die Aufnahme und Bewahrung der Erinnerungen von Zeitzeugen können wir sicherstellen, dass ihre Geschichten für zukünftige Generationen erhalten bleiben und dass die Bedeutung wichtiger historischer Ereignisse nicht in Vergessenheit gerät.

Die Bedeutung der Zeitzeugenarbeit wird im Kulturausschuss seit langem diskutiert. In der Sitzung des Kulturausschusses am 28.11.2019 wurde vorgeschlagen, eine zentrale Anlaufstelle beim Potsdam Museum für die Zeitzeugenarbeit zu schaffen, bei der sich die Interessierten sowie Zeitzeugen melden können, um weitergehende Informationen zu erhalten. Die damalige Beigeordnete erklärte, dass das Potsdam Museum die Aufgabe übernehmen und dort eine zentrale und koordinierende Anlaufstelle aufbauen solle. In der aktuellen Personalbedarfsanalyse (Anhang: Zusammenfassung Mehrbedarf HH 2023/2024) wird der Mehrbedarf seitens des Fachbereiches 24 angezeigt. Dieser wurde im Haushalt 2023/2024 nicht berücksichtigt.

Deckung:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage DS 22/SVV/1189 „Unbesetzte Stellen in der Verwaltung“ steht: „238 Stellen sind derzeit verwaltungsweit nicht besetzt. Insgesamt hat die LHP mit Stand 30.11.2022 eine Stellenbesetzungsquote von 87 %. Am Ende des Jahres 2021 lag diese bei 83,4 %.“ Darüber hinaus wird mitgeteilt: „Es sind aktuell 43 Stellen ausgeschrieben und in Bearbeitung.“ Aus diesen Antworten geht eindeutig hervor, dass die Stellenbesetzungsquote von 100% nicht erreicht werden kann und die Anzahl der Besetzungsvorgänge mit dem tatsächlichen Bedarf nicht mithalten kann. Durch die zusätzlich eingeplanten 290 Stellen wird die Situation noch verschärft. Eine Besetzungsquote von 95% erscheint absehbar auch aufgrund der Arbeitsmarktsituation nicht erreichbar. Folglich können nicht alle im Haushalt eingestellten Mittel für Personal ausgeschöpft werden, sodass die planbar zu erwartenden nicht abgerufenen Mittel für weitere Aufgaben, insbesondere zur Bildung von Schwerpunkten risikolos eingeplant werden können.

Darüber hinaus wurde bei der Vorstellung des Haushalts im Hauptausschuss am 29.03. deutlich, dass die neu geforderten Stellen nicht alle durch eine geprüfte Aufgabenbeschreibung betätigt werden können.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlichEinreicher: **Fraktion DIE aNDERE**Betreff: **Gedenkstätte Lindenstraße 54**

Erstellungsdatum 21.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.04.2023	Finanzausschuss	x	
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt sind zusätzliche Mittel in Höhe von 42.000 Euro  
**für die Forschung der Gedenkstätte Lindenstraße** einzustellen.

**Begründung:**

Die Dauerausstellung in der Gedenkstätte Lindenstraße 54 bedarf besonders im Modul 1945-1952 dringend einer inhaltlichen Überarbeitung und einer Modernisierung. Voraussetzung für die Überarbeitung sind Forschungen der Gedenkstätte. Die Gedenkstättenleitung hat bereits Fördermittel eingeworben. Deren Auszahlung ist allerdings an die Kofinanzierung in Höhe von 42.000 Euro gebunden.

Da die Gedenkstätte ein wichtiger Lernort auch für Schüler\*innen ist, sollte die Dauerausstellung bildungspolitischen Mindeststandards entsprechen. Die vermittelten Informationen sollten korrekt und vollständig sein und methodisch so aufbereitet sein, dass sie niedrigschwellig an verschiedene Zielgruppen vermittelt werden.

Die Modernisierung der Ausstellung kann auch zur Erhöhung der Zahl der Besucher\*innen beitragen und damit einen Teil der beantragten Mittel refinanzieren.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlichEinreicher: **Fraktion DIE aNDERE**Betreff: **Ideen- und Realisierungswettbewerb Glockenspiel**

Erstellungsdatum 21.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.04.2023	Finanzausschuss	x	
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt sind zusätzliche Mittel

in Höhe von 150.000 Euro

**für die Umsetzung des Beschlusses 21/SVV/1233  
Ideen- und Realisierungswettbewerb Glockenspiel**

einzustellen.

**Begründung:**

Obwohl der Vorschlag im Kulturausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung eine große Zustimmung erhielt, wurde er bislang nicht umgesetzt, weil die erforderlichen Mittel nicht im Haushalt nicht eingestellt sind.

Wir halten eine künstlerische Kommentierung des nunmehr unter Denkmalschutz gestellten Glockenspiels - wie sie die Obere Denkmalbehörde angeregt hat - auch in Zeiten knapper Kassen für dringend erforderlich.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.  
23/SVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion Sozial. DIE LINKE

**Betreff:** Erweiterung der Musikschule sicherstellen

Erstellungsdatum \_\_\_\_\_  
Eingang 922: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, gemäß Beschluss DS 21/SVV/1364, wie und bis wann für die Einrichtung des bereits beschlossenen 3. Standortes für die städtische Potsdamer Musikschule in Krampnitz die integrierte Lösung der Angliederung an einen Schulstandort – mit separaten Räumen und Zugang - erfolgen kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist dann in die (Bebauungs-)Planung der Schule bzw. des Standortes einzubeziehen. Dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport ist bis zum dritten Quartal 2023 zu berichten.

~~Für die Einrichtung des bereits beschlossenen 3. Standortes für die städtische Potsdamer Musikschule in Krampnitz sind die notwendigen Planungs- und Realisierungsmittel in der Mittelfristplanung einzustellen.~~

~~Die integrierte Planung an einem der Krampnitzer Schulstandorte oder hilfsweise an einen anderen Standort im Entwicklungsgebiet ist ab sofort verbindlich vorzunehmen und in die (Bebauungs-)Planung der Schule bzw. des Standortes einzubeziehen.~~

**Begründung:**

Gemäß Beschluss der Drucksache 21/SVV/1364 ist in den Planungen für Krampnitz 5000 die Einrichtung einer dauerhaften Zweigstelle der städtischen Musikschule in Krampnitz zu sichern und die dafür notwendigen planerischen Voraussetzungen zu schaffen. Die Verwaltung präferiert dabei die integrierte Lösung der Angliederung an einen Schulstandort – mit separaten Räumen und Zugang, durch den sich trotzdem Synergieeffekte ergeben.

Da die Krampnitzer Schulen alle gerade bereits in der Bauausführung bzw. der fortschreitenden Planung sind, für die weiterführende Schule z. B. bereits Wettbewerbsergebnisse vorliegen etc., drängt die Zeit, um die Räumlichkeiten wunschgemäß zu integrieren oder einen Ersatzstandort

verbindlich festzulegen.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.Die Linke, SPD

**Betreff:** Einrichtung einer Fahrradstaffel

Erstellungsdatum 22.5.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Ausschuss für Finanzen	x	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Einrichtung einer Fahrradstaffel sind 50.000 € als Investitionsmittel sowie bis zu sechs zusätzliche Vollzeitstellen im Ordnungsamt einzurichten. Diese sind im Wege der Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen auszusteuern.

**Begründung:**

Gemäß Beschluss 20/SVV/1216 soll eine Fahrradstaffel des Ordnungsamts die Erhöhung der Sicherheit von Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen, insbesondere Kindern, Älteren und körperlich beeinträchtigten Menschen durchsetzen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Ahndung falsch parkender PKW auf Rad- Fuß- und Rettungswegen. In zahlreichen Kommunen hat sich das Konzept der Fahrradstaffel als erfolgreich und wirksam bewährt: Der Vorteil ist insbesondere, dass Mitarbeiter\*innen, die sich mit dem Fahrrad durch den Straßenverkehr auf Radwegen bewegen, Hindernisse aus der Perspektive von Radfahrer\*innen besser wahrnehmen. Sie sind zudem für Bürger\*innen leichter ansprechbar. Im dichten Stadtverkehr sind sie flexibler, wendiger und schneller unterwegs. Zudem tragen die eingesetzten Fahrzeuge nicht zusätzlich zum Autoverkehrsaufkommen und Abgasen bei. Die Praxis zeigt, dass die nötigen Arbeitsmaterialien mit dem Fahrrad mitgeführt werden können.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

---

Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE, B'90 / Grüne, SPD

Betreff: Mittel für die Schaffung einer Fahrradstaffel

Erstellungsdatum 15.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Errichtung einer Fahrradstaffel - Gemäß Beschluss 20/SVV/1216 der Stadtverordnetenversammlung vom 03.03.2021 – sind im Haushaltsjahr 2024 50 T € für Sachaufwendungen einzustellen.

Begründung:

In vielen Städten setzt das Ordnungsamt bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs verstärkt auf eine Fahrradstaffel. Das wird als ein echter Zugewinn für die Sicherheit gesehen. Die Präsenz der Verkehrsüberwachung wird deutlich gestärkt auch weil die Einsatzorte dem Bedarf entsprechend schnell gewechselt und die Überwachung der Verkehrsanlagen wesentlich effektiver realisiert werden kann.

Damit die Mobilitätswende gelingt, braucht es auch optimale Rahmenbedingungen für Fahrradfahrer. Das bedeutet einerseits ein gutes Radwegenetz und andererseits mehr Sicherheit für die Radfahrenden. Aus Erfahrungen anderer Kommunen kann eine Fahrradstaffel für mehr Sicherheit sorgen. Daher müssen wir bereits 2023 mit der Etablierung angefangen und nicht erst bis 2025 warten.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller  
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

**Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Erstellungsdatum 06.04.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

#### Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

##### Potsdamer Verwaltung zukunftsfest aufstellen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam verstehen sich als Dienstleister für die Bevölkerung, die Unternehmen und die Gäste Potsdams. Sie leisten großartige Arbeit, müssen mit weniger Personal jedoch immer mehr Aufgaben bewältigen. Dies stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor enorme Herausforderungen. Um den Servicecharakter der Landeshauptstadt Potsdam zu verbessern, müssen diese Prozesse mit zusätzlichem Personal abgefangen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab dem Jahr 2023

- a) die Potsdamer Führerscheinstelle sowie
- b) die Potsdamer Zulassungsstelle

personell, jeweils um 2 VzÄ aufzustocken.

#### Begründung:

Innerhalb der Führerschein- sowie Zulassungsstelle entsteht durch zusätzliche Aufgaben Mehraufwand.

#### Führerscheinstelle

Auf Grund der EU-Richtlinie 2006/126/EG i.V.m. § 24a Abs. 1 FeV wird die Gültigkeit aller ab dem 19.01.2013 ausgestellten Führerscheine auf 15 Jahre befristet. Gemäß § 24a Abs. 2 S.1 FeV sind alle vor dem 19.01.2013 ausgestellten Führerscheine nach den Vorgaben der Anlage 8e FeV umzutauschen. Die Umtauschphase hat mit den Jahrgängen 1953 bis 1958 begonnen. Papierführerscheininhaber dieser Jahrgänge waren verpflichtet, ihren Führerschein bis zum 19.01.2022 umzutauschen. Der Verordnungsgeber verlängerte diese Frist bis zum 19.07.2022, da der Umtausch durch die Fahrerlaubnisbehörden nicht umsetzbar war. Seit dem Jahr 2021 müssen demnach alle Führerscheine alle 15 Jahre umgetauscht werden.

#### Zulassungsstelle

Mit dem 01.09.2023 soll die Verordnung zum Neuerlass der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften in Kraft treten. Laut einer Stellungnahme des Deutschen Städtetages vom 13.07.2022 wird, *„das Ziel, die Zulassungsbehörden für eine schnelle und effiziente Abwicklung der Vorgänge durch möglichst automatisierte einheitliche Zulassungsprozesse zu entlasten, mit dem vorliegenden Entwurf allerdings nicht hinreichend befördert. Durch das Belassen der Plaketten und zusätzlichem Plakettenträger bei digitalen Prozessen sowie anderer nicht mehr notwendiger Prozesse bei Ausschöpfung aller digitalen und rechtlichen Möglichkeiten (Once Only Prinzip) wird mit Stand von i-Kfz Stufe 3 von einem höheren Aufwand für die Zulassungsbehörden ausgegangen. Durch zusätzliche weitere Pflichten der Zulassungsbehörden bei i-Kfz Stufe 4 wird sich der Aufwand noch vergrößern und ein Entlastungseffekt vorerst nicht eintreten.“*

Weiter heißt es: *„Aufgrund des Beibehaltens aller Unterlagen und Dokumente mit Beginn des digitalen Prozesses der Abmeldung (Stufe 1), der Wiederanmeldung (Stufe 2) und der Neuzulassung und weiterer Prozesse (Stufe 3) ist der digitale Prozess mit einem Mehraufwand (Erhebung und Speicherung weiterer Kfz-Daten, Sicherheitscodes) gegenüber dem analogen Prozess verbunden. Diesen Mehraufwand der Zulassungsbehörden hatte der Verordnungsgeber in der Dritten Verordnung der Änderung der Fahrzeugzulassungs-Verordnung und der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr anerkannt.“* Demnach ergibt sich *„... insgesamt [...] ein Anstieg des Erfüllungsaufwands in den Zulassungsbehörden ab 2022 i. H. v. ca. 7,2 Mio. Euro pro Jahr für Personal. Durch die Umstellung der Prozesse in den nach Landesrecht zuständigen Behörden und die Schulungen des relevanten Personals entsteht insgesamt auf Landes-/Kommunalebene zusätzlicher einmaliger Erfüllungsaufwand für Personal von ca. 591 .000 Euro und 1 Mio. Euro für Sachaufwendungen. Insgesamt wird für die Verwaltung ein einmaliger Umstellungsaufwand i. H. v. 1,652 Mio. Euro und zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand i.H. v. 7,2 Mio. Euro erwartet.“*

Deckung:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage DS 22/SVV/1189 „Unbesetzte Stellen in der Verwaltung“ steht: „238 Stellen sind derzeit verwaltungsweit nicht besetzt. Insgesamt hat die LHP mit Stand 30.11.2022 eine Stellenbesetzungsquote von 87 %. Am Ende des Jahres 2021 lag diese bei 83,4 %.“ Darüber hinaus wird mitgeteilt: „Es sind aktuell 43 Stellen ausgeschrieben und in Bearbeitung.“ Aus diesen Antworten geht eindeutig hervor, dass die Stellenbesetzungsquote von 100% nicht erreicht werden kann und die Anzahl der Besetzungsvorgänge mit dem tatsächlichen Bedarf nicht mithalten kann. Durch die zusätzlich eingeplanten 290 Stellen wird die Situation noch verschärft. Eine Besetzungsquote von 95% erscheint absehbar auch aufgrund der Arbeitsmarktsituation nicht erreichbar. Folglich können nicht alle im Haushalt eingestellten Mittel für Personal ausgeschöpft werden, sodass die planbar zu erwartenden nicht abgerufenen Mittel für weitere Aufgaben, insbesondere zur Bildung von Schwerpunkten risikolos eingeplant werden können.

Darüber hinaus wurde bei der Vorstellung des Haushalts im Hauptausschuss am 29.03. deutlich, dass die neu geforderten Stellen nicht alle durch eine geprüfte Aufgabenbeschreibung betätigt werden können.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

**Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Erstellungsdatum 06.04.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

**Ordnungsamt: mehr Stellen zur Erhöhung der Präsenz im Stadtgebiet**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zur Erhöhung der Präsenz des Ordnungsamtes im öffentlichen Raum und den verstärkten Einsatz an Brennpunkten, vier weitere Mitarbeiter für diese Einsatzaufgabe einzustellen.

**Begründung:**

Ordnung und Sicherheit sind ein Grundbedürfnis der Bevölkerung. Jeder verfolgt die Entwicklung und bewertet subjektiv die Situation. Man erwartet zurecht, dass seitens der Stadt alles getan wird, was möglich ist, damit sich jeder überall in der Stadt sicher fühlen kann. Zu begrüßen ist der Personalaufwuchs im Bereich Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz. Was jedoch allgemein wahrgenommen wird und sich in der Praxis auch positiv auswirkt, ist die Präsenz des Ordnungsamtes in der Öffentlichkeit. In einer stark wachsenden Stadt sollte dem Rechnung getragen werden und vor allem an den bekannten Brennpunkten, sollte die Präsenz erhöht werden. Die Entwicklung in Golm ist der beste Beweis dafür. Allein durch eine erhöhte Präsenz von Ordnungskräften wäre es vermutlich nicht zu der in den Medien ausführlich beschriebenen Situation gekommen. Der Ansatz im sozialen Bereich ist zwar richtig, jedoch alleine nicht ausreichend.

Deckung:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage DS 22/SVV/1189 „Unbesetzte Stellen in der Verwaltung“ steht: „238 Stellen sind derzeit verwaltungsweit nicht besetzt. Insgesamt hat die LHP mit Stand 30.11.2022 eine Stellenbesetzungsquote von 87 %. Am Ende des Jahres 2021 lag diese bei 83,4 %.“ Darüber hinaus wird mitgeteilt: „Es sind aktuell 43 Stellen ausgeschrieben und in Bearbeitung.“ Aus diesen Antworten geht eindeutig hervor, dass die Stellenbesetzungsquote von 100% nicht erreicht werden kann und die Anzahl der Besetzungsvorgänge mit dem tatsächlichen Bedarf nicht mithalten kann. Durch die zusätzlich eingeplanten 290 Stellen wird die Situation noch verschärft. Eine Besetzungsquote von 95% erscheint absehbar auch aufgrund der Arbeitsmarktsituation nicht erreichbar. Folglich können nicht alle im Haushalt eingestellten Mittel für Personal ausgeschöpft werden, sodass die planbar zu erwartenden nicht abgerufenen Mittel für weitere Aufgaben, insbesondere zur Bildung von Schwerpunkten risikolos eingeplant werden können.

Darüber hinaus wurde bei der Vorstellung des Haushalts im Hauptausschuss am 29.03. deutlich, dass die neu geforderten Stellen nicht alle durch eine geprüfte Aufgabenbeschreibung betätigt werden können.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne, Die Andere, DIE LINKE

Betreff: Mietkostenzuschuss Autonomes Frauenzentrum

Erstellungsdatum 15.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- (1) Die Förderung für das Autonome Frauenzentrum Potsdam e.V. ist für das Haushaltsjahr 2024 um 15.600,- € zu erhöhen. Die Auszahlung des erhöhten Ansatzes ist an den Abschluss eines Mietvertrages mit der PWG „Karl Marx“ zu koppeln.
- (2) Ab dem Haushaltsjahr 2025 ist die erhöhte Förderung entsprechend zu verstetigen (mind. 20.000,- € p.a.), um den erhöhten Mietaufwand dauerhaft abzusichern.

Deckungsquelle für 2024:

Nicht verausgabte Personalmittel Stelle Gleichstellungsbeauftragte in 2023

Begründung:

Das Autonome Frauenzentrum Potsdam, das Netzwerk der Brandenburgischen Frauenhäuser e.V. und der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. planen für 2024 die Einrichtung eines gemeinsamen „Zentrums der Frauen“ im neuen Quartier in der Potsdamer Mitte.

Dieses neue Zentrum soll ein Ort der Begegnungen mit Platz für Kunst und Kultur, für Bildung und Demokratiestärkung und für die Repräsentanz frauen- und gleichstellungspolitischer Interessen Potsdams und Brandenburgs werden.

An diesem Ort wollen die Frauenorganisationen mit vielen unterschiedlichen Bildungs- und Kulturformaten sichtbar für die Gleichstellung der Geschlechter eintreten und Synergien für die Frauen\* in Stadt und Land erzeugen.

Die drei Organisationen werden sich die entstehenden Mietkosten teilen. Dabei entfallen ca. 2/3 auf die beteiligten Landesverbände, 1/3 wäre durch das Autonome Frauenzentrum Potsdam zu tragen.

Das Netzwerk der Brandenburgischen Frauenhäuser e.V. und der Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V. als Träger u.a. der Projekte "Koordinierungsstelle "FrauenOrte", "Vielfalt, Teilhabe, Parität" werden langjährig durch das Land Brandenburg gefördert. Das Land unterstützt das Vorhaben „Haus der Frauen“ finanziell und ideell.

Das Autonome Frauenzentrum benötigt eine entsprechende Erhöhung des Fördermittelansatzes, um die Steigerung des Aufwands für Miete und Betriebskosten gegenüber dem aktuellen Standort tragen zu können.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller

Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Stellenanpassung Frauenhaus

Erstellungsdatum 29.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	x	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In 31560 „Soziale Einrichtungen für Frauen“ des Fachbereich 39 sind ~~ist~~ ab dem Jahr 2023 finanzielle Mittel als Zuschuss zur Förderung einer halben Stelle im Frauenhaus **0,5-zusätzliche-VZE-zur-Förderung-Frauenhaus** einzustellen vorzusehen.

**Begründung:**

~~Der Fachbereich 39 hat im Rahmen der Haushaltsaufstellung 0,5 VZE zur Förderung Frauenhaus mehr beantragt, als schlussendlich bewilligt.~~ Die Zunahme der Beanspruchung der Frauenhäuser, aber auch die Verpflichtung der Landeshauptstadt Potsdam zur Einhaltung der Istanbul Konvention, machen eine bedarfsgerechte Ausstattung der Frauenhaus Strukturen unerlässlich.

~~Deckung: Absicherung durch Verschiebung innerhalb des bestehenden Stellenplans~~

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert

Zöller  
Fraktionsvorsitzende  
\_\_\_\_\_  
Unterschrift


 Änderungsantrag

zur Drucksache Nr.

 Ergänzungsantrag

23/SVV/0219

 Neue Fassung

 öffentlich

Einreicher: **Fraktion DIE aNDERE**

Betreff: **Kostenlose Verhütungsmittel**

Erstellungsdatum 21.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.04.2023	Finanzausschuss	x	
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt sind zusätzliche Mittel

in Höhe von 228.000 Euro

**für die Umsetzung des Beschlusses 22/SVV/124  
Kostenübernahme für Verhütungsmittel**

einzustellen.

#### Begründung:

Mit der Mitteilungsvorlage 22/SVV/0882 legte die Stadtverwaltung ein Prüfergebnis vor, in dem das präferierte Modell zur Umsetzung des o.g. Beschlusses und die daraus entstehenden Kosten dargestellt werden. Da diese Mittel bislang nicht im Haushaltsentwurf eingestellt sind, beantragen wir die Etatisierung dieses mit großer Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Vorschlages.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.  
23/SVVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen; Sozial.DIE LINKE

**Betreff:** Mittel Freiwillige Feuerwehr

Erstellungsdatum 22.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

### **Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Freiwilligen Feuerwehren ~~feuweheren~~ ~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt~~ wird im Doppelhaushalt 23/24 ab dem Jahr 2023 eine Zahlung ~~für das 2024~~ in Höhe von ~~4000€~~ 8.000 EUR pro Jahr eingestellt. ~~und für die Freiwilligen Feuerwehren einzustellen.~~

### **Begründung:**

Die Freiwilligen Feuerwehren bilden das Rückgrat für einen funktionierenden Brand- und Katastrophenschutz. Darüber hinaus, sind sie oftmals sozialer Anker eines Orts- bzw. Stadtteils. Mit der Zahlung an die Freiwilligen Feuerwehren, soll eine unkomplizierte Finanzierung des Vereinslebens ermöglicht werden. Der Verwendungszweck obliegt den jeweiligen Freiwilligen Feuerwehren.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne

Betreff: Nachbarschafts- und Begegnungshäuser/ Stadteilkoordination

Erstellungsdatum 29.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In 28404 „Nachbarschafts- und Begegnungshäuser“ des Fachbereich 39 sind ab 2023 **zwei zusätzliche VZE für die Stadteilkoordination** einzustellen.

**Begründung:**

Die Arbeit der Stadteilkoordinator:innen sichern die Partizipation und Teilhabe der Menschen in einem Stadtteil. Sie lassen Menschen durch Veranstaltungen zusammenkommen, wo sonst Vereinzelung und Einsamkeit drohen, sie befördern den Austausch zwischen Generationen, bauen Grenzen durch Begegnungen ab, sorgen dafür, dass soziale Teilhabe gelebt werden und die Gestaltungswünsche und Bedürfnisse der Nachbarschaft Raum finden. All das ist gerade nach der Corona Pandemie und auf Grund der Energiekrise unerlässlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und muss gestärkt werden.

**Deckung:** ~~Absicherung durch Verschiebung innerhalb des bestehenden Stellenplans~~  
Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller  
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne

Betreff: Personal „Bezahlbares Wohnen“

Erstellungsdatum 29.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In 52201 „Soziale Wohnraumversorgung“ des Fachbereich 39 ist ab 2023 **eine zusätzliche VZE für das Projekt bezahlbares Wohnen** einzustellen.

#### Begründung:

Bei dem Projekt bezahlbares Wohnen handelt es sich um eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe der Landeshauptstadt Potsdam. Trotz Anmeldung zur Haushaltsaufstellung wurde diese Stelle bisher nicht genehmigt.

Deckung: ~~Absicherung durch Verschiebung im bestehenden Stellenplan.~~ Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert

Zöller  
Fraktionsvorsitzende

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne

Betreff: Erhaltungssatzung

Erstellungsdatum 15.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In 52201 „Soziale Wohnraumförderung“ des Fachbereichs 39 sind ab 2023 bis zu **zwei zusätzliche VZE für die Erstellung von Sozialen Erhaltungssatzungen** einzustellen.

**Begründung:**

Mit dem Bereich südlich des Hauptbahnhofes und Babelsberg Süd erhalten zwei Potsdamer Gebiete demnächst die ersten beiden Sozialen Erhaltungssatzungen Brandenburgs. Hier werden zukünftig Baumaßnahmen, die zu einer Aufwertung der Gebäude führen könnten, unter Genehmigungsvorbehalt der Kommune gestellt. Damit soll eine Änderung der Sozialen Durchmischung in den Gebieten vermieden und Verdrängung unterbunden werden. Doch auch andere Potsdamer Stadtgebiete sind von Gentrifizierung bedroht. Um diese Prozesse zu stoppen, ist es dringend notwendig schnellstmöglich in die langwierige Analyse der Sozialstruktur vor Aufstellung der Satzungen einzutreten. Aus diesem Grund muss der Fachbereich zur Erarbeitung zukünftiger Sozialerhaltungssatzungen dringend personell aufgestockt werden.

Deckung: Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen.

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller  
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Sozial.DIE LINKE, SPD, B'90 / Grüne

Betreff: Personalzuwachs Einbürgerungsbehörde

Erstellungsdatum 29.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In 31550 „Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer“ des Fachbereichs 39 sind für die Jahre 2023 und 2024 jeweils bis zu **drei zusätzliche VZE für Einbürgerungsverfahren einzustellen** vorzusehen.

**Begründung:**

Am 31.12.2022 entfielen von den insgesamt 4568 offenen Einbürgerungsverfahren im Land Brandenburg alleine 1344 auf die Landeshauptstadt Potsdam. Antragsstellende klagen seit Monaten über langwierige Verfahren, die Verwaltung schafft es aktuell nicht den Verfahrenstau abzuarbeiten. Dies wird trotz interner Umstrukturierungsmaßnahmen schlussendlich nur mit Personalaufwuchs gelingen. Aus diesem Grund wurde ein Bedarf von insgesamt 5 zusätzlichen Stellen angemeldet, allerdings wurden nur zwei bewilligt. Der vorliegende Änderungsantrag hat zum Ziel die bestehende Personallücke zu schließen.

Deckung: Absicherung durch Priorisierung und Verschiebung innerhalb der mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen 290 neuen Stellen. ~~des bestehenden Stellenplans~~

gez. Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg; Babette Reimers; Pete Heuer, Saskia Hüneke; Dr. Gert  
Zöller  
Fraktionsvorsitzende \_\_\_\_\_  
Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

DS 23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion Mitten in Potsdam

Betreff: Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2023/2024

Erstellungsdatum 16.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.04.2023	Ausschuss für Finanzen		

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den bisherigen Ansatz in der Haushaltssatzung, dort Produkt 57, Produktgruppe 571, Produkt 5710000, Konto 57100005317100 um 50 T€ zur Finanzierung des „Gründungspreises der Landeshauptstadt Potsdam“ zu erhöhen.

Zur Deckung ist der Haushaltsansatz für die Machbarkeitsstudie zum „Haus der Demokratie“ entsprechend zu reduzieren.

**Begründung:**

In der 31. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 07.09.2022 wurde der OBM beauftragt, in einem Exposé einen jährlich auszulobenden Gründungspreis zu prüfen, der „Start-ups“ mit Unternehmenssitz in Potsdam auszeichnen soll.

Dazu war den Stadtverordneten und ein Exposé vorzulegen. Dabei sollten den Stadtverordneten unter anderem Vorschläge bezüglich möglicher inhaltlicher Schwerpunktsetzung, der Vergabekriterien, der Juryzusammensetzung und des Inhalts des Preises unterbreitet werden.

Mit der Mitteilungsvorlage 22/SVV/1028 „Gründungspreis der Landeshauptstadt Potsdam“ ist der Oberbürgermeister dem Prüfauftrag nachgekommen und hat das „Exposé Gründungspreis“ (22/SVV/0437) vorgelegt.

Danach soll ein Potsdamer Gründungspreis alle 2 Jahre verliehen und mit einem Preisgeld dotiert werden. Mit der Verleihung des Potsdamer Gründungspreises ist von einem Gesamtbudget von mindestens 50 T€ auszugehen (Exposé Gründungspreis Potsdam (22/SVV/0437)).

Diese 50T€ sind wie beantragt in der Haushaltssatzung einzustellen.

Angesichts der aktuell bestehenden nicht unerheblichen Unwägbarkeiten im Hinblick auf eine Realisierung des „Hauses der Demokratie“ sind die dort geplanten Haushaltsmittel entsprechend zu kürzen.

In der Abwägung des Einsatzes der eingeplanten Mittel ist die Förderung des „Gründungspreises der Landeshauptstadt Potsdam“ nicht nur leichter realisierbar, sondern setzt auch ein unstreitig positives Zeichen für prosperierende Entwicklung und Gestaltung Potsdams. Die wirtschaftliche Zukunft liegt auch und gerade in den Händen der Gründerinnen und Gründer in Potsdam. Dieses gilt es unbedingt zu fördern.

Gez. Dr. Wieland Niekisch, Fraktionsvorsitzender  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlichEinreicher: **Stadtverordneter Ralf Jäkel Fraktion DIE LINKE**

Betreff: Gehwegreparaturen Haushaltssatzung 2023/2024

Erstellungsdatum 18.04.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
18.04.2023	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und ländliche Entwicklung	X	

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die StVV möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zusätzliche Mittel im Haushalt einzustellen, mit denen dringend nötige Reparaturen von Gehwegen in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt werden. Dabei geht es zunächst um folgende Vorhaben aus der Dringlichkeitsliste, die bisher im Plan nicht berücksichtigt werden konnten:

-Haeckelstraße Schuwegsicherung	80.000 Euro
-Auf dem Kiewitt, 1. Bauabschnitt	350.000 Euro
-Gluckstraße rechter Gehweg M-Bartholdy-Straße bis Flotowstraße	350.000 Euro
-Am Moosfenn (Pflegeheim) Saarmunder Straße bis Kiefernring	350.000 Euro

Deckungsquelle wird nachgereicht.

**Begründung:**

Die Reparatur von Gehwegen ist in vielen Wohngebieten überfällig. Um den erheblichen Sanierungsstau zu verringern sind die genannten Maßnahmen geboten zur Verbesserung der Lebensqualität insbesondere auch der älteren Mitbürger unserer Stadt.

Ralf Jäkel Fraktion DIE LINKE

Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

**Einreicher:** Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Sozial.Die Linke

**Betreff:** Fortführung des Klimafonds

Erstellungsdatum 22.5.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Ausschuss für Finanzen	x	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

### **Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Weiterführung des Klimafonds für kleinteilige und niedrigschwellige Klimaschutzmaßnahmen sind zusätzlich zu den im Haushaltsentwurf vorgesehenen 150.000 € jährlich weitere 50.000 € pro Jahr einzustellen.

Begründung:

Der Klimaschutzfonds bezweckt eine unbürokratische Förderung von Privatpersonen für Klimaschutzmaßnahmen, wie etwa Balkonkraftwerke, Lastenräder, Heizungstausch etc. Er hat sich im Jahr 2022 als äußerst erfolgreiches und populäres Programm herausgestellt. Das Gesamtvolumen von bislang 50.000 € war nach sehr kurzer Zeit aufgebraucht. Daher soll diese einfache und niedrigschwellige Maßnahme zur Förderung des kommunalen Klimaschutzes mit erhöhtem Volumen fortgeführt werden.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

**Einreicher:** Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Sozial.Die Linke

**Betreff:** Beschleunigte Umsetzung des Radverkehrskonzeptes

Erstellungsdatum 22.5.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Ausschuss für Finanzen	x	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

### **Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die beschleunigte Umsetzung von Maßnahmen der Priorität I des Radverkehrskonzeptes sind für die Jahre 2023 und 2024 jeweils 150.000 € einzustellen.

Begründung:

Die signifikante Erhöhung des Radverkehrs im ModalSplit, aber auch die durchwachsene Bewertung der Radverkehrssituation in Potsdam zeigt erhöhten Handlungsbedarf beim Bau neuer Radwege an. Der Radverkehr nimmt somit eine Schlüsselstellung bei der Verkehrswende ein, insbesondere für die wachsende Stadt Potsdam. Der Umstieg vom KFZ auf das Fahrrad ist für viele Menschen aber nur dann akzeptabel, wenn eine auskömmliche Infrastruktur aus sicheren und attraktiven Radwegen vorhanden ist. Der Umsetzungstau der prioritären Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes sollte daher mit höherer Geschwindigkeit abgebaut werden.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE

Betreff: Haushaltsmittel zur Umsetzung des Antrages 22/SVV/0992 – Anschaffung  
Dialogdisplays

Erstellungsdatum 22.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Sicherung der Fördergelder und der Schonung des Haushaltes der Landeshauptstadt Potsdam bei der Umsetzung des beschlossenen Antrages 22/SVV/0992 – Anschaffung von Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeigen) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit - sind die erforderlichen Mittel für Anschaffung und laufenden Unterhalt im Haushalt 2023/2024 einzustellen.

Deckung: Produktkonto: 54100...; 2023: 4.000 EUR; 2024: 5.000 EUR

**Begründung**

Das in Rede stehende Förderprogramm des MIK ist auf eine Laufzeit bis 2024 begrenzt. Bei Vertagung des Beschlusses auf den kommenden Haushalt besteht für die Landeshauptstadt Potsdam das Risiko, die Kosten der Umsetzung vollumfänglich zu tragen. Ein Mehraufwand für den späteren Haushalt, der weder notwendig, noch vertretbar ist.

In Zahlen: Die Anschaffungskosten belaufen sich aktuell auf ca. 4.000,00 € pro Display. Geplant ist der Erwerb, gemäß Festlegungen im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität, von 5 Dialogdisplays, was eine Gesamtinvestitionssumme von 20.000,00 € bedeutet. Unter Nutzung der Förderung des Landes Brandenburg in Höhe von 80% sind tatsächlich lediglich 4.000,00 € durch den Haushalt der Landeshauptstadt beizusteuern. Der überwiegende Anteil in Höhe von 16.000,00 € trägt das Land als Fördersumme. Für den Unterhalt sind 5.000 € p.a. ab dem Jahr 2024 zu budgetieren.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöllner; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Sozial.Die Linke

Betreff: Hiroshima-Nagasaki-Platz

Erstellungsdatum 22.5.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Ausschuss für Finanzen	x	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

### **Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die abschließende Gestaltung des Hiroshima-Nagasaki-Platzes sind 25.000€ als Investitionsmittel einzustellen.

Begründung:

Der Hiroshima-Nagasaki-Platz soll als Ort des Gedenkens an den Befehl zum Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki und an deren Folgen sichtbar und erlebbar gemacht werden. Hierzu ist ein gestalterisches Konzept erstellt worden, dass nun umgesetzt werden soll.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöllner; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag
- Ergänzungsantrag
- Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Sozial.Die Linke

**Betreff:** Fortführung des 1000-Bäume-Programms

Erstellungsdatum 22.5.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Ausschuss für Finanzen	x	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

### **Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Pflanzung und Pflege zusätzlicher Bäume sind für die Jahre 2023 und 2024 gemäß Beschluss DS 19/SVV/1249 jeweils 100.000 € als Investitionsmittel einzustellen.

Begründung:

Bäume erhöhen die Aufenthaltsqualität für alle Stadtbewohner\*innen, sowie an Schulen und Kindertagesstätten, insbesondere für Schüler, Kinder und die Lehrkräfte sowie Erzieher. Vor allem in der warmen Jahreszeit tragen sie durch mehr Schatten und durch Verdunstung zu einem verbesserten Stadtklima und zu einem besseren Wasserhaushalt bei. Deswegen sollte die Stadt ein großes Interesse haben, die Potenziale für mehr Bäume auf den kommunalen Grundstücken auszunutzen. Die Weiterführung des begonnenen 1000-Bäume-Programms ist ein wichtiger Beitrag zum kommunalen Klimaschutz.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöllner; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219 öffentlich

Einreicher: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Sozial.Die Linke

Betreff: Erhöhter Pflegebedarf für städtische Grünflächen

Erstellungsdatum 22.5.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Ausschuss für Finanzen	x	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den erhöhten Pflegebedarf städtischer Grünflächen, u.a. des Volksparks, sind für 2024 einmalig 200.000 € einzustellen.

Begründung:

Der Zustand städtischer Grünflächen hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert.

Dies liegt vor allem an den Folgen des Klimawandels, wie z.B. zunehmender Trockenheit, aber auch an erhöhter Nutzung in der wachsenden Stadt Potsdam. Zum Erhalt attraktiver Freizeitflächen unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte muss die Pflege, z.B. durch verstärkte Wässerung, Nachpflanzungen etc. intensiviert werden. Sollte dies unterbleiben, droht mittelfristig der Verlust von Grünflächen oder die Durchführung kostenintensiver Investivmaßnahmen zur Wiederherstellung.

Deckungsquelle: Programm zur Instandhaltung von Gemeindestraßen

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

**Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Erstellungsdatum 06.04.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

#### Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

#### Pflegestandard für die gärtnerische und technische Pflege und Dienstleistungen der kommunale Park- und Grünanlagenpflege

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Standard der Stiftung für Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) entsprechend ausreichend, finanzielle Mittel für die gärtnerische und technische Pflege und Dienstleistungen für kommunale Park- und Grünanlagenpflege in Höhe von jährlich 700.000 Euro einzuplanen.

#### Begründung:

Nach dem im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität vorgetragenen Mittelbedarf für die Pflegeflächen in Eigenregie, erstellt nach den Richtwerten des Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schlösserverwaltungen, Fachgruppe Gärten, besteht ein jährlicher Fehlbetrag von ca. 400.000 € für die Grünanlagenpflege im Zentrum Potsdams sowie der Gartendenkmale, um den vergleichbaren Pflegestandard der Schlösserstiftung sicherzustellen und den durch den Klimawandel bedingten Herausforderungen, nachhaltig begegnen zu können, wofür jährlich weitere 300.000 Euro (DS 23/SVV/0069 notwendig sind).

Deckung:

In der Fortführung der Begründung des Haushalts sind für Technische Infrastruktur „Auszahlungen in Höhe von 58,8 Mio. EUR (2023-2027) im Entwurf zum Haushalt 2023/2024 eingeplant.“ Dazu gehören auch die Grünflächen. Bei den Themen Radwege/Radverkehr ist ein „Auszahlungsvolumen von ca. 17 Mio. EUR“

Innerhalb des Clusters werden aus dem Themenbereich Radwege/Radverkehr die erforderlichen 700.000 Euro in den Bereich Grünflächen verschoben.

Nach unserer Abwägung ist der Erhalt und die Pflege der Grünflächen und Parks sowie ein guter Zustand der Sportanlagen bezüglich der Nachhaltigkeit deutlich höher einzuschätzen und zu bevorzugen.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

---

Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

**Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Erstellungsdatum 06.04.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

#### Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

##### Volkspark / Lustgarten Pflege und Instandhaltung der Sportanlagen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Jahre 2023:

im Volkspark die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an der Skateranlage und am Fußballfeld im Veranstaltungswall und im Lustgarten die grundlegende Instandsetzung der Skateranlage sicherzustellen.

#### Begründung:

In Potsdam fehlen bekanntermaßen Sportanlagen. Eine kurzfristige Behebung dieses Mangels ist nicht zu erwarten. Es muss daher mit hoher Priorität dafür gesorgt werden, dass die vorhandenen Anlagen instandgehalten werden. Die intensiv genutzten Anlagen sind einer hohen Beanspruchung ausgesetzt und bedürfen daher der regelmäßigen Pflege, Modernisierung und Instandhaltung. Wird dies vernachlässigt, drohen Sperrung und höhere Schäden, deren Behebung deutlich aufwendiger sein dürfte als die regelmäßigen Instandhaltungsmaßnahmen.

Deckung:

In der Fortführung der Begründung des Haushalts sind für Technische Infrastruktur „Auszahlungen in Höhe von 58,8 Mio. EUR (2023-2027) im Entwurf zum Haushalt 2023/2024 eingeplant.“ Dazu gehören auch die Grünflächen. Bei den Themen Radwege/Radverkehr ist ein „Auszahlungsvolumen von ca. 17 Mio. EUR“

Innerhalb des Clusters werden aus dem Themenbereich Radwege/Radverkehr die erforderlichen 700.000 Euro in den Bereich Grünflächen verschoben.

Nach unserer Abwägung ist der Erhalt und die Pflege der Grünflächen und Parks sowie ein guter Zustand der Sportanlagen bezüglich der Nachhaltigkeit deutlich höher einzuschätzen und zu bevorzugen.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

---

Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

**Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Erstellungsdatum 06.04.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

#### Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

##### Volkspark/Lustgarten Pflege und Instandhaltung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Jahre 2023:

im Volkspark

- die notwendigen Instandhaltungs / -setzungsmaßnahmen im Bereich Veranstaltungswall
- die notwendige Erneuerung von wassergebundenen Wegeflächen
- den notwendigen Austausch von Muschelkalkplatten in den Wallanlagen
- die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an problematischen Baumstandorten sowie sicherzustellen.

im Jahre 2024:

- die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen an Bänken
- die notwendige partielle Errichtung einer dauerhaften Zuananlage (Errichtung von Maschendrahtzaun anstelle von Wildschutzzaun)
- die partielle Erneuerung von wassergebundenen und anderen Wegeflächen
- im Lustgarten im Jahre 2024 Instandhaltungsmaßnahmen an befestigten Wegeflächen sicherzustellen.

**Begründung:**

Volkspark und Lustgarten sind für Freizeit, Sport und Erholung der Potsdamer Bevölkerung von hoher Bedeutung. Das bestätigt die hohe Anzahl der Besucher. Die starke Nutzung hat erhöhten Aufwand für den Erhalt der hohen Qualität der Anlagen zufolge. Anlagen, deren Qualität vernachlässigt wird, erleben sehr schnell Missbrauch und Verfallserscheinungen. Schäden kumulieren sich und der Aufwand, diese dann zu beheben ist deutlich höher als eine kontinuierliche Pflege und Instandhaltung.

**Deckung:**

In der Fortführung der Begründung des Haushalts sind für Technische Infrastruktur „Auszahlungen in Höhe von 58,8 Mio. EUR (2023-2027) im Entwurf zum Haushalt 2023/2024 eingeplant.“ Dazu gehören auch die Grünflächen. Bei den Themen Radwege/Radverkehr ist ein „Auszahlungsvolumen von ca. 17 Mio. EUR“

Innerhalb des Clusters werden aus dem Themenbereich Radwege/Radverkehr die erforderlichen 700.000 Euro in den Bereich Grünflächen verschoben.

Nach unserer Abwägung ist der Erhalt und die Pflege der Grünflächen und Parks sowie ein guter Zustand der Sportanlagen bezüglich der Nachhaltigkeit deutlich höher einzuschätzen und zu bevorzugen.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Sozial.Die Linke

Betreff:  
Erhaltung  
Kunst

Erstellungsdatum 22.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Ausschuss für Finanzen	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Für die Erhaltung der Kunst im öffentlichen Raum und in städtischem Eigentum sind die Finanzmittel für das Jahr 2024 um 50.000 € zu erhöhen.

**Begründung:**

Unabhängig davon, ob die Kunstwerke im öffentlichen Raum, die in der Verantwortung der LHP stehen, unter Denkmalschutz stehen oder nicht, ist es eine Pflicht der Stadt, für ihre Erhaltung zu sorgen. Immer wieder erweisen sich die durchaus engagierten Bemühungen als unzureichend, sowohl bei baugebundener Kunst als auch freistehenden Kunstwerken in den Grünanlagen, Plätzen und dem städtischen Friedhof. Hier läuft die Zeit, uneinholbare Verluste sind abzuwenden.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

DS 23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Sozial.Die Linke

Betreff:  
Nuthepark

Erstellungsdatum 22.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Ausschuss für Finanzen	x	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Im Etat für den Bereich Öffentliches Grün/Landschaftsbau sind für die Umsetzungsplanung der Jugendfläche am Nuthepark (zwischen ILB und Langer Brücke) sowie der inklusiven Scaterfläche am kleinen Umspannwerk, Friedrich-List-Straße, für das Jahr 2024 zusätzlich 150.000 € Planungsleistungen vorzusehen.

**Begründung**

Seit Jahren wird der Bedarf an freien Flächen für Jugendliche sichtbar. Das Stadt-Forum Potsdam hat in seiner Veranstaltung 2022 diesen Bedarf ausdrücklich unterstrichen. Für die beiden erwähnten Anlagen haben Jugendbeteiligungsverfahren unter der Moderation des Stadtjugendringes stattgefunden, für die Realisierung soll es eine konkrete Opzion geben. Aufgrund der Haushaltslage ist es erforderlich, zuerst Konkretisierung der Planung und Kostenermittlung und dann eine sukzessive Realisierung vorzusehen.

gez. Babette Reimers; Pete Heuer; Saskia Hüneke; Dr. Gert Zöller; Dr. Sigrid Müller; Stefan Wollenberg

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

**Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Erstellungsdatum 06.04.2022

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		x

#### Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

##### Stärkung Bauverwaltung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Bereichen der Stadtplanung und Bauaufsicht anhand einer Personalbemessungsuntersuchung auf der Grundlage des Auftragsaufkommens und der Aufgabenbeschreibungen spätestens im Jahr 2024 die Anzahl von benötigten Stellen zu schaffen, die notwendig sind, um alle stadtentwicklungspolitischen Bebauungspläne in Priorität 1 einzustufen zu können.

##### Begründung:

Die Sicherung bezahlbaren Wohnraums ist ein drängendes gesellschaftliches Anliegen und muss mit Priorität behandelt werden. Eine der Hauptursachen ist das Fehlen von Wohnraum, was nur durch einen beschleunigten Bau neuer Wohnungen behoben werden kann. Mit dem Antrag DS 22/SVV/0367 – „Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam“ wird dieser Bedarf unterstrichen. Zur Umsetzung der darin geforderten Maßnahmen ist die Stärkung der Arbeitsfähigkeit und der Kapazitäten der Bauverwaltung insbesondere der Bauleitplanung (FB41) und unteren Bauaufsichtsbehörde (FB44) unbedingt erforderlich. Darüber hinaus muss unbedingt das Ziel erreicht werden, die stadtentwicklungspolitisch wichtigen Bebauungspläne in Priorität 1 einzustufen und die schon lange angestrebte Beschleunigung der Planungsprozesse zu verwirklichen. Dazu muss der Personalansatz dringend überprüft und eine Stellenbesetzungsquote 100% angestrebt werden, damit vor allem der notwendige Wohnraum geschaffen werden kann.

Deckung:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage DS 22/SVV/1189 „Unbesetzte Stellen in der Verwaltung“ steht: „238 Stellen sind derzeit verwaltungsweit nicht besetzt. Insgesamt hat die LHP mit Stand 30.11.2022 eine Stellenbesetzungsquote von 87 %. Am Ende des Jahres 2021 lag diese bei 83,4 %.“ Darüber hinaus wird mitgeteilt: „Es sind aktuell 43 Stellen ausgeschrieben und in Bearbeitung.“ Aus diesen Antworten geht eindeutig hervor, dass die Stellenbesetzungsquote von 100% nicht erreicht werden kann und die Anzahl der Besetzungsvorgänge mit dem tatsächlichen Bedarf nicht mithalten kann. Durch die zusätzlich eingeplanten 290 Stellen wird die Situation noch verschärft. Eine Besetzungsquote von 95% erscheint absehbar auch aufgrund der Arbeitsmarktsituation nicht erreichbar. Folglich können nicht alle im Haushalt eingestellten Mittel für Personal ausgeschöpft werden, sodass die planbar zu erwartenden nicht abgerufenen Mittel für weitere Aufgaben, insbesondere zur Bildung von Schwerpunkten risikolos eingeplant werden können.

Darüber hinaus wurde bei der Vorstellung des Haushalts im Hauptausschuss am 29.03. deutlich, dass die neu geforderten Stellen nicht alle durch eine geprüfte Aufgabenbeschreibung betätigt werden können.

gez.  
Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

---

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

DS 23/SVV/0219

 öffentlichEinreicher: **Fraktion Mitten in Potsdam**

Betreff: Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2023/2024  
Hier: Stellenplan

Erstellungsdatum 29.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.04.2023	Ausschuss für Finanzen		

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den bisherigen Ansatz zu den Mehrbedarfsstellen in der Haushaltssatzung 2023/2024, dort Stellenplannummer 200.999.15 „Sachbearbeiter/Sachbearbeiterin Smart City“ um weitere 2 Stellen auf insgesamt 4 Stellen zu erhöhen.

Zur Deckung sind die durch die Erhöhung der Zuweisungen des Landes Brandenburg zu erwartenden Mehreinnahmen zu verwenden.

**Begründung:**

Die Mehrbedarfsplanung der beantragten zusätzlichen Stellen ergibt sich aus der Notwendigkeit der Stärkung der behördlichen Aufgaben in dem Bereich der Stadtplanung in Verbindung mit der Entwicklung Potsdams zu einer „smart city“.

Die B-Plan Bearbeitung soll immer mehr digitalisiert werden. Hierzu bedarf es entsprechend des Einsatzes von Fachkräften. Der bisherige Ansatz des Personalbedarfs reicht hier zur adäquaten Deckung des Bedarfs nicht aus.

Gez. Dr. Wieland Niekisch, Fraktionsvorsitzender

Unterschrift



61 und

61 a  Änderungsantrag

61 b  Ergänzungsantrag

61 c  Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

Einreicher: **Fraktion DIE LINKE**

Betreff: Zum Stellenplan des Entwurfs der Haushaltssatzung 2023/24

Erstellungsdatum 26.04.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05..2023	Finanzausschuss	X	
10.05.2023	Hauptausschuss	X	

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Zum Geschäftsbereich 3**

1. Streichung der fünf neuen Stellen Kommunales Krisenmanagement
2. Einrichtung von zwei neuen Stellen Sozialarbeiter/in Kinder und Jugend
3. Einrichtung einer neuen Stelle Sachbearbeiter/in Projektkoordination soziales Wohnen
4. Einrichtung von zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/in Stadtteilkoordination

**Zum Geschäftsbereich 4**

1. Einrichtung von zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/in Untere Bauaufsicht
2. Einrichtung von zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/in Untere Naturschutzbehörde
3. Einrichtung einer neuen Stelle Sachbearbeiter/in Koordination Sondervorhaben

**Zum Geschäftsbereich 5**

1. Streichung von drei neuen Stellen Auftragsvergabe Hochbau
2. Streichung von drei neuen Stellen Mehrbedarf

**Zum Geschäftsbereich Oberbürgermeister**

Streichung von fünf neuen Stellen Wohnungsbaukoordination

Gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlichEinreicher: **Andreas Menzel (BvB-FW)**

Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024

Erstellungsdatum 23.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
	Alle Ausschüsse und Ortsbeiräte	X	
	SVV		X

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Ergänzend möge die Stadtverordnetenversammlung zur DS 23/SVV/0219 folgendes beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Grundsteuerbescheide ab dem Jahresbescheid 2024 unbefristet zu bescheiden.

**Begründung:**

Mit der Antwort auf die Kleine Anfrage DS 21SVV0019 „**Grundsteuerbescheide mehrjährig erlassen?**“ wurde mitgeteilt, dass nach grober Schätzung mit der jährlichen Bescheidung 20.000- 25.000 € an Kosten entstehen. Nach der Portoerhöhung dürfte der aktuelle Kostenansatz größer sein.

Durch mehrjährige Kostenbescheide können mittelfristig, wohl ab dem Haushalt 2024 nicht unerhebliche Einsparungen erbracht werden.

In anderen Brandenburger Gemeinden wird dies schon seit Jahren so praktiziert. Der Grundsatz einer sparsamen und wirtschaftlichen Mittelverwendung gebietet, dieses Einsparpotential zu nutzen.

gez. Andreas Menzel

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

Einreicher: **Andreas Menzel (BvB-FW)**

Betreff: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024

Erstellungsdatum 23.03.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
	Alle Ausschüsse und Ortsbeiräte	X	
	SVV		x

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Ergänzend möge die Stadtverordnetenversammlung zur DS 23/SVV/0219 folgendes beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit einer Beschlussfassung des Haushaltes die **Tilgungspläne** bisher aufgenommener und nach dem vorgelegten Haushaltentwurf weiterer aufzunehmender Kredite der LH Potsdam und dem KIS offen zu legen.

Die Tilgungspläne der städtischen Gesellschaften sind dem Hauptausschuss vorzustellen.

#### Begründung:

Nach §74 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) kann die LH Potsdam Investitionskredite aufnehmen. Diese sind in der Haushaltssatzung darzustellen und bedürfen einer Genehmigung (Gesamtgenehmigung) der Kommunalaufsichtsbehörde. In Anlehnung an Artikel 103 (2), Satz 3 der Verfassung des Landes Brandenburg sollte ein Beschluss mit einem Tilgungsplan verbunden sein.

Laut §3 der Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung – **KomHKV**, sind dem Haushaltsplan eine Verbindlichkeitenübersicht beizufügen ist. In dieser Übersicht sind auch die Kredite (Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen) und die Tilgungsbeträge nach Jahren aufgeteilt darzustellen (bis zu einem Jahr, 1-5 Jahren darüber hinaus). Aus den dargestellten Beträgen können die jährlichen Tilgungsraten abgeleitet werden.

gez. Andreas Menzel

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten

Betreff: Konzentration der Verwaltung auf Kernaufgaben – Holzbauinitiative beenden

Erstellungsdatum 23.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die verwaltungsseitige Holzbauinitiative des Oberbürgermeisters soll nicht weiter verfolgt werden. Die veranschlagten jährlichen Kosten von ca. 300.000 € werden entsprechend auch nicht in künftigen Haushaltsjahren berücksichtigt.

**Begründung:**

Die vorgelegte Verwaltungsinitiative ist überflüssig – nicht nur im aktuellen Doppelhaushalt 2023/2024, sondern auch in den Folgejahren.

Seit vielen Jahren gibt es ein umfangreiches Know how und eine geübte Praxis im Holzbau – sowohl für Wohnzwecke als auch für den Gewerbebau. Das Kompetenzzentrum des Zimmerhandwerks in Kassel, die Forschungsstellen für Holzbau an der ETH Zürich und der Universität Kassel sind nur einige Beispiele. Die Holzbaubetriebe des Handwerks und der Industrie bauen schon lange in großer Zahl solche Gebäude (auch mehrgeschossig). In Hamburg ist mit dem „Roots-Projekt“ bereits ein 19-geschossiges Wohnhaus gebaut worden. Der Brandschutz ist inzwischen weder ein technisches noch ein Genehmigungsproblem.

Dies bedeutet: Es kann ohne Probleme mit Holz gebaut werden, die ProPotsdam kann dies auch. Aufgabe der Verwaltung ist lediglich die Genehmigung. Die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Sabine Becker/Björn Teuteberg  
Fraktionsvorsitzende/r  
\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten

Betreff: Keine städtischen Zuschüsse für die Biosphäre 2.0

Erstellungsdatum 23.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Weiterbetrieb und die Sanierung der Biosphärenhalle auf der Grundlage des Konzeptes Biosphäre 2.0 erfolgt ohne jegliche direkten oder indirekten städtischen Zuschüsse.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich ein Konzept zur Beendigung der Subventionierung der Biosphäre zu erarbeiten und umzusetzen.

**Begründung:**

Aufgrund der defizitären Lage des städtischen Haushalts ist eine weitere Subventionierung der Halle nicht vernünftig darstellbar. Allein für die geplante Inbetriebnahme im Jahr 2027 werden für Planungsleistungen und Betriebskosten während der Schließphase rund 4,4 Millionen Euro veranschlagt. Anschließend ist mit einer dauerhaften Belastung auf den städtischen Haushalt mit über 1,5 Millionen Euro pro Jahr zu rechnen.

Im Zuge der beabsichtigten Klimaneutralität der Stadt bis spätestens 2035 sollte auf die Nutzung von fossilen Brennstoffen verzichtet werden. Die hohen Energiekosten verteuern den Betrieb einer Biosphärenhalle zusätzlich.

Sabine Becker/Björn Teuteberg  
Fraktionsvorsitzende/r  
\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion der Freien Demokraten

**Betreff:** Abschaffung der Verwaltungsstellen für den Aufbau und Betrieb kommunaler Kitas

Erstellungsdatum 23.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

### Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möglich beschließen:

Sämtliche Verwaltungsstellen und Verwaltungsstellenanteile für den Betrieb und Aufbau kommunaler Kindertageseinrichtungen sind im Stellenplan des Doppelhaushaltes 2023/2024 zu streichen. Gleiches gilt für damit verbundene Sachkosten. Die vorgesehenen kommunalen Kitas und Horte sollen stattdessen von freien Trägern betrieben werden.

Das im Fachbereich 36501 (Betreuung von Kindern – kommunale Träger) vorgesehene Budget sowie die dazugehörigen Investitionsmaßnahmen sind entsprechend dem Fachbereich 36502 (Betreuung von Kindern – freie Träger) zuzuordnen.

Das bewährte und im SGB VIII verankerte Subsidiaritätsprinzip ist in der Landeshauptstadt Potsdam konsequent anzuwenden.

### Begründung:

Der Betrieb von Kindertageseinrichtungen durch freie Träger hat sich in Potsdam bewährt. Aufgrund der bereits vorhandenen Leistungsfähigkeit können die freien Träger auch die Kita- und Hortstandorte betreiben, die lt. Haushaltsplanentwurf von kommunaler Hand betrieben werden sollen.

Entsprechende Koordinations- und Verwaltungsstellen sind bei den freien Trägern bereits qualifiziert vorhanden.

Kostenintensive Doppelstrukturen in der kommunalen Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam können bei Annahme des vorliegenden Antrages vermieden werden.

Sabine Becker/Björn Teuteberg  
Fraktionsvorsitzende/r  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten

Betreff: Optimierung des Bürgerhaushaltes

Erstellungsdatum 23.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der verwaltungsinterne Aufwand für den Bürgerhaushalt Potsdam soll deutlich reduziert werden. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie das Beteiligungsverfahren in Potsdam kostengünstiger und mit weniger personellen Ressourcen begleitet und umgesetzt werden kann, z.B. ausschließlich über digitale Plattformen.

**Begründung:**

Die finanziellen und personellen Ressourcen, die zur Durchführungen des Beteiligungsverfahrens zum Bürgerhaushalt aufgewandt warden, stehen in Anbetracht der aktuellen und künftigen Haushaltslage in keinem vertretbaren Verhältnis zu den Mitteln, die für die Umsetzung der TOP 20 Vorschläge - unter Haushaltsvorbehalt - zur Verfügung stehen.

Sabine Becker/Björn Teuteberg  
Fraktionsvorsitzende/r

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

Änderungsantrag

zur Drucksache Nr.

Ergänzungsantrag

22/SVV/0219

Neue Fassung

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion der Freien Demokraten

**Betreff:** Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Erstellungsdatum 23.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

#### Änderungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden im Doppelhaushalt 2023/2024 um jeweils 5 Prozent gekürzt.

#### Begründung:

Eine entsprechende Reduzierung bedeutet eine Einsparung im Jahr 2023 von ca. 7,5 Mio. € und für 2024 von ca. 8,4 Mio. €.

Die Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre zeigen, dass der Haushaltstitel „Sach- und Dienstleistungen“ regelmäßig zu hoch angesetzt ist. Dies ist eine weit verbreitete kommunale Praxis, weil sich die Verwaltung hier finanzielle Spielräume schaffen kann. Es ist zwar erkennbar, dass z. B. bedingt durch Bildungsinvestitionen der Aufwand steigen wird. Trotzdem wird erkennbar die bisherige Praxis des „Pufferschaffens“ fortgeschrieben. In der schwierigen Haushaltssituation müssen alle Anstrengungen unternommen werden, diese Puffer deutlich zu reduzieren. Sollte wider Erwarten während des Haushaltsvollzugs ein zusätzlicher Bedarf bestehen, kann die Stadtverordnetenversammlung z.B. über einen Nachtragshaushalt reagieren.

Sabine Becker/Björn Teuteberg

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten

Betreff: Einheitliche Anhebung der Bewirtschaftungssperren

Erstellungsdatum 23.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	X	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

**Änderungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Bewirtschaftungssperren in der Haushaltssatzung 2023/2024 werden auf einheitlich 15 Prozent erhöht.

**Begründung:**

Die verwaltungsseitige Erhöhung der Bewirtschaftungssperre im Jahr 2024 auf 15 Prozent wird begrüßt. Die entsprechende Erhöhung sollte jedoch auch schon im Jahr 2023 greifen.

Die Haushaltssituation und prognostizierte Haushaltsentwicklung der Landeshauptstadt Potsdam erfordert einen wirtschaftlichen, sparsamen und kontrollierten Umgang mit den Haushaltsansätzen. Eine einheitliche Erhöhung der Bewirtschaftungssperre signalisiert den Verwaltungsbereichen die dringende Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit den verfügbaren Mitteln und ermöglicht eine wirksamere Kontrolle des Ausgabeverhaltens – auch im Jahr 2023.

Sabine Becker/Björn Teuteberg  
Fraktionsvorsitzende/r  
Unterschrift



- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

DS 23/SVV/0219

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

Betreff: ÄÄ zur Änderungsliste der Verwaltung, Rahmenplan Am Kanal

Erstellungsdatum 23.05.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.05.2023	Finanzausschuss	x	
07.06.2023	Stadtverordnetenversammlung der LHP		x

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

In der Änderungsliste der Stadtverwaltung zur Haushaltssatzung 2023/2024 ist in Zeile 41 „Stadträumliche Planung, Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal" sonstige ordentliche Aufwendungen" (Knto. 5110400.54...) zu ändern: 2023: 100.000 €, 2024: 350.000 €.

Als Deckungsquelle sind Haushaltsausgabereste aus 2022 einzusetzen.

**Begründung:**

Im Ergebnis des öffentlichen Diskurses, der Behandlung in den Fachausschüssen und angesichts des Stadtverordnetenbeschlusses DS 22/SVV/0958 wurde der Entwicklungsbedarf im Bereich zwischen Holzmarktstraße, Berliner Straße und Straße am Kanal erkannt: Angesichts des dringenden Flächenbedarfe im Stadtgebiet für Wohn- und Wirtschaftsentwicklung in Verbindung mit der Lagegunst in der Potsdamer Innenstadt ist ein längerfristiger Aufschub mit den gesamtstädtischen Zielen nicht vereinbar. Als haushalterischer Kompromiss wird entgegen dem ursprünglichen Planungsansatz für 2023 zuerst 100.000 € und dann für 2024 350.000 € vorgeschlagen.

Gez. Fraktionsvorsitzender Matthias Finken

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

**Tagesordnungspunkte der 39. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die zurückgestellt oder zurückgezogen sind bzw. die Erledigung festgestellt wird:**

**6 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung**

- |      |  |  |
|------|--|--|
| 6.1  | Projektstruktur zur Durchführung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der Plantage<br><b>22/SVV/1142</b>    | Oberbürgermeister,<br>Geschäftsstelle Bauen und Projekte<br><b>zurückgestellt - bis StVV 06.09.2023</b> (siehe Schreiben OBM vom 06.06.23) |
| 6.10 | Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-Gilly-Straße"<br><b>23/SVV/0373</b> | Oberbürgermeister, FB<br>Stadtplanung<br><b>zurückstellen</b> – fehlt Votum<br>JHA   |

**7 Haushaltssatzung 2023 / 2024**

- |     |  |   |
|-----|--|---|
| 7.2 | Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)<br><b>22/SVV/0714</b> | Oberbürgermeister,<br>Geschäftsbereich Finanzen,<br>Investitionen und Controlling<br><b>zurückgezogen</b> |
|-----|--|---|

**9 Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen / Ortsbeiräte**

- |     |   |   |
|-----|---|---|
| 9.1 | Ortsumgehung OT Groß Glienicke<br><b>21/SVV/0265</b>  | Ortsbeirat Groß Glienicke<br><b>zurückgezogen</b> |
| 9.3 | Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen<br><b>22/SVV/0940</b> | Fraktion CDU<br><b>zurückgezogen</b>              |
| 9.4 | Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern<br><b>22/SVV/0941</b>   | Fraktion CDU<br><b>zurückgezogen</b>              |
| 9.5 | Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen<br><b>22/SVV/0942</b>  | Fraktion CDU<br><b>zurückgezogen</b>              |

9.6	Fortschreibung Prioritätenliste Naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen <b>22/SVV/0979</b>	Fraktion DIE aNDERE  <b>zurückstellen</b> – fehlen Voten FA und KUM
9.8	Qualität von Volkspark und Lustgarten sichern und erhalten <b>22/SVV/1106</b>	Fraktion CDU  <b>zurückgezogen</b>
9.9	Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen <b>22/SVV/1158</b>	Fraktion CDU  <b>zurückstellen</b> – fehlt Votum B/Sp.
9.10	Radschnellwegplanung in Potsdam vorantreiben <b>22/SVV/1159</b>	Fraktion CDU  <b>zurückstellen</b> – fehlt Votum KUM
9.11	Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam <b>22/SVV/1220</b>	Fraktion CDU  <b>zurückstellen</b> – fehlen Voten KUM und HA
9.14	Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen <b>23/SVV/0130</b>	Fraktion DIE aNDERE  <b>zurückstellen</b> – fehlt Votum HA
9.15	IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten <b>23/SVV/0139</b>	Fraktion CDU <b>zurückstellen</b> - fehlt Votum PTD
9.16	Mitwirkungs-gremium Am Stern <b>23/SVV/0141</b>	Fraktion DIE LINKE <b>zurückstellen</b> - fehlt Votum SBWL
9.18	Umsetzung des Bundesaufnahme-programms Afghanistan in Potsdam <b>23/SVV/0177</b>	Fraktion DIE aNDERE  <b>zurückstellen</b> - fehlen Voten FA und GSWI
9.20	Regionalpark-Radweg im Potsdamer Norden etablieren <b>23/SVV/0194</b>	Fraktion CDU  <b>Erledigung</b> des Antrags wird festgestellt
9.21	Trinkwasserbrunnen und Hitzeschutz <b>23/SVV/0195</b>	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam <b>zurückstellen</b> - fehlt Votum KUM

9.22	Kostenloses Schülerticket für den Potsdamer ÖPNV <b>23/SVV/0196</b>	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam <b>zurückgezogen</b>
9.23	Falschparken Thalia <b>23/SVV/0300</b>	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam <b>zurückstellen</b> - fehlt Votum OS
9.24	Senkung des städtischen Pflegeaufwands von Grünflächen <b>23/SVV/0301</b>	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam <b>Erledigung</b> des Antrags wird festgestellt
9.25	Bürgerhaushalt mit eigenem Budget ausstatten <b>23/SVV/0302</b>	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam <b>zurückstellen</b> - fehlen Voten PTD, FA und HA
9.28	Verkehrsproblematik auf der B 2 in der Ortslage Groß Glienicke <b>23/SVV/0338</b>	Ortsbeirat Groß Glienicke <b>zurückstellen</b> - fehlt Votum KUM
9.30	Eingliederungskonzept für die Sonderbauprogrammstandorte <b>23/SVV/0353</b>	Fraktion CDU <b>zurückstellen</b> - fehlt Votum SBWL
9.34	Mobility Hubs <b>23/SVV/0358</b>	Fraktion CDU <b>zurückstellen</b> - fehlt Votum KUM
9.35	Notfallbänke in Parks und Grünanlagen <b>23/SVV/0359</b>	Fraktion CDU <b>zurückgezogen</b>
9.40	Netztransformation der Fernwärme planen <b>23/SVV/0392</b>	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen <b>zurückstellen</b> - fehlen Voten KUM und HA
9.41	Sicherer Radweg Heinrich-Mann-Allee <b>23/SVV/0393</b>	Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE.Potsdam <b>zurückstellen</b> - fehlt Votum KUM
9.42	Entlastung Rettungsdienst und Notaufnahmen <b>23/SVV/0402</b>	Fraktion der Freien Demokraten <b>zurückstellen</b> - fehlen Voten GSWI und OS
<b>10</b>	<b>Anträge</b>	
10.3	Verzicht auf einen Eintritt in den Volkspark Potsdam <b>23/SVV/0435</b>	Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen <b>zurückstellen</b> - fehlt Votum HA



10.26	Soziale Erhaltungssatzung "Babelsberg Süd" <b>23/SVV/0513</b>	Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration <b>überweisen in SBWL, GSWI</b>
10.31	Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026 <b>23/SVV/0537</b>	Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport <b>überweisen in JHA, B/Sp.</b>
10.32	Babelsberg – Straßenräume neu denken <b>23/SVV/0539</b>	Fraktion SPD Äa Fraktion AfD vom 05.06.2023 <b>überweisen in SBWL, KUM, PTD</b>
13	<b>Mitteilungsvorlagen</b>	
13.1	Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung <b>23/SVV/0476</b>	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur <b>überweisen in GSWI</b>
13.2	Gesundheitliche Hitzeschutzmaßnahmen für die Einwohner:innen und Besucher:innen der LHP <b>23/SVV/0508</b>	Oberbürgermeister, Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst <b>überweisen in GSWI, KUM</b>
13.3	Vergabebericht 2021 und 2022 <b>23/SVV/0515</b>	Oberbürgermeister, Recht und Vergabemanagement <b>überweisen in HA, RPA</b>
14	<b>Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister</b>	
14.3.1	Information zum Stand des Umsetzungskonzeptes zur Neugestaltung des zentralen Verwaltungscampus <b>23/SVV/0516</b>	Oberbürgermeister, Projekt CampusLHP <b>überweisen in HA</b>
14.6.1	JobRad - Mit dem Rad zur Arbeit? <b>23/SVV/0506</b>	Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation <b>überweisen in HA</b>
14.9.1	Prüfung bezüglich Fortführung der Koordinierungsstelle Wohnungstausch Potsdam <b>23/SVV/0561</b>	Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration <b>überweisen in GSWI, HA</b>
14.10.1	Gedenktafel für Hannah Arendt und Günther Anders <b>23/SVV/0562</b>	Oberbürgermeister, Fachbereiche Kommunikation und Partizipation <b>überweisen in KA</b>

17 **Nicht öffentliche Mitteilungsvorlagen**

17.1 Zinsmitteilung zur Umschuldung von  
Investitionskrediten der LHP in 2022  
**23/SVV/0432**

Oberbürgermeister,  
Geschäftsbereich 1, GS Haushalt  
**überweisen in FA**

**Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.06.2023**

**Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung**

**TOP:**

6.1 Projektstruktur zur Durchführung der Hauptausschuss  
Machbarkeitsstudie für das Forum an der Zustimmung 9:8:0 zur  
Plantage ursprünglichen Fassung  
**22/SVV/1142**

+ EA der Fraktion CDU vom 12.01.2023

6.2 Beschluss Rahmenplan Golm 2040 Ausschuss für Klima, Umwelt  
**22/SVV/1236** und Mobilität  
Zustimmung 4:1:1

Ausschuss für Gesundheit,  
Soziales, Wohnen und  
Inklusion  
Zustimmung

Ausschuss für Bildung und  
Sport  
Zustimmung 5:0:1

Ortsbeirat Golm  
einstimmige Zustimmung mit  
folgender Änderung des  
Beschlusstextes:

1. Der Rahmenplan Golm 2040 bildet **unter den Maßgaben, dass**
- I. **im Bereich des Voruntersuchungsgebietes Golm-Nord**
    - a) **eine Siedlungsentwicklung nur in dem Umfang erfolgt, dass die künftige Siedlungskante einen Abstand von mindestens 150 m zum Waldrand des Windmühlenbergs einhält,**
    - b) **eine abgestufte, landschaftsverträgliche Bauhöhenentwicklung erfolgt,**
    - c) **die Baudichten zoniert werden, und zum Siedlungsrand hin aufzulockern sind,**
    - d) **eine leistungsfähige verkehrliche und soziale Infrastruktur zentraler Baustein der Siedlungsentwicklung ist,**
    - e) **der Verlust wertvoller Agrarflächen vollständig zu kompensieren ist,**
  - II. **die alte Ortsmitte von Golm durch Funktionszuweisungen zu stärken ist,**
  - III. **innerörtliche Verdichtungspotentiale prioritär zu nutzen sind,**

**IV. die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte im Verkehrsnetz  
signifikant zu verbessern ist,**

die planerische und konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung des Ortsteiles und des Innovationsstandortes Golm. ~~und ist u.a. bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.~~

**Für den Bereich des Voruntersuchungsgebietes Golm-Nord ist insbesondere zur Umsetzung der Maßgaben die Rahmenplanung zu konkretisieren, fortzuentwickeln und mit dem OBR Golm einvernehmlich abzustimmen.**

**Begleitend zu den Konkretisierungen ist ein umsetzungsorientiertes Konzept für den natur- und artenschutzrechtlichen Ausgleich im Ortsteil Golm zu erarbeiten.**

**Der Rahmenplan ist i.V.m. den Konkretisierungen bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.**

2. Der Rahmenplan Golm 2040 ist **unter Berücksichtigung der Maßgaben** eine langfristige, gemeinsame Strategie- und Arbeitsgrundlage mit Selbstbindung für die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung.
3. Die aufgezeigten Handlungsfelder und Maßnahmen sind durch die Verwaltung **im Einvernehmen mit dem Ortsbeirat Golm** konzeptionell, finanziell und zeitlich zu konkretisieren.
4. Der Rahmenplan Golm 2040 ist - im Rahmen eines entwicklungsbegleitenden Monitorings - regelmäßig (**mindestens alle zwei Jahre**) auf seine Aktualität zu prüfen und hinsichtlich seiner planerischen Grundzüge **im Einvernehmen mit dem Ortsbeirat Golm** fortzuschreiben.

Ortsbeirat Eiche (gem. Selbstbefassungsrecht)  
einstimmige Zustimmung mit folgender Änderung des Beschlusstextes:

5. Im Rahmenplan Golm ist die geplante bauliche Inanspruchnahme von Flächen des Landschaftsschutzgebietes deutlich zu verringern, so dass **wenigstens die Hälfte der LSG-Fläche freier Landschaftsraum bleibt**. Insbesondere ist die dem Katharinenholz gegenüberliegende Fläche westlich und nördlich des Naturwaldes **als naturnahe Landschaft zu erhalten und im LSG zu belassen**. Änderung betrifft u. a. Seite 60, 64, 70 des Konzeptes.
6. Im Rahmenplan Golm ist zu berücksichtigen, dass sich die geplante bauliche Inanspruchnahme sowohl in das vorhandene Ortsbild integriert als auch ein „fließender“ Übergang in den Freiraum des LSG gestaltet wird. Ebenso ist der angrenzende Ortsteil Eiche mit einzubeziehen. Dabei ist bei der Planung bereits zu berücksichtigen, dass Wohnraum für Menschen mit geringerem Einkommen geschaffen wird, Möglichkeiten des genossenschaftlichen Wohnbaus eingeräumt sowie innovative bauliche Wohnformen ermöglicht werden, die den jeweiligen Lebensphasen der Mieter und Mieterinnen angepasst werden können.

7. In Übereinstimmung mit den gesamtstädtischen Zielen der Förderung bezahlbaren Wohnraums und nachhaltiger Quartiersentwicklung werden gemeinwohlorientierte Akteure der Wohnungswirtschaft wie Genossenschaften, die ProPotsdam, das Studierendenwerk, Mietwohnungsorganisationen sowie Baugruppen bevorzugt bei der Grundstücksvergabe berücksichtigt.
8. Der Verkehr ist sowohl bei ÖPNV als auch bei MIV zukunftssicher auskömmlich zu planen. Dabei sind Vorkehrungen zu treffen, die weitere zusätzliche Verkehrsbelastungen der bereits jetzt überlasteten Roßkastanienstraße und der Kaiser-Friedrich-Straße wirksam verhindern. Insbesondere sind nicht individuell motorisierte Menschen zu berücksichtigen.
9. Vorbehaltlich erst später vorliegender Prüfergebnisse für den Bau einer Ortsumgehungsstraße Potsdam ist eine Trasse für eine Ortsquerung des OT Golm (vorzugsweise in einer Tunnelröhre) freizuhalten.
10. Es ist ein Konzept für die verträgliche Abwicklung nötiger Bauverkehre zu erarbeiten damit Mehrbelastungen der Ortslagen Golm und Eiche während der Bauzeit verhindert werden. Die Nordanbindung Golm ist frühzeitig fertig zu stellen.
11. Für KFZ ist östlich der Eisenbahn eine Verbindung zwischen dem mittleren und nördlichen Teil des Plangebietes in Verlängerung der Karl-Liebknecht-Straße zur Clara-Immerwahr-Straße einzurichten. Diese Änderung ist u. a. auf Seite 86 einzuarbeiten.
12. Die neuen Baugebiete sind mit ortstypisch ausreichender Zahl von KFZ-Stellplätzen zu planen.
13. Ein Projekt Bürgerhaus ist für die Ortsmitte den Entwicklungsbereich Golm einzuplanen, was sich am Bürgerhaus Schlaatz oder anderen Potsdamer Bürgerhäusern orientieren möge.
14. Die soziale Infrastruktur für Golm und Eiche ist nicht nur bedarfsentsprechend vollständig zu planen einschließlich Schulen, Kitas, Senioren-Betreuungseinrichtungen, Ärztehäusern und wohngebietstypischen Dienstleistungsangeboten, sondern auch durch die Investoren zu finanzieren.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Zustimmung 7:0:1

einschließlich folgender Änderungen/ Ergänzungen (zum großen Teil aus den Ortsbeiräten Golm und Eiche übernommen):

1. Der Rahmenplan Golm 2040 bildet **unter den Maßgaben, dass**

- I. **im Bereich des Voruntersuchungsgebietes Golm-Nord**

- a) **eine Siedlungsentwicklung nur in dem Umfang erfolgt, dass die künftige Siedlungskante einen Abstand von mindestens**

- 150 m zum Waldrand des Windmühlenbergs einhält,
- b) eine abgestufte, landschaftsverträgliche Bauhöhenentwicklung erfolgt,
- c) die Baudichten zoniert werden, und zum Siedlungsrand hin aufzulockern sind,
- d) eine leistungsfähige verkehrliche und soziale Infrastruktur zentraler Baustein der Siedlungsentwicklung ist,
- e) der Verlust wertvoller Agrarflächen vollständig zu kompensieren ist,

II. die alte Ortsmitte von Golm durch Funktionszuweisungen zu stärken ist,

III. innerörtliche Verdichtungspotentiale zu nutzen sind,

IV. die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte im Verkehrsnetz signifikant zu verbessern ist,

die planerische und konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung des Ortsteiles und des Innovationsstandortes Golm. ~~und ist u.a. bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.~~

Für den Bereich des Voruntersuchungsgebietes Golm-Nord ist insbesondere zur Umsetzung der Maßgaben die Rahmenplanung zu konkretisieren, fortzuentwickeln und mit dem OBR Golm in Benehmen abzustimmen.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind prioritär im Ortsteil Golm zu verankern.

Der Rahmenplan ist i.V.m. den Konkretisierungen bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.

2. Der Rahmenplan Golm 2040 ist **unter Berücksichtigung der Maßgaben** eine langfristige, gemeinsame Strategie- und Arbeitsgrundlage mit Selbstbindung für die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung.
3. Die aufgezeigten Handlungsfelder und Maßnahmen sind durch die Verwaltung **in Benehmen mit dem Ortsbeirat Golm** konzeptionell, finanziell und zeitlich zu konkretisieren.
4. Der Rahmenplan Golm 2040 ist - im Rahmen eines entwicklungsbegleitenden Monitorings - regelmäßig (**mindestens alle zwei Jahre**) auf seine Aktualität zu prüfen und hinsichtlich seiner planerischen Grundzüge **in Benehmen mit dem Ortsbeirat Golm** fortzuschreiben.
5. Im Rahmenplan Golm ist zu berücksichtigen, dass sich die geplante bauliche Inanspruchnahme sowohl in das vorhandene Ortsbild integriert als auch ein „fließender“ Übergang in den Freiraum des LSG gestaltet wird. Ebenso ist der angrenzende Ortsteil Eiche mit einzubeziehen. Dabei ist bei der Planung bereits zu berücksichtigen, dass Wohnraum für Menschen mit geringerem Einkommen geschaffen wird, Möglichkeiten des genossenschaftlichen Wohnbaus eingeräumt sowie innovative bauliche Wohnformen ermöglicht werden, die den jeweiligen Lebensphasen der Mieter und Mieterinnen angepasst werden können.

6. In Übereinstimmung mit den gesamtstädtischen Zielen der Förderung bezahlbaren Wohnraums und nachhaltiger Quartiersentwicklung werden gemeinwohlorientierte Akteure der Wohnungswirtschaft wie Genossenschaften, die ProPotsdam, das Studierendenwerk, Mietwohnungsorganisationen sowie Baugruppen bevorzugt bei der Grundstücksvergabe berücksichtigt.
7. Der Verkehr ist sowohl bei ÖPNV als auch bei MIV zukunftssicher auskömmlich zu planen. Dabei sind Vorkehrungen zu treffen, die weitere zusätzliche Verkehrsbelastungen der bereits jetzt überlasteten Roßkastanienstraße und der Kaiser-Friedrich-Straße wirksam verhindern. Insbesondere sind nicht individuell motorisierte Menschen zu berücksichtigen.
8. Ein Projekt Bürgerhaus ist für den Entwicklungsbereich Golm einzuplanen, was sich am Bürgerhaus Schlaatz oder anderen Potsdamer Bürgerhäusern orientieren möge.
9. Die soziale Infrastruktur für Golm und Eiche ist bedarfsentsprechend vollständig zu planen einschließlich Schulen, Kitas, Senioren-Betreuungseinrichtungen, Ärzthäusern und wohngebietstypischen Dienstleistungsangeboten.

6.3

Flächennutzungsplan-Änderung „Golm Nord“  
(28/22) Aufstellungsbeschluss  
**22/SVV/1237**

Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
abgelehnt 2:2:2

Ortsbeirat Golm  
einstimmige Zustimmung mit  
folgender Änderung des  
Beschlusstextes:

- .
- .
2. Planerische Grundlage für die Flächennutzungsplan-Änderung ist der vorliegende **nach den Maßgaben des Ortsbeirates konkretisierte** Rahmenplan Golm 2040 (siehe Anlage 4).
- .
- .

Ausschuss für Stadtentwick-  
lung, Bauen, Wirtschaft und  
Entwicklung des ländlichen  
Raumes  
Zustimmung 7:1:0 mit  
folgender Änderung des Be-  
schlusstextes:

- .
- .
2. Planerische Grundlage für die Flächennutzungsplan-Änderung ist der vorliegende **nach den Maßgaben des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung konkretisierte** Rahmenplan Golm 2040 (siehe Anlage 4).
- .
- .

- |      |   |   |
|------|---|---|
| 6.4  | Neufassung der Betriebssatzung des Kommunalen Immobilien Service (KIS) Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam<br><b>23/SVV/0342</b>  | <u>Werksausschuss des Kommunalen Immobilien Service (KIS)</u><br>Zustimmung<br><br><u>Hauptausschuss</u><br>Zustimmung 13:0:2   |
| 6.5  | Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" (19/17), Abwägung, Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag und Satzungs- sowie Feststellungsbeschluss<br><b>23/SVV/0343</b> | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u><br>Zustimmung 4:0:2<br><br><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u><br>Zustimmung 3:0:3                            |
| 6.6  | Bebauungsplan Nr. 113 "Pappelallee/Reiherweg", Abwägungs- und Satzungsbeschluss<br><b>23/SVV/0344</b>   | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u><br>einstimmige Zustimmung<br><br><u>Ausschuss für Bildung und Sport</u><br>einstimmige Zustimmung                          |
| 6.7  | Änderung des Gesellschaftsvertrags der Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH<br><b>23/SVV/0366</b>   | <u>Hauptausschuss</u><br>Zustimmung 12:0:3  |
| 6.8  | Änderung der Geschäftsordnung des Gestaltungsrats<br><b>23/SVV/0370</b>   | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u><br>einstimmige Zustimmung  |
| 6.9  | Fördergebietskulissen der Wohnraumförderung<br><b>23/SVV/0372</b>   | <u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u><br>einstimmige Zustimmung<br><br><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u><br>einstimmige Zustimmung |
| 6.10 | Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-Gilly-Straße"<br><b>23/SVV/0373</b>  | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u>  |

einstimmige Zustimmung mit  
folgenden Änderungen im  
Beschlusstext:

- .
- .
3. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung vom ~~07.03.2004~~ [http://allris01.lhp.intern/bi/si010\\_e.asp?YY=2001&MM=03&DD=07](http://allris01.lhp.intern/bi/si010_e.asp?YY=2001&MM=03&DD=07) **25.01.2023** (DS 22/SVV/09962) durchzuführen (siehe Anlage 3).
- .
- .

Jugendhilfeausschuss  
**zurückgestellt**

- 6.11 Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RL Kindertagespflege) zum 01.01.2023  
**23/SVV/0412** Jugendhilfeausschuss  
Zustimmung 13:0:1

**Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Anträge der Fraktionen / Ortsbeiräte**

**TOP:**

- 9.1 Ortsumgehung OT Groß Glienicke  
**21/SVV/0265** Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückgezogen**
- 9.2 Fortführung des „Walk of modern art“  
**22/SVV/0698** Ausschuss für Kultur  
einstimmige Zustimmung zur geänderten Fassung der Antragsteller wie folgt:
- + **ÄA der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.03.2023**

.

.

Es sind die folgenden sechs Standorte vorzusehen. Die Bemerkungen zu den Kunstwerken haben empfehlenden Charakter:

- ~~1. Steubenplatz: ein modernes Bildwerk anstelle des Steubendenkmals, dessen Nachbildung in der Schloßstraße verbleiben soll~~
- ~~2. 1. Vorplatz des Filmmuseums: hier stehen drei Wiesenflächen bzw. ihre Umrandung für flache Kunstwerke, bevorzugt aus dem inhaltlichen Kontext des Potsdamer Films, zur Verfügung, gleichzeitig ist die beschlossene Aufwertung in der Bepflanzung zu beachten~~
- ~~3. 2. Grünes Dreieck nordwestlich vom Rechenzentrum~~
- ~~4. 3. Grünfläche an der Breiten Straße vor der Einmündung Kiezstraße~~
- ~~5. 4. Havelufer nahe der Seerose~~
- ~~6. 5. Grünes Dreieck südlich Zeppelinstraße, kurz vor dem Luisenplatz~~

Dem Ausschuss für Kultur ist anlassbezogen, mindestens einmal im Jahr Bericht zu erstatten.

**Zum Steubenplatz und dem Bereich hinter dem Filmmuseum ist ein gesonderter Diskurs im Zusammenhang mit der zukünftigen Gestaltung des Steubenplatzes zu führen.**

- |     |   |  |
|-----|---|--|
| 9.3 | Arbeitsfähigkeit und Kapazitäten der Stadtplanung und Bauaufsicht stärken und an die Herausforderungen anpassen<br><b>22/SVV/0940</b>                                     | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u><br><b>zurückgezogen</b>   |
| 9.4 | Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern<br><b>22/SVV/0941</b>   | <u>Ausschuss für Finanzen</u><br>abgelehnt 1:6:1<br><br><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u><br><b>zurückgezogen</b>   |
| 9.5 | Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen<br><b>22/SVV/0942</b>  | <u>Ausschuss für Finanzen</u><br>abgelehnt 1:6:1<br><br><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u><br><b>zurückgezogen</b>   |
| 9.6 | Fortschreibung Prioritätenliste Naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen<br><b>22/SVV/0979</b><br><br>+ neue Fassung der Fraktion DIE aNDERE vom 13.12.2022 | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes v. 21.02.2023</u><br>abgelehnt 2:4:2 (NF + gesamter Antrag)<br><br><b>Rücküberweisung aus StVV am 01.03.2023 in:</b><br><br><u>Ausschuss für Finanzen</u><br><b>zurückgestellt</b><br><br><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u><br><b>zurückgestellt</b> |
| 9.7 | Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige Leistungen<br><b>22/SVV/1104</b>   | <u>Ausschuss für Finanzen</u><br>Zustimmung 7:0:1 mit folgenden Änderungen / Ergänzungen im Beschlusstext:   |

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die im Entwurf des Doppelhaushalts 2023/2024 vorgeschlagenen hinsichtlich der Verwendung der Mittel für freiwillige Leistungen in einer Gesamtübersicht aufzulisten, dabei auf Produktebene (z.B. Produkt 55100) Mehr- und Mindeausgaben für die konkreten Massnahmen (Beispiel Volkspark, mit den konkreten Auswirkungen wie z.B. Verschiebung der Instandsetzung der Skateranlage) darzustellen und für zukünftige Haushalte vorzuschlagen, in den Fachausschüssen zu erläutern~~

und zu begründen.

~~Alternativ vorzuschlagen, wie die Stadtverordneten in die Lage versetzt werden können, die konkreten Auswirkungen ihrer Entscheidungen in einer einfachen Übersicht zu erkennen und ggf. ihre Entscheidung oder Priorisierung treffen zu können.~~

Der Vorschlag ist im 3. Quartal 2024 vorzulegen.

~~Die Übersicht ist spätestens zusammen mit dem Entwurf der Haushaltssatzung der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.~~

- 9.8 Qualität von Volkspark und Lustgarten sichern und erhalten  
**22/SVV/1106** Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückgezogen**

+ AA der Fraktion AfD vom 30.11.2022

- 9.9 Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen  
**22/SVV/1158** Ausschuss für Bildung und Sport  
**zurückgestellt**  
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes v. 21.02.2023  
Zustimmung 7:0:1 mit folgender Streichung im Beschlusstext:

.  
.

~~In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob auch die vor über drei Jahren angestrebte Planung zu einer gleichartigen Sportanlage im nordöstlichen Teil Babelsbergs zwischen Bahndamm und Rudolf-Breitscheidt-Straße wieder aufgenommen werden kann.~~

- 9.10 Radschnellwegplanung in Potsdam vorantreiben  
**22/SVV/1159** Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückgestellt**

- 9.11 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam  
**22/SVV/1220** Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
abgelehnt 2:5:1

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
**zurückgestellt**

Hauptausschuss  
**zurückgestellt**

- 9.12 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek  
**22/SVV/1265** Jugendhilfeausschuss  
Zustimmung

Ausschuss für Bildung und Sport  
Zustimmung 3:0:3

Ausschuss für Finanzen  
Zustimmung mit folgender Streichung und Ergänzung im Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~ab dem Jahr 2024~~ zusätzliche Sonntagsöffnungszeiten der Stadt- und Landesbibliothek nach dem in der Mitteilungsvorlage 22/SVV/1066 vorgeschlagenen Modell „Sonntagsöffnung mit einer Veranstaltungsagentur und mit Wachschatz“ zu organisieren.

**Die Realisierung ist für 2025 vorzubereiten.**

**Dabei ist zu prüfen, ob Mittel aus HBPB als Deckung bereitgestellt werden können.**

~~Die erforderlichen Mittel in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr sind zusätzlich in den Haushalt des Geschäftsbereiches 2 einzustellen.~~

Die Stadtverordnetenversammlung soll ~~im Mai 2023~~ **mit der Vorlage des Doppelhaushaltes 2025/2026** über den Sachstand informiert werden.

9.13

Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen  
**23/SVV/0049**

Ausschuss für Bildung und Sport  
Zustimmung 6:0:2 zu folgender neuen Fassung sowie geändertem Begründungstext bzgl. Reihenfolge und Ergänzungen:

**Neue Fassung Beschlusstext:**

**Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung des Kiez-Schwimmbads Nord verbindlich in die Haushaltsplanung aufzunehmen, beginnend spätestens ab 2027 mit den notwendigen Planungskosten und dann ab Planreife des betreffenden Bebauungsplans mit der Umsetzung. Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.**

**Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt im Potsdamer Norden ein entsprechend für den Bau eines Kiez-Schwimmbads Nord geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für ein Hallenbad (min. fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.**

**Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt den Bebauungsplan Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz - Uferpark“ hinsichtlich der**

**Realisierbarkeit eines kommunalen Strandbades weiter zu verfolgen, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen. Sollte diese Fläche nicht realisierbar sein, so ist alternativ in Krampnitz oder unmittelbarer Umgebung eine Fläche für ein Freibad zu identifizieren, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.**

**Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 2. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zu geeigneten Flächen für das Kiezbad sowie ein Strand- oder Freibad zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.**

**Geänderter Begründungstext:**

Änderungen ab:

.

Nach fachlicher Einschätzung der Bäderlandschaft Potsdam und dem Fachbereich Bildung, Jugend und Sport wird der konkrete Bedarf für ein neues Schwimmbad mittelfristig gesehen, um ernsthaften Nutzungskonflikten rechtzeitig entgegenwirken zu können.“

**In der SVV vom 07.12.2022 wurde in Beantwortung der Einzelanfrage 22/SVV/1169 von Frau Lange zum Sachstand klar, dass ein klarer Finanzierungsauftrag fehlt.**

In der Mitteilungsvorlage 20/SVV/0563 zum beschlossenen Antrag 19/SVV/1383 „Fläche für das Kiez-Schwimmbad Nord sichern“ wurde deutlich gemacht, dass in Krampnitz eine Fläche für das dringend notwendige Kiezbad Nord bau- und eigentumsrechtlich gesichert werden kann und soll. Fortschritte sind seitdem jedoch keine erkennbar, trotz des eindeutigen SVV-Beschlusses. **Im Zuge der Ausschussberatung im SBWL im Februar 2023 wurde zudem bekannt, dass diese Fläche wegen des LSGs nicht für ein Kiezbad infrage kommt und daher erneut die Standortfrage gestellt werden muss, die 2019 bereits Krampnitz als Vorzugsvariante ergab. Im besten Fall läge die Alternativfläche für das Kiezbad trotzdem in Krampnitz, wenn auch nicht im Uferbereich des Sees - das würde der verkehrsgünstigste Standort und würde mit einem Frei-/Strandbad auch (personelle) Synergieeffekte mit sich bringen.**

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Zustimmung 7:1:0 zur neuen Fassung aus dem Ausschuss für Bildung und Sport einschließlich einer Änderung im 2. Absatz sowie einer Terminanpassung und Streichung im 5. Absatz wie folgt:

.  
 .  
**Die Finanzierung der notwendigen Planungskosten des Kiez-Schwimmbads Nord wird in die Mittelfristplanung aufgenommen. Mit dem Ende der ersten Ausbaustufe Krampnitz soll die Umsetzung realisiert werden, wobei mit der dafür notwendigen Planung rechtzeitig davor zu beginnen ist.** Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.  
 .  
 .  
 Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 23. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zum geeigneten Flächen für das Kiezbad sowie Planungsstand eines Strand- oder Freibades zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
 einstimmige Zustimmung zur Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Ausschuss für Finanzen  
 Zustimmung 7:0:1 zur Fassung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität (entspricht Fassung SBWL)

Hauptausschuss  
 Zustimmung 14:0:1 zur Fassung des Ausschusses für Finanzen (entspricht Fassung SBWL)

9.14 Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen  
**23/SVV/0130**

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion  
**Erledigung wird festgestellt**

Hauptausschuss  
**zurückgestellt**

9.15 IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten  
**23/SVV/0139**

Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung  
**zurückgestellt**

9.16 Mitwirkungs-gremium Am Stern  
**23/SVV/0141**

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
**zurückgestellt**

- |   |   |   |
|---|---|---|
| 9.17  | <p>Nächster Stopp Elternhaltestelle<br/><b>23/SVV/0146</b></p> <p>+ ÄA der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam vom<br/>28.03.2023</p> | <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt<br/>und Mobilität</u><br/>abgelehnt 1:4:1</p>   |
| 9.18  | <p>Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms<br/>Afghanistan in Potsdam<br/><b>23/SVV/0177</b></p>                                      | <p><u>Ausschuss für Finanzen</u><br/><b>zurückgestellt</b></p> <p><u>Ausschuss für Gesundheit,<br/>Soziales, Wohnen und<br/>Inklusion</u><br/><b>zurückgestellt</b></p>                       |
| 9.19  | <p>Begrünung des Mittelstreifens der Breiten<br/>Straße<br/><b>23/SVV/0185</b></p>  | <p><u>Ausschuss für Stadtentwick-<br/>lung, Bauen, Wirtschaft und<br/>Entwicklung des ländlichen<br/>Raumes</u><br/>Zustimmung 3:2:1 folgender<br/>neuen Fassung des<br/>Beschlusstextes:</p> |
| <p><b>Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, die Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße wie folgt zu veranlassen:-</b></p> <p><b>In einem ersten Abschnitt ist der Mittelstreifen vor dem Naturkundemuseum bis zur Kreuzung Schopenhauerstraße zu entsiegeln und ca. 50 cm tief mit Pflanzboden zu füllen. Diese Teilfläche von ca. 450 m<sup>2</sup> hat eine Breite von 4,70 m bis 2,00 m. Die Entsiegelung soll in Anwendung von Ersatzmaßnahmen für andere Bauvorhaben geschehen. Die Bepflanzung ist vorzugsweise mit geeigneten trockenresistenten Bodendeckern vorzunehmen. Dabei sind bezüglich Bepflanzung und Pflege Initiativen von Bürgern einzubeziehen sofern möglich.</b></p> <p><b>In einem zweiten Abschnitt ist der Bereich zwischen Schopenhauerstraße und Zeppelinstraße gleichermaßen zu begrünen. Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2023 über den Stand zu informieren.</b></p> |   |   |
| <p style="text-align: right;"><u>Ausschuss für Klima, Umwelt<br/>und Mobilität</u><br/>abgelehnt 0:3:3</p>  |   |   |
| 9.20  | <p>Regionalpark-Radweg im Potsdamer Norden<br/>etablieren<br/><b>23/SVV/0194</b></p>  | <p><u>Ortsbeirat Uetz-Paaren</u><br/>einstimmige Zustimmung</p> <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt<br/>und Mobilität</u><br/><b>Erledigung wird festgestellt</b></p>                           |
| 9.21  | <p>Trinkwasserbrunnen und Hitzeschutz<br/><b>23/SVV/0195</b></p>  | <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt<br/>und Mobilität</u><br/><b>zurückgestellt</b></p>   |

9.22	Kostenloses Schülerticket für den Potsdamer ÖPNV <b>23/SVV/0196</b>	<u>Ausschuss für Finanzen</u> <b>zurückgezogen</b>
		<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> <b>zurückgestellt</b>
9.23	Falschparken Thalia <b>23/SVV/0300</b>	<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> <b>zurückgestellt</b>
		<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Zustimmung 5:1:0 mit folgender Ergänzung und Terminanpassung:
	<p>.</p> <p>.</p> <p><b>In Einbahnstraßen ist das absolute Halteverbot zu prüfen.</b></p> <p>Eine Auswertung ist im <del>III. Quartal 2023</del> <b>II. Quartal 2024</b> der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.</p>	
9.24	Senkung des städtischen Pflegeaufwands von Grünflächen <b>23/SVV/0301</b>	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> <b>Erledigung wird festgestellt</b>
9.25	Bürgerhaushalt mit eigenem Budget ausstatten <b>23/SVV/0302</b>	<u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> <b>zurückgestellt</b>
		<u>Ausschuss für Finanzen</u> <b>zurückgestellt</b>
		<u>Hauptausschuss</u> <b>zurückgestellt</b>
9.26	Kurzzeitparkplätze für Gewerbetreibende in der Potsdamer Innenstadt <b>23/SVV/0320</b>	<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> abgelehnt
		<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> abgelehnt 1:4:1
9.27	Barrierefreie öffentliche Toilette im Bereich Filmmuseum/Alter Markt <b>23/SVV/0336</b>	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> einstimmige Zustimmung
9.28	Verkehrsproblematik auf der B 2 in der Ortslage Groß Glienicke <b>23/SVV/0338</b>	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> <b>zurückgestellt</b>

9.29	<p>Innenstadt neu beleben <b>23/SVV/0351</b></p> <p>+ NF der Fraktion CDU vom 02.05.2023</p>	<p><u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> NF abgelehnt</p> <p><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> NF abgelehnt 1:4:1</p> <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Ablehnung 2:4:0 der ursprünglichen Fassung</p>
9.30	<p>Eingliederungskonzept für die Sonderbauprogrammstandorte <b>23/SVV/0353</b></p>	<p><u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> abgelehnt 2:5:1</p> <p><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> beraten am: 13.06.2023</p>
9.31	<p>Verkehrssicherheit in Nedlitz verbessern <b>23/SVV/0355</b></p>	<p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> Zustimmung 3:0:3</p>
9.32	<p>Auswirkung von Parkgebühren und Parkplatzknappheit auf das Kundenverhalten <b>23/SVV/0356</b></p>	<p><u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> abgelehnt 1:5:0</p> <p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> abgelehnt 2:4:0</p>
9.34	<p>Mobility Hubs <b>23/SVV/0358</b></p>	<p><u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> <b>zurückgestellt</b></p>
9.35	<p>Notfallbänke in Parks und Grünanlagen <b>23/SVV/0359</b></p>	<p><u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> abgelehnt 2:5:1</p> <p><u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> abgelehnt 3:3:1</p>

- 9.36 Parkregelung für besondere Berufsgruppen im Innenstadtbereich verbessern  
**23/SVV/0360**
- Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
abgelehnt
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
abgelehnt 2:4:0
- 9.37 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)  
**23/SVV/0381**
- Alle Ortsbeiräte und Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service:  
**siehe Anlage 1 zu den Stellungnahmen**
- Ausschuss für Kultur  
Zustimmung 4:0:2  
einschließlich einer Vorverlegung vom 21.03.2024 auf den **14.03.2024 (parallel zum JHA)**
- Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion  
Zustimmung
- Ausschuss für Bildung und Sport  
Zustimmung 4:0:1
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes  
einstimmige Zustimmung
- Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung  
einstimmige Zustimmung
- Ausschuss für Ordnung und Sicherheit  
Zustimmung einschließlich einer Vorverlegung vom 16.04.2024 auf den **09.04.2024**
- Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität  
einstimmige Zustimmung
- Jugendhilfeausschuss  
Zustimmung 11:0:1
- Ausschuss für Finanzen  
Zustimmung

		<u>Hauptausschuss</u> Zustimmung 13:0:2
		<u>Rechnungsprüfungsausschuss</u> beraten am: 15.06.2023
9.38	Sauberkeit in Potsdam <b>23/SVV/0383</b>	<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> Zustimmung
9.39	Virtuelles Bürgeramt Potsdam <b>23/SVV/0385</b>	<u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> einstimmige Zustimmung mit folgender Streichung und Terminanpassung im Beschlusstext:
<p><del>1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für ein virtuelles Bürgeramt zu schaffen. Ziel ist die zusätzliche ortsunabhängige Erreichbarkeit des Bürgerservice per Video-Call.</del></p> <p>2.1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum <del>vierten Quartal 2023</del> <b>ersten Quartal 2024</b> ein Konzept für ein virtuelles Bürgeramt zu erarbeiten. In dem Konzept sollen u.a. die prozessualen Fragen und technischen Anforderungen beschrieben werden. Weiterhin soll hier eine Übersicht der geeigneten Verwaltungsdienstleistungen erarbeitet werden, mit entsprechender Priorisierung anhand der relativen Nutzungshäufigkeit und zeitnahen Realisierbarkeit. Das Konzept ist dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung (PTD) bis zum vierten Quartal vorzustellen.</p>		
9.40	Netztransformation der Fernwärme planen <b>23/SVV/0392</b>	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> <b>zurückgestellt</b>
		<u>Hauptausschuss</u> <b>zurückgestellt</b>
9.41	Sicherer Radweg Heinrich-Mann-Allee <b>23/SVV/0393</b>	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> <b>zurückgestellt</b>
9.42	Entlastung Rettungsdienst und Notaufnahmen <b>23/SVV/0402</b>	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> <b>zurückgestellt</b>
		<u>Ausschuss für Ordnung und Sicherheit</u> <b>zurückgestellt</b>

9.43

Prävention statt Repression – gemeinsam  
gegen Queerfeindlichkeit  
**23/SVV/0404**

Ausschuss für Gesundheit,  
Soziales, Wohnen und  
Inklusion  
Zustimmung mit folgender  
Ergänzung im Beschlusstext:

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beobachtet die Entwicklungen in Golm, die im Februar in einem queerfeindlichen Angriff auf Studierende gipfelte, mit Sorge und regt daher die schnellstmögliche Einberufung einer Runde **unter Federführung des Bündnisses Potsdam bekennt Farbe** aus Vertreter:innen des Ortsteils (inklusive Beteiligung von Sozialarbeiter:innen aus dem Jugendclub, sowie Lehrkräften und Ortsbeirat), Vertreter:innen der Universität Potsdam (inklusive Studierendenvertreter:innen, Studierendenwerk, Mitarbeiter:innen und Hochschulleitung), sowie Vertreter:innen der Stadt (inklusive Vertreter:innen der Verwaltung und des Jugendhilfeausschusses) an.

.  
.

Ortsbeirat Golm  
**Zur Kenntnis genommen**

Jugendhilfeausschuss  
Zustimmung 11:0:1 zur  
Fassung des Ausschusses für  
Gesundheit, Soziales, Wohnen  
und Inklusion

### Vorab im Ausschuss beraten:

10.3

Verzicht auf einen Eintritt in den Volkspark  
Potsdam  
**23/SVV/0435**

Ausschuss für Klima, Umwelt  
und Mobilität  
Zustimmung 7:0:1 mit  
folgender Ergänzung und  
Terminanpassung im  
Beschlusstext:

1. In Umsetzung des Beschlusses 22/SVV/1264 erfolgt der kostenfreie Eintritt in den Volkspark Potsdam zum 01.01.2024 **2025**.

.  
.

**5. Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der ProPotsdam Naturerlebnis GmbH ein Konzept zur Finanzierung mit dem Ziel zu entwickeln, die jetzt im Volkspark bestehende Attraktivität zu erhalten.**

Ausschuss für Finanzen  
Zustimmung 4:1:4 zur Fassung  
des Ausschusses für Klima,  
Umwelt und Mobilität

Hauptausschuss  
**zurückgestellt**

10.12	Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023 <b>23/SVV/0480</b>	<u>Ausschuss für Finanzen</u> Zustimmung  <u>Jugendhilfeausschuss</u> Zustimmung 10:0:2 mit folgender Änderung im Beschlusstext:
-------	--	--

.

.

3. Der Oberbürgermeister wird ~~vorbehaltlich~~ **unter Berücksichtigung** weiterer landesgesetzlicher Regelungen beauftragt, erstmalig zum 01.01.2025 die Höchstbeiträge (Platzkosten inkl. Staffelung) sowie jährlich das Essengeld (erstmalig zum 01.01.2024) zu prüfen und ggfs. eine Anpassung der Beitragstabelle und des Essengeldes vorzunehmen.

10.18	Verschmelzung der PRO POTSDAM Facility Management GmbH auf die GEWOBA Wohnungsverwaltungsgesellschaft Potsdam mbH <b>23/SVV/0475</b>	<u>Hauptausschuss</u> einstimmige Zustimmung
-------	---	---